28. Jahrgang 1980 / 1. Heft / Januar

E 2176 FX

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

AUS DEM INHALT

PIERRE GUILLEN
Frankreichs Europapolitik vom Scheitern der EVG zur Ratifizierung der Verträge von Rom

HEINRICH KÜPPERS
Weimarer Schulpolitik in der Wirtschafts- und Staatskrise der Republik

GÜNTER WOLLSTEIN
Rudolf Nadolny

UDO WENGST
Der Reichsverband der Deutschen Industrie in den ersten Monaten des Dritten Reiches

DOKUMENTATION
Thomas Mann und Reinhard Heydrich
(Paul Egon Hübinger)

BIBLIOGRAPHIE ZUR ZEITGESCHICHTE

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT STUTTGART

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

in Verbindung mit

Theodor Eschenburg, Helmut Krausnick, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann, Paul Kluke, Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen, Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter

Redaktion:

Martin Broszat, Horst Möller, Hermann Graml, Hellmuth Auerbach, Wolfgang Benz

Geschäftsführender Redakteur: Hermann Graml

Anschrift:

Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46b, 8000 München 19, Tel. 089/180026

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Pierre Guillen — Frankreich und der europäische Wiederaufschwung. Vom Scheitern der EVG zur Ratifizierung der Verträge von Rom 1

Heinrich Küppers — Weimarer Schulpolitik in der Wirtschafts- und Staatskrise der Republik 20

Günter Wollstein — Rudolf Nadolny – Außenminister ohne Verwendung 47

MISZELLE

Udo Wengst — Der Reichsverband der Deutschen Industrie in den ersten Monaten des Dritten Reiches. Ein Beitrag zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 94

DOKUMENTATION

Thomas Mann und Reinhard Heydrich in den Akten des Reichsstatthalters v. Epp *(Paul Egon Hübinger)* 111

BIBLIOGRAPHIE *89*

INHALTSVERZEICHNIS des 27. Jahrgangs . . . . . Beilage

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Neckarstr. 121, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/2151–1. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Preis ab 1978: Einzelheft DM 16,– (zuzüglich Versandspesen); Jahresabonnement = 4 Hefte DM 50,80 (DM 2,80 Versandspesen und die Mehrwertsteuer enthalten). Für Studenten im Abonnement jährlich DM 40,80 (DM 2,80 Versandspesen und die Mehrwertsteuer enthalten). Bezieher der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von DM 37,30 (DM 1,70 Versandspesen und die Mehrwertsteuer enthalten) zu beziehen.

Das Fotokopieren und Vervielfältigen aus „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" ist nur mit Genehmigung des Verlages gestattet. – Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser dem Verlag auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren zu erteilen.

Satz und Druck: Georg Appl, Wemding

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

28. Jahrgang 1980 Heft 1

PIERRE GUILLEN

FRANKREICH UND DER EUROPÄISCHE WIEDERAUFSCHWUNG

Vom Scheitern der EVG zur Ratifizierung der Verträge von Rom

Am 30. August 1954 beendete die französische Nationalversammlung die Auseinandersetzung um den Vertrag zur Gründung der EVG mit einem Votum von 319 Gegenstimmen, 264 Zustimmungen und 41 Enthaltungen. Am 9. Juli 1957 ratifizierte sie die Verträge von Rom mit 340 gegen 236 Stimmen und 7 Enthaltungen. Auf den ersten Blick hat man den Eindruck, als habe sich zwischen diesen beiden Daten in Frankreich ein Meinungsumschwung zugunsten der europäischen Integration vollzogen: im August 1954 hatte sich die Mehrheit der Abgeordneten dem Anschein nach nicht einer starken Welle der Ablehnung entgegenstellen wollen, während sie im Juli 1957 mit dem europafreundlichen Willen einer Mehrheit der Franzosen übereinzustimmen schien.

Tatsächlich war dem keineswegs so. Eine Prüfung der Umfrageergebnisse von I.F.O.P.[1] macht eine solche Erklärung zunichte. Zwischen 1954 und 1957 ergibt sich daraus ein klarer Rückgang der Popularität der europäischen Idee: 1954 traten 63% der befragten Personen für einen Zusammenschluß Westeuropas ein; im November 1955 waren es nur 45%, im Mai 1957 55%. Hinsichtlich der Römischen Verträge brachten die Umfragen vom Mai 1957 folgende Ergebnisse: 60% der Befragten stimmten der Idee einer Wirtschaftsgemeinschaft zu, aber nur 31% glaubten, daß das Projekt auch verwirklicht wird, nur 25%, daß sich der Vertrag über den Gemeinsamen Markt für die französische Wirtschaft vorteilhaft auswirken, und nur 32%, daß er zu einer Erhöhung des Lebensstandards führen werde. Der Europäischen Atomgemeinschaft stimmten nur 21% zu[2].

Dieser geringe Prozentsatz bedeutet aber nicht, daß die Mehrheit der Franzosen resolute Gegner der Gemeinschaft gewesen wären; deren Prozentsatz war sehr viel kleiner. Die große Masse äußerte sich einfach nicht, sie war indifferent in ihrer Haltung. Die Schaffung Europas gehörte nicht zu den wichtigsten Problemen, mit denen sich die Öffentlichkeit beschäftigte. Das wird durch die Wahlkampagne für die Parlamentswahlen im Januar 1956 bestätigt; man sprach dabei sehr wenig von Europa. Es war nicht nur Gleichgültigkeit, sondern auch Mangel an Information. Laut Umfrage vom Januar 1958 über den Gemeinsamen Markt hatten zwar 63% schon davon gehört, aber nur 30% konnten sagen, was das ist. Hinsichtlich Euratom betrugen die

[1] I.F.O.P. = Institut Français d'Opinion Publique: Französisches Meinungsforschungsinstitut.
[2] Nach „L'opinion française et l'union de l'Europe, 1947–1972", in: Sondages, 1972, No. 1–2.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Prozentsätze bei einer Umfrage im Mai 1957 53% bzw. 30%. Das hieß, daß die Verträge von Rom 70% der Franzosen unbekannt waren.

Diese Situation gab den Politikern weitgehend freie Hand, die damit ihre europäische Politik ohne große Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung betreiben konnten. Die Uninteressiertheit der Masse wirkte sich zugunsten eines Wiederaufschwungs der Europapolitik aus, denn die höchsten Prozentsätze der Gleichgültigkeit oder der Gegnerschaft fanden sich in den gesellschaftlichen Gruppen mit dem geringsten Einfluß auf die Anschauungen der Politiker: bei den Landwirten und den Arbeitern (nur 44% zustimmende Antworten zur europäischen Einigung im Mai 1957), während die sozialen Gruppen, die die veröffentlichte Meinung bildeten, die für die Haltung der Politiker oft maßgeblichen Eliten, in ihrer großen Mehrheit im Mai 1957 für eine Einigung Europas eintraten: 88% der Freiberuflichen und der höheren Angestellten, 70% der Befragten aus Industrie und Handel. Insgesamt konnte man feststellen, daß der proeuropäische Eifer um so größer war, je höher der Bildungsgrad und das Einkommen.

Betrachten wir nun die Entwicklung der Einstellung der Politiker. Von Anfang an hat die Wiederankurbelung der europäischen Einigungspolitik, die von Benelux ausging, in Frankreich die enthusiastische Unterstützung des M.R.P.[3] gefunden, was nicht weiter überrascht. 1955 haben sowohl das Nationalkomitee[4] wie nachher der Parteikongreß in Marseille[5] Resolutionen angenommen, die entschlossene Initiativen für einen Fortschritt der europäischen Einigung forderten. Aber die Mehrheit der Regierung verhielt sich sehr reserviert. Der Ministerpräsident, Edgar Faure, und der Außenminister, Pinay, waren sehr zurückhaltend[6] – nicht nur aus Angst, die Regierungsmehrheit könnte auseinanderbrechen (im Kabinett saßen mehrere gaullistische Minister).

Nach Ansicht mancher Autoren waren die Wahlen vom Januar 1956 das entscheidende Faktum, denn sie brachten eine proeuropäische Mehrheit in die Nationalversammlung. Bekanntlich waren sowohl der neue Ministerpräsident, Guy Mollet, wie der Außenminister und der Staatssekretär im Außenministerium, Christian Pineau und Maurice Faure, entschiedene Europäer[7]. Außerdem hatten die Gaullisten, die von

[3] Mouvement Républicain Populaire, Republikanische Volksbewegung: französische Partei der Mitte christlich-demokratischer Prägung.

[4] Die von Maurice Schuman eingebrachte und angenommene Resolution verlangte die Ausweitung der Europäischen Kohle- und Stahlgemeinschaft auf alle Energiearten, die Schaffung neuer Gemeinschaften für das Transportwesen, die Agrarmärkte, die zivile Atomenergieverwendung, die gemeinsame Waffenproduktion; vgl. Le Monde, 5. April 1955.

[5] Die vom Marseiller M.R.P.-Kongreß angenommene Resolution forderte, daß Frankreich bei der nächsten Zusammenkunft des Rates der Europäischen Kohle- und Stahlgemeinschaft die Initiative für eine Erweiterung des Anwendungsbereiches der Gemeinschaft ergreifen solle; vgl. René Massigli, Une comédie des erreurs, 1943–1956. Souvenirs et réflexions sur une étape de la construction européenne, Paris 1978, S. 510.

[6] Auf den Brief Spaaks über eine Erweiterung der Kohle- und Stahlgemeinschaft mit dem Ziel einer wirtschaftlichen Integration und Schaffung eines supranationalen Organismus hatte Pinay Anfang April 1955 ablehnend reagiert; vgl. Massigli, a. a. O., S. 507.

[7] Siehe Alfred Grosser, La IVe République et sa politique extérieure, Paris 1967, S. 345.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

121 auf 21 Sitze zurückgegangen waren, nur mehr geringen Einfluß im Parlament. Ihre Niederlage wurde aber durch den Erfolg der Kommunisten, die von 99 auf 149 Sitze kletterten, und den Durchbruch der Poujadisten[8], die 35 Abgeordnete stellten, kompensiert, denn beide waren erbitterte Gegner einer Europäischen Gemeinschaft. Die entscheidende Wende kam vielmehr dadurch zustande, daß die drei politischen Gruppen – Sozialisten, U.D.S.R.[9] und Gemäßigte –, die bei der Abstimmung über die EVG gespalten waren, geschlossen für die Ratifizierung der Verträge von Rom eintraten und die verschiedenen Richtungen der Radikalen[10], die 1954 etwa in zwei gleiche Teile zerfielen, diesmal zu zwei Dritteln ebenfalls für die Verträge stimmten[11].

Wie ist das zu erklären? Auf den Debatten über die EVG lastete der Umstand, daß das Europa der Sechs seit der Weigerung Englands, der Europäischen Kohle- und Stahlgemeinschaft beizutreten, vielen Politikern als eine deutsch-amerikanische Unternehmung erschien. Die EVG wurde nicht als eine neue Etappe zur europäischen Integration angesehen, sondern, wie Alfred Grosser es ausdrückte, als ein Versuch, „den unpopulären Gedanken der Wiederbewaffnung Deutschlands schmackhaft zu machen, indem man ihn in den populären Farben Europas malte"[12]. Zu der Angst vor einem deutschen Wiederaufstieg, der Furcht vor deutschen Forderungen nach Gleichberechtigung gesellte sich der Unmut über die massive Unterstützung der EVG durch die Vereinigten Staaten, ihren Druck und ihre Erpressungsversuche gegenüber der

---

[8] Die von Pierre Poujade 1954 gegründete „Union de défense des commerçants et artisans" zur Vertretung der Interessen von Kleinhändlern, Handwerkern und Bauern.

[9] Union démocratique et socialiste de la Résistance, eine Partei der linken Mitte in der IV. Republik, der sowohl René Pleven wie François Mitterand angehörten.

[10] Radikale oder Radikalsozialistische Partei: linksliberale bürgerliche Partei mit maßgeblichem Einfluß in der III. und IV. Französischen Republik; häufige Ausprägung verschiedener Gruppen innerhalb der Gesamtpartei.

[11] Abstimmungsergebnisse in der Nationalversammlung:

	über die EVG			über die Römischen Verträge		
	Dafür	Dagegen	Enthaltungen	Dafür	Dagegen	Enthaltungen
Kommunisten:		99			149	
Sozialisten:	50	53	1	100		
Radikale:	33	34	9	48	21	2
U.D.S.R.:	8	10	6	19	1	1
M.R.P.:	80	2	4	74		
Gemäßigte:	79	44	13	88	6	4
Unabhängige:	11	3	1	6	1	
Gaullisten:	2	67	4		17	
Poujadisten:				1	35	
Nicht in einer Partei Eingeschriebene:	1	7	3	4	6	

[12] Vgl. Alfred Grosser, Les Occidentaux. Les pays d'Europe et les Etats-Unis depuis la guerre, Paris 1978, S. 159; deutsche Ausgabe: Das Bündnis. Die westeuropäischen Länder und die USA seit dem Krieg, München 1978, S. 178.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

französischen Regierung. An dieser Verbindung von anti-deutscher und anti-amerikanischer Stimmung ging die EVG zugrunde.

Warum war es 1957 nicht genauso? Man kann die Wirkung der Niederwerfung des ungarischen Aufstands durch die Sowjetunion geltend machen und das Ausbleiben einer Reaktion im westlichen Lager. Diejenigen, die an die Möglichkeit einer Entsowjetisierung Osteuropas als Gegenleistung für einen Verzicht auf die deutsche Wiederbewaffnung geglaubt und in der Hoffnung, eine endgültige Spaltung Europas zu vermeiden, gegen die EVG gestimmt hatten, verloren ihre Illusionen: Der Bruch zwischen Ost und West in Europa war nicht mehr rückgängig zu machen. Das wirkte sich bei den Sozialisten und bei der linken Mitte aus[13]. Außerdem erschien die Bundesrepublik Deutschland weniger beunruhigend. Die Abkommen über die Saar 1956 und über die Kanalisierung der Mosel markierten eine deutsch-französische Wiederannäherung, die durch zunehmenden Austausch und Kontakt auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet bekräftigt wurde. Das erleichterte die Einwilligung in neue europäische Initiativen. Sehr wesentlich war, daß nun auch SPD und DGB für die Schaffung einer Europäischen Gemeinschaft eintraten. Die Behauptung, ein Europa der Sechs werde von einem klerikalen und revanchistischen Deutschland beherrscht, die so lange Eindruck machte, wie nur CDU/CSU die Einigung Europas predigten, diese These verlor nun ihre Glaubwürdigkeit. Das zeigte sich besonders bei den Sozialisten: der Graben, der das sozialistische Lager in Europa geschwächt und Zweifel an der Zukunft Deutschlands wachgerufen hatte, war damit zugeschüttet. Der Anschluß der deutschen Gewerkschaften und Sozialisten an das Europa der Sechs machte Deutschlands Eintritt in eine friedliche Gemeinschaft möglich und erlaubte eine Union aller europäischen Sozialisten zur Schaffung eines geeinten demokratischen Europa. Deshalb konnte Guy Mollet schon im Oktober 1955 versichern, die europäische Integration sei ein Einigungsfaktor in der S.F.I.O. geworden[14].

In den Verhandlungen mit ihren Partnern brachte die französische Regierung jedoch lange Zeit immer neue Einwände, Bedingungen und Verzögerungen vor. Erst ab Ende 1956 schien sie zu einem Abschluß entschlossen und gedrängt zu werden. Offensichtlich hatte eine wachsende Anzahl von Politikern inzwischen die Überzeugung gewonnen, daß es im nationalen Interesse Frankreichs lag, in der Schaffung eines geeinten Europa vorwärts zu kommen. Dabei kamen die Fakten zweier Kausalketten gleichzeitig zur Wirkung: im politischen Bereich die Schwierigkeiten der Dekolonisation in Afrika, die Suez-Krise und der Krieg in Algerien; auf dem wirtschaftlichen Sektor die Verschärfung der Währungskrise und die Verschlechterung der Außenhandelsbilanz. Die Verstärkung des proeuropäischen Lagers scheint also mehr Motiven des nationalen Interesses zuzuschreiben zu sein als solchen einer europäischen Gesinnung. Das erklärt, warum die Verfechter der Supranationalität eine Minderheit blieben.

Schon auf der Konferenz von Messina widersetzten sich die französischen Unter-

[13] Vgl. Alfred Grosser, La IVe République et sa politique extérieure, S. 340.

[14] Vgl. Jean Monnet, Mémoires, Paris 1978, S. 484f. S.F.I.O. = Section Française de l'Internationale Ouvrière, die alte große sozialistische Partei Frankreichs. Guy Mollet war ihr Generalsekretär.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

händler einer horizontalen Integration (der Einrichtung eines gemeinsamen Marktes durch die Fusion der nationalen Wirtschaften als Gesamtheit) und ließen nur eine sektorielle Integration zu. Sie schlossen gleichfalls von vornherein aus, daß etwa die Befugnisse der Hohen Behörde der Kohle- und Stahlgemeinschaft auf die neuen Sektoren ausgedehnt würden, und betonten, daß die Vollmachten der neu zu schaffenden Gemeinschaft begrenzt sein müßten[15]. Ministerpräsident Edgar Faure erklärte, daß man nicht bis zur Supranationalität gehen könne, „ein Ausdruck, der erschrecken kann"[16]. In den Verhandlungen der Jahre 1956/1957 über Euratom und den Gemeinsamen Markt bemühten sich die französischen Delegierten, den Entscheidungsspielraum und die Hoheitsrechte der Institutionen der Gemeinschaften möglichst zu beschränken.

Die Verweigerung der Supranationalität im Namen des nationalen Interesses zeigte sich deutlich bei den Parlamentsdebatten über Euratom im Juli 1956. Die Gaullisten waren nicht die einzigen, die geltend machten, daß Frankreich seinen Partnern auf dem Gebiet der nuklearen Wissenschaft und Technik voraus sei und daß es im Mutterland und in Übersee bedeutende Uranreserven besitze. In einem Gemeinschaftsunternehmen werde es mehr geben als empfangen; auf jeden Fall dürfe es sich nicht einer Kontrolle über die Verwendung seiner eigenen Ressourcen unterwerfen. Maurice Faure mußte die Versicherung abgeben, daß es keine organische Verbindung zwischen Kohle- und Stahlgemeinschaft und Euratom geben werde[17].

Dasselbe gilt für die EWG, der die französische Regierung nur in sehr geringem Maße supranationale Kompetenzen zugestand. Auf ihr Drängen hin wurde der Ministerrat mit seinen Vollmachten über die Kommission gesetzt, die keine Exekutivgewalt hat, und die Europäische Versammlung verfügt nicht über die Legislative. Trotzdem gelang es Mendès-France, einen Teil der Radikalen zur Ablehnung der Römischen Verträge zu bewegen, die in seinen Augen zu viele supranationale Elemente enthielten: „Eine Demokratie dankt ab ..., wenn sie ihre Befugnisse an eine auswärtige Autorität überträgt."[18]

Eine solche feindselige Einstellung gegen die Supranationalität bestand übrigens nicht nur bei der Mehrheit der französischen Parlamentarier. Unter der Ministerialbeamtenschaft war sie ebenfalls stark verbreitet. Als im Juni 1956 die Vertreter der staatlichen Behörden im Matignon[19] zusammenkamen, um ihre Stellungnahmen zum Spaak-Bericht[20] abzugeben, waren $^4/_5$ davon ablehnend[21]. Die Feudalherren der Ver-

---

15 L'Année politique 1955, Paris 1956, S. 430.

16 Pressekonferenz Edgar Faures am 26. Mai 1955.

17 Journal Officiel (künftig: J. O.), Protokoll der Sitzungen der Nationalversammlung (Assemblée nationale), Sitzung vom 5. Juli 1956.

18 Intervention von Mendès-France während der Orientierungsdebatte am 18. Januar 1957.

19 Das Hôtel de Matignon ist der Sitz des französischen Ministerpräsidenten.

20 Memorandum von Spaak u. seinen Mitarbeitern über die noch offenen Probleme der Schaffung eines Gemeinsamen Marktes, Anfang 1956 zusammengestellt; vgl. Paul-Henri Spaak, Memoiren eines Europäers, Hamburg 1969, S. 318f.

21 Nach dem Bericht eines hohen Beamten, zitiert bei Erling Bjøl, La France devant l'Europe. La politique européenne de la IVe République, Kopenhagen 1966, S. 260.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

waltung verwarfen natürlich die Idee, ihre Amtsgewalt mit anderen teilen zu müssen, und vertraten die Auffassung, die Regierungen dürften ihre Befugnisse nicht aufgeben. Diese Haltung stimmte mit der Grundstimmung der öffentlichen Meinung völlig überein. Die Umfrageergebnisse zeigen, daß die Zahl der Befürworter der Supranationalität, einer politischen Föderation Westeuropas, von 56% der Befragten im Oktober 1954 auf 35% im Mai 1957 gesunken war[22].

Aber wenn Frankreich auch seine Souveränität bewahren wollte, so gebot ihm doch das nationale Interesse, sich künftig eng mit seinen Nachbarn zu verbinden: nur auf diese Weise konnte es angesichts der beiden Supermächte hoffen, weiterhin eine Rolle in der internationalen Szenerie zu spielen. Die Isolierung würde es zur Machtlosigkeit verdammen. Schon im Juli 1956 versicherte Guy Mollet, die Einigung Europas sei für Frankreich ein politischer Imperativ. „Nur ein geeintes Europa wird gegenüber den beiden Kolossen USA und UdSSR Autorität haben."[23] Die Suezkrise beschleunigte diesen Erkenntnisprozeß. Aus dieser schmerzhaften diplomatischen Niederlage zog man die Lehre, daß man sich mit der Schaffung eines geeinten Europa beeilen müsse. Nur mittels eines geeinten und starken Westeuropa konnte Frankreich hoffen, von den beiden Großen nicht mehr wie eine quantité négligeable behandelt zu werden. Das haben zahlreiche Abgeordnete in der außenpolitischen Debatte im Dezember 1956 immer wieder betont. Auch Guy Mollet kam in seinem Bericht darauf zurück. „Im Atomzeitalter führen Protektionismus und Abkapselung ein Volk zum Verfall."[24] Vom Ausgang der Suezkrise tief getroffen, räumte der Ministerpräsident nun der Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes und der Atomgemeinschaft die Priorität ein und drängte ununterbrochen auf die Ausarbeitung und Prüfung der Verträge[25]. Während der allgemeinen Orientierungsdebatte im Januar 1957 kamen die meisten Redner auf die Suezkrise zu sprechen, die die Schwäche eines geteilten Europa offenbart habe. Nur die Schaffung eines geeinten Europa werde Frankreich vor neuen Erniedrigungen bewahren und es ihm erlauben, seine Stimme zu Gehör zu bringen, seine Interessen und seine tatsächliche Unabhängigkeit gegen den Druck der beiden Kolosse zu verteidigen[26].

Durch die Suezkrise wurde auch die Brüchigkeit der Energiebasis der französischen Wirtschaft offenbar, die von wachsenden Erdöleinfuhren abhing. Da die Kohlenbergwerke ganz ausgebeutet waren und hinsichtlich der hydroelektrischen Versorgungsmöglichkeit die Höchstgrenze erreicht war, sah sich Frankreich in zunehmendem Maße auf importiertes Erdöl angewiesen. Das schuf eine doppelte Abhängigkeit: auf dem finanziellen Sektor ein Anwachsen des Defizits der Zahlungsbilanz; im politischen Bereich die Möglichkeit einer stärkeren Beeinflussung der französischen Nordafrika-Politik durch die Erdöllieferanten, die arabischen Staaten des Mittleren Ostens.

---

22 Sondages, 1972, No. 1–2, S. 98f.

23 J. O., Assemblée nationale (künftig: Ass. nat.), Sitzung vom 5. Juli 1956.

24 J. O., Ass. nat., Sitzung vom 20. Dezember 1956.

25 Aus der Umgebung von Guy Mollet berichtet, zitiert bei Bjøl, a. a. O., S. 76f.

26 J. O., Ass. nat., Sitzungen vom 15. bis 22. Januar 1957, Interventionen von P. H. Teitgen, Maurice Faure, Bourgès-Maunoury, C. Pineau, G. Mollet und Le Bail.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auf Veranlassung der Regierung sprachen zwei bedeutende wissenschaftliche Experten, Francis Perrin und Louis Armand, vor der Nationalversammlung über die Notwendigkeit der Ablösung der traditionellen Energiequellen durch die Kernenergie, um Frankreich weniger abhängig zu machen. Aber ein Nuklearprogramm größeren Ausmaßes könne nicht von Frankreich allein in Angriff genommen werden, dazu fehle es an ausreichender technischer, industrieller und finanzieller Kapazität. Es sei deshalb notwendig, die Mittel mehrerer Länder zu mobilisieren; die Euratom sei das einzige Instrument, in Zukunft die energiepolitische Unabhängigkeit Frankreichs zu gewährleisten[27]. Die Suezkrise ließ die Forderung der energiepolitischen Unabhängigkeit natürlich noch akuter erscheinen. Die Berichterstatter des Finanzausschusses (J. M. Louvel) und des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (P. July) betonten die Notwendigkeit, nicht mehr von unstabilen und feindselig gesinnten Ländern abhängig zu sein[28]. Die Auswirkungen der Suezkrise trugen zur Isolierung der Gegner des Euratom-Vertrages bei, der Gaullisten und Kommunisten, die die Ansicht vertraten, Frankreich müsse und könne seine Energiebasis alleine aufbauen[29].

Es erhob sich allerdings das Problem, ob die Euratomgemeinschaft nicht Frankreichs Aufstieg in den Rang einer Nuklearmacht beeinträchtigen würde? Von Anfang an hatte das Euratom-Projekt große Besorgnis bei allen denjenigen hervorgerufen, die sich mit der Ingangsetzung eines militärischen Nuklearprogramms befaßten, das Frankreich Atomwaffen verschaffen sollte. Die führenden Militärs, besonders General Ailleret, und die der traditionellen Machtkonzeption verhafteten Politiker – Gaullisten, klassische Rechte und manche Radikale – wollten Euratom auf die zivile Kernenergie beschränken[30]. Angesichts der Stärke dieser Strömung setzte die Regierung bei der Diskussion des Spaak-Berichts diese Auffassung auch bei ihren Partnern durch. Im Juli 1956 versicherten Maurice Faure und Guy Mollet vor der Nationalversammlung wiederholt, Frankreich werde freie Hand behalten, um sein militärisches Nuklearprogramm durchzuführen[31]. Doch war das nicht eine illusorische Freiheit? Während der Ratifikationsdebatten bestimmte der Verteidigungsausschuß einen Gegner des Euratomvertrages zum Berichterstatter, Pierre André, der in seinem Bericht die Vorbehalte der Militärs betonte: Eine Trennung des militärischen und des zivilen Nuklearprogramms sei nur künstlich. „Um freie Hand zu bekommen und unsere Fabrikationsgeheimnisse zu bewahren, müßten wir – mit enormen Kosten! – militärische Anlagen errichten, die Arbeiten durchführen, die auch schon in den zivilen Werken gemacht werden[32]." Aber die Mehrheit der Abgeordneten war empfänglicher für das Postulat der energiepolitischen Unabhängigkeit, das durch Euratom gewährleistet werden sollte.

---

[27] J. O., Ass. nat., Sitzung vom 5. Juli 1956, S. 3254, 3262–3268.

[28] J. O., Ass. nat., 1956, S. 3359; 1957, S. 213; vgl. auch J. Monnet, a. a. O., S. 493–495.

[29] J. O., Ass. nat., Sitzung vom 5. Juli 1956, Intervention von Kriegel-Valrimont.

[30] Vgl. Laurence Scheinman, Atomic Energy Policy under the Fourth Republic, Princeton 1965; Général Ch. Ailleret, L'aventure atomique française, Paris 1968; A. Grosser, Les Occidentaux, S. 222; dt. Ausgabe S. 243 f.

[31] J. O., Ass. nat., Sitzung vom 5. Juli 1956.

[32] J. O., Ass. nat., Sitzung vom 3. Juli 1957, S. 3186–3193.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ein anderes wesentliches Element der französischen Macht waren ihre Besitzungen in Übersee. Es wurde für Frankreich aber immer schwieriger, allein gegen die Kräfte anzukämpfen, die darauf hinzielten, die Französische Union[33] zu zersetzen. Würde es die Schaffung einer Europäischen Gemeinschaft nicht erlauben, sich der Hilfe der Partner Frankreichs zu versichern, um seine Positionen in Nordafrika und Schwarzafrika aufrechtzuerhalten? Es ist bezeichnend, daß in der Debatte über den Gemeinsamen Markt und Euratom häufig das Konzept eines Eurafrika geltend gemacht wurde. Man stellte Afrika als die natürliche Verlängerung des Europa der Sechs dar und als wesentliche Basis für eine dritte europäische Kraft zwischen den beiden Großen[34]. Kurz, Eurafrika erschien wie eine Ersatzlösung, die geeignet wäre, das zu retten, was von Französisch-Afrika gerettet werden könnte. Und in der Algerienfrage würde es die Europäische Gemeinschaft dem auf der internationalen Szene ohnehin gestärkt auftretenden Frankreich erlauben, mit der Verständigungsbereitschaft und Unterstützung seiner Partner zu rechnen, um seine Algerien-Politik gegenüber den zunehmenden Attacken und Schwierigkeiten durchzusetzen.

Hinsichtlich Schwarzafrikas war man sehr bemüht, die nach dem im Juni 1956 verabschiedeten Rahmengesetz eingeleiteten Autonomiebestrebungen durch eine Verstärkung der wirtschaftlichen Bindungen zu kompensieren. Aber Frankreich war nicht in der Lage, alleine die Entwicklung seiner alten Kolonien in Afrika zu gewährleisten. Auch hier rechnete es mit der Beteiligung seiner Partner im Europa der Sechs. Guy Mollet sprach das offen aus: Die Ablehnung des Gemeinsamen Marktes würde die Abwendung der überseeischen Völker von Frankreich nach sich ziehen, denn „wir wären unfähig, ihnen die Hilfe zu geben, die wir versprochen haben"[35]. Aus diesem Grunde machte die französische Regierung schon auf der Konferenz von Venedig im Mai 1956 die Einbeziehung der überseeischen Territorien in den Gemeinsamen Markt zu einer conditio sine qua non. Ihr Beharren auf diesem Punkt, das durch Stellungnahmen des Wirtschafts- und Sozialrates (Juli 1956)[36] und der Nationalversammlung (Januar 1957) unterstützt wurde, brachte ihre Partner schließlich zu dem Zugeständnis, ein Assoziierungsabkommen mit den afrikanischen Ländern abzuschließen. Dabei wurden folgende Überlegungen geltend gemacht: Der französische Markt sei nicht in der Lage, eine genügende Menge überseeischer Güter aufzunehmen; der Gemeinsame

---

[33] Die Französische Union (Union Française) war die durch die Verfassung vom 27. 10. 1946 geschaffene Gemeinschaft des französischen Mutterlandes mit den abhängigen Gebieten, Territorien und Staaten in Übersee, die die Kolonialherrschaft ersetzen sollte. Sie bestand bis zur Bildung der Französischen Gemeinschaft (Communauté Française) am 4. 10. 1958.

[34] Vgl. die Interventionen von P. H. Teitgen und Le Bail, J. O., Ass. nat., Sitzung vom 15. Januar 1957. Die Idee wurde während der Ratifizierungsdebatte von Maurice Faure wieder aufgenommen.

[35] Rede von Guy Mollet, J. O., Ass. nat., Sitzung vom 22. Januar 1957.

[36] Empfehlung des Wirtschafts- und Sozialrates (ein aus Vertretern aller französischen Berufsgruppen zusammengesetztes, 200 Mitglieder zählendes Beratungsgremium ohne Entscheidungsbefugnisse) vom 12. Juli 1956 aufgrund der Diskussion über den Bericht Deleaus und Interventionen der Vertreter des Allgemeinen Verbandes der höheren Angestellten (C.G.C.); Bulletin du Conseil économique, 1956, No. 20.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Markt solle die Absatzmöglichkeiten für diese Produkte erweitern, unter der Voraussetzung, daß ihnen innerhalb der EWG Präferenzen eingeräumt würden, denn ihre Preise lägen über denen des Weltmarktes[37]. Andererseits könne Frankreich nicht die großen Investitionen finanzieren, die die überseeischen Länder forderten, um aus dem Stadium der Unterentwicklung herauszukommen. „Frankreich ist an der Grenze seiner Opfermöglichkeit angelangt." Deshalb wollte es im Rahmen des Gemeinsamen Marktes seine fünf Partner an diesen mühevollen Investitionen beteiligen, und daher kam die von der französischen Regierung erhobene Forderung nach Schaffung eines europäischen Entwicklungsfonds, der für die assoziierten überseeischen Länder bestimmt sein und von den Sechs im Verhältnis zu ihrem Volkseinkommen bestückt werden sollte. Während der Parlamentsdebatte im Januar 1957 kamen zahlreiche Redner auf diesen Punkt zu sprechen, und Maurice Faure gab sehr klare Zusicherungen dazu[38].

Tatsächlich wurde auf der Pariser Konferenz vom Februar 1957 die Schaffung eines europäischen Entwicklungsfonds beschlossen, der mit 581 Millionen Dollar für 5 Jahre ausgestattet wurde. Frankreich steuerte dazu 200 Millionen bei und erhielt daraus für seine überseeischen Gebiete 521 Millionen, das bedeutete einen Gewinn von 321 Millionen Dollar.

Solch substantielle Vorteile beseitigten auch die rückständigen Einwände kolonialprotektionistischer Art, die den Verlust eines geschützten Reviers beklagten: die Länder der Französischen Union würden sich für die Produkte der Sechs öffnen, Frankreich werde seine privilegierten Absatzmärkte verlieren[39]. Um diesen Einwänden Rechnung zu tragen, wurde beschlossen, daß sich die überseeischen Gebiete nur in zeitlicher Staffelung dem Gemeinsamen Markt öffnen sollten.

Ein anderes nationales Interesse, das seit dem Beginn der europäischen Einigung zur Debatte stand, war die Sicherheit Frankreichs gegenüber Deutschland. Der Gemeinsame Markt wurde als Mittel zur Verminderung des Kriegsrisikos dargestellt, indem er die nationalen wirtschaftlichen Rivalitäten ausschalte[40]. Die Römischen Verträge würden Deutschland dauerhaft an den Westen binden, es hindern, sich „loszueisen", das Schaukelspiel zwischen Ost und West wieder aufzunehmen. In den Parlamentsdebatten kamen Guy Mollet, Maurice Faure und Robert Schuman immer wieder darauf zurück: Man müsse mit Deutschland tausend konkrete Bande knüpfen, politische, wirtschaftliche, finanzielle, um dadurch eine nicht mehr rückgängig zu machende

---

[37] Erklärungen von Maurice Faure und Guy Mollet sowie die von der Nationalversammlung am Schluß der Debatte im Januar 1957 als „ordre du jour" angenommene Resolution über den Gemeinsamen Markt.

[38] Resolution („ordre du jour"), unterzeichnet von A. Pinay, P. Reynaud, E. Faure, J. Laniel, und Interventionen vom P. H. Teitgen, Ninine, A. Morice, Abbé Viallet, Sanglier; J. O., Ass. nat., Debatten im Januar 1957 über den Gemeinsamen Markt.

[39] A. Malterre hatte dies im Namen der C.G.C. im Wirtschafts- und Sozialrat im Juli 1956 unterstrichen. Während der Debatten in der Nationalversammlung im Januar 1957 schlug sich Mendès-France seltsamerweise auf die Seite der Vertreter des kolonialen Protektionismus: „Wird Frankreich so viel Blut und Geld nur ausgegeben haben, um diese Gebiete gratis einer europäischen Behörde zur Verfügung zu stellen?"

[40] Intervention von Gozard (S.F.I.O.) in der Debatte im Januar 1957.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Situation zu schaffen; man müsse alles tun, um die nationalistischen und militaristischen Kräfte in Deutschland auszuschalten und die demokratischen und friedliebenden zu fördern; das sei für Frankreich die beste Garantie, ja der einzige Weg, das deutsche Problem dauerhaft zu lösen[41].

Diesem schon klassisch gewordenen Thema schloß sich hinsichtlich Euratom die Überlegung an, daß damit eine selbständige atomare Entwicklung in der Bundesrepublik zu vermeiden wäre. Der Euratom-Vertrag werde Bonn daran hindern, sich den Verpflichtungen der Pariser Verträge[42] zu entziehen und sich Atomwaffen zu verschaffen, und er verbiete der Bundesrepublik praktisch, mit Frankreich in Konkurrenz zu treten und ebenfalls in den Rang einer Atommacht aufzusteigen. Die Gegner von Euratom sahen darin jedoch für Deutschland die Gelegenheit, die letzten Beschränkungen seiner Souveränität aufzuheben, den Verpflichtungen der Pariser Verträge zu entgehen und mit Hilfe der Vereinigten Staaten zu Atomwaffen zu gelangen. Aber diese Argumente fanden wenig Echo[43].

Zahlreicher waren die Hinweise, die Bundesrepublik werde aufgrund ihres ökonomischen Gewichts, ihrer industriellen Macht und der Unterstützung der USA sicherlich Euratom beherrschen. Louis Armand erwiderte dem, wenn Euratom nicht zustande käme, würden die Vereinigten Staaten bilaterale Vereinbarungen treffen – mit Deutschland als dem „brillantesten Partner der USA"[44]. Andere Politiker, und zwar nicht nur Kommunisten, sahen in der EWG eine Unternehmung, die die französische Industrie in Abhängigkeit von den deutschen Trusts bringen und aus Frankreich einen wirtschaftlichen Vasallen Deutschlands machen werde. Dieselben Befürchtungen äußerten die Poujadisten, manche Abgeordnete der klassischen Rechten und ebenso die Anhänger von Mendès-France unter den Radikalen: Angesichts der Unterlegenheit der französischen Industrie, der Währungskrise und der negativen Zahlungsbilanz in den Gemeinsamen Markt einzutreten, bedeute, wie Mendès-France sich ausdrückte, „die Vorherrschaft der Wirtschaft eines einzigen Landes gutzuheißen, zuzulassen, daß die bestimmende Macht in Bonn sitzen werde"[45].

Diese Befürchtungen ließen die Abwesenheit Englands um so mehr bedauern, das in einem vereinten Westeuropa ein Gegengewicht zu Deutschland bilden konnte. Am Quai d'Orsay machte sich Massigli[46] zum Anwalt eines Europa der Sieben. Nach

---

41 J. O., Ass. nat., 1956, S. 3382 (Rede von Guy Mollet), 1957, S. 77 (Rede von Maurice Faure).

42 Im Rahmen der Pariser Verträge vom 23. 10. 1954 (in Kraft getreten am 5. 5. 1955) erlangte die Bundesrepublik Deutschland ihre politische Souveränität, unterwarf sich aber gewissen Rüstungsbegrenzungen und Rüstungskontrollen.

43 J. O., Ass. nat., Sitzung vom 5. Juli 1956, passim.

44 J. O., Ass. nat., Sitzung vom 5. Juli 1956.

45 J. O., Ass. nat., 1957, S. 3390f.; der deutsche Einfluß auf die EWG wurde von der C.G.T. (der kommunistisch orientierten Gewerkschaft) im Wirtschafts- und Sozialrat im Juli 1956 angeprangert, von Mme. Vaillant-Couturier in der Nationalversammlung am 15. Januar 1957, von Pierre Cot im Juli 1957 (seine Rede ist wiedergegeben im J. O., Ass. nat. 1957, S. 3343–3345) und von Abgeordneten der Rechten wie Dorgères und Beaugitte.

46 René Massigli war 1944–1955 französischer Botschafter in London, 1955/56 Generalsekretär des Außenministeriums. Er trat noch 1956 in den Ruhestand.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

seinem Ausscheiden blieb das Feld den Befürwortern einer Sechsergemeinschaft überlassen, die aber im Parlament mit einer starken „anglophilen" Strömung rechnen mußten, die beklagte, daß England wieder einmal beiseite gelassen werde. „Es wäre wirklich in unserem Interesse, Europa mit einem gesunden Gleichgewicht zu organisieren und nicht unter dem entscheidenden und einseitigen Einfluß Deutschlands", betonte Mendès-France[47]. Die Verteidiger der Römischen Verträge bestritten dies nicht, aber in ihren Augen war die Verwirklichung von Euratom und EWG gerade das Mittel, das England zwingen sollte, seine insulare Haltung aufzugeben und sich Europa anzuschließen. Um es an sich zu ziehen, müsse man ihm zeigen, wie die Sache läuft. Besonders die Sozialisten vertraten diesen Standpunkt: England interessiere sich allein für Realitäten, es werde sich nur dann der Europäischen Gemeinschaft zugesellen, wenn diese funktioniere und ihre Dynamik bewiesen habe[48].

Darüber hinaus boten die Parlamentsdebatten 1956/57 eine Gelegenheit zur Betonung des Willens, sich durch die Schaffung eines geeinten Europa gegenüber den Vereinigten Staaten zu behaupten. In dieser Hinsicht konnte man eine Kehrtwendung beobachten. Während früher die Einigung Westeuropas als eine Übernahme des amerikanischen Modells und als wesentlicher Aspekt der atlantischen Integration begriffen worden war, wurden nun der europäische Neubeginn, der Gemeinsame Markt und Euratom als Mittel für Westeuropa hingestellt, um die allzu drückende Vormundschaft der USA abzuschütteln und sie zur Respektierung der Würde und der spezifischen Interessen der Europäer zu zwingen; die USA sollten dazu gebracht werden, Europa nicht als Vasallen, sondern als einen Partner anzusehen, den man auf der Basis der Gleichberechtigung behandelt[49]. Diese Auffassung entsproß der starken anti-amerikanischen Strömung, die zu dieser Zeit die französischen Politiker bewegte, besonders im Zusammenhang mit der Suez-Affäre und den Dekolonisierungsproblemen. Man empfand die Notwendigkeit eines Ausgleichs der Gewichte innerhalb der atlantischen Allianz. Bei den Amerikanern müsse man das Gefühl der Vorherrschaft ausräumen und bei den Europäern das Gefühl der Abhängigkeit[50]. Die Wiederankurbelung des europäischen Einigungsprozesses wurde sowohl beim M.R.P. wie bei den Unabhängigen[51] und den Sozialisten in dieser Perspektive gesehen.

Indem Euratom die Ankäufe von Energierohstoffen durch Frankreich einschränke, der Gemeinsame Markt seine Ausfuhr belebe, würden beide die Zahlungsbilanz verbessern helfen, der erniedrigenden Bettelei um Dollarzuschüsse in Washington ein

---

[47] J. O., Ass. nat., 1957, S. 3384 und 3387.

[48] Interventionen von P. H. Teitgen (J. O., Ass. nat., 1956, S. 3260), Ch. Pineau, P. O. Lapie und R. Pleven (J. O., Ass. nat., 1957, S. 3370 und 3479).

[49] Gespräche mit Maurice Faure und Paul Reynaud, über die Bjøl, a. a. O., S. 354 und 364 referiert; Interventionen von Guy Mollet und von P. H. Teitgen in der Nationalversammlung (J. O., Ass. nat., 1957, S. 216 und 3368); Bericht von A. Savary über den Gemeinsamen Markt (J. O., Ass. nat., 1957, S. 2333).

[50] Interventionen von F. de Menthon in der Sitzung vom 18. Dezember 1956.

[51] Eine lockere Parteigruppierung liberal-konservativer Prägung, die meist die Interessen der Wirtschaft vertrat.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ende machen und der französischen Politik mehr Unabhängigkeit geben[52]. Andererseits war man an der Schwelle des Atomzeitalters. Die Vereinigten Staaten hatten gerade verschiedene Initiativen hinsichtlich der zivilen Verwendung der Kernenergie ergriffen: Abänderungen des Mac Mahon-Gesetzes[53], die Schaffung einer Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA) im Rahmen der UNO und die Bereitstellung von Uranium 235 für industrielle Zwecke in Europa. Die Amerikaner wollten die Verwendung unter Kontrolle behalten, sei es auf dem Umweg über die internationale Agentur oder durch bilaterale Vereinbarungen, die ihren Partnern gewichtige Verpflichtungen auferlegten, wie sie Frankreich im Abkommen vom 19. Juni 1956 für die Lieferung von 40 kg Uranium 235 hatte akzeptieren müssen. Euratom werde es möglich machen, diese amerikanische Vormundschaft durch eine europäische Kontrolle zu ersetzen, an der Frankreich maßgeblich beteiligt sei[54]. In der Nationalversammlung unterstrichen Francis Perrin und Louis Armand den gewaltigen technologischen Vorsprung der Vereinigten Staaten; wenn die europäischen Staaten sich nicht zu einer großen atomaren Gemeinschaft zusammenschlössen, würden sie zu Satelliten der Vereinigten Staaten[55].

Die Gegner der Verträge von Rom warnten davor, sich Illusionen zu machen. Der amerikanische Einfluß werde sich im Gegenteil noch verstärken. „Der amerikanische Wurm steckt schon in der europäischen Frucht", versicherte Pierre Cot. Der Gemeinsame Markt werde das Eindringen des amerikanischen Kapitalismus in die europäische Wirtschaft noch erleichtern[56]. Was Euratom betreffe, so sei die Behauptung, dadurch erlange Europa seine Unabhängigkeit, eine Täuschung, denn man verzichte auf den Bau einer europäischen Anlage zur Isotopentrennung, um von den USA Uranium 235 zu kaufen. Das ganze Programm von Euratom hänge von dem Kernbrennstoff aus den Vereinigten Staaten, dem ausschließlichen Lieferanten, ab. Wie könne man folglich von Unabhängigkeit sprechen, wenn die Lieferung von Uranium 235 mit einer ganzen Reihe von Auflagen verbunden sei, die den USA ein absolutes Kontrollrecht einräumen? Im übrigen sehe sich Frankreich gezwungen, mangels einer europäischen Anlage zur Isotopentrennung, die das angereicherte Uranium für sein militärisches Nuklearprogramm liefern könnte, eine nationale Anlage nur für militärische Zwecke zu bauen. Das sei sehr kostspielig, brauche lange Zeit und verzögere den Zeitpunkt, zu dem Frankreich seine Verteidigung selbst in die Hand nehmen könne, ohne vom amerikanischen Schutzschirm abhängig zu sein[57].

---

[52] Bericht von P. July über Euratom in der Nationalversammlung.

[53] Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg vom amerikanischen Kongreß verabschiedetes Gesetz, das jegliche Weiterverbreitung von amerikanischen Forschungserkenntnissen auf dem Gebiet der Atomenergie an ausländische Mächte unter Todesstrafe stellte.

[54] Vgl. Jean Monnet, a. a. O., S. 493.

[55] J. O., Ass. nat., Sitzung vom 5. Juli 1956.

[56] Intervention von Kriegel-Valrimont in der Sitzung vom 25. März 1957, J. O., Ass. nat., 1957, S. 1887.

[57] Vgl. J. Armel, L'atome ne sera pas européen, in: France-Observateur vom 4. Juli 1957; Bericht von P. André im Namen des Verteidigungsausschusses, J. O., Ass. nat., Sitzung vom 3. Juli 1957; Intervention von M. Plaisant in der Sitzung vom 19. Juli 1957.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Mehrheit der Parlamentarier ging aber auf diese Argumentation nicht ein. Sie blieb überzeugt davon, daß die Verträge von Rom eine Verminderung des Einflusses der Vereinigten Staaten und eine geringere Abhängigkeit Frankreichs von Washington zur Folge haben würden. Die öffentliche Meinung war der gleichen Ansicht: nur 5% der von I.F.O.P. im Mai 1957 befragten Personen erklärten, die Verträge würden den amerikanischen Einfluß verstärken[58].

Bis jetzt war vor allem von den politischen nationalen Interessen die Rede. Natürlich ging es bei der Debatte über den Gemeinsamen Markt in gleicher Weise um die Interessen der französischen Wirtschaft. Es sei daran erinnert, daß sich Frankreich in dieser Zeit dringenden wirtschaftlichen Problemen gegenübersah. Seine Zahlungsbilanz befand sich in einer sehr schweren Krise, die vor allem durch ein wachsendes Handelsdefizit verursacht worden war. Es war einesteils durch ein Anschwellen der Einfuhren entstanden, als Konsequenz sowohl der wirtschaftlichen Expansion wie der Sozialpolitik der Regierung der Front républicain[59], die den internen Konsum ansteigen ließ, und der militärischen Anstrengungen in Algerien. Zum anderen ließen der Rückgang der Exporte, die Inflation und die Erhöhung der Lastkosten die französischen Preise steigen. Da es an Devisen fehlte, mußten entweder die Einfuhren eingeschränkt oder Anleihen aufgenommen werden, was immer schwieriger wurde; denn angesichts des Budgetdefizits, der Inflation und der ständigen Schuldnerposition gegenüber der Europäischen Zahlungsunion schwand das Vertrauen der möglichen Geldgeber. Die Gesundung der Zahlungsbilanz war deshalb dringendes Erfordernis. Das bedeutete mehr Export und Einschränkung der Importe, besonders an Energierohstoffen. Daher das Interesse am Gemeinsamen Markt und an Euratom.

Zu diesen konjunkturellen Erfordernissen kamen strukturelle Faktoren. Die Errichtung des Gemeinsamen Marktes mußte einige der Ursachen für die Schwäche der französischen Wirtschaft lindern helfen: die Enge des nationalen Markts, den Mangel an Bodenschätzen und die Unzulänglichkeit der Investitionen. In den Debatten hob man vor allem die erforderliche Priorität des Exports hervor. Die französische Wirtschaft brauche Absatzmärkte, die den Maßstäben der modernen Technik entsprächen. Der Gemeinsame Markt sei schon deshalb notwendig, weil sich Frankreich einer Politik der industriellen und landwirtschaftlichen Expansion verschrieben habe[60]. Denn einesteils war der französische Markt für eine ganze Reihe von Industriezweigen, die sich der internationalen Entwicklung anzupassen hatten, zu klein geworden, andererseits konnte Frankreich nicht mit höheren Exportquoten rechnen, wenn es nicht zu konkurrenzfähigen Preisen produzierte. Das erforderte eine Änderung der Strukturen und Gewohnheiten, die nur der durch den Gemeinsamen Markt hervorgerufene äußere Zwang bewirken konnte. Der Berichterstatter des Ausschusses für

---

58 Sondages, 1972, No. 1–2, S. 125.

59 So nannte sich in Anlehnung an die Front populaire (Volksfront) der dreißiger Jahre die Koalition linksliberaler und sozialistischer Parteigruppen, die die Wahlen im Dezember 1955 gewann und eine der Hauptstützen der Regierung Guy Mollets wurde.

60 Vgl. die Rede Guy Mollets in der Nationalversammlung, J. O., Ass. nat., S. 213–215.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auswärtige Angelegenheiten im Parlament, Alain Savary, befaßte sich ausführlich mit diesen Gesichtspunkten. In seiner Einleitung zum Jahrgang 1957 des Jahrbuchs „L'Année politique" schrieb André Siegfried[61] von der Notwendigkeit einer Umerziehungskur, die die seit Generationen geltenden Anschauungen ändern müsse. Man dürfe nicht mehr „den Export als einen einfachen Zusatzverdienst betrachten, den man einplant, wenn der innere Markt gesättigt ist, sondern als eine Hauptaufgabe ... Man muß sich der internationalen Konkurrenz stellen und die malthusianistische Philosophie der ökonomischen Maginotlinien aufgeben"[62].

Die Perspektiven, die eine Marktausweitung der französischen Landwirtschaft eröffnete, erklären zur Genüge, warum die französische Regierung schon bei der Ausarbeitung der Römischen Verträge ihre Zustimmung von der Einrichtung eines gemeinsamen Agrarmarktes abhängig machte. Sie wurde dazu durch die Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialrates gezwungen; die Vertreter der Landwirtschaft in ihm stimmten dem Gemeinsamen Markt nur unter der Bedingung zu, daß auch europäische Märkte für Agrarprodukte eingerichtet würden[63]. Ebenso forderte die Nationalversammlung im Januar 1957 eine gemeinsame Agrarpolitik.

Hinter diesen Beschlüssen standen bedeutende Berufsverbände, so der fortschrittliche Flügel in der agrarischen Genossenschaftsbewegung und das „Centre National des Jeunes Agriculteurs" (Zentralverband der Jungbauern), das aus der „Jeunesse Agricole Catholique" (J.A.C.) hervorgegangen war und unter dem Einfluß der Europa-Ideologie des M.R.P. gestanden hatte. Das C.N.J.A. widmete sich aber vor allem der Modernisierung der Landwirtschaft und der damit erforderlichen Erschließung neuer Absatzmärkte[64]. Die Führer der „Fédération Nationale des Syndicats d'Exploitants Agricoles" (Nationale Vereinigung der landwirtschaftlichen Genossenschaften) vertraten ihrerseits die Auffassung, die französische Landwirtschaft werde zu einer Überschußwirtschaft und könne ihre Produkte nicht mehr zu lohnenden Preisen exportieren. Ihr Ziel sei es daher, bei den Nachbarn Frankreichs Absatzmärkte mit besseren Preisen als auf dem Weltmarkt zu finden, und zwar durch einen gemeinsamen Markt mit Präferenzsystem und einem genügend hohen gemeinsamen Zolltarif nach außen. An der Spitze dieses Interessenkampfes standen die Großproduzenten von Getreide und die Rübenzuckerfabrikanten. Sie waren in den vergangenen Jahren die Hauptverantwortlichen für das Scheitern des „Grünen Pool" gewesen. Nun gaben sie ihre protektionistische Haltung auf, denn die vom Staat zur Stützung des Getreide- und Zuckermarktes ausgeschütteten Subventionen hatten eine solche Höhe erreicht, daß sie in Frage gestellt wurden. Die Verschärfung der Finanzkrise und der Sieg der republikanischen Front bei den Wahlen im Januar 1956 läuteten das Ende der Subventionen ein, von denen vor allem die großen Landwirte des Nordens und des Pariser Beckens profitiert hatten. Sie brauchten deshalb ein Expansionsfeld

---

[61] André Siegfried (1875–1959), bedeutender französischer Soziologe und Politologe, in den 50er Jahren Herausgeber des offiziösen Jahrbuchs „L'Année politique".

[62] L'Année politique 1957, Paris 1958, S. XVIII.

[63] Bulletin de Conseil économique et social, Sitzungsbericht vom 12. Juli 1956.

[64] Vgl. Bjøl, a. a. O., S. 143, der Gespräche mit den Führern des C.N.J.A. referiert.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

über die Grenzen hinaus. Der Gemeinsame Markt erschien also als *die* Chance der französischen Landwirtschaft[65]. Der Präsident der Versammlung der Vorsitzenden der Landwirtschaftskammern, Blondelle, machte das in einem Schreiben an den Außenminister vom 24. Mai 1956[66] deutlich. Und im Parlament wurde es von den meisten Abgeordneten der Gruppe der Unabhängigen und Bauern wiederholt.

Manche brachten allerdings auch Einwände vor und fanden die Garantien für die Landwirtschaft ungenügend; der zu niedrige Außentarif führe zu einer Invasion des französischen Markts durch die agrarischen Überschußprodukte von jenseits des Atlantik. Andere machten sich zu Sprechern der wegen der italienischen Konkurrenz beunruhigten Gemüse-, Obst- und Weinproduzenten des Südens. Auf der äußersten Linken wie auf der äußersten Rechten prophezeite man eine Krise der kleinen, gemischtproduzierenden Familienbetriebe, ein „Massensterben der kleinen und mittleren Bauern", eine Beschleunigung der Landflucht, die in den Städten zu Arbeitslosigkeit führen werde, und ein Verkümmern der abgeschiedenen und wenig rentablen Landstriche. Maurice Faure mußte sich vor der Nationalversammlung verpflichten, bei den Partnern Frankreichs die Einführung von Minimalpreisen durchzusetzen und eine gemeinsame Politik anzustreben, die „aus den Familienbetrieben normal rentable Unternehmen macht"[67].

Die Industrie konnte von der Ausweitung des Exports in die benachbarten Länder des Gemeinsamen Markts ja nur profitieren: Auf sie schienen Expansion, Vollbeschäftigung und die Sicherung des hohen Lohnniveaus zu warten. Deshalb sprachen sich auch die nicht der Kommunistischen Partei verschriebenen Gewerkschaften, C.F.T.C.[68] und „Force Ouvrière", schon im Juli 1956 für den Gemeinsamen Markt aus[69].

Freilich mußte die französische Industrie die Sicherheit haben, an ihre Nachbarn auch verkaufen zu können und von diesen nicht gar zu sehr unter Konkurrenzdruck im eigenen Land gesetzt zu werden. In dieser Hinsicht schienen große Vorsichtsmaßregeln notwendig zu sein. Wenn der Akzent zu sehr auf die Produktivität und die Konzentration der Wirtschaft in großen Einheiten gelegt wurde, riskierte man außerdem unerfreuliche soziale Folgen. Die C.G.T.[70] und die Kommunistische Partei mal-

---

[65] Vgl. Pierre Barral, Les agrariens français de Méline à Pisani, Paris 1968, S. 325–327; Bjøl, a. a. O., S. 388–391, Gespräch mit J. C. Clavel, dem Chef des Büros für internationale Studien der „Fédération Nationale des Syndicats d'Exploitants Agricoles".

[66] Das Schreiben wurde in den Debatten der Nationalversammlung zitiert, J. O., Ass. nat., 1956, S. 3319.

[67] J. O., Ass. nat., Sitzung vom 15. Januar 1957. Maurice Faure antwortete auf die Interventionen von Dorgères, Beaugitte, P. André, C. Laurens, Abgeordneten der Unabhängigen und der Bauern, und von verschiedenen kommunistischen Abgeordneten.

[68] C.F.T.C. = Confédération Française des Travailleurs Chrétiens: Französischer Verband christlicher Arbeiter.

[69] Sitzung des Wirtschafts- und Sozialrates vom 12. Juli 1956; vgl. auch Bjøl, a. a. O., S. 416 (Gespräch mit Ch. Veillon, dem Verbandssekretär von „Force Ouvrière").

[70] C.G.T. = Confédération Générale du Travail: Allgemeiner Verband der Arbeit (kommunistisch orientierte Gewerkschaft).

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten eine geradezu apokalyptische Vision aus: Massenarbeitslosigkeit infolge Schließung von Unternehmen, die der Konkurrenz nicht standhalten konnten; Erhöhung des Arbeitsrhythmus und der Arbeitszeit zur Steigerung der Leistung; soziale Angleichung auf dem untersten Niveau; Abzug der Arbeiter nach den Zentren des Wachstums[71].

Dazu kam die entschiedene Opposition der Gruppen, die der durch den Gemeinsamen Markt erzwungenen Konzentration und Modernisierung der Wirtschaft zum Opfer zu fallen fürchteten: kleine Industrielle, Handwerker, kleine Händler. Der Präsident des Verbandes der kleinen und mittleren Unternehmen, Gimgembre, hatte seine Angst vor der EWG schon drastisch geäußert: „Der erste Waggon, der nach der Eröffnung des Gemeinsamen Marktes die Grenzen passieren wird, wird nicht nur europäischen Koks transportieren, sondern auch einen Leichnam – den der französischen Industrie!" Sein Verband lehnte die Römischen Verträge entschieden ab[72].

Auf der anderen Seite hatte der Zentralverband der jungen Unternehmer, der in der Industrie dem entsprach, was der C.N.J.A. für die Landwirtschaft war, sehr bald zugunsten des Gemeinsamen Marktes Stellung genommen, der letzten Rettung vor dem Archaismus der französischen Industrie. Der nationale französische Industriellenverband, C.N.P.F. (Conseil National du Patronat Français), machte eine Wandlung durch. Anfangs war er in seiner Gesamtheit feindselig oder zumindest reserviert. Im Juli 1956 stimmten die Vertreter der Industrie im Wirtschafts- und Sozialrat gegen das Projekt des Gemeinsamen Marktes oder enthielten sich der Stimme. Genaugenommen handelte es sich aber nicht um eine Opposition aus Prinzip, vielmehr stellte man gewisse Vorbedingungen, um der französischen Industrie die Bedingungen einer „gerechten" Konkurrenz zu sichern. Viele Industriezweige strichen die Nachteile der französischen Industrie heraus, die sich durch ihren veralteten und schlecht angepaßten Produktionsapparat und ihre kostspieligen Soziallasten ergaben. Man müsse deshalb innerhalb der EWG Bedingungen schaffen, die die französische Industrie der der Partner gleichstellen, und außerdem gegenüber den Drittländern, die nicht an diese Abmachungen gebunden sein würden, einen genügend hohen gemeinsamen Zolltarif erheben[73]. In einer am Schluß ihrer Generalversammlung im Januar 1957 verabschiedeten Erklärung bestand das C.N.P.F. vor allem auf einer Angleichung der Soziallasten (Gleichheit der Löhne für Frauen und Männer wie in Frankreich, gleiche Regelung wie in Frankreich für die Überstunden, die Dauer der Arbeitswoche, die Länge des bezahlten Urlaubs, die finanziellen Modalitäten der Soziallasten), auf einer Koordination der Wirtschafts- und Sozialpolitik innerhalb der EWG und auf dem Schutz gegenüber den Drittländern[74]. Im selben Monat machte ein Gutachten des Wirtschafts- und Sozialrates die fortschreitende Liberalisierung des Güteraustausches von der Verwirklichung dieser Maßnahmen abhängig. Außerdem forderten die Industriel-

---

71 Intervention der Delegation des C.G.T. im Wirtschafts- und Sozialrat am 12. Juli 1956, und von Mme. Vaillant-Couturier in der Nationalversammlung, J. O., Ass. nat., 1957, S. 19–23.

72 Bjøl, a. a. O., S. 400–403 (Gespräch mit M. Gimgembre).

73 Bulletin du Conseil économique et social, 1956, No. 20 u. 21.

74 Bulletin du C.N.P.F., Paris, Februar 1957.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

len die Aufrechterhaltung des Systems der Einfuhrzölle und der Exporthilfen, solange die monetäre Krise und das Defizit der Zahlungsbilanz anhielten.

Alle diese Forderungen wurden von der französischen Regierung bei den Verhandlungen mit ihren Partnern berücksichtigt, denn die privaten Interessen deckten sich in diesem Fall mit den nationalen. Die geforderten und letztlich zu einem großen Teil durchgesetzten Maßnahmen zielten darauf ab, die traditionellen Nachteile der französischen Industrie gegenüber ihren Konkurrenten zu lindern, ihr Expansionsmöglichkeiten im erweiterten und geschützten Rahmen des Europa der Sechs zu verschaffen und dadurch den für den Ausgleich der Zahlungsbilanz notwendigen raschen Exportanstieg zu ermöglichen[75].

Nachdem man in den Verhandlungen die als unbedingt notwendig erachteten Garantien und Konzessionen durchgesetzt hatte, konnte der Gemeinsame Markt nur Vorteile bieten: er beschleunigte die Modernisierung des französischen Produktionsapparates und erhob Frankreich in den Rang einer großen Industrienation. André Siegfried schrieb, es handle sich um eine „entscheidende Gelegenheit der nationalen Erneuerung"[76]. Alain Savary unterstrich als Berichterstatter des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten vor allem vier Punkte: die Ausschaltung der unrentablen Unternehmen, die für die Senkung der Produktionskosten vorteilhafte Konzentration und Spezialisierung, die Steigerung der Produktivität, die Beweglichkeit der Arbeitskräfte und des Kapitals[77]. Schon anläßlich der Orientierungsdebatte im Januar 1957 hatten Maurice Faure und Christian Pineau darauf hingewiesen, daß eine Ablehnung des Gemeinsamen Marktes durch Frankreich und seine Isolierung vom Rest Europas einen Verzicht auf die Umstellung und Modernisierung seiner Wirtschaft bedeuten würde. „Europa ist für Frankreich der richtige Weg, aber nicht der Weg der bequemen Gelegenheit, sondern der Weg der Rettung."[78] Der durch den Gemeinsamen Markt von außen ausgeübte Druck werde die Durchführung der notwendigen inneren Reformen erleichtern. Tatsächlich verlangte die am Schluß der Debatte von der Nationalversammlung verabschiedete Resolution im Hinblick auf die Perspektiven des Gemeinsamen Marktes die Einleitung einer Investitionspolitik mit dem Ziel einer Modernisierung der französischen Wirtschaft.

Die für die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Industrie als unvermeidlich angesehenen Reformen betrafen aber nicht nur die Unternehmenspolitik, sondern auch und in erster Linie die Politik der Regierung. Für die zögernde Haltung des C.N.P.F. gegenüber dem Gemeinsamen Markt schien das der Hauptgrund gewesen zu sein. Die Errichtung des Gemeinsamen Marktes bot die Gelegenheit, die Regierung zur Änderung einer Wirtschafts- und Sozialpolitik zu zwingen, die bei den Unterneh-

---

[75] Vgl. die von Ch. Pineau auf der Konferenz von Venedig am 29. und 30. Mai 1956 vertretenen Positionen, den Bericht von A. Savary im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und die Erklärungen von Guy Mollet in der Nationalversammlung anläßlich der Debatte über die Ratifikation der Römischen Verträge im Juli 1957; vgl. auch J. Monnet, a. a. O., S. 495.

[76] L'Année politique 1957, Paris 1958, S. XIX.

[77] J. O., Ass. nat., 1957, S. 2333 ff.

[78] J. O., Ass. nat., Sitzungen vom 15. bis 22. Januar 1957.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mern als katastrophal verschrien war, die Erbschaft der Republikanischen Front zu beseitigen und zu den Zeiten des guten Monsieur Pinay[79] zurückzukehren: Aufgabe des gegenwärtig herrschenden Prinzips, jeweils das Einfachste zu tun, vorrangige Förderung der französischen Produktion, Aufgabe der Subventionen und der starren Preisfestsetzung, Beschränkung der Soziallasten und Steuern, Reduzierung der staatlichen Eingriffe auf dem Kapitalmarkt, Änderung der Kreditpolitik, Begünstigung statt Entmutigung der privaten Investitionstätigkeit – das waren die Forderungen, die das C.N.P.F. in seiner Generalversammlung im Januar 1957 an die Regierung richtete, bevor es dem Gemeinsamen Markt zuzustimmen bereit war[80].

In der Nationalversammlung fand Georges Villiers, der Präsident des C.N.P.F., einen Fürsprecher in der Person eines jungen Abgeordneten, der seine ersten parlamentarischen Fechtübungen machte: Valéry Giscard d'Estaing. Zusammen mit anderen unabhängigen Abgeordneten war er Vertreter der Interessen des Großhandels, der Hochfinanz und der Großindustrie, die die Liberalisierung des Handels im europäischen Rahmen befürworteten und deren Repräsentanten in der Europäischen Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit aktiv waren[81]. Giscard d'Estaing sagte damals nicht ein „Ja, aber" sondern ein „Ja, wenn": ein Ja zum Gemeinsamen Markt, wenn die Regierung sich vorher bereit erkläre, ihre Wirtschafts-, Sozial- und Steuerpolitik zu ändern und die Entwicklung der großen Unternehmen zu begünstigen statt die auf ihnen liegenden Lasten noch zu erhöhen. Hier trafen sich wieder privates und nationales Interesse. In derselben Debatte anerkannte auch Christian Pineau, daß mit einer neuen Politik begonnen werden müsse, um die Modernisierung des französischen Produktionsapparates zu ermöglichen, um ihn überhaupt instand zu setzen, auf dem Gemeinsamen Markt aufzutreten und daraus den besten Nutzen zu ziehen – insgesamt zum Wohle der französischen Wirtschaft[82]. Kurioserweise zogen in der Schlußdebatte im Juli 1957 Mendès-France und Giscard d'Estaing am selben Strang: Beide betonten, es sei unmöglich, den Gemeinsamen Markt in Gang zu setzen, wenn sich Frankreich nicht durch eine Politik der wirtschaftlichen Wiederbelebung auf die Liberalisierung des Handels vorbereite. Aber Giscard d'Estaing, im Hinblick auf die Möglichkeit einer Wiederbelebung Optimist, stimmte für den Gemeinsamen Markt. Mendès-France, pessimistisch eingestellt, stimmte dagegen: Frankreich sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht fähig zu einer solchen Wiederbelebung und sollte deshalb keine Engagements eingehen, die es nicht halten könne. Dieser Pessimismus war begründet:

---

[79] Antoine Pinay, unabhängiger Republikaner, mehrfach Minister und März bis Dezember 1952 Ministerpräsident und Finanzminister, versuchte mit Erfolg, durch einen Preisstopp ohne Steuererhöhungen die Finanzen zu sanieren, und wurde auch danach als Finanzexperte und unbestrittener Chef des rechten Zentrums anerkannt.

[80] Bulletin du C.N.P.F., Paris, Februar 1957. Zur Entwicklung der Haltung des C.N.P.F. gegenüber dem Gemeinsamen Markt vgl. Georges Lefranc, Les organisations patronales en France, Paris 1976.

[81] Vor allem J. Rueff, Edmond Giscard d'Estaing, die Direktoren von Péchiney, der Bank Lazard frères.

[82] Nationalversammlung, Sitzung vom 18. Januar 1957.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Verschärfung der Außenhandelskrise hatte die Regierung im Juni zu einer neuerlichen Kontingentierung der Einfuhren veranlaßt. Mendès-France konnte nicht vorhersehen, daß sich in weniger als einem Jahr die politische Situation Frankreichs grundlegend ändern und der von Giscard d'Estaing vertretene Optimismus nachträglich gerechtfertigt werden sollte.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HEINRICH KÜPPERS

WEIMARER SCHULPOLITIK IN DER WIRTSCHAFTS- UND STAATSKRISE DER REPUBLIK

Am 4. April 1931 veröffentlichte das Reichsinnenministerium die Vereinbarung der Länder über die Mittlere Reife[1]. Von dieser Zeit an wurde einem Schüler das Zeugnis der Mittleren Reife erteilt, wenn er erfolgreich die vorgeschriebenen Schuljahre im Bereich der höheren Schule, der Mittel- bzw. Realschule, der Fachschule oder aber auch der Volksschule, vorausgesetzt sie war mit den entsprechenden Aufbauzügen ausgestattet, besucht hatte[2]. Nach den Bestimmungen der Ländervereinbarung bescheinigte das Zeugnis der Mittleren Reife den „Nachweis des Grades allgemeiner Bildung und geistiger Reife, der für den Eintritt in Berufe oder Berufslaufbahnen der mittleren Stufe des Berufsaufbaues notwendig ist"[3]. Seine Bedeutung hat das Zeugnis der Mittleren Reife bis in unsere Tage behalten. In Vergessenheit geraten ist dagegen der Anlaß, der in jenen Tagen akuter Wirtschaftsnot und Staatskrise zu seiner Einführung gegeben war, nämlich die Steuerung des sogenannten Berechtigungswesens. Mit Hilfe dieses Begriffes umschrieben Bildungspolitiker in der Zeit der Weimarer Republik die Wechselbeziehung zwischen Zeugnissen allgemeinbildender Schulen und künftiger Berufserwartung.

In der Endphase der ersten deutschen Republik war dieses Verhältnis endgültig aus dem Gleichgewicht geraten, als sich infolge der außerordentlich starken wirtschaftlichen Depression die Berufschancen der heranwachsenden Jugend aufgrund einer extrem ungünstigen Arbeitsmarktlage derart verschlechterten, daß die an die jeweilige schulische Allgemeinbildung geknüpften Erwartungen größtenteils unerfüllt bleiben mußten. Die Bestrebungen der Bildungspolitiker und der Ministerialbürokratie auf Reichs- und Länderebene, dieses Problem zu lösen, sind Gegenstand dieses Aufsatzes. Dabei wird das Ziel verfolgt, an diesem Beispiel aus den letzten Jahren der Weimarer

---

[1] Die Vereinbarung trat mit Wirkung vom 31. 3. 1931 in Kraft. Veröffentlicht ist sie im Reichsministerialblatt Nr. 14 vom 4. 4. 1931, S. 295 f. Wiedergegeben im Amtsblatt Nr. 17 des Bad. Ministeriums des Kultus und Unterrichts vom 21. 5. 1931, S. 111 f. Quellennachweis bei Christoph Führ: Zur Schulpolitik der Weimarer Republik. Die Zusammenarbeit von Reich und Ländern im Reichsschulausschuß (1919–1923) und im Ausschuß für das Unterrichtswesen (1924–1933). Darstellung und Quellen, Weinheim, Berlin und Basel 1970, S. 285 f. Hingewiesen sei in diesem Zusammenhang auf die weitgehende Autonomie der Länder in Fragen der Bildungspolitik.

[2] Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Vereinbarung galten folgende Mindestbesuchszeiten: höhere Lehranstalten im Anschluß an die Grundschule: 6 Jahre; höhere Lehranstalten in Aufbauform: 3 Jahre; Mittelschule (Realschule) im Anschluß an die Grundschule: 6 Jahre; gehobene Volksschule: insgesamt mit Grundschule 10 Jahre; Fachschule im Anschluß an die Volksschule: 3 Jahre oder 2 Jahre und eine zweijährige praktische Betätigung im Berufsleben (berufsbezogenes Praktikum).

[3] Zitiert nach Amtsblatt des Bad. Ministeriums des Kultus und Unterrichts Nr. 17/1931, S. 111.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Republik die für uns heute geläufige Wechselbeziehung zwischen Bildungssystem einerseits und Staats-, Gesellschafts- sowie Wirtschaftspolitik andererseits zu verdeutlichen, und zwar vorzugsweise unter bildungsökonomischen, bildungspolitischen und sozialpolitischen Aspekten.

Federführend zuständig für die Kulturpolitik im Reichskabinett war das Innenministerium[4]. Die entsprechenden Kompetenzen waren in diesem Hause der Abteilung III Wissenschaft und Schule übertragen, die von 1927 an von Ministerialdirektor Pellengahr geleitet wurde[5]. Verantwortlich für die Bildungspolitik der Länder, die in diesem Bereich weitgehend autonom waren, zeichneten die jeweiligen Fachressorts. In Schul- und Erziehungsfragen berieten sich Reich und Länder vorwiegend im sogenannten Ausschuß für das Unterrichtswesen[6]. Er tagte in der Regel einmal jährlich.

Erstmals eingehender befaßte sich der Ausschuß für das Unterrichtswesen auf seiner Sitzung am 2. und 3. März 1928 mit der Problematik des Berechtigungswesens[7], indem er die Frage einer schulrechtlichen Einführung des Zeugnisses der Mittleren Reife auf die Tagesordnung setzte. Doch die Verhandlungen mußten „vorläufig abgebrochen" werden, weil die „immer schärfer hervortretende Meinungsverschiedenheit über die Wertung der Obersekundareife im Vergleich zu einer auf anderen Schulwegen zu erwerbenden mittleren Reife als Lebensberechtigung" eine Übereinkunft ebenso verhinderte wie der Einwand, daß man zuerst der „Anerkennung dieser Reife durch Anstellungsbehörden und Wirtschaft gewiß sein" müsse[8]. Es sollte noch drei Jahre bis zum 31. März 1931 dauern, bis die Vertreter von Reich und Ländern die amtliche Anerkennung der Mittleren Reife als besonderes Qualifikationszeugnis vereinbaren konnten. An dieser Stelle soll nicht auf die Ursachen für den langwierigen

---

[4] Zuständigkeiten in der Bildungspolitik besaßen außerdem das Wirtschafts- und das Arbeitsministerium. Auf die Errichtung eines Reichskultusministeriums verzichtete man in der Zeit der Weimarer Republik, weil das Reich in der Schulgesetzgebung nur begrenzt kompetent und die Schulverwaltung Ländersache blieb. Eine zentrale Kulturbehörde wurde erst im Zuge der Gleichschaltungsbestrebungen durch die Nationalsozialisten geschaffen. Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung von 1934 bis 1945 war Bernhard Rust.

[5] Leiter der Kulturabteilung im Reichsinnenministerium war von 1919 bis 1927 der Staatssekretär Heinrich Schulz (SPD). Schulz galt als Schulexperte seiner Partei. Auch die als Frauenrechtlerin und Schriftstellerin hervorgetretene Gertrud Bäumer wirkte hier. Sie bekleidete im Jahre 1930 das Amt einer Ministerialrätin.

[6] Die Zusammenarbeit von Reich und Ländern im Ausschuß für das Unterrichtswesen begann am 21./22. November 1924 mit der 1. Sitzung in Berlin. Zuvor, von 1919 bis 1923, suchten die Vertreter des Reichs und der Länder bildungspolitische Entscheidungen im sogenannten Reichsschulausschuß vorzubereiten.

[7] Auf die Diskussion des Berechtigungswesens in der Öffentlichkeit vor diesem Zeitpunkt wird noch an anderer Stelle einzugehen sein.

[8] Zitiert nach der Niederschrift über die 7. Sitzung des Ausschusses für das Unterrichtswesen am 17. und 18. 10. 1929, Staatsarchiv Hamburg, Akten der Oberschulbehörde, Vg. 624b, Bd. VII. Ein Auszug aus der Niederschrift über die 5. Sitzung des Ausschusses am 2. und 3. 3. 1928 findet sich bei Führ (siehe Anm. 1), S. 263ff. Er gibt aber nur Auskunft über die Verhandlungen zur gesetzlichen Regelung der Lehrerbildung.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Entscheidungsprozeß eingegangen[9], sondern lediglich das Datum des Beginns ernsthafter Auseinandersetzungen mit der Problematik Berechtigungswesen festgehalten werden[10], denn es zeigt an, daß die eigentlichen Ursachen für das „Mißverhältnis zwischen Vorbildungsangebot und Vorbildungsbedarf"[11] bereits in den Jahren wirtschaftlicher Prosperität wirkten und daß die Weltwirtschaftskrise, die von 1929 an in Deutschland voll spürbar wurde, dieses Problem nur verschärfte. Beleg für diese Feststellung ist die Untersuchung Gertrud Bäumers[12] über das Berechtigungswesen, die im Jahre 1928 fertiggestellt wurde und später als offizielles Gutachten des Reichsinnenministeriums den Entscheidungsprozeß grundlegend bestimmte. Es ist darum unumgänglich, bevor dem Bemühen der Bildungspolitiker um den Abbau des übersteigerten Berechtigungswesens[13] in der Zeit von 1929 bis 1933 im einzelnen nachgegangen werden soll, vorab die eigentlichen Ursachen dieser Entwicklung aufzuzeigen.

Werfen wir zuerst einen Blick auf die Bildungsgeschichte des 19. Jahrhunderts. In diesem Zeitraum schritt die Entwicklung zu einem öffentlichen allgemeinbildenden und fachlichen Schulwesen stark fort. Der Lebensbereich Schule wurde dabei gleichzeitig immer mehr mit den Aufgaben des staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens in Verbindung gebracht. Die einsetzende Verflechtung des Bildungswesens mit den Interessen von Staat und Wirtschaft hatte zur Folge, daß die zunehmend dynamischer wirkende Kraft des sozialen und politischen Wandels auch und gerade im Sektor öffentliche Erziehung spürbar wurde. Der Übergang von der ständisch-feudalistischen

---

[9] Über die Arbeitsweise des Ausschusses für das Unterrichtswesen informiert Führ (siehe Anm. 1), S. 24f. und S. 54ff.

[10] Das Berechtigungswesen ist in der gesamten Zeit der Weimarer Republik stets Gegenstand von Erörterungen gewesen. Doch diese standen bis 1928 mehr oder weniger unter allgemeinpädagogischen und schulpolitischen Vorzeichen.

[11] Zitiert nach Gertrud Bäumer: Schulaufbau, Berufsauslese, Berechtigungswesen. Bearbeitet im Auftrage des Reichsministeriums des Innern, Berlin ²1930, S. 43.

[12] Siehe Anm. 11. Schon im Zeitraum von 1922 bis 1927 verließen z. B. in Preußen jährlich ca. 20000 examinierte Akademiker die Hochschulen, während gleichzeitig nur 8000–9000 Altakademiker aus den Diensten des preußischen Staates ausschieden. Damals bewarben sich rund 75% aller preußischen Jungakademiker für eine Beamtenstelle. Vgl. hierzu Ruth Meyer, Das Berechtigungswesen in seiner Bedeutung für Schule und Gesellschaft im 19. Jahrhundert, in: Ulrich Herrmann (Hrsg.), Schule und Gesellschaft im 19. Jahrhundert. Sozialgeschichte der Schule im Übergang zur Industriegesellschaft, Weinheim und Basel 1977, S. 372, Anm. 4.

[13] Die Notwendigkeit des Berechtigungswesens im Sinne einer harmonischen Ergänzung von Allgemein- und Berufsbildung ist selbstverständlich auch von den Bildungspolitikern der Weimarer Zeit akzeptiert worden. So erklärte z. B. der preußische Kultusminister Grimme (SPD) in der 153. Sitzung des Preußischen Landtags am 31. 3. 1930 zum Thema Berechtigungswesen: „Andererseits aber möchte ich doch gleich am Anfang meiner Tätigkeit mit aller Deutlichkeit zweierlei ausgesprochen haben, nämlich, daß es erstens notwendig ist, den berechtigten und von niemand weggewünschten Ansturm gegen das übersteigerte Berechtigungswesen nun nicht zu verwechseln mit dem ungerechtfertigten Anstürmen gegen die in keiner Gesellschaftsordnung der Welt wegzuschaffende Tatsache, daß es auch ein sinnvolles Berechtigungswesen gibt." Sitzungsberichte des Preußischen Landtags. 3. Wahlperiode, Bd. IX, (137. bis 154. Sitzung, 1. 3. bis 1. 4. 1930), Sp. 12 993.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Agrargesellschaft zur mobilen Industriegesellschaft, die Entwicklung großflächiger Staatsstrukturen und ihre verwaltungsmäßige Durchdringung, der fortschreitende Säkularisierungsprozeß, die neuen Auffassungen von Legitimation und Legalität, der Aufbruch zur nationalstaatlichen Einigung, alles das hat dazu beigetragen, das Verhältnis von Schule und Gesellschaft einerseits und Bildung und Individuum andererseits neu zu bestimmen. Die wichtigsten Ergebnisse dieser Veränderungsprozesse im 19. Jahrhundert in ihrer Wirkung auf das Bildungswesen waren die endgültige Etablierung der allgemeinen Schulpflicht, die Vorrangigkeit der staatlichen Schulaufsicht, der Ausbau und die fortschreitende Differenzierung des öffentlichen Erziehungssystems und nicht zuletzt der Abbau von zugewiesenen Bildungs- und Berufsprivilegien aufgrund von Herkunft zugunsten erworbener Berechtigungen auf der Basis individueller Leistungen, die ihren Ausgangspunkt im schulischen Bildungsgang nahmen. Aus diesem neuzeitlichen Verständnis von persönlicher Befähigung und Eignung entwikkelte sich das sogenannte Berechtigungswesen, d. h. die Einführung von vorgeschriebenen Schullaufbahnen und fachlichen Prüfungen für das Erreichen einer bestimmten beruflichen und gesellschaftlichen Stellung. Bildung wurde „Grundlage und Berechtigung zum eigenen sozialen Aufstieg oder zum Behaupten der erworbenen sozialen Position"[14].

Die Chance zum sozialen und beruflichen Aufstieg durch Bildung erfolgte im vorigen Jahrhundert allerdings nicht im Sinne einer durchlässigen vertikalen sozialen Mobilität, weil innerhalb der gesellschaftlichen Ordnung im Deutschland des 19. Jahrhunderts das altständische Prinzip der Herkunft durch ein neues ersetzt wurde, nämlich die Barrieren, wie sie entsprechend den Unterschieden von Besitz und Bildung gesetzt wurden. Die Entwicklung des allgemeinbildenden Schulwesens in seiner hierarchischen und undurchlässigen Struktur von Volksschule, Mittelschule und Gymnasium spiegelt die Gesellschaftsformationen der damaligen Zeit deutlich wider[15], die hier nur grob in der Differenzierung von Bürgertum und Arbeiterschaft und dem Hinweis auf den gegensätzlichen Lebensstil städtischer und ländlicher Sozialkreise angedeutet werden soll. Handwerk, Handel, freie Berufe, Industrie, dann aber vor allem die öffentlichen Dienstleistungsbetriebe wie Bahn und Post, die staatli-

---

[14] Zitiert nach R. Meyer (siehe Anm. 12), S. 378. Dieser Beitrag zur Bildungsgeschichte des vorigen Jahrhunderts beleuchtet eingehend die Ursachen für die Entstehung des Berechtigungswesens in Deutschland. Über den Grad der sozialen Immobilität in bestimmten Berufsbereichen in der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts informiert Hartmut Kaeble, Soziale Mobilität in Deutschland 1900–1960, in: Kaeble, Matzerath, Rupieper, Steinbach, Volkmann, Probleme der Modernisierung in Deutschland. Sozialhistorische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, Opladen 1978, S. 235–324.

[15] Vgl. hierzu im einzelnen Detlef K. Müller, Sozialstruktur und Schulsystem. Aspekte zum Strukturwandel im 19. Jahrhundert, Studien zum Wandel von Gesellschaft und Bildung im Neunzehnten Jahrhundert, hrsg. von Otto Neuloh und Walter Rüegg, Bd. 7, Göttingen 1977, S. 65 ff. Siehe auch Wolfgang Zorn, Hochschule und höhere Schule in der deutschen Sozialgeschichte der Neuzeit, in: Spiegel der Geschichte. Festgabe für Max Braubach zum 10. April 1964, hrsg. von Konrad Repgen und Stephan Skalweit, Münster 1964, S. 327 ff.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

chen Verwaltungsbehörden bis hinauf zu den Ministerien, sie alle praktizierten mehr oder weniger das ständische Prinzip bei der Vergabe einfacher, mittlerer und hoher Positionen, indem sie die schulische Laufbahn mit den beruflichen Eingangsstufen derart eng miteinander verkoppelten, daß die „einmal durch den Schulabgang vorbestimmte Stufe ... kaum mehr überwunden werden"[16] konnte. Höherer Beamter konnte z. B. nur noch der werden, der die staatlich gesetzten Examina nachzuweisen vermochte, mittlerer Beamter nur noch der, der einen entsprechenden Bildungsabschluß einer Mittelschule oder einer adäquaten Klasse eines Gymnasiums erreicht hatte. Solche oder ähnliche Berechtigungsnachweise haben sich im Laufe des 19. Jahrhunderts in allen Staaten mit industrieller Entwicklung eingebürgert. Nachteilig für das Berechtigungswesen in Deutschland war nur, daß es sich im Gegensatz zum angelsächsischen Raum zu einem Mechanismus verfestigte, der einen sozialen Auf- oder Abstieg im Sinne persönlicher Bewährung nahezu ausschloß. Dieses starre, der neuzeitlichen Mobilität in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft entgegenstehende Auswahlprinzip in den beruflichen Anwartschaften mußte als Hypothek von den Bildungspolitikern der Weimarer Zeit übernommen werden.

Bis dahin war das angestrebte Mindestbildungsziel bürgerlicher Lebenskreise die sogenannte Berechtigung zum „Einjährigen-Heeresdienst" gewesen. Sie wurde durch den Nachweis der Reife für die Obersekunda oder das Abschlußzeugnis einer sechsklassigen höheren Lehranstalt erworben[17]. Das im Volksmund allgemein so bezeichnete Zeugnis des „Einjährigen" eröffnete in der Regel die Aussicht auf eine entsprechende Berufsstellung entweder im Bereich der staatlichen Verwaltung, im Heeresdienst oder aber auch innerhalb der gewerblichen Wirtschaft, wo die beruflichen Mobilitätsbarrieren vor allem in einem wachsenden Gegensatz zwischen Angestellten- und Arbeitermilieu zum Ausdruck kamen.

Es liegt auf der Hand, daß die oben beschriebene Struktur des allgemeinbildenden Schulwesens am ausgeprägtesten in den Städten war, in denen traditionell starke bürgerliche Schichten zu Hause waren. Auf dem Lande, aber auch in den rasch wachsenden Städten in den industriellen Kernzonen Deutschlands konnte man dagegen eher von einem zweigliedrigen Schulsystem sprechen; hier war der Besuch der Volksschule noch die Regel, der Besuch der Mittelschule oder des Gymnasiums nur wenigen möglich. Die Gründe für diese unterschiedliche Entwicklung, die auch noch regional differierte, waren zum Teil sozialer und ökonomischer, aber auch ideologischer, ja sogar religiöser Natur[18].

---

[16] Zitiert nach R. Meyer (siehe Anm. 12), S. 379.

[17] Im streng schulrechtlichen Sinne gab es das „Einjährige" nur im gymnasialen Schulbereich. Die Berechtigung zum „Einjährigen-Heeresdienst" konnte auch aufgrund einer Sonderprüfung erworben werden.

[18] Bekannt ist, daß sozialistisch orientierte Arbeiter ihre Kinder aus Furcht vor einem Verlust des „Klassenbewußtseins" selbst bei überdurchschnittlicher Begabung nicht an einer höheren Schulbildung teilnehmen ließen. Otto Koch hat diesen Gedanken von der in proletarischen Kreisen befürchteten „Entfremdung der Kinder" durch Schulbildung unter Hinweis auf Carl Sternheims

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nach dem Willen der Schöpfer der Weimarer Verfassung sollten überlieferte Bildungsprivilegien abgebaut und durch ein Mehr an Chancengleichheit ersetzt werden. Aus diesem Grunde haben insbesondere liberale und sozialdemokratische Politiker den Gedanken von der Einheitsschule[19] verfassungsrechtlich absichern wollen. Ihr Bemühen fand seinen Niederschlag im Artikel 146 Abs. 1 der Reichsverfassung, der bestimmte, daß alle Schulen künftighin „organisch" verbunden seien. Mit dem Inkrafttreten des Grundschulgesetzes im Jahre 1920 war dann auch bald ein vielversprechender Anfang im Sinne dieses Verfassungsauftrages gemacht worden. Das erklärte Ziel der Reform war die „für alle gemeinsame Grundschule" als Ausgangspunkt für eine Schülerauslese, die allein von der „Anlage und Neigung" des Kindes und nicht von der „wirtschaftliche(n) und gesellschaftliche(n) Stellung oder das (sic) Religionsbekenntnis" der Eltern bestimmt sein sollte[20]. Ohne auf die Verfassungsanregungen und -aufträge im einzelnen eingehen zu wollen, die einer gesetzlichen Regelung durch das Reich harrten[21], sei hier lediglich der nunmehr für breite Bevölkerungskreise

---

Tragikomödie „Bürger Schippel" deutlich ausgesprochen. Vgl. Otto Koch, Die soziale Umschichtung und die Höhere Schule, in: Wesen und Wege der Schulreform, mit Heinrich Deiters und Lina Mayer-Kulenkampff hrsg. von Adolf Grimme, Berlin 1930, S. 54f. Die besonderen Bildungsanstrengungen protestantischer Bevölkerungskreise sind ebenso Gewißheit pädagogischer Forschung wie das „Bildungsdefizit" katholischer Bevölkerungsteile. Vgl. hierzu insbesondere Karl Erlinghagen, Kath. Bildungsdefizit in Deutschland, Herder-Bücherei, Bd. 195, Freiburg, Basel und Wien 1965, S. 26ff.

19 Der Gedanke von der Einheitsschule war in der Weimarer Zeit nicht einheitlich. Unterschiedlich waren sowohl die Vorstellungen in der organisatorischen Gestaltung als auch die ideenmäßige Begründung der erstrebten Reform. Ein Teil der Neuerer verfocht seine Ziele bewußt im Rückgriff auf die preußische Reformzeit (Wilhelm von Humboldt, Johann Wilhelm Süvern, Johannes Schulze), ein anderer argumentierte mit Hinweisen auf das Gleichheitsprinzip, wie es im politischen Denken westlicher Staaten lebendig war. Vgl. hierzu Gerhardt Giese, Quellen zur deutschen Schulgeschichte seit 1800, Quellensammlung zur Kulturgeschichte, Bd. 15, hrsg. von Wilhelm Treue, Göttingen, Berlin und Frankfurt/M. 1961, S. 44ff.; Helmut Sienknecht, Der Einheitsschulgedanke. Geschichtliche Entwicklung und gegenwärtige Problematik, Weinheim und Berlin 1968, S. 121–192; Wolfgang Scheibe, Die reformpädagogische Bewegung 1900–1932, Weinheim, 1969.

20 Quellentexte bei G. Giese (siehe Anm. 19), S. 240 (Dokument Nr. 12a). Die Bestimmungen des Reichsgrundschulgesetzes sind dort auf S. 242f. (Dokument Nr. 12b) festgehalten.

21 In der Reichsverfassung waren im Interesse einer Vereinheitlichung des Schulwesens, insbesondere für den Bereich der Volksschule, für die Neuordnung der beruflichen Bildung und für die Reform der Volksschullehrerbildung, Ziele gesetzt worden. Die Gründe für das Scheitern der Gesetzesvorhaben sind unterschiedlich. Die mehrmals mit der Absicht eingeleiteten Gesetzesinitiativen, den Charakter der Volksschule als öffentliche Bildungsstätte rechtlich zu definieren, scheiterten an dem unüberbrückbaren Gegensatz der Parteien (insbesondere Zentrum und Sozialdemokratie) bei der Bestimmung des Verhältnisses von Religion und Schule. Das Zentrum wehrte sich entschieden gegen eine Entkonfessionalisierung dieses Bildungsbereichs. Die anderen Vorhaben kamen nicht zur Durchführung, weil das Reich und die Länder in der Kostenfrage keine Einigung erzielen konnten. Zur Schulpolitik der Weimarer Republik siehe C. Führ (Anm. 1). Vgl. dort auch den Überblick über die Forschung (S. 338). Zur Schulpolitik des Zentrums liegt eine auf breiter Quellenbasis verfaßte Monographie vor: Günther Grünthal, Reichsschulgesetz und Zentrumspartei in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1968. Hingewiesen sei auch auf Manfred

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

geöffnete Zugang zur höheren Bildung festgehalten[21a]. Auf eine Schulstatistik, die die Auswirkungen der Bildungsreform durch Zahlen sichtbar machen könnte, soll an dieser Stelle noch verzichtet werden, da wir vorab noch einen anderen Vorgang zur Kenntnis nehmen müssen, der für die Behandlung unseres Themas von ebensogroßer Bedeutung ist wie die Verabschiedung des Grundschulgesetzes. Es handelt sich dabei um den Wegfall der Berechtigung zum „Einjährigen-Heeresdienst", da in Deutschland aufgrund der Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages die allgemeine Wehrpflicht aufgehoben wurde[22]. Das „Einjährige" als Versetzungszeugnis zur Obersekunda im gymnasialen Sektor und das im außerschulischen Raum als Qualifikationsnachweis allgemeiner Bildung mehr oder weniger als gleichwertig angesehene Abschlußzeugnis der Mittelschulen büßten damit ihren traditionellen Berechtigungscharakter für mittlere Führungsaufgaben im Bereich des Heeres bzw. der staatlichen Verwaltung oder der gewerblichen Wirtschaft ein[23]. Es gab in Deutschland nur noch einen besonderen Qualifikationsnachweis im Bereich der allgemeinbildenden Schulen, nämlich das Reifezeugnis der Höheren Schulen nach bestandenem Abitur. Es bescheinigte die Studienberechtigung an einer Hochschule. Den bürgerlichen Schichten war seit dieser Zeit der Orientierungspunkt eines gewohnten Bildungsziels genommen; denn obgleich im Reichsschulausschuß übereinstimmend die Ansicht vertreten wurde, „daß auf das Berechtigungswesen nicht ganz verzichtet werden könne"[24], änderte sich an der eingetretenen Situation nichts. Da auch die politische Zielsetzung eines organisch strukturierten Schulsystems unverwirklicht blieb[25], entstand zwischen Volksschulabschluß und Abitur gewissermaßen ein Vakuum. Im Zuge dieses „Verlustes der Mitte" konzentrierte sich das Bildungsstreben jener Bevölkerungskreise, die sich bis-

---

Abelein, Die Kulturpolitik des Deutschen Reiches und der Bundesrepublik Deutschland. Ihre verfassungsrechtliche Entwicklung und ihre verfassungsrechtlichen Probleme, Köln und Opladen 1968.

21a Über die bildungspolitischen Bemühungen, breiten Volksschichten den Erwerb der Hochschulreife über den Weg von Aufbauschulen (hervorgegangen meist aus früheren Volksschullehrerseminaren), Nichtabiturientenprüfungen und Abendgymnasien zu ermöglichen, informiert der Aufsatz von Gerhardt Petrat, Die gezielte Öffnung der Hochschulreife für alle Volksschichten in der Weimarer Republik, in: Manfred Heinemann (Hrsg.), Sozialisation und Bildungswesen in der Weimarer Republik, Stuttgart 1976, S. 75–91.

22 Der entsprechende Beschluß wurde im Jahre 1920 auf der Februartagung des Reichsschulausschusses gefällt. Zur Arbeit des Reichsschulausschusses als der Beratungsinstanz des Reichs (Reichsministerium des Innern) und der Länder (Unterrichtsverwaltungen) in Bildungsfragen von 1919 bis 1923 vgl. C. Führ (siehe Anm. 1), S. 24, S. 40ff. und S. 50ff.

23 Vgl. G. Bäumer (siehe Anm. 11), S. 61. Auch C. Führ (siehe Anm. 1), S. 240ff. Dort findet sich die Quelle: Gestaltung des Mittelbaues der Einheitsschule und der Mittleren Reife (leicht gekürzter Auszug aus der Niederschrift über die 5. Tagung des Reichsschulausschusses vom 27. bis 29. April 1922). In dieser Quelle ist eine Entschließung des Reichsschulausschusses dokumentiert, derzufolge „die Frage der mittleren Reife für eine der wichtigsten und dringlichsten" (S. 260) gehalten wurde; aber ein ernsthafter Versuch, sie zu regeln, unterblieb.

24 Nach G. Bäumer (siehe Anm. 11), S. 63. Vgl. auch die in der Anm. 23 erwähnte Quelle bei C. Führ, S. 243 und S. 251f.

25 Siehe Anm. 21 und 23.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

her mit dem „Einjährigen" als Abschlußzeugnis begnügt hatten, eindeutig auf das Abitur[25a].

Das oben erwähnte Grundschulgesetz aus dem Jahre 1920 und auch die ersatzlose Streichung des „Einjährigen"-Zeugnisses sind das Ergebnis eines lebendigen Reformstrebens gewesen. Grundelemente des neuen bildungspolitischen Programms, für das, wie oben erwähnt, vorrangig liberale und sozialdemokratische bzw. sozialistische Politiker eintraten, sollten Einheitsschule und Schülerauslese ohne Rücksicht auf soziale Herkunft sein. Gleichzeitig erhoffte man sich eine Steigerung der Abiturientenzahlen, weil es der soziale, wirtschaftliche und kulturelle Fortschritt offenbar gebot. Doch als die Bildungspolitiker im Jahre 1930 Bilanz zogen, mußten sie feststellen, daß ihr Reformwille die bildungspolitische Szene eher verschlimmert als entspannt hatte.

Dabei hatte alles so hoffnungsvoll angefangen. Die Abiturientenzahlen waren, wie gewünscht, seit Beginn der zwanziger Jahre gestiegen. Während im Jahre 1911 noch 90,3% (= 9120255) aller Schüler Deutschlands die Volksschule besuchten und nur 3,2% (= 317593) eine Mittelschule und 6,5% (= 604900) eine Oberschule, verschoben sich die entsprechenden Prozent- und Zahlenwerte bis zum Jahre 1921 auf 88,8% (= 8976747), 3,3% (= 329344) und 7,9% (= 720030) und bis zum Jahre 1926 auf 85,9% (= 6702171), 3,4% (= 271474) und 10,7% (= 801515)[26]. Doch der von den Neuerern erwartete Wandel der Sozialstruktur an den Gymnasien bzw. Hochschulen blieb aus, eine dem Reformwillen nicht entsprechende Wirklichkeit also, die durch einen sozialgeschichtlichen Beitrag Wolfgang Zorns über diesen Bildungsbereich nachhaltig unterstrichen wird. So erwähnt Zorn in seiner Untersuchung u. a. eine Sozialstatistik über die Zusammensetzung der Schülerschaft an den höheren Lehranstalten Preußens im Jahre 1921. Danach nannten 21,9% der Knaben und 25% der Mädchen bei der Frage nach der beruflichen Stellung ihres Vaters eine Tätigkeit aus dem Bereich oberer Berufsschichten, während 64,2% der Jungen bzw. 65,8% der Mädchen auf die gleiche Frage einen Beruf der mittleren Kategorie angaben. Nur 13,9% der Knaben bzw. 9,2% der Mädchen lebten in einer Familie, deren Ernährer in der unteren Berufsskala zu suchen war (Arbeiter, unselbständige Handwerker, untere Beamte und Angestellte, Sozialrentner). Mit zwei weiteren Tabellen, die eine bezieht sich auf Bayern (1922) und die andere auf Hessen (1925), belegt Zorn seinen Stand-

---

[25a] In dem Verlust eines anerkannten mittleren Schulabschlusses liegt die eigentliche Ursache für den Prestigerückgang der Mittelschulen in Deutschland zur Zeit der Weimarer Republik, ein Tatbestand, den z. B. Maskus in seinen Ausführungen über die Mittelschule in der damaligen Zeit nicht genügend berücksichtigt. Vgl. Rudi Maskus, Die Neuordnung der Mittelschule in der Weimarer Republik, in: M. Heinemann (Hrsg.), a. a. O., S. 93–103.

[26] Für das Schuljahr 1931/32, also zum Zeitpunkt der Wirtschaftskrise in Deutschland, lautet die Relation 88,3% (= 7629007 Schüler), 2,7% (= 229671) und 9,0% (= 778440). Statistische Angaben nach G. Bäumer (siehe Anm. 11), S. 24 in Verbindung mit der Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 438. Das Schulwesen im Deutschen Reich 1931/32. Bearbeitet vom Statistischen Reichsamt, Berlin 1933, S. 4. Vgl. dort auch S. 8, S. 20f., S. 24f. und S. 27f. Die Angaben dort sind auszugsweise übernommen worden von C. Führ (siehe Anm. 1), S. 343ff.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

punkt von der „mittelständischen Prägung" der Schülerschaft an höheren Lehranstalten für die Zeit der Weimarer Republik überzeugend. Zwangsläufig ähnlich wie in den Oberschulen ist die Situation an den Universitäten. Auch hier läßt Zorn Zahlen sprechen. Im Rückgriff auf die Deutsche Hochschulstatistik nennt er für das Jahr 1931 folgende Werte bezüglich der sozialen Herkunft der Studenten: obere Berufsschichten (alle Berufe mit akademischer Vorbildung) 34,1%; Mittelstand 59,2%; untere Berufskategorien 5,9%. Fast die Hälfte aller Hochschüler, nämlich 46,7%, hatten einen Beamten zum Vater (28,6% mittlere und 15,4% höhere Beamte auf der Basis der Gesamtzahl der Studenten), aber nur 3,2% einen Arbeiter[27].

Hauptverursacher des ungewöhnlichen Zudrangs zur höheren Bildung waren unzweifelhaft die Kinder aus den gesellschaftlichen Mittelschichten. Diese wiederum wurden von einem Bürgertum getragen, das, seit dem Wandel Deutschlands vom Agrar- zum Industriestaat wachsend, weitgehend in den Städten beheimatet war und sich dort in seinen Interessen auf die gewerbliche Wirtschaft, die freien Berufe und die behördliche Verwaltung orientierte. Entsprechend waren die Bildungsbedürfnisse und Bildungsmotivationen. Das Bürgertum in der Zeit der Weimarer Republik empfand indes aus mannigfachen Gründen[28] seinen überlieferten Lebensstandard gefährdet, so daß der traditionelle Beweggrund zur höheren Schulbildung, nämlich die Vererbung der wirtschaftlichen, sozialen und beruflichen Stellung der Eltern, immer mehr verdrängt wurde durch die Sorge um die als bedroht empfundene allgemeine Vorzugsstellung in der Gesellschaft. Diese unerfreuliche Entwicklung, die sicherlich nicht im Sinne der Reformer war, beklagte vor allem die wohlinformierte Gertrud Bäumer auf einer Konferenz im Reichsinnenministerium im Juli 1930, zu einem Zeitpunkt also, als das Problem des sogenannten Berechtigungswesens bereits deutlich erkannt war. Sie äußerte sich zu den Bildungsmotiven ihrer Zeit so: „Es handelt sich zum Teil um einen wirklich echten Bildungsdrang, zum größeren Teil um einen sozialen Aufstiegswillen, zum größten Teil um ein wirtschaftlich-soziales Sicherungsbedürfnis."[29] Für viele Bürger sei Bildung, so Gertrud Bäumer bei anderer Gelegenheit, nur noch ein „Angstprodukt ..., d. h. ein mühsam und unwillig dargebrachtes Opfer an die allge-

---

[27] Nach W. Zorn (siehe Anm. 15), S. 332ff.

[28] So erlebte z. B. der bürgerlich gesinnte Mittelstand durch die Inflation eine empfindliche Verschlechterung seiner wirtschaftlichen und sozialen Stellung. Befürchtungen lösten auch Nivellierungstendenzen aufgrund des politisch anerkannten Gedankens von der Gleichheit aller Bürger aus.

[29] Diese Äußerungen tat G. Bäumer in ihrem Bericht zur „Sachlage" auf einer Konferenz im Reichsministerium des Innern, die am 2. Juli 1930 unter Leitung des Reichsinnenministers Wirth (Zentrum) und unter Beteiligung der leitenden Ministerialbeamten der Abteilung Wissenschaft und Schule des Reichsinnenministeriums und der Kultusbehörden der Länder, von Vertretern des Reichswirtschafts- und -arbeitsministeriums sowie der Interessenvertreter öffentlich-rechtlicher Körperschaften wie Deutscher Städtetag und Industrie- und Handelskammern zum Thema „Schulaufbau, Berufsauslese, Berechtigungswesen" stattfand. Niedersächsisches Staatsarchiv in Oldenburg, Akten des Oldenburgischen Ministeriums der Kirchen und Schulen, Bestand Nr. 134–1204, S. 4. Die Leitsätze, die auf dieser Konferenz verabschiedet wurden, sind abgedruckt bei C. Führ (siehe Anm. 1), S. 261ff.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

meine Unsicherheit der Lebensaussichten und Anforderungen des Konkurrenzkampfes"[30].

Die hier allgemein ausgesprochene Besorgnis verlangt jedoch eine differenziertere Betrachtung; denn sie berücksichtigt nicht die bereits angedeutete unterschiedliche Sozial- und Bildungsstruktur von Stadt und Land. Aus diesem Grunde soll im folgenden auf die regional unterschiedliche Ausgangslage im Sinne des Problems Berechtigungswesen eingegangen werden, wobei hier nach den bisherigen Ergebnissen der Untersuchung schon festgehalten werden darf, daß die in diesem Aufsatz aufgeworfene Frage in erster Linie eine Angelegenheit städtischer Bevölkerungskreise war.

Ein Blick in die Statistik des Jahres 1927 belegt die getroffene Feststellung. Danach verblieb zu Beginn des Schuljahres 1927/28 in den Großstädten, in denen herkömmlich starke bürgerliche Schichten zu Hause waren, ein relativ geringer Prozentsatz der Gesamtschülerzahl in der Volksschule. In Berlin waren es 70,5% der Knaben und 73,9% der Mädchen[31], in Leipzig 65% der Knaben und 76,1% der Mädchen, in Magdeburg lauteten die entsprechenden Werte 60,82% und 69,77%, in Kiel 57% und 63%, in Frankfut a. M. 54,3% und 63,2% und in Stuttgart gar nur 47,5% und 52,52%. Weitere Großstädte wiesen zum Teil ähnliche Prozentwerte auf, andere verzeichneten höhere. Während in den rheinischen Traditionsstädten Duisburg, Düsseldorf und Köln, aber auch in der bayerischen Metropole München – dort waren die Einwohner weitgehend katholisch – bei den Knaben Sätze von 76–79% und bei den Mädchen solche von 83–88% erreicht wurden, registrierten die Arbeiterstädte des Ruhrgebietes Bochum, Dortmund und Gelsenkirchen mit 82–88% bei den Knaben und etwa 86–89% bei den Mädchen die mit Abstand höchsten Werte[32]. Ähnlich wie in diesen Industriezentren war die Bildungssituation in den nichtstädtischen Bereichen.

Doch die Ursachen für die schulische Abstinenz im Sinne weiterführender Bildung lagen auf dem Lande, im Gegensatz zu den Arbeiterstädten, zu einem geringeren Teil in wirtschaftlichen Momenten begründet. Dörfliches und städtisches Leben unterschied sich auch noch in der Weimarer Zeit stark voneinander in Stil und Status[33], womit hier vor allem das Festhalten der Landbevölkerung an „ständischen" und „organischen" Gesellschaftsstrukturen angesprochen werden soll. Dieses Beharren auf Tradition und Stetigkeit erfuhr durch die christlichen Soziallehren, die hier auf-

---

30 Zitiert nach G. Bäumer (siehe Anm. 11), S. 46.

31 Zu berücksichtigen ist, daß in Berlin der Anteil der Arbeiter an der Einwohnerschaft sehr stark war.

32 G. Bäumer (siehe Anm. 11), S. 34f. Dort sind weitere statistische Angaben zu finden. Bestätigt werden die Angaben G. Bäumers durch die Graphiken und Tabellen in der Reichsschulstatistik auf S. 25ff. und S. 40ff. (siehe Anm. 26).

33 Der Pädagoge Wilhelm Roeßler hat die unterschiedliche Erziehungssituation von Stadt und Land zur Zeit der Weimarer Republik zu charakterisieren versucht, indem er bäuerlich-handwerklich-kleinstädtische und städtisch-bildungsbürgerliche Sozialisationsfelder unterschied. Vgl. Wilhelm Roeßler, Schichtenspezifische Sozialisation in der Weimarer Republik, in: M. Heinemann (Hrsg.), a. a. O., S. 17–38.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

grund kaum erschütterter kirchlicher Autorität nachhaltig wirkten, einen überaus starken Impuls, was besonders für Gebiete mit überwiegend katholischer Bevölkerung galt. Auf dem Lande behielt darum die Volksschule ihre zentrale Bedeutung, der Besuch weiterführender Schulen blieb Bildungsprivileg für Bestbegabte und Honoratiorenkinder. So konnte im ländlichen Schulleben das lebendig und wirklich werden, was die Theorie von der volkstümlichen Bildung damals in der Annahme einer vertikalen Schichtung der Gesellschaft als Ausgangspunkt unterschiedlicher Erziehungsziele formuliert hat, nämlich die sogenannte volkstümliche Bildung als die grundlegende Form der Volksschularbeit zum einen und die wissenschaftliche Bildung, die im Sinne einer Vorbereitung auf das Studium vom Gymnasium vermittelt werden soll, zum anderen[34]. Ein Hinweis auf die besondere Bildungssituation auf dem Lande findet sich in einem Rundschreiben des Reichsarbeitsministeriums an die Unterrichtsminister der Länder im Sommer 1932, das die Berufsberatung von Abiturienten zum Inhalt hat. Dort wird festgehalten, daß in kleinstädtischen und ländlichen Bezirken die berufliche Vermittlung von Abiturienten „die weitaus größten Schwierigkeiten" bereite, weil der Gymnasiast dort „schon als Student" gelte, der später einmal Akademiker sei „oder sich um eine Einstellung in die mittlere Beamtenlaufbahn" bemühe. „Bei Aufnahme praktischer Arbeit ... fürchtet er [gemeint ist der Gymnasiast] die Nachrede der Bevölkerung."[35]

Doch richten wir nunmehr unsere Aufmerksamkeit wieder dem Bildungsverhalten des städtischen Bürgertums zu, das entscheidend von der Überzeugung beherrscht wurde, daß Volksschulbildung für den Aufstieg in die Mittelschicht nicht ausreichend sei. Diese Überzeugung wurde am Ende der zwanziger Jahre zur Gewißheit, weil aufgrund der Entwicklung zu diesem Zeitpunkt ein Überangebot an Abgängern aus weiterführenden Schulen ihre Berufsansprüche anmeldeten.

Staat und Wirtschaft, die beiden größten Bereiche für Arbeitsvergabe, antworteten auf diesen Überhang mit den Prinzipien des freien Marktes von Angebot und Nachfrage, indem sie den Maßstab ihrer Anforderungen an die schulische Allgemeinbildung immer höher ansetzten[36]. Besonders im Bereich der staatlichen Verwaltung und hier vor allem bei den Reichsbehörden wußte man das entsprechende Limit ständig zu steigern, ein Vorgang, der in erster Linie den gehobenen mittleren Beamtendienst betraf. Es war dann auch kein Zufall, daß der preußische Kultusminister Becker in der Sitzung des Preußischen Landtags am 15. 4. 1929 gerade die Vorbildungsvoraussetzungen dieser Gruppe von Staatsbediensteten zum Anlaß nahm, um auf die allgemeine Entwicklung aufmerksam zu machen:

---

[34] Vgl. hierzu Wolfgang Hinrichs, Ideen der schichtenübergreifenden Sozialisation in der Weimarer Republik, in: M. Heinemann (Hrsg.) a. a. O., S. 57–74.

[35] Zitiert nach: Auszug aus einem Rundschreiben des Reichsarbeitsministeriums an die Unterrichtsminister der Länder. O. D. (wahrscheinlich Sommer 1932). Gekennzeichnet mit dem Vermerk: „Auszug zu IV Nr. 5679/32 Am.". Niedersächsisches Staatsarchiv in Oldenburg, Akten des Oldenburgischen Ministeriums für Kirchen und Schulen, Bestand 134–1137.

[36] Vgl. G. Bäumer (siehe Anm. 11), S. 51.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„... 1891 Obersekundareife. Dann von 1920 ab der Neuaufbau der großen Reichsverwaltungen mit der Primareife für die mittleren Beamten, denen sich von 1925 ab auch Preußen anschließt. Zwei Reichsverwaltungen verlangen sogar Oberprimareife."[37]

Dennoch sollte dieses von Becker angegriffene übersteigerte Berechtigungswesen, d. h. die übermäßigen Forderungen schulischer Vorbildung an eine Berufslaufbahn, ihren Höhepunkt noch nicht erreicht haben. Im Gegenteil, mit Vehemenz wurde der Nachweis schulischer Allgemeinbildung im Sinne höherer Erwartungen weiter heraufgesetzt, eine Entwicklung, die zwangsläufig durch das sich ständig steigernde Überangebot an Abiturienten herbeigeführt wurde. Es zeigte sich also deutlich, daß die Vermehrung von Abiturienten entgegen ursprünglicher Reformabsicht keineswegs vermehrt entsprechende akademische Berufslaufbahnen schaffte, sondern die Ausbildungsbereiche, die sich bisher mit der Mittleren Reife begnügt hatten, nutzten ihrerseits das wachsende Angebot von Schülern mit Reifezeugnis, um die bisherigen Eingangsqualifikationen ihrer Laufbahnen bzw. ihrer Berufe anzuheben. So praktizierten die Staatsverwaltungen Ende der zwanziger Jahre längst die Gewohnheit, nur noch solche Bewerber für den mittleren Beamtendienst zu berücksichtigen, die das Reifezeugnis vorlegen konnten[38].

Kräftig unterstützt wurden die Behörden in ihren Einstellungserwartungen von den Interessenvertretungen der Beamtenschaft, wobei die Antriebe ebenso im Prestigedenken als auch in besoldungspolitischen Spekulationen zu suchen sind. Doch auch die Sorge vor unerwünschten politischen Entwicklungsmöglichkeiten in Hinblick auf den Abbau einer fähigen und staatstreuen Dienerschaft läßt sich in diesem Zusammenhang als Motiv erkennen. So war es keineswegs nur opportunistisches Kalkül, wenn aus Beamtenmunde zu einem Entschließungsantrag im Hessischen Landtag, der in der politischen Absicht einer Reduzierung des schulischen Vorbildungsanspruchs für die Einstellung in den gehobenen mittleren Dienst eingebracht worden war, zu vernehmen war: „Die Beseitigung des Berechtigungswesens rufen sie; die Beseitigung der Forderung auf Vorbildung meinen sie!"[39] Beredtes Zeugnis für die Bestrebungen der

---

[37] Soweit Becker, der seine Betrachtungen mit dem Jahre 1827 begann, um den Wandel von Angebot und Nachfrage auf dem Stellenmarkt zu deuten. Zitiert nach: Sitzungsberichte des Preußischen Landtages, 3. Wahlperiode, Bd. V (72.–78. Sitzung), Sp. 5709.

[38] Die Laufbahnrichtlinien der einzelnen Reichs-, Länder- und Kommunalverwaltungen für diesen Dienstbereich forderten zwar noch 1929 je nach Institution formal das Zeugnis der Obersekunda-, der Unter- oder Oberprimareife als Zulassungsbedingung, doch in der Praxis hatte nur noch der Abiturient echte Einstellungschancen. Einen Überblick über die Studien- und Ausbildungsaussichten eines Abiturienten in der Weimarer Zeit erlaubt eine Liste, die das Badische Ministerium des Kultus und Unterrichts unter dem Stichtag des 1. Januar 1928 veröffentlichte. Dieses Verzeichnis befindet sich im Generallandesarchiv Karlsruhe, Akten des Bad. Ministeriums des Kultus und Unterrichts, Bestand 235/Nr. 16117. Zur Diskussion und Entwicklung der Laufbahnrichtlinien für den gehobenen mittleren Dienst vgl. vor allem die Schrift: Abiturium oder mittlere Reife? Eine Stellungnahme zum Problem der Laufbahnrichtlinien, hrsg. vom Vorbildungsausschuß der oberen Beamten des Reiches und der Länder, Berlin-Neukölln 1931, S. 18.

[39] Zitiert nach: Abiturium oder mittlere Reife? (siehe Anm. 38), S. 29.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Beamtenschaft nach möglichst hohen Vorbildungsbedingungen bei Einstellungen in den Staatsdienst ist die Stellungnahme des sogenannten Vorbildungsausschusses der „oberen" mittleren Reichs- und Länderbeamten, die unter dem Titel „Abiturium oder mittlere Reife?" der Öffentlichkeit in Form einer Informationsschrift angeboten wurde. Dort wird für die Anwärter der entsprechenden Beamtenkategorie unter Hinweis auf höhere Berufsanforderungen das „Abiturium" als Minimum schulischer Allgemeinbildung gefordert[40]. Ähnliche Tendenzen wie in den staatlichen Verwaltungen waren auch im Bereich der gewerblichen Wirtschaft zu beobachten, wenngleich das hier anerkannte Prinzip der beruflichen Bewährung auf diese Entwicklung mäßigend wirkte.

So war in Deutschland schon vor Anbruch der Wirtschaftskrise im Jahre 1929 ein Circulus vitiosus latent wirksam, hervorgerufen durch den aus Existenzangst geborenen übersteigerten Bildungswillen einerseits und einer nachlassenden Aufnahmefähigkeit des Stellenmarktes für mittlere Führungskräfte andererseits[41]. Ein trefflicher Beleg für die geistige, soziale und politische Zerrissenheit der Weimarer Zeit überhaupt und für die verfahrene bildungsökonomische Situation im Jahre 1929 im besonderen ist die Kommentierung der öffentlichen Meinung zum Problem Berechtigungswesen in einem Vorwort zu einer Publikation, die zu diesem Zeitpunkt auf den Buchmarkt kam. Dort steht u. a. zu lesen:

> „... Aber die öffentliche Meinung ist widerspruchsvoll: Jeder Stand klagt über das zunehmende Berechtigungswesen und fordert für den eigenen Stand höhere Vorbildung. Die öffentliche Meinung spricht sich bald für die Beseitigung des ganzen Berechtigungswesens bald für weitere Ausdehnung aus. Sie fordert Aufstieg der Beamten nach Eignung – sie fordert aber auch prozentuale Aufstiegsstellen für mittlere Beamte in die höhere Beamtenlaufbahn, Staatsrat und Städtetag fordern, daß man für die Laufbahn des mittleren Beamten sich mit der mittleren Reife begnüge, aber die Stadt Berlin stellt nur Abiturienten ein. Man fordert freie Bahn den Tüchtigen, aber andererseits Verbeamtung der Betriebe und freien Berufe. Man spricht von der Auspowerung der Volksschule und verlangt, daß ein viel höherer Prozentsatz von Arbeiterkindern in die höheren Schulen übergehen soll. Man verlangt Einschränkung des Berechtigungswesens, aber Berechtigungen für die Mittelschulen, gehobenen Volksschulen und Fachschulen. Man verlangt scharfe Schülerauslese auf der höheren Schule und klagt über die Überbürdung."[42]

Aber auch das Protokoll über die bereits erwähnte Konferenz im Reichsinnenministerium am 2. Juli 1930[43] ist Zeugnis für diese sich zuspitzende Krisenentwicklung.

---

[40] Die bibliographischen Angaben zu dieser Schrift finden sich in Anm. 38. Vgl. im einzelnen insbesondere S. 1ff. Auf S. 133 wird dieser Anspruch durch ein konkretes Beispiel aus dem Verwaltungsbereich Preußens belegt.

[41] Daß in diesem Prozeß auch noch andere Faktoren wirkten, wie z. B. Rationalisierungsmaßnahmen im Bereich der Wirtschaft, sei hier nur angemerkt.

[42] Zitiert nach Felix Behrend (Hrsg.), Vom Sinn und Unsinn des Berechtigungswesens, Leipzig 1929, S. Vf. (Vorwort).

[43] Vgl. Anm. 29.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hier wird folgende Äußerung Gertrud Bäumers festgehalten:

„Dem Druck der Überfüllung des Arbeitsmarktes versucht die Bevölkerung dadurch zu begegnen, daß sie ihre Vorbildungsleistung verstärkt, um ihre Aussichten zu verbessern. Andererseits wirkte das Überangebot von Kräften mit höherer Schulbildung oder akademischer Bildung zu weiterer Übersteigerung der Vorbildungsanforderungen bei den freien und behördlichen Arbeitgebern."[44]

Nach Angaben der bildungspolitischen Expertin Bäumer, die sich dabei offensichtlich auf die Hochschulstatistik des Jahres 1929 stützte, besuchten im Schuljahr 1929/1930 130% bis 140% Schüler die höhere Schule im Vergleich zur Vorkriegszeit (1911 = 100%). Die Oberstufen der Gymnasien wurden sogar von etwa 200% und die Hochschulen von 160% frequentiert, wenn man den gleichen Zeitraum und die gleiche Berechnungsformel ansetzt. Wenngleich diese Zahlenwerte durch die wirtschaftliche und soziale Entwicklung gefördert wurden[45], bleibt primär dennoch an der „Hoffnung auf berufliche Verwertung"[46] eines anspruchsvolleren Bildungsganges festzuhalten. War diese schon in den Jahren wirtschaftlicher Blüte nur zum Teil begründet, so verringerte sie sich mit Beginn der Wirtschaftskrise in Deutschland derart, daß sie praktisch unerfüllbar bleiben mußte.

Jetzt erreichte die Entwicklung jenen Punkt, der zur Erschütterung des gesamten Bildungs- und Ausbildungssystems führen sollte, wobei der Wirkmechanismus an den beruflichen Wahlmöglichkeiten eines Oberschülers erklärt werden kann: entschied er sich angesichts der nahezu gesperrten Berufslaufbahnen auf mittlerer Ebene im Bereich der staatlichen Verwaltung und der Wirtschaft für eine handwerkliche oder kaufmännische Lehre, so verschlechterte er damit sofort die ohnehin schon geringen Ausbildungschancen der Mittel- und Volksschüler, entschied er sich für ein Studium, weil er trotz der Notzeit die raschere Ausbildung im Rahmen der für ihn persönlich weniger attraktiven praktischen Berufe ausschlug, mußte dies zu einer Überfüllung der Hochschulen führen. Die Folge war bald ein unerbittliches Wettrennen um die letzten Ausbildungs- und Studienplätze, ein Ansturm, der in einer Atmosphäre freigesetzter Emotionen sich rasch zu einer Art Klassenkampf steigerte, wobei der Unbeschäftigte dem Beschäftigten bzw. der beruflich geforderte Jugendliche dem von der beruflichen Bewährung ausgeschlossenen Jugendlichen gegenüberstand[47]. In dieser Zeit rapide wachsender wirtschaftlicher und sozialer Not mit all ihren Folgeerscheinungen an Verbitterung bzw. Radikalisierung waren die Politiker und die Ministerial-

---

[44] Protokoll Konferenz 2. Juli 1930 im Reichsinnenministerium (siehe Anm. 29).

[45] Erinnert sei in diesem Zusammenhang z. B. an die Akademisierung der Volksschullehrerbildung, durch die allein schon in Preußen jährlich rund 3000 Abiturienten beansprucht wurden. Nach: Abiturium oder mittlere Reife? (siehe Anm. 38), S. 17.

[46] Protokoll Konferenz 2. Juli 1930 im Reichsinnenministerium (siehe Anm. 29).

[47] Beispielhaft hierfür ist die Situation der Junglehrer im Bereich des Volksschuldienstes. Vgl. Heinrich Küppers, Der Katholische Lehrerverband in der Übergangszeit von der Weimarer Republik zur Hitler-Diktatur. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte des Volksschullehrerstandes, Mainz 1975, S. 73ff.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bürokratie aufgerufen, geeignete Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Im Rahmen eines sehr begrenzten Handlungsspielraums[48] suchten die Verantwortlichen auf Reichs- und Länderebene die künftige Entwicklung in den Griff zu bekommen, wobei sie vor allem folgende Absichten zu verwirklichen trachteten: Erstens die Neueinführung eines Berechtigungszeugnisses zwischen Abitur und Volksschulabschluß und zweitens die Verschärfung der Begabtenauslese im Bereich der weiterführenden Schulen und hier vor allem im gymnasialen Sektor.

Den politischen Bestrebungen in diesen Fragen, die sich vornehmlich in den Verhandlungen des eingangs erwähnten Ausschusses für das Unterrichtswesen[49] widerspiegeln, soll im folgenden auf der Grundlage zum Teil bisher nicht veröffentlichten Quellenmaterials nachgegangen werden. Alsdann wird die Frage nach der Wirksamkeit der vereinbarten Maßnahmen zu beantworten sein. Grundlage der letzteren Fragestellung sind in erster Linie die Berichte der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Der Ausschuß für das Unterrichtswesen beriet auf seiner turnusmäßigen Sitzung im Jahr 1928, wie bereits berichtet[50], die Möglichkeit einer Vereinbarung der Länder über das Zeugnis der Mittleren Reife. Zwar hatte es seit 1920 in den Verhandlungen des Reichsschulausschusses bzw. des Ausschusses für das Unterrichtswesen immer wieder Anläufe gegeben, in dieser Angelegenheit ein Übereinkommen zu erzielen, doch scheiterten diese Bemühungen meist an schulrechtlichen Bedenken. Mit der politischen Aktualisierung des Berechtigungswesens im Jahre 1928[51] wurde diese

---

[48] Hingewiesen sei hier auf die staatliche Sparpolitik im Rahmen der Brüningschen Wirtschaftsstrategie und auf die verfahrene parlamentarische Situation in Bildungsfragen seit 1928, die insbesondere bei G. Grünthal (siehe Anm. 21), S. 247, überzeugend nachgewiesen wird.

[49] Vgl. S. 21f.

[50] Vgl. S. 21.

[51] Von diesem Zeitpunkt an weisen auch die Stenographischen Berichte des Preußischen Landtags erste erwähnenswerte Diskussionen in dieser Frage aus. Zwar wurden schon in früheren Jahren von einzelnen Abgeordnetengruppen (meist von liberalen und sozialdemokratischen Parlamentariern) in regelmäßigen Abständen immer wieder Entschließungsanträge mit der Aufforderung an die Regierung eingebracht, sie möge Maßnahmen gegen das überzogene Berechtigungswesen ergreifen, doch erst von 1928 an erkennt man hinter diesen Anregungen einen ernsthaften politischen Willen, da sie nunmehr mit konkreten Lösungsvorschlägen untermauert wurden. Dabei wurde immer wieder auf das Zeugnis der Mittleren Reife Bezug genommen, wobei durchgängig die Auffassung vertreten wurde, es sei ein ausreichender Bildungsnachweis für mittlere Führungskräfte in der staatlichen Verwaltung und der Wirtschaft. Vgl. hierzu Sitzungsberichte des Preußischen Landtags. 2. Wahlperiode vom 5. 1. 1925 bis 19. 5. 1928: Bd. IV (78. Sitzung), Sp. 5613; Bd. V (97. Sitzung), Sp. 6443; Bd. XII (256. Sitzung), Sp. 17779; Bd. XIII (267. Sitzung), Sp. 18679; Bd. XVII (355. Sitzung), Sp. 25265, (362. Sitzung), Sp. 25838, (372. Sitzung), Sp. 26475; Bd. XVII (373. Sitzung), Sp. 26 535. 3. Wahlperiode: Bd. V (72. Sitzung), Sp. 5683, (82. Sitzung), Sp. 6773; Bd. IX (153. Sitzung), Sp. 12691; Bd. X (160. Sitzung), Sp. 13655, (164. Sitzung), Sp. 13956/58. In der Öffentlichkeit diskutierte man das Problem des Berechtigungswesens seit 1926. Dieses Datum wird auch in der Denkschrift zur 10. Tagung des Reichsverbandes der Elternbeiräte mittlerer Schulen Deutschlands zu Halle

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Frage jedoch immer mehr mit der bildungsökonomischen Überlegung in Verbindung gebracht, „den steigenden Andrang zu den Höheren Schulen auf Mittelschulen und Fachschulen umzulenken". Dieses Ziel sollte erreicht werden, indem man nach Verhandlungen mit kompetenten Vertretern der staatlichen Behörden und der gewerblichen Wirtschaft die allgemeine Anerkennung des Zeugnisses der Mittleren Reife für solche berufliche Stellungen vereinbaren würde, die in der Praxis mittlerweile schon fast ausschließlich von Abiturienten beansprucht wurden[52]. Die Tagung des Ausschusses für das Unterrichtswesen am 17. und 18. 10. 1929 bestätigt diese Feststellung, da das Gremium seine Beratungen an dem Tatbestand ausrichtete, „daß der Andrang zur höheren Schule weit größer ist, als es den Aussichten auf berufliche Verwertung der erworbenen Bildung entspricht, und zweitens, daß dieser Andrang im wesentlichen durch die Vorstellung bedingt ist, daß Volksschule und sogar die Mittelschule beruflich in eine Sackgasse führen"[53]. Dabei warb vor allem Gertrud Bäumer als Berichterstatterin der Vertreter des Reichsministeriums des Innern für die baldige Einführung des Abschlußzeugnisses der Mittleren Reife[54]. Obwohl sie in ihrer Argumentation auf „bemerkenswerte Fortschritte"[55] in den Verhandlungen ihrer Abteilung mit Vertretern von Anstellungsbehörden und Wirtschaftsverbänden hinweisen konnte, gelang es ihr auch diesmal nicht, in dieser Frage die Vertreter der Kultusministerien der Länder aus ihrer verharrenden Haltung herauszulösen[56]. Die Beauftragten der Länder erklärten zunächst, „daß sie über diesen Punkt nicht verhandeln könnten, weil er überhaupt wie auch andere Punkte nicht vorbereitet sei. Außerdem versprächen sie sich von den Verhandlungen überhaupt nicht viel, solange nicht die obersten Reichsbehörden die überspannten Anforderungen [bezieht sich auf die geforderten Einstellungsvoraussetzungen für Beamte] fallen ließen"[57]. Dennoch schlugen die Ländervertreter die Verhandlungstür nicht zu, denn immerhin kam aus ihren Reihen die

---

(Saale) vom 19. bis 21. Mai 1932 genannt. Dort heißt es auf S. 38f. zur Arbeit des Reichsverbandes: „Er kann für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, als erster den Finger in diese Wunde am Volkskörper gelegt zu haben. Vom Jahre 1926 ab behandelte er die Frage der Berechtigungen in der Öffentlichkeit, zunächst im Elternblatt und dann auch in den Tageszeitungen."

52 Vgl. hierzu C. Führ (siehe Anm. 1), S. 319f. (Anmerkungen zur Vereinbarung über die mittlere Reife).

53 Niederschrift 7. Sitzung des Ausschusses für das Unterrichtswesen (siehe Anm. 8), S. 8f.

54 Ebenda, S. 1ff.

55 Ebenda, S. 1.

56 Vgl. S. 21f.

57 Zitiert nach Aufzeichnungen des badischen Vertreters auf der Konferenz am 17. und 18. 10. 1929. Angefertigt im Badischen Ministerium des Kultus und Unterrichts. Generallandesarchiv Karlsruhe, Akten des Bad. Ministeriums für Kultus und Unterricht, Bestand 235/ Nr. 16117. Eine gewichtige Rolle bei der Haltung der Länder haben nicht zuletzt die weniger guten Erfahrungen Preußens und einiger anderer Länder mit dem Qualifikationszeugnis der Mittleren Reife gespielt, das sie angesichts der langwierigen Verhandlungen in den Jahren nach 1926 in Vorgriff auf eine globale Regelung vorläufig einführten. Es wurde auf dem Stellenmarkt als besonderes Qualifikationszeugnis nicht anerkannt.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Anregung, die Interesseninstitutionen wie Deutscher Städtetag, Industrie-, Handels- und Handwerkskammern in dieser Sache zu hören[58].

So konnte man im Reichsinnenministerium trotz des Hinhaltens der Länder weiterhin bemüht bleiben, ein Steuerungsinstrument in der Bildungspolitik zu schaffen. „Entscheidende Schritte zur praktischen Lösung der Frage" sollte eine Aussprache bringen, die auf Einladung des Reichsinnenministers Wirth am 2. 7. 1930 stattfand[59]. Neben den Vertretern der Kultusbehörden der Länder waren auch noch Delegierte „solcher Körperschaften und Verbände eingeladen worden, ... die zu objektiver Beobachtung des Wirtschaftslebens ... berufen sind"[60]. Nachdem in Vorverhandlungen der Begriff der Mittleren Reife im Sinne schulrechtlicher Bestimmung endlich juristisch klar formuliert werden konnte[61], einigte sich die Konferenz relativ schnell auf allgemeine Richtlinien als Grundlage für die Vereinbarung der Länder über die Mittlere Reife[62]. Die angenommenen Leitsätze gingen von dem Übel der „Überspannung der Kräfte" aus, das das gegenwärtige schulische Leben regiere. Dieser „Verschwendung des öffentlichen und privaten Erziehungskapitals" – eine Kritik, welcher sowohl monetäre als auch pädagogische Überlegungen zugrunde lagen – sollte durch Maßnahmen „im Rahmen der Unterrichtsverwaltungen" und „Maßnahmen außerhalb des Rahmens der Schule" Einhalt geboten werden. Angestrebtes Ziel auf dem schulischen Sektor war danach die „Entlastung der höheren Schule", eine Absicht, die nach Auffassung der Konferenzteilnehmer allein durch den „Ausbau der Volksschule, die Kräftigung der Mittelschule nach preußischem Vorbild, die Entwicklung der Berufs- und Fachschulen"[63] erreicht werden konnte. Mit dieser Formulierung war nicht nur

---

[58] Diese Forderung erhob vor allem der Ministerialrat im sächsischen Ministerium für Volksbildung Menke-Glückert. Vgl. Niederschrift 7. Sitzung des Ausschusses für das Unterrichtswesen (siehe Anm. 8), S. 10.

[59] Siehe Protokoll Konferenz 2. Juli 1930 im Reichsinnenministerium (siehe Anm. 29), S. 1.

[60] So u. a. Reichsinnenminister Wirth in seiner Eröffnungsansprache auf dieser Konferenz am 2. Juli 1930 (ebenda, S. 2). Diese Organisationen waren: Deutscher Anwaltsverein, Deutscher Ausschuß für technisches Schulwesen, Deutscher Handwerks- und Gewerbekammertag, Deutscher Industrie- und Handelstag, Deutscher Landwirtschaftsrat, Deutscher Städtetag, Deutsches Studentenwerk e. V., Landwirtschaftskammer, Reichsverband der Deutschen Industrie, Schulvereinigung deutscher Städte, Verband der Ärzte Deutschlands, Verein Deutscher Ingenieure, Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Zentralstelle für Hochschulstudien und akademisches Berufswesen. Zu den, wie sich Wirth ausdrückte, „gewerkschaftlichen Interessenvertretungen" gehörten auch die Lehrervereine, die über ihre Nichtberücksichtigung verärgert waren. Vgl. Päd. Post, das Zentralorgan des Kath. Lehrervereins, Nr. 29/1930, S. 122, und Nr. 16/1931, S. 262f.

[61] Kern dieser schulrechtlichen Frage war die Gleichberechtigung des Versetzungszeugnisses zur Obersekunda mit dem Abschlußzeugnis der Mittelschulen. Dies hat man später mit der Formulierung „im Hinblick auf die Anforderungen für Beruf und Leben" bejaht, womit klargestellt war, daß nicht dem Mittel- bzw. Realschüler, sondern nur dem Gymnasialschüler als Besitzer der sogenannten Obersekundareife durch Besuch der Klassen 11–13 des Gymnasiums der direkte schulische Aufstieg zur Hochschulreife offenstand. Vgl. hierfür C. Führ (siehe Anm. 1), S. 319f.; dort auch das Zitat.

[62] Protokoll Konferenz 2. Juli 1930 im Reichsinnenministerium (siehe Anm. 29), S. 14.

[63] Ebenda.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Zeugnisfrage angesprochen, sondern auch das Verhältnis von schulischer Allgemeinbildung und beruflicher Spezialbildung einerseits und die besondere Zweckbestimmung der einzelnen Schulgattungen andererseits. So unterstrich das Papier als „maßgebliches Ziel"[64] der höheren Schule die Hinführung zur Hochschulreife und widersprach damit energisch der bereits in Beamtenkreisen zu hörenden Auffassung, daß das Gymnasium aufgehört habe, eine vorbereitende Schule für die Universität zu sein[65].

Bewußt verzichtete die Erklärung auf eine verschärfte Auslese der Schüler durch Eignungstests und Beurteilungen mit der Maßgabe einer Regulierung des Zustroms zu den weiterführenden Schulen, womit sie in erster Linie schulpolitische Wünsche der preußischen Regierung berücksichtigte, da diese verstärkt den Gedanken der Chancengleichheit in der Bildung verfocht[66]. Auf der Grundlage des Richtlinienpapiers wurde dann die Vereinbarung der Länder über die Mittlere Reife ausgearbeitet, die, wie eingangs ausgeführt, mit dem Schuljahr 1931/32 in Kraft trat.

Die bildungspolitischen Zielvorstellungen der Vertragsteilnehmer des Länderabkommens hat der Leiter der Abteilung Wissenschaft und Schule im Reichsinnenministerium, Ministerialdirektor Pellengahr, im Rahmen einer Besprechung über die anstehende Vereinbarung mit den Fachverbänden der Lehrerschaft am 13. 3. 1931 in Berlin detailliert erläutert[67]. Danach sei von der Erkenntnis auszugehen, „daß neue Wege zu einer Vereinfachung und Vereinheitlichung des deutschen höheren Schulwesens gefunden werden müßten". Pellengahr wies in diesem Zusammenhang auf den „Programmsatz des Artikels 146, 1 der Reichsverfassung" hin und ließ damit erkennen, daß mit der Verordnung auch ein bildungspolitischer Schritt in Richtung auf ein durchstrukturiertes Schulsystem getan werden sollte[68]. Mit dem Argument, daß die

---

[64] Ebenda.

[65] Vgl. dazu die bereits zitierte Informationsschrift: Abiturium oder mittlere Reife? (siehe Anm. 38), S. 27. Dort wird diese Auffassung unter Zuhilfenahme eines Zitats des früheren preußischen Kultusministers Becker vertreten, obgleich der eigentliche Sinn des Zitats nur als Klage über die eingetretene Entwicklung gedeutet werden kann.

[66] Vgl. hierzu die Richtlinien des preußischen Kultusministers Grimme über Schülerauslese an die Provinzialschulkollegien und Regierungen vom 10. 2. 1931. Niedersächsisches Staatsarchiv in Oldenburg, Akten des Oldenburgischen Ministeriums der Kirchen und Schulen, Bestand 134–1204. Ein weiterer Hinweis findet sich in der Niederschrift einer Besprechung zwischen Ministerialbeamten der Abteilung Wissenschaft und Schule des Reichsministeriums des Innern einerseits und pädagogischen Fachverbänden andererseits über das Thema Schulaufbau und Berechtigungswesen, die am 13. 3. 1931 im Reichsinnenministerium stattfand. Die entsprechenden Aussagen finden sich auf S. 3. Niedersächsisches Staatsarchiv in Oldenburg, Akten des Oldenburgischen Ministeriums der Kirchen und Schulen, Bestand 134–1204.

[67] Niederschrift über eine Besprechung mit pädagogischen Fachverbänden (siehe Anm. 66).

[68] Ebenda, S. 3f. In diesem Zusammenhang berührte Pellengahr die alte Streitfrage der Kompetenz von Reich und Ländern in der Bildungspolitik der Weimarer Zeit, indem er u. a. ausführte: „Ob und inwieweit es richtig gewesen wäre, im Anschluß daran [P. nimmt Bezug auf das Grundschulgesetz von 1920] auch den weiteren Aufbau des Schulwesens im Wege des Gesetzes zu regeln, oder ob der beschrittene Weg der Ländervereinbarungen vorzuziehen sei, solle hier nicht näher erörtert werden."

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schule „Wert darauf legen müsse, daß der Schulaufbau nicht durch sachlich unbegründete Anforderungen von der Berufsseite her gestört werde", verteidigte Pellengahr vor den Funktionären der Lehrervereine die Notwendigkeit der Einführung der Mittleren Reife als schulische Voraussetzung für den Berufsbereich der mittleren Führungskräfte in Staat und Wirtschaft. Ob allerdings der Stellenmarkt tatsächlich im Sinne der Reform reagieren würde, mußte selbst Pellengahr in Zweifel stellen, als er im Zusammenhang mit seinen Ausführungen über den Bildungsauftrag der Schule einräumte, „die Schule könne aber nicht bestimmen, daß den Absolventen dieser Bildungsgänge auch der Zutritt zu bestimmten Berufen gestattet sei"[69]. Auch Pellengahr wußte, daß eine allgemeine Anerkennung der Mittleren Reife als besondere Qualifikation allenfalls zu erreichen war, wenn es gelang, die zum Teil aus Prestigegründen erhöhten Qualfikationsforderungen der Interessenverbände bezüglich der schulischen Vorbildung auf ein erträgliches Maß zurückzuführen[70].

Schon die Besprechung mit den Vertretern der Lehrerverbände sollte seine Hoffnungen in dieser Richtung dämpfen. Zwar stimmte die Versammlung der vorgesehenen Vereinbarung der Länder über die Mittlere Reife im allgemeinen zu[71], wobei die einzelnen Verbandsdelegierten in ihren Stellungnahmen in der Regel von den programmatischen Grundsätzen ihrer Organisationen ausgingen[72], doch die Neigung einiger Vereinsvertreter, die Informationsrunde zum Anlaß versteckter Angriffe auf Lehrergruppen anderer Schularten zu nehmen, deutete schon an, welche Befürchtungen man um die Aufnahme der Neuregelung in der Öffentlichkeit hegen mußte, Besorgnisse, die angesichts der sich zuspitzenden Krisensituation schon deswegen berechtigt erschienen, weil die Interessenverbände im Zuge der allgemeinen Entwicklung zu einer stärkeren Betonung ihrer Ansprüche neigten. So bemängelte beispielsweise der Delegierte des Philologenverbandes den Tatbestand überfüllter Klassen an den höheren Schulen und wies dabei auf den „Umstand" der Akademisierung der Volksschullehrerbildung hin[73].

Allerdings haben solche Interessenkonfrontationen die Absicht des Reiches und der Unterrichtsverwaltungen der Länder, „den Arbeitgebern der öffentlichen und privaten Hand in der mittleren Reife ein Mittel [zu geben], überhöhte Vorbildungsanforde-

---

69 Ebenda, S. 5.

70 Schon in den Leitsätzen, die auf der bereits mehrfach erwähnten Konferenz im Reichsinnenministerium am 2. Juli 1930 verabschiedet wurden, ist diese Bedingung mit folgender Formulierung hervorgehoben worden: „Dieser Mittelbau des Bildungswesens aus Volksschulaufbau, Mittelschule, Berufs- und Fachschule wird jedoch das Vertrauen der Bevölkerung nur dann gewinnen und den Zustrom Ungeeigneter zur höheren Schule absaugen können, wenn seine Gleichwertigkeit unter dem Gesichtspunkt der Berufsreife ausdrücklich von den Unterrichtsverwaltungen bestätigt wird." Protokoll Konferenz 2. Juli 1930 im Reichsinnenministerium (siehe Anm. 29), S. 14.

71 Niederschrift über eine Besprechung mit pädagogischen Fachverbänden (siehe Anm. 66), S. 18.

72 Ebenda, S. 6ff.

73 Ebenda, S. 8.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rungen ... abzubauen"[74], nicht entscheidend behindert. Es war auch nicht die beißende Kritik der Beamtenzeitungen an dem Abkommen[75] verantwortlich für das Nichtwirksamwerden der verfolgten Absicht; verantwortlich war vielmehr die seit 1929 galoppierende Verschlechterung des Stellenmarktes für den gesamten Berufsnachwuchs vom Handwerker bis zum Akademiker. Die Berichte der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung über die Berufsberatung[76] zeigen dieses Abgleiten ins Chaos sehr deutlich. Dieser Verfall an Ausbildungskapazitäten konnte allerdings seine unheilvollen Wirkungen in der Zeit der Wirtschaftskrise nur deswegen erreichen, weil es der Bildungspolitik bis 1928 an pragmatisch bestimmtem Einfühlungsvermögen in die tatsächlich vorhandene Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur gemangelt hat.

Schon der Bericht für den Zeitraum vom 1. November 1930 bis zum 30. April 1931 sprach von der „völligen Ratlosigkeit der Abiturienten"[77], von einem „Bruchteil der Anwärter", denen eine Aufnahme an den Volksschullehrer- und berufspädagogischen Akademien gestattet werde[78]. Beklagt wurde in dem Report die „ausgeprägte Abnei-

---

[74] Abschrift eines Schreibens des Reichsministers des Innern – III 3381/6.1. – vom 7. 1. 1932 an den Reichsverband der Deutschen Industrie u. a. Staatsarchiv Hamburg, Akte der Oberschulbehörde, Nr. 624b, Bd. X.

[75] So nannte z. B. die Beamtenzeitung „Der Supernumerar", Nr. 4 vom 25. 4. 1931, die Vereinbarung ein „schulpolitisches Osterei". Zitiert nach: Abiturium oder mittlere Reife? (siehe Anm. 38), S. 128 (Anlage 25). Die Schrift nennt den Verband, der die Herausgabe des Blattes verantwortet, nicht.

[76] Zu nennen sind hier: Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung über den Stand der Berufsberatung vom 1. November 1930 bis 30. April 1931, Rundschreiben des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. 2. 1933. Vgl. auch den Auszug aus einem Rundschreiben des Reichsarbeitsministeriums an die Unterrichtsministerien der Länder (siehe Anm. 35). Die vorgenannten Quellen befinden sich im Niedersächsischen Staatsarchiv in Oldenburg, Akten des Oldenburgischen Ministeriums der Kirchen und Schulen, Bestand 134–1137. Erwähnt sei auch die Denkschrift des Deutschen Industrie- und Handelstages. Sonderdruck aus der Deutschen Wirtschafts-Zeitung Nr. 44 vom 3. 11. 1932, S. 2 und 3. Generallandesarchiv Karlsruhe, Akten des Bad. Ministeriums des Kultus und Unterrichts, Bestand 235/Nr. 16117.

[77] Nach Bericht Reichsanstalt Zeitraum 1. 11. 1930 bis 30. 4. 1931 (siehe Anm. 76), S. 2.

[78] Ebenda, S. 3. So werden in dem Bericht als Beispiele erwähnt, daß bei einer Eisenbahnbehörde auf 12 freiwerdende Stellen im Bereich des mittleren Beamtendienstes 500 Bewerbungen von Abiturienten eingingen und daß Bewerbungen von Abiturienten bei 70 bis 80 Stellen beobachtet worden seien. Bericht Reichsanstalt Zeitraum 1. 11. 1930 bis 30. 4. 1931 (siehe Anm. 76) in Verbindung mit Auszug Rundschreiben Reichsarbeitsministerium (siehe Anm. 35), S. 1. Auf die Notlage von rund 29000 Junglehrern in jenen Jahren wurde bereits hingewiesen (siehe Anm. 47). Die „Überfüllung im höheren Lehramt" belegt das Protokoll über die 8. Sitzung des Ausschusses für das Unterrichtswesen am 30. 1. und 31. 1. 1931 (Punkt I, 4 der Tagesordnung, protokolliert ab S. 29ff.). Danach haben insbesondere die süddeutschen Länder bereits frühzeitig eine Art numerus clausus für Philologen eingeführt, indem sie die Zulassung zu einem entsprechenden Studiengang von einem qualifizierten Zeugnisnachweis und von einer persönlichen Vorstellung im Kultusministerium abhängig machten. Staatsarchiv Hamburg, Akten der Oberschulbehörde, Nr. 624b, Bd. X. Vgl. auch die Abschrift des Schreibens des württ. Kultusministeriums an das

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gung"[79] der Oberschüler gegen alle handwerklichen Berufe. Äußerst besorgt berichtete die Reichsanstalt auch die Tatsache, daß der überwiegende Teil der ratsuchenden Abiturienten aus „wenig bemittelten Schichten"[80] stamme, um dann heftig das Verlegenheitsstudium zu attackieren, das vornehmlich von Studenten aus besser gestellten Familien in Ermangelung eines attraktiven Bildungsangebots ergriffen werde. Die mißliche Lage des Stellenmarkts für Berufsanfänger habe schließlich, so die Reichsanstalt, zu dem „Paradoxon" geführt, „daß die besten Schüler in der Volksschullehrer- und mittleren Beamtenlaufbahn verbleiben und die hier zurückgewiesenen sich einem Verlegenheitsstudium zuwenden, das oft ohne das geringste Verständnis für den inneren Sinn des Studiums und eines wissenschaftlichen Berufs ergriffen wird"[81].

Doch auch die Aufnahmekapazitäten der deutschen Hochschulen waren inzwischen offenbar erschöpft. Angesichts der rapide steigenden Zahl der Abiturienten[82], eine Entwicklung, deren primäre Ursache, und dies verdient an dieser Stelle nochmals hervorgehoben zu werden, in den besonderen Bildungsbedingungen der Weimarer Zeit lag[83], und angesichts des rigorosen Personalabbaus infolge der Brüningschen Spargrundsätze im öffentlichen Haushaltswesen sanken die Berufs- bzw. Studienaussichten der jungen Generation fast auf den Nullpunkt. Insbesondere die Rarität an freien Beamtenstellen sorgte für eine letzte Steigerung jenes Angstgefühls, das die Initiatoren der Vereinbarung über die Mittlere Reife noch im Jahre 1929 wirksam abbauen wollten: als Voraussetzung für die wirkliche Anerkennung der Zeugnisse aus den Bereichen der Volks- und Realschulen durch Staat und Wirtschaft, um den übertriebenen Anforderungen an die Allgemeinbildung entgegenzuwirken[84]. So leitete die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ihren Bericht für die Beratungsperiode 1932 mit folgenden Worten ein: „Die Berufswahl ist mehr denn je zuvor beherrscht von dem Streben nach Lebenssicherheit."[85] Der Bericht spricht

---

Reichsinnenministerium vom 30. Juni 1930. Dort wird unter Berufung auf die Hochschulstatistik für das Winterhalbjahr 1929/30 ein voraussichtlicher Überschuß von 13778 Studienassessoren und Studienreferendaren für das Jahr 1934 angekündigt. Staatsarchiv Hamburg, Akten der Oberschulbehörde, Nr. 624b, Bd. XIII.

79 Bericht Reichsanstalt Zeitraum 1. 11. 1930 bis 30. 4. 1931 (siehe Anm. 76), S. 4.

80 Ebenda, S. 1.

81 Ebenda, S. 6.

82 Nach der deutschen Hochschulstatistik kamen im Jahre 1928 auf rund 30000 Abiturienten 30684 Neuimmatrikulationen, im Jahre 1929 auf rund 36000 Abiturienten 30520, im Jahre 1930 auf 38500 Abiturienten 30806. Ostern 1932 kamen schon 42000 Abiturienten zur Entlassung. Diese Zahl wird im Schreiben des Reichsinnenministeriums an den Reichsverband der Deutschen Industrie u. a. (siehe Anm. 74) auf S. 1 genannt.

83 Siehe S. 24.

84 Vgl. Niederschrift 7. Sitzung des Ausschusses für das Unterrichtswesen (siehe Anm. 8), S. 12. Äußerung der Oberregierungsrätin Gaebel von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

85 Auszug aus einem Rundschreiben des Reichsarbeitsministeriums an die Unterrichtsminister der Länder (siehe Anm. 35), S. 1.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

offen von einer weiteren Verschlimmerung der beruflichen Zukunftsaussichten der Jugendlichen und unterstreicht diese Feststellung mehrmals mit dem Hinweis auf die zu beobachtende Depression bei den Ausbildungssuchenden. Damit ist der Bericht zugleich Beleg für die Resignation der jungen Menschen in jenen Tagen, die sich bewähren wollten, aber abgewiesen wurden. In ihrer Verdrossenheit und Verzweiflung wandten sie sich dann jenen zu, die ihnen alles versprachen, was sie hören wollten: die Abschaffung des „Systems", den Aufbau eines Reichs der Jugend, Arbeit und Brot. Äußerst bemerkenswert ist folgende Mitteilung des Berichts:

> „Der Herr Reichsminister des Innern hatte in Verfolg seiner Bemühungen um die Entlastung der Höheren Schulen und Hochschulen im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsarbeitsminister und der Reichsanstalt im Januar ds. Js. [1932] eine Besprechung mit den obersten Schulbehörden der Länder, Vertretern der Hochschulen, der Wirtschaft und Behörden veranstaltet[86] mit dem Ziel, die Unterbringung des Abiturientenjahrganges 1932 in das praktische Berufsleben zu fördern. Die Durchführung der Maßnahmen, insbesondere die Werbung von Stellen bei Arbeitgebern, hatte der Deutsche Industrie- und Handelstag übernommen."[87]

Diese Nachricht informiert zwar in erster Linie über beabsichtigte Förderungsmaßnahmen in Hinblick auf die Berufsfindung der Abiturienten, sie bedeutet aber zugleich auch das Eingeständnis fruchtlosen Bemühens in der Zentralfrage des Berechtigungswesens, die von der Absicht bestimmt wurde, die schulischen Vorbildungsleistungen zugunsten der beruflichen Bewährung abzubauen, damit auch der Volks- und Realschüler angemessene Berufschancen haben würde. Zugleich spiegelt die Entscheidung zugunsten der Oberschüler den Zwang der Verantwortlichen zur politischen Selbstverleugnung in der Endphase der Weimarer Republik wider, weil die äußerst schwierigen Umstände letztlich nur noch politisches Reagieren zuließen.

Dies traf auch und gerade für den preußischen Kultusminister Grimme zu. Er hatte damals der Vereinbarung über die Mittlere Reife nur unter der Voraussetzung zugestimmt, daß gleichzeitig eine Verbesserung beruflicher Bildungschancen für weniger privilegierte Schichten damit verbunden sei. In den Richtlinien über die Schülerauslese im Bereich der weiterführenden Schulen wird dieses Streben des preußischen Kultusministers deutlich spürbar. Noch im Februar 1931, ein Termin, der nicht zufällig vor der Bekanntgabe der Vereinbarung über die Mittlere Reife gewählt wurde, verfügte Grimme zwar die „verschärfte Auslese" unter dem Gesichtspunkt der besonderen Bewährung in der untersten Klasse und den mittleren und höheren Übergangsklassen der weiterführenden Schulen, beharrte aber weiterhin auf dem Zeugnis und dem schriftlichen Gutachten des Grundschullehrers als den alleinigen Voraussetzungen für

---

[86] Die Besprechung fand am 22. Januar 1932 statt und ist in einer Niederschrift mit gleichem Datum festgehalten. Sie wurde im Reichsinnenministerium geführt. Niedersächsisches Staatsarchiv in Oldenburg, Akten des Oldenburgischen Ministeriums für Kirchen und Unterricht, Bestand 134–1204. Siehe Anm. 94.

[87] Auszug aus einem Rundschreiben des Reichsarbeitsministeriums an die Unterrichtsminister der Länder (siehe Anm. 35), S. 10.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Bestimmung des Grundschülers zum Besuch der Realschule oder des Gymnasiums[88]. Beweis für die Sorge Grimmes um ausgewogene Berücksichtigung der Bildungsinteressen aller Volksschichten ist aber vor allem seine Mahnung an die Schulkollegien, bei der „Auslese besonders befähigter minderbemittelter Schüler ... zu beachten, daß geringe sprachliche Schulung und Gewandtheit nicht fälschlich als Mangel an Fähigkeiten ausgelegt wird"[89].

Aber schon im Herbst 1931 beantragte die Regierung des Landes Württemberg eine Sondersitzung des Ausschusses für das Unterrichtswesen, um angesichts „immer neuer Scharen von Schülern höherer Lehranstalten" das „schwierige Problem" strengerer Maßstäbe bei der Schülerauslese zu beraten[90]. Daraufhin wurde der Ausschuß für den 10. November 1931 nach Berlin geladen, um Konsequenzen aus der „Überfüllung der Hochschulen" zu ziehen und um Maßnahmen zur Entspannung der „Lage auf dem Arbeitsmarkt der Akademiker"[91] zu beraten. Doch die Konferenz konnte ihre unterschiedlichen Standpunkte nicht annähern, wobei insbesondere Preußen unter Hinweis auf seine Richtlinien vom 10. 2. 1931 über die Schülerauslese gegen eine Verschärfung der Zulassungs- und Übergangsbedingungen votierte. „Hauptsache aller Maßnahmen", so der preußische Sprecher, Ministerialdirektor Jahnke, „müsse sein, daß den abgehenden Schülern und Studenten eine andere Lebensmöglichkeit gegeben" werde[92]. Man einigte sich schließlich auf die Bildung eines Unterausschusses, der einen Kompromiß in dieser Frage suchen bzw. vorbereiten sollte[93]. Dieses Gremium tagte dann am 22. Januar 1932 an gleicher Stelle.

Grundlage der Beratungen war ein Arbeitspapier, das offensichtlich im Reichsinnenministerium entworfen worden war. Danach sollte „der Oberbau der höheren Schule seiner wesentlichen Bestimmung – der Auslese wissenschaftlicher Begabungen – zurückgegeben" werden, eine Zielformulierung, die nicht nur die Begabtenauslese eindeutig auf das Ausscheiden studierunwilliger Oberschüler abstellte, sondern auch den Zusammenhang mit der Vereinbarung der Länder über die Mittlere Reife im Sinne der Bekämpfung des Berechtigungswesens betonte[94]. Eine Übereinkunft kam

---

[88] Siehe S. 37.

[89] Richtlinien des preußischen Kultusministeriums für die Schülerauslese vom 10. 2. 1931. Niedersächsisches Staatsarchiv in Oldenburg, Akten des Oldenburgischen Ministeriums für Kirchen und Schulen, Bestand 134–1204.

[90] Abschrift des Schreibens des württ. Kultusministeriums an das Reichsinnenministerium vom 13. 10. 1931. Vgl. auch Schreiben des bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus an das Reichsinnenministerium vom 22. 10. 1931, in dem die gleiche Forderung erhoben wird. Staatsarchiv Hamburg, Akten der Oberschulbehörde, Nr. 624b, Bd. IX bzw. Akte Ausschuß für das Unterrichtswesen, 9. Tagung (10. 11. 1931).

[91] Auszug aus der Niederschrift über die 9. Sitzung des Ausschusses für das Unterrichtswesen am 10. 11. 1931. Zitiert nach Führ (siehe Anm. 1), S. 270 (Berichterstattung Löffler).

[92] Ebenda, S. 276 (Äußerung Jahnkes).

[93] Auszug aus der Niederschrift über die 9. Sitzung des Ausschusses für das Unterrichtswesen am 10. 11. 1931. Zitiert nach C. Führ (siehe Anm. 1), S. 277.

[94] Niederschrift über die Sitzung des Unterausschusses des Ausschusses für das Unterrichtswesen am 22. 1. 1932 im Reichsinnenministerium, S. 13 (Text der nicht angenommenen Vereinbarung über

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auf dieser Tagung nicht zustande, weil der preußische Vertreter Jahnke den unterbreiteten Vorschlag ohne nähere Begründung ablehnte[95]. Dabei konnte er von der Annahme ausgehen, daß es der Konferenz nicht gelingen würde, die unterschiedlichen Standpunkte über die „Art der Auslese und über die Grundlage der Schülerbeurteilung"[96] auf einen Nenner zu bringen.

Die endgültige Absage Preußens bei dem Lösungsversuch in der Begabtenauslese erfolgte einige Wochen später. Im Nachgang zu einem Schreiben vom 5. März 1932 lehnte Kultusminister Grimme gegenüber dem Reichsinnenministerium jede Verschärfung der Schülerauslese mit dem Hinweis ab, daß er gegen solche neue Bestimmungen „sehr ernste sachliche Bedenken"[97] hege. Die Zweifel des preußischen Kultusministers gegenüber strengeren Versetzungsrichtlinien, die allein im Interesse des Arbeitsmarktes erlassen werden sollten, wurzelten in seiner Überzeugung von der Notwendigkeit der Chancengleichheit im Bereich der Bildung. Das Bekenntnis Grimmes zu einer Begabtenauslese ohne Rücksicht auf das soziale Milieu eines Kindes zeugt von seiner inneren Verbundenheit mit den Zielen der Reformpädagogik[98]. Eine solche Haltung, in der eine Verquickung von politischer Praxis und pädagogischer Theorie sichtbar wird, war für die preußische Kulturpolitik kein Novum. Schon die Amtsvorgänger Grimmes, der Sozialdemokrat Konrad Haenisch (1918–1921), der der Deutschen Volkspartei angehörende Otto Boelitz (1921–1925) und vor allem der parteiunabhängige, aber liberalen Richtungen anhängende Carl Heinrich Becker (1921 und 1925–1930), griffen in ihrem globalen Ziel, den äußeren und inneren Neuaufbau des Bildungssystems politisch durchzusetzen, immer wieder auf Anregungen der großen Pädagogen ihrer Zeit zurück. Dies galt ebenso bei der Verkündung neuer Richtlinien für die preußische Grundschule und Volksschuloberstufe wie auch für die Einführung der akademischen Volksschullehrerbildung und die Reform der gymnasialen Schulen durch den Posener Gymnasialschuldirektor Hans Richert[99]. Adolf Grimme, sozialdemokratischer Kultusminister von 1930 bis 1933, wollte diese im Vergleich mit anderen Ländern des Deutschen Reiches beispiellose Tradition pädagogischer Neuansätze in der Schulpolitik auch in seiner Amtsperiode fortführen[100], ein Vorsatz, der aber angesichts einer extremen Krisenzeit deswegen immer schwieriger durchzuhalten war,

---

die Auslese in den höheren Schulen). Niedersächsisches Staatsarchiv in Oldenburg, Akten des Oldenburgischen Ministeriums für Kirchen und Schulen, Bestand 134–1204.

95 Vgl. ebenda, S. 10.

96 So die Ausführungen des württembergischen Vertreters, Ministerialrat Löffler. Ebenda, S. 10.

97 Schreiben des preußischen Kultusministers Grimme an den Reichsinnenminister u. a. vom 14. 4. 1932. Niedersächsisches Staatsarchiv in Oldenburg, Akten des Oldenburgischen Ministeriums für Kirchen und Schulen, Bestand 134–1204.

98 Vgl. S. 25 ff.

99 Vgl. hierzu G. Giese (siehe Anm. 19), S. 49 ff. Siehe dort auch S. 253 ff. (Quelle 13a Grundschulrichtlinien), S. 257 ff. (Quelle 13b Richtlinien für die Volksschuloberstufe) und S. 264 ff. (Quelle 13c Neuordnung des preußischen höheren Schulwesens). Vgl. auch die zum 60. Geburtstag von Hans Richert (21. Dezember 1929) hrsg. Schrift: Wesen und Wege der Schulreform (siehe Anm. 18).

100 Der Ministerialbeamte im Kultusbereich Otto Koch hat im Jahre 1930 in diesem Zusammenhang

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

weil nunmehr im Bereich der Bildungspolitik die sich zuspitzenden Gegensätze der organisierten Interessengruppen deutlich spürbar wurden. Dies galt auch und gerade für die bildungsökonomisch und bildungspolitisch bedeutsame Frage der verschärften Schülerauslese; denn die Auswüchse im sogenannten Berechtigungswesen konnten nur dann wirksam bekämpft werden, wenn man entgegen reformerischer Absicht die entsprechenden Auswahlkriterien für Oberschüler korrigieren würde mit dem Ziel, die Abiturientenzahl zu senken, um so das Verhältnis von Bildungsangebot und Bildungsnachfrage zu entspannen. Grimme hielt aber an seiner grundsätzlichen Auffassung von der Verbesserung der Bildungschancen für alle fest, so daß er schließlich bewußt auf einen Abbau des Berechtigungswesens auf der Basis schärferer Aufnahme- bzw. Versetzungs- und Prüfungskriterien verzichtete.

Die Bildungspolitik der Weimarer Zeit war zwar durchgängig von dem Widerspruch zwischen dem Streben nach pädagogischer Reform im Rahmen liberaler und demokratischer Ordnungsstrukturen und dem Beharrungsvermögen staatlicher Institutionen und gesellschaftlicher Mächte aufgrund kaum gebrochener Tradition und Kompetenz gekennzeichnet, doch wurde dieses Gegeneinander bis 1928 in erster Linie von der Auseinandersetzung um die Bestimmung der Bildungsinhalte und der Charaktere der einzelnen Schularten geführt. Hauptkontrahenten dieser Auseinandersetzungen, die zu keinem Ausgleich in den anstehenden Schulfragen geführt haben, waren auf der einen Seite die Parteien und Organisationen des Liberalismus und Sozialismus, auf der anderen Seite die politischen Kräfte des deutschen Katholizismus und die Parteien und Verbände rechts des Zentrums. Ab 1928 wurden die weltanschaulich begründeten Gegensätze aber immer mehr abgelöst durch Erwägungen ökonomischer Natur. Gleichzeitig wurde deutlich, daß auch die pädagogische Reformbewegung zum Teil überzogene, d. h. unrealistische Ziele verfolgte. Mit dem Anbruch der Weltwirtschaftskrise in Deutschland im Jahre 1929 sanken die Hoffnungen auf eine erfolgreiche Schulpolitik angesichts der nun spürbar einsetzenden materiellen Not weiter ab, so daß selbst die pragmatisch vorgehenden reformwilligen Kräfte in den Parteien und in der staatlichen Bürokratie die Möglichkeiten eines schöpferischen Wirkens in der Schulpolitik schwinden sahen. Zu diesen Enttäuschten gehörte auch Adolf Grimme. Der preußische Ministerpräsident Otto Braun hat diese fast tragisch zu nennende Entwicklung in einem Brief an Karl Kautsky ganz allgemein bitter beklagt:

> „Zermürbend wirkt aber vor allem das Unbefriedigende der immer aufregender und aufreibender werdenden Tätigkeit. Gezwungen durch die furchtbare Finanznot muß man selbst abbauen, was man jahrzehntelang vergebens erstrebt, wofür man gekämpft und erst nach der Revolution z. T. verwirklichen konnte."[101]

Daß Braun auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise materielle Gesichtspunkte ins

---

sogar von einer „historische(n) Aufgabe der preußischen Schulverwaltung" gesprochen. Siehe Otto Koch (Anm. 18), S. 56.

[101] Zitiert nach Erich Matthias, Die Sozialdemokratische Partei, in: Erich Matthias und Rudolf Morsey (Hrsg.), Das Ende der Parteien, Düsseldorf 1960, S. 214 (Dok. Nr. 5: Braun an Kautsky).

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Feld führt, um die Widrigkeiten in der Politik zu begründen, ist verständlich. Gleichwohl würde auch Braun bei der Suche nach den Ursachen für die allgemeine Krise nicht allein von Finanzfragen ausgegangen sein. Schon die Frage des sogenannten Berechtigungswesens belegt dies. Die mit ihr heftig diskutierten Begriffe wie: Schülerauslese, Abiturientenzahlen, Einheitsschule, Studienberechtigung, berufliche Ausbildung und Bewährung, Stellenmarkt, Bildungsmotive deuten den komplizierten Zusammenhang eines ökonomischen, sozialen und geistigen Hintergrundes an. Wie die gesamte Bildungspolitik der Weimarer Zeit, stand auch das Berechtigungswesen in dem Spannungsfeld des Strebens nach Reform und des Festhaltens an Traditionen, ein am Ende ergebnisloses Ringen, das nicht zuletzt auch im Rahmen der antagonistisch wirkenden Kräfte in Gesellschaft und Politik dieser Epoche zu sehen ist[102]. Schon im Jahre 1922, als man in dieser Problematik noch sorglos war, betonten die Vertreter der preußischen Regierung im Reichsschulausschuß[103], daß es „bedauerlich" sei, „daß durch das sogenannte Berechtigungswesen die freie Gestaltung des Schulwesens gehemmt wird". Einen gänzlichen Verzicht auf schulische Qualifikationsnachweise vermochte freilich auch die preußische Delegation damals nicht zu fordern. Der Sprecher des preußischen Kultusministeriums in dieser Sitzung, der Ministerialdirektor Jahnke, stellte in seinen Erläuterungen den schulreformerischen Aspekt noch stark heraus, indem er erklärte:

> „Er habe früher angenommen, das Berechtigungswesen könne entbehrt werden und sei im Volksstaat überwunden worden. Jetzt müsse er sich nach den Erfahrungen der letzten Jahre dazu bekennen, daß ein geordneter Kulturstaat des Prüfungs- und Berechtigungswesens bedürfe."[104]

Im Laufe der Jahre nahm aber die Frage des Berechtigungswesens deswegen einen anderen Charakter an, weil die städtischen Bürgerschichten in ihrem von Lebensangst bestimmten Streben, die gewonnene Position und ihren gewohnten Lebensstandard zu erhalten, ein Bildungsverhalten annahmen, das den Wünschen der Reformer geradezu diametral entgegenstand. Unerfüllt blieben damit naturgemäß auch die Erwartungen der Neuerer hinsichtlich eines Wandels der Sozialstruktur der Schülerschaft an Höheren Schulen. Enttäuschend war schließlich die Reaktion des Stellenmarktes, der die durchschnittlich gehobene Allgemeinbildung der Schüler mit einem Höherschrauben der Einstellungsvoraussetzungen beantwortete, wobei handfeste Interessen der organisierten Sozialgruppen eine gewichtige Rolle spielten. So steigerte sich das Berechtigungswesen immer mehr zum Problem. Mit Beginn der Wirtschaftskrise im Jahre 1929 war dann vom Bildungskökonomischen her eine Situation eingetreten, die in der Folgezeit die Zerrüttung des gesamten Bildungs- und Ausbildungssystems stark begünstigt hat. Damit zeigt sich an diesem Detail aus dem Bereich der Schulpolitik, daß die Weimarer Republik auch aus der Sicht der kulturellen Strukturverhältnisse

---

102 Siehe Anm. 4, Anm. 21 und vor allem das Zitat auf S. 32.

103 Siehe Anm. 22.

104 Niederschrift über die 5. Tagung des Reichsschulausschusses vom 27. bis 29. April 1922. Zitiert nach C. Führ (siehe Anm. 1), S. 243 f.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schwach war, zu schwach, um in einer Wirtschaftskrise eine Staatskrise politisch zu verhindern.

Mit der Machtübernahme Hitlers war selbstverständlich das Problem des Berechtigungswesens immer noch akut. Doch die neuen Machthaber lösten die Berufs- und Bildungsnot junger Menschen mit den Mitteln diktatorischer Gewaltanwendung. Zwar lassen sich auch noch im Jahre 1933, also in der Zeit des sich etablierenden Hitlerregimes, Spuren aufrichtigen Ringens um eine angemessene Lösung finden, doch dies geschah schon im Sinne einer Politik, die ebenso energisch den Gedanken vom autoritären Staat vertrat wie auch die Idee von einer harmonisch funktionierenden und organisch gegliederten Volksgemeinschaft. So wollte der kommissarische Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, der der Deutschnationalen Volkspartei angehörende Kälin, die „Gesichtspunkte" der Berufsfindung für Abiturienten in einem Schreiben vom 16. 2. 1933 an seine nachgeordneten Dienststellen in erster Linie von den „Forderungen der Volksgemeinschaft" und den „Möglichkeiten der Wirtschaft" abgeleitet wissen[105]. Auch noch auf der 10. und zugleich letzten Sitzung des Ausschusses für das Unterrichtswesen im Sommer 1933 versprachen die Länder einander, den „vielfach zu hoch [gespannten] ... Vorbildungsanforderungen für mittlere und auch für höhere Berufe" energisch zu begegnen, indem sie allein das Zeugnis der Mittleren Reife als „maßgebend" für die Aufnahme in die Laufbahn des gehobenen mittleren Beamtendienstes bezeichneten. Doch bereits hier forderte der neue Leiter der Abteilung Wissenschaft und Schule im Reichsinnenministerium, der der Nationalsozialistischen Partei angehörende Ministerialdirektor Rudolf Buttmann[106], „daß das Wirtschaftsleben und die Behörden künftig nicht nur die Schulzeugnisse zu werten haben würden, sondern auch die Leistungen in der S. A. und im Wehrsport"[107].

Im Herbst 1933 setzte dann jener Prozeß ein, an dessen Ende die totale Steuerung der gesamten Bildungspolitik entsprechend den Doktrinen nationalsozialistischer Erziehungslehren stand, ein Vorgang, der in der Endphase des Hitlerregimes schließlich mit der massiven ideologisch gesteuerten Diffamierung öffentlich organisierter Erziehung und schulischer Bildung endete. Daß die Nationalsozialisten im Zuge dieses Vorgehens rücksichtslos ihre eigenen, auf einem apädagogischen Biologismus beruhenden Erziehungsmaximen durchsetzen konnten, geht nicht zuletzt auf das Konto trübseliger Bildungs- und Berufserfahrungen der jungen Generation in der Zeit der Weimarer Republik zurück.

---

105 Kälin an Landesarbeitsämter und Arbeitsämter vom 16. 2. 1933, S. 3. Niedersächsisches Staatsarchiv in Oldenburg, Akten des Oldenburgischen Ministeriums für Kirchen und Schulen; Bestand 134–1137.

106 Buttmann war vor seiner Ernennung zum Ministerialdirektor NSDAP-Fraktionsvorsitzender im bayerischen Landtag. Bei dem im Jahre 1933 ausgehandelten Reichskonkordat hat er als staatlicher Unterhändler maßgeblich mitgewirkt.

107 Niederschrift über die 10. Sitzung des Ausschusses für das Unterrichtswesen, übermittelt den Kultusministerien der Länder durch das Reichsinnenministerium mit Schreiben III 3010/9.8. vom 14. 8. 1933. Generallandesarchiv Karlsruhe, Akten des Bad. Ministeriums des Kultus und Unterrichts, Bestand 235/Nr. 16117.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

GÜNTER WOLLSTEIN

RUDOLF NADOLNY – AUSSENMINISTER OHNE VERWENDUNG[1]

Der Name Rudolf Nadolny dürfte nur noch wenigen ein Begriff sein. Die einzige große Ehrung erfuhr der frühere deutsche Botschafter in Moskau, als ihm das Auswärtige Amt anläßlich der hundertsten Wiederkehr seines Geburtstages die seltene Auszeichnung einer Gedenkfeier zuteil werden ließ. Die aus diesem Anlaß von Staatssekretär Paul Frank gehaltene Ansprache zeichnete das Bild eines besonders tüchtigen, bisweilen eigenwilligen und an der Mißgunst der politischen Verhältnisse gescheiterten Diplomaten. Das Singuläre seines politischen Konzeptes, das seine Erfolglosigkeit letztlich bedingte, und seine für die Nachkriegsgeschichte höchst aufschlußreiche Rolle nach dem Zweiten Weltkrieg wurden nicht erfaßt[2].

Ähnlich wie Nadolnys Name scheint auch sein Wirken fast vergessen, vielleicht mit Ausnahme der Tatsache, daß er 1934, in der Frühphase der nationalsozialistischen Herrschaft, als einziger deutscher Spitzendiplomat neben Friedrich von Prittwitz und Gaffron aus Opposition gegen den neuen politischen Kurs sein Amt niederlegte[3]. So ist es weithin unbekannt, welche fundamentale Bedeutung seine Tätigkeit 1918/19 für Reichspräsident Friedrich Ebert hatte. Kaum stärker beachtet wurde sein 1933 zu verfolgendes Ringen, das den Entschluß der deutschen Führung, sich mit dem gleichzeitigen Austritt aus dem Völkerbund und der Genfer Abrüstungskonferenz von den wichtigsten Ansatzpunkten für ein System der kollektiven Sicherheit zu lösen, verhindern sollte. Schließlich wurde auch sein Bemühen nach dem Zweiten Weltkrieg um die Erhaltung eines einheitlichen deutschen Staates, insbesondere sein Alternativplan zu einer Weststaatsgründung bei gleichzeitiger Westorientierung dieses neuen Staates, weitgehend ignoriert, obwohl Nadolny mit großer Klarheit erkannt hatte, daß es sich bei einem Weststaat keineswegs um ein Provisorium handeln würde. Lediglich die immer wieder kolportierte Behauptung, Nadolny habe als einziger bürgerlicher Politiker die Einheit Deutschlands durch eine Anlehnung an die Sowjetunion zu retten versucht, verblaßte nicht völlig[4].

Indes sollten wir die Persönlichkeit Nadolnys, sein Konzept und seine Politik nicht aus dem Auge verlieren. Seine Niederlagen stellen vornehmlich Anklagen gegen seine

---

[1] Die Studie ist eine erweiterte Fassung meines Vortrags anläßlich des Kolloquiums im Rahmen meiner Habilitation durch die Philosophische Fakultät der Universität zu Köln am 8. 6. 1977.

[2] Auswärtiges Amt (Hrsg.), Gedenkfeier des Auswärtigen Amts für Botschafter Rudolf Nadolny (12. Juli 1873–18. Mai 1953), Bonn, den 28. Mai 1973, Gedenkansprache Staatssekretär Dr. Paul Frank, Bonn o. J.

[3] Eine knappe Würdigung bei D. C. Watt, Hitler and Nadolny, in: The Contemporary Review, Bd. 196 (1959), S. 53ff.

[4] Zu dieser Auffassung siehe vor allem Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949, Neuwied/Berlin 1966, S. 758ff.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

politischen Gegner, oft auch gegen höchst problematische Leitvorstellungen der öffentlichen Meinung seiner Zeit dar. Die Beschäftigung mit den Gründen seiner Erfolglosigkeit erhellt schlaglichtartig die Politik der Erfolgreichen, und unser historisches Bewußtsein wird durch die Einbeziehung der von Nadolny aufgezeigten Alternativen an zentralen Wendepunkten der deutschen Geschichte vor Einseitigkeiten bewahrt. Nadolnys Sonderrolle resultierte aus seinem früh faßbaren und zu originären Ergebnissen führenden geistigen Ringen um den Verlauf und mit den Konsequenzen der Geschichte des deutschen Nationalstaates. Da er zeit seines Lebens der Außenpolitik den Primat einräumte[5], bedeutete dies nicht zuletzt einen permanenten Dialog mit den klein- und großdeutschen Traditionen, deren häufige Verquickung ein Grundelement nahezu aller expansiven und imperialistischen Tendenzen in Deutschland war; seine historische Verwurzelung führte ihn aber auch zu seiner spezifischen Antwort auf die Frage nach einer adäquaten Staatsform Deutschlands, dessen geopolitischer Lage in der Mitte Europas er Rechnung trug[6]. Allen seinen Lösungsvorschlägen war dabei gemein, daß sie sich – wenn eben möglich – jedweden modischen Trends, die angesichts der Fülle der zu bewältigenden Probleme nicht selten auf einen mehr oder minder rücksichtslosen Kampf oder eine machtpolitische Konzentration aller Kräfte zur Schaffung optimaler Konditionen für Deutschland hinausliefen, energisch widersetzten.

Ferner zeigt Nadolnys Tätigkeit nach 1945, wie in den ersten Nachkriegsjahren trotz aller Modifikationen im einzelnen noch relativ ungebrochen Traditionen lebendig waren, die personell und inhaltlich bis in das Kaiserreich zurückverfolgt werden können[7]. Nicht ohne illusionäre Aspekte in seinem Denken und Handeln, bot der frühere Botschafter sich den Mächten der Anti-Hitler-Koalition als deutscher Gesprächspartner für den Fall an, daß trotz Zoneneinteilung und trotz des Einsetzens des Kalten Krieges eine endgültige Aufteilung Deutschlands sowie eine feste Einbindung der jeweiligen Okkupationsgebiete in das westliche System beziehungsweise in den Ostblock noch zu verhindern waren[8]. Seine Position erzwang zugleich eine Klarstel-

---

[5] Nachlaß Nadolny VIII/500, Aufzeichnung 17. 11. o. J. und passim, siehe Anm. 9.

[6] Nachlaß Nadolny IV/104, „Der unpolitische Deutsche", siehe Anm. 9.

[7] Zu dieser Frage der Kontinuität siehe Andreas Hillgruber, Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, in: ders., Großmachtpolitik und Militarismus im 20. Jahrhundert. 3 Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Düsseldorf 1974, S. 34ff.

[8] Zur Frage nach dem Zeitpunkt des Untergangs des Deutschen Reiches und der hierbei von den Mächten der Anti-Hitler-Koalition gespielten Rolle siehe D. Geyer, Von der Kriegskoalition zum Kalten Krieg, in: ders. (Hrsg.), Osteuropa-Handbuch, Bd. Sowjetunion, Teil Außenpolitik I, Köln/Wien 1972, S. 343ff., sowie die neueren Interpretationen von Alexander Fischer (Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941–1945, Stuttgart 1975), Ernst Nolte (Deutschland und der Kalte Krieg, München/Zürich 1975) und Andreas Hillgruber (Deutsche Geschichte 1945–1972. Die „deutsche Frage" in der Weltpolitik, Frankfurt u. a. 1974). Nach Fischer wurde durch die „marxistisch-leninistischen Experimente" des Frühlings 1945 „nicht nur die Einheit der deutschen Nation aufs Spiel gesetzt, sondern auch der Kalte Krieg riskiert" (S. 158). Nolte konstatiert bereits zur Zeit der Potsdamer Konferenz eine nicht mehr aufzuhaltende „Übermacht des Zonenprinzips" (S. 189). Hillgruber wägt das Ausmaß der sowjetischen

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lung, ob eine solche Abkehr aller Siegermächte von der Teilungspolitik, die zudem noch gleichzeitig erfolgen mußte, überhaupt je zur Diskussion stand. Insbesondere seine regelmäßigen Vorträge und Gespräche in der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) in Karlshorst und seine späteren Versuche, in der Bundesrepublik Deutschland durch die Gründung einer „Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands" das Gespräch zwischen Ost und West nicht abreißen zu lassen, legen hier ein beredtes Zeugnis ab, wobei sich neue und interessante Nebenaspekte ergeben: Erwähnt seien an dieser Stelle bestimmte Begleitumstände der Weststaatsgründung, zu denen eine von Verdächtigungen und Diffamierungen geprägte Atmosphäre gehörte, die den in der deutschen Geschichte nahezu traditionslosen Wechsel zu einer einseitigen Westorientierung erst möglich machte. Der seit einiger Zeit der Forschung zur Verfügung stehende umfangreiche Nachlaß Nadolnys ermöglicht eine Fülle von Teilantworten vornehmlich zur jüngsten deutschen Geschichte; sie sollen aber auch dazu dienen, eine einzigartige Persönlichkeit vor der Vergessenheit zu bewahren[9].

Zum Verständnis der Persönlichkeit Nadolnys ist es wichtig, einen Blick auf dessen posthum erschienene Memoiren mit dem Titel „Mein Beitrag" zu werfen, da hier eine seine spätere politische Konzeption kennzeichnende Deutung von Herkunft und Tradition seiner Familie zu finden ist. Nadolny betonte, durch seine Geburt am 12. Juli 1873 in dem ostpreußischen Dorf Groß-Stürlack im Kreis Lötzen einer Heimat verpflichtet zu sein, die ungeachtet aller politischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzungen über ihre Zugehörigkeit nicht ausschließlich der deutschen oder der polnischen und damit *einer* Nation verpflichtet sei. In Umkehr von Deduktionen, die seit dem Aufkommen des Nationalstaatsgedankens häufig zu hören und auf nationale

Sicherheitsvorstellungen, das nur sehr bedingte Interesse Stalins an einer Teilung Deutschlands und die wechselnden westlichen Zielvorstellungen gegeneinander ab und sieht die Entscheidung für die Teilung Deutschlands erst nach 1945. Nach der neuesten Studie, D. Yergin, Der zerbrochene Frieden. Der Ursprung des Kalten Krieges und die Teilung Europas, Frankfurt 1979, strebte die UdSSR seit 1945 und strebten die USA seit 1947 keinen deutschen Einheitsstaat mehr an.

9 Den Kern von Nadolnys Nachlaß stellen 19 von seiner Frau Änny Nadolny, geb. Matthiessen, zusammengestellte Aktenfaszikel dar, deren Dokumente von ihr auch durchnumeriert wurden, so daß sie jeweils mit einer römischen und arabischen Zahlenangabe für Faszikel beziehungsweise Dokument zitiert werden können. Ergänzend kommen einige dünnere, mit der Aufschrift „Varia" versehene sowie einige einen Pressenachlaß umfassende Faszikel hinzu. Frau Nadolny, eine ebenso warmherzige wie geistreiche Frau, die das Werk ihres Mannes in erheblichem Maße förderte, gelang es allerdings nicht, mehr als eine sehr grobe inhaltliche Anordnung der Faszikel herzustellen. Dies liegt vor allem daran, daß Nadolny, der sonst auf Ordnung und rationelle Arbeitsweise größten Wert legte, seine Niederschriften meist nicht mit einem Datum versah, und zumindest äußerlich unsystematisch aufbewahrte. Von der Familie Rudolf Nadolnys, insbesondere von den Töchtern Frau Ursula Eilsberger und Frau Anorte Wollenweber sowie dem Enkel Dr. Sten Nadolny, wurde mir jede erdenkliche Hilfe zuteil; so erhielt ich Einblick in die Privatkorrespondenz, die insbesondere durch den ausführlichen Briefwechsel Nadolnys mit Wipert von Blücher auch historisch interessante Aussagen enthält. Bei der aufgrund der Quellen- und Forschungslage besonders schwierigen Einordnung der Tätigkeit Nadolnys in das übrige Geschehen nach dem Zweiten Weltkrieg halfen mir vor allem Frau Dr. Josefine Blesch und die Herren Dr. Johann B. Gradl, Dr. Peter Hermes und Dr. Josef Müller.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Besitzrechte" ausgerichtet waren, berief Nadolny sich auf ein Vermächtnis aus früherer Zeit, das die Einwohner seiner Heimat zum Vermitteln zwischen den dort wohnenden Völkern anhalten sollte[10]. Auch sein eigener Name, der vermutlich auf polnische Ursprünge zurückging, war ihm Zeugnis des ethnischen Mischcharakters als des Regel- und Normalfalls in dieser Region.

Neben einer solchen Betrachtung der Volksstruktur und der hieraus folgenden Ableitung eines Imperativs zur wechselseitigen Verständigung – zwei für die Würdigung Nadolnys zentralen Aspekten – bietet die Darlegung seiner Familientradition weitere Hinweise auf die Motive, die für die Politik des späteren Botschafters grundlegend wurden. Zum einen legte er Wert auf die Feststellung, daß er einer Familie von Kölmern entstammte, von freien Landbesitzern, deren Status nach kulmischem Recht bestimmt war. Damit wollte Nadolny auf eine für ihn verpflichtende, auch durch ein evangelisches Christentum geprägte Lebensform hinweisen, die sich durch gesicherte Freiheitsrechte auszeichnete. Unabhängigkeit des Denkens und Handelns war eine unumstößliche Maxime des Politikers. Sein freiwilliges Ausscheiden aus dem diplomatischen Dienst im Jahre 1934 und die damit verbundene Rückkehr zum Beruf seiner Väter waren eine Konsequenz dieser Haltung, die zugleich für andere ein Zeichen setzen sollte. Des weiteren verwies er gern darauf, daß seine Mutter aus den „Salzburger Familien" kam, die – ihres protestantischen Glaubens wegen vertrieben – 1732 von dem preußischen Monarchen Friedrich Wilhelm I. in Ostpreußen angesiedelt wurden. Mit der Erinnerung daran deutete Nadolny seinen eigenen Bekennermut und seine Unbeugsamkeit an, Eigenschaften, die ein weiteres Kennzeichen seines Wesens waren und ihm, obwohl es ihm gelegentlich durchaus nicht an taktischem Geschick mangelte, nicht wenige persönliche Feinde und den Ruf der politischen Starrheit einbrachten. In seiner Jugend und zu Beginn seiner Karriere gab es kaum Anzeichen, die auf eine außergewöhnliche Begabung oder Laufbahn Nadolnys schließen ließen. Seine Eltern, die nacheinander mehrere kleine Güter bewirtschafteten, ermöglichten ihren neun Kindern – drei weitere starben im Kindesalter – jeweils den Besuch einer Höheren Schule. Doch zeichnete sich ihr Sohn Rudolf, der als Kind wegen seines Ausspruchs, Bismarck werden zu wollen, lange gehänselt wurde, weder hier noch beim späteren Jurastudium in Königsberg aus. Erhebliches Engagement entfaltete er bezeichnenderweise erst im Königsberger „Verein Deutscher Studenten", von dem er politisch entscheidende Einflüsse empfangen zu haben behauptete und dem er sich selbst nach dem Zweiten Weltkrieg noch verpflichtet fühlte[11].

Dieser Sachverhalt erscheint bedeutungsvoll, gehörten doch die im „Kyffhäuserverband" zusammengeschlossenen „Vereine Deutscher Studenten" zu den wichtigsten politischen Schaltstellen in Deutschland, durch die im Bewußtsein der Öffentlichkeit die Staatskonstruktion Bismarcks, die auf dem Bekenntnis zur machtpolitischen „Saturiertheit" des Reiches beruhte, erschüttert wurde[12]. Die Vereine Deutscher Studen-

[10] Siehe hierzu und zum folgenden die in der Druckfassung leider erheblich gekürzten Memoiren von Rudolf Nadolny, Mein Beitrag, Wiesbaden 1955, S. 7ff.

[11] Siehe hierzu seinen Beitrag „Heimat" in: Adademische Blätter, 55. Jg. (1953), S. 21.

[12] Siehe hierzu als Quelle H. v. Petersdorff, Die Vereine Deutscher Studenten, Leipzig 1891.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten, die von den nationalen, sozialen und – vor allem in Berlin – antisemitischen Vorstellungen des Hofpredigers Adolf Stoecker stark beeinflußt waren, bewirkten nämlich, daß die nach der Revolution von 1848/49 wiederholt unterdrückten großdeutsch-mitteleuropäisch orientierten Vorstellungen des deutschen Bürgertums zu neuer politischer Kraft gelangten und mit anderen auf eine machtpolitische Expansion Deutschlands drängenden Faktoren zu konstitutiven Momenten der wilhelminischen Epoche wurden, jener unruhigen und von den Historikern noch längst nicht endgültig gedeuteten Phase deutscher Geschichte[13].

Nadolny, der allerdings nie in Gefahr geriet, einem nationalen Machtrausch zu verfallen oder antisemitischen Parolen zu erliegen, stand zeit seines Lebens in einem Spannungsverhältnis zwischen den durch die jeweiligen Reichsfarben schwarz-weiß-rot geprägten preußisch-kleindeutschen und schwarz-rot-gold gekennzeichneten bürgerlich-nationalen bzw. – zumindest der Tendenz nach – großdeutschen Traditionen. Obwohl es auffallend war, daß Nadolny, vermutlich durch seine preußische Erziehung bedingt, bis zu seinem Tode emotional ganz der schwarz-weiß-roten Fahne verbunden blieb[14], sollten gerade die spezifische Synthese und die Schlußfolgerungen, die der Botschafter aus diesen verschiedenen Hauptströmungen der deutschen Geschichte ableitete, seine Bedeutung ausmachen.

Nach Referendar- und Assessorexamen bewarb sich Nadolny 1902 erfolgreich um eine Stellung im Auswärtigen Amt, konnte aber zunächst nur mit einigem Glück eine gesicherte Position im Konsulardienst erhalten. In dem von ihm selbst als „Lehrjahre" bezeichneten ersten Jahrzehnt seiner konsularischen Laufbahn bewährte er sich im Petersburger Generalkonsulat, wo er sich, nicht zuletzt aufgrund guter russischer Sprachkenntnisse, zu einem anerkannten Rußlandkenner entwickelte, der durch ein Handbuch über den Rußland-Handel auch öffentlich hervortrat[15]; danach arbeitete er im Osthandelsreferat der Berliner Zentrale. In den letzten Jahren vor Beginn des Ersten Weltkrieges und in den ersten drei Kriegsjahren, in denen er sich im Dienst des Generalstabs des Feldheeres mit politischen Freiheitsbewegungen in Finnland, Georgien, Marokko und im arabischen Raum befaßte, wurde er mit verschiedenen, bisweilen abenteuerlichen Sondermissionen betraut[16]. Als er daraufhin im November 1917 zum kommissarischen Leiter des Ostreferats des Auswärtigen Amts aufstieg, weitete sich sein Wirkungsfeld jedoch nur formal erheblich aus. In der Praxis waren seinem Einfluß enge Grenzen gesetzt[17].

---

[13] Zum Anwachsen einer großdeutschen „Sehnsucht" im deutschen Bürgertum siehe Günter Wollstein, Das „Großdeutschland" der Paulskirche. Nationale Ziele in der bürgerlichen Revolution 1848/49, Düsseldorf 1978.

[14] Hierzu der Schluß des Manuskripts seiner Memoiren.

[15] Verkehr nach Rußland, 1908 und 1913.

[16] Mein Beitrag, S. 25 ff., sowie seine Aufzeichnung „Meine amtliche Laufbahn", XVII/1447, S. 2 ff.

[17] Mein Beitrag, S. 54 ff. Vgl. hierzu auch Winfried Baumgart, Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, Wien/München 1966; zur Baltikumpolitik siehe auch H. E. Volkmann, Die deutsche Baltikumspolitik zwischen Brest-Litowsk und Compiègne. Ein Beitrag zur „Kriegszieldiskussion", Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart, Bd. 13.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der politische Durchbruch gelang Nadolny erst mit dem Kriegsende, allerdings anders, als es zu erwarten gewesen wäre. Obwohl ihn sein organisatorisches Talent, sein Sachverstand und seine bitteren persönlichen Erfahrungen, d. h. seine Benachteiligung durch den im Amt und im diplomatischen Dienst bislang dominierenden Adel – in Rußland pflegte die „adlige" Botschaft mit dem „bürgerlichen" Generalkonsulat in St. Petersburg kaum Kontakte – für die Rolle eines Reformers des Auswärtigen Amtes zu prädestinieren schienen, überließ er diese Aufgabe dem ihm nahestehenden Edmund Schüler. Die Wege der beiden Beamten trennten sich jedoch alsbald, weil Nadolny die von Schüler vorgeschlagene und 1919 verwirklichte neue Struktur des Auswärtigen Amtes als zu dezentralisiert erschien und er – im Hinblick auf die spätere Entwicklung im nationalsozialistischen Deutschland zu Recht[18] – befürchtete, das Ministerium könne allzu leicht seines politischen Charakters entkleidet und auf das Niveau einer Verwaltungsbehörde herabgedrückt werden. Nadolny selbst entschloß sich, an der Stelle mitzuwirken, wo die Entscheidung über die künftige Staatsform Deutschlands fiel: Er begab sich in den Dienst Friedrich Eberts.

Zunächst wurde er Beauftragter des Auswärtigen Amts bei Ebert, der sich, insbesondere in der Annahme, daß die Versailler Friedensbedingungen ihren Urhebern letztlich zum Nachteil gereichen würden, für eine Annahme des Diktats unter Protest einsetzte[19]. Anschließend betätigte sich Nadolny als Organisator und Leiter von Eberts Präsidialbüro. In dieser Zeit erwarb er sich das volle Vertrauen des Reichspräsidenten, der ihn nach dem vollendeten Aufbau des Präsidialbüros, einer vorangegangenen Abmachung folgend, nur höchst widerstrebend in den Auswärtigen Dienst zurückkehren ließ[20], jedoch bis zu seinem Tode mit Nadolny in brieflicher Verbindung blieb. Die Tätigkeit im Präsidialbüro begann mit einigen Einzelaktionen. So sorgte Nadolny dafür, daß Ebert in den Revolutionstagen der Nachrichtenapparat des Auswärtigen Amtes zur Verfügung stand, der für die grundlegenden Absprachen mit der Obersten Heeresleitung benutzt wurde. Auch verhinderte Nadolny eine weiterreichende Zusammenarbeit zwischen der sowjet-russischen Botschaft und der USPD-Führung, indem er den Botschafter Adolf A. Joffe auf der Eisenbahnstation Borissowo festsetzen ließ. Für seine Haltung war die Grundentscheidung bestimmend, sich in der revolutionären Situation vom November 1918 vorbehaltlos der demokratisch-parlamentarischen Republik zur Verfügung zu stellen. Der spätere Botschafter, der 1926

---

[18] Zur Weichenstellung für diese Entwicklung siehe Günter Wollstein, Vom Weimarer Revisionismus zu Hitler. Das Deutsche Reich und die Großmächte in der Anfangsphase nationalsozialistischer Herrschaft in Deutschland, Bonn 1973; zur Reform des Auswärtigen Amtes selbst siehe Kurt Doß, Das Auswärtige Amt im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Die Schülersche Reform, Düsseldorf 1977. Nadolnys kritische Sicht der Struktur und Entwicklung des Auswärtigen Amts findet sich in seiner Aufzeichnung „Das Auswärtige Amt", VIII/502 a.

[19] W. Pfeiffer-Belli (Hrsg.), Harry Graf Keßler, Tagebücher 1918–1937, Frankfurt 1961, S. 126.

[20] Meine amtliche Laufbahn, S. 7 f., und Mein Beitrag, S. 63 ff. Zur Rolle Eberts in dieser Phase siehe P.-Ch. Witt, Friedrich Ebert. Parteiführer, Reichskanzler, Volksbeauftragter, Reichspräsident, in: Friedrich-Ebert, 1871–1925, Mit einem Geleitwort von Bundespräsident G. Heinemann, hrsg. v. d. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn-Bad Godesberg 1971, S. 22 ff.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nach einem Bekenntnis des Verbandstages der Vereine Deutscher Studenten zur Monarchie durch einen Leserbrief im Blatt des Verbands eine Teilrevision jener Erklärung bewirkte[21], hat in der parlamentarischen Demokratie gewiß nicht die einzig adäquate Staatsform für Deutschland gesehen. Vor allem in der Schlußphase der Weimarer Republik hat er kritische Distanz gezeigt und sich um verfassungspolitische Reformen bemüht, die regionalen und ständestaatlichen Ordnungsprinzipien folgen sollten. Auch der Ruf nach einem „starken Mann" fehlte nicht. Der Grund dafür war seine Besorgnis über die innere Zerrissenheit in Deutschland und die Unfähigkeit der politischen Kräfte zum Kompromiß – ein desolater Zustand, der auch in der Außenpolitik Konsequenzen haben mußte[22]. Anders als bei Prittwitz[23] war sein Rücktritt als Botschafter im Jahre 1934 kein unmittelbares Votum für die Demokratie. Andererseits wäre es noch verfehlter, Nadolnys Eintreten für die Republik im November 1918 als bloße Taktik einzustufen, begründet etwa in der Furcht vor einem Sowjet-Deutschland. Er war vielmehr von der Entwicklung beeinflußt, die bei den zugleich national und sozial ausgerichteten Kräften in Deutschland dazu geführt hatte, daß die frühe Stoeckersche Linie mit ihren offen chauvinistischen Zielsetzungen, die auf eine Ausweitung der direkten Herrschaft Deutschlands ausgerichtet und antisemitisch grundiert waren, nicht unumstritten blieb, daß vielmehr unter dem maßgeblichen Einfluß Friedrich Naumanns eine starke Gruppierung entstanden war, deren Politik eine erhebliche Affinität zur demokratischen Staatsform erkennen ließ. Naumann gehörte denn auch 1918 zu den Mitbegründern der DDP, einer zugleich linksliberalen wie betont nationalen demokratischen Partei der Weimarer Republik[24].

Jene Entwicklung hatte nicht zuletzt den Kyffhäuserverband der Vereine Deutscher Studenten beeinflußt, den Nadolny als seine entscheidende politische Lehrstelle ansah. Naumann, Mitbegründer des Leipziger Vereins, drohte mit seiner Propagierung einer „wirtschaftlichen und politischen Machtentfaltung der deutschen Nation nach außen" unter Mitwirkung der durch ihren „Nationalsinn" aktivierten „politisch interessierten Volksmassen"[25] bereits 1897 den Kyffhäuserverband zu spalten und mußte

[21] Nadolnys Anfrage lautete: „Kann ein V. D. St.er mit gutem Gewissen Beamter der Republik sein?" Die positive Antwort erfolgte durch Hans Gerber; siehe Akademische Blätter, Zeitschrift des Kyffhäuserverbandes der Vereine Deutscher Studenten, 41. Jg. (1926), S. 100 und 162ff.

[22] Siehe hierzu „Unser Parlamentarismus", IV/87; „Wir auf dem Wrack", IV, 110; „Parlamentarische oder Fachregierung?", Privatbriefe Bd. 28; „Deutschlands Zukunft", IV/123, S. 20. Zur Position nach dem Zweiten Weltkrieg siehe vor allem „Demokratie – aber welche?", in: Deutsche Rundschau 69 (1946), S. 193ff., wo es unter anderem hieß: „Demokratie ist eine Kulturstufe. Sie ist die Staatsform der mündigen Völker."

[23] Zu Prittwitz' Rolle in der Nachkriegspolitik siehe Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, S. 476.

[24] Siehe hierzu vor allem J. Christ, Staat und Staatsräson bei Friedrich Naumann, Heidelberg 1969, sowie W. O. Shanahan, Friedrich Naumann. A Mirror of Wilhelmian Germany, in: Review of Politics, Bd. 13 (1951), S. 267ff., und D. Düding, Der nationalsoziale Verein 1896–1903. Der gescheiterte Versuch einer parteipolitischen Synthese von Nationalismus, Sozialismus und Liberalismus, München 1972.

[25] So die von Naumann entworfenen Grundlinien für den Nationalsozialen Verein, die 1896 in dessen Programm Eingang fanden.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schließlich ausscheiden, ohne damit jedoch seinen Einfluß in ihm zu verlieren. Es besteht kein Zweifel, daß Nadolny sich schließlich ganz der Naumannschen Richtung anschloß, die zwar verschiedenen Wandlungen unterworfen war, sich aber seit 1915 auf Naumanns in Berlin erschienene Studie „Mitteleuropa" als theoretische Basis stützen konnte. Dieses Werk stellte eine brillante Neuformulierung des traditionellen, lange Zeit unterdrückten, aber nicht vergessenen bürgerlichen Nationalstaatskonzeptes dar, und zwar mit deutlichem demokratischen Einschlag. Die von Naumann gebaute Brücke zur parlamentarischen Demokratie beschritt Nadolny jetzt, wobei ihm, der stets daran festhielt, daß Persönlichkeiten den Geschichtsverlauf bestimmten, der Abschied vom kaiserlichen Deutschland insofern leicht gemacht wurde, als er sein ganzes Vertrauen auf Friedrich Ebert setzte und diesen als „vaterländisch bis auf die Knochen" einschätzte[26]. Nadolny, der sich im Freundeskreis über deutschnationalreaktionäre Positionen lustig machte und Oswald Spenglers 1920 erschienenes Werk „Preußentum und Sozialismus" besonders schätzte, stand mithin der DDP nahe. Eine direkte Bindung an eine Partei kam für ihn aber aufgrund seiner Vorstellung, daß ein Beamter nur dem Staat verpflichtet sein könne, nie infrage.

Die Begleitumstände seiner Rückkehr in das Auswärtige Amt zum Jahreswechsel 1919/20 waren für Nadolny folgenschwer. Zunächst wollte Ebert in Anerkennung der ihm erwiesenen Dienste den Leiter seines Präsidialbüros nach dem Rücktritt der Regierung Scheidemann zum Außenminister im Kabinett des Sozialdemokraten Gustav Bauer ernennen[27]. Nadolny lehnte ab. Seine eigene spätere Begründung – „der Sprung vom Vortragenden Rat zum Außenminister schien mir zu groß" – erscheint aber kaum als stichhaltig, selbst wenn die preußische Korrektheit des Beamten bei dem Entschluß mitgespielt haben mag. Obwohl Nadolny sich in dieser Hinsicht nie geäußert hat, dürfte er davor zurückgeschreckt sein, die Leitung des Außenministeriums, die er mit Sicherheit für einen späteren Zeitpunkt anstrebte, ausgerechnet in der für die Annahme des Versailler Vertrages entscheidenden Phase zu übernehmen. Als kurz darauf der Wechsel ins Auswärtige Amt tatsächlich vollzogen wurde, ging der statt seiner ernannte Außenminister Hermann Müller davon aus, daß Nadolny auf den Moskauer Botschafterposten gehöre, der aber erst später mit ihm besetzt werden könne, da die Beziehungen zu Sowjet-Rußland noch unterbrochen waren. Für eine Übergangszeit wurde der Diplomat daraufhin Gesandter in Stockholm[28]. Obwohl sich die Chancen des Jahres 1919 nicht wiederholen sollten, fühlte Nadolny sich seitdem bis zu seinem Lebensende zum deutschen Botschafter in Moskau, ja schließlich auch zum Außenminister berufen. Das wiederholte Hinauszögern seiner Ernennung zum deutschen Vertreter in der Sowjetunion trotz neuer Zusagen durch spätere Regierungsmitglieder verbitterte Nadolny erheblich[29]; der von ihm 1934 als notwen-

[26] Mein Beitrag, S. 65.

[27] Ebenda, S. 77.

[28] Ebenda, S. 80f.

[29] Siehe hierzu Nadolnys Ausführungen über Angebote Rathenaus (aus dem Jahre 1922, Mein Beitrag, S. 87), Hindenburgs (1928, ebenda, S. 111), Stresemanns (1928, ebenda) und Bülows (1929, ebenda, S. 112); 1932, beim Regierungswechsel von Brüning zu Papen, war Nadolny nochmals als Alternative zu Neurath im Gespräch (Meine amtliche Laufbahn, S. 11f.).

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dig erachtete und vollzogene rasche Rücktritt als Botschafter in Moskau war für ihn auch eine persönliche Tragödie.

In seiner Stockholmer Zeit, die von Anfang 1920 bis Mai 1924 dauerte, gelang es Nadolny schnell, gute schwedisch-deutsche Beziehungen, die dem neuen inneren Aufbau Deutschlands Rechnung trugen, herzustellen, wobei es mancherlei Balanceakte, unter anderem gegenüber dem weiterhin den Hohenzollern verbundenen schwedischen Herrscherhaus, durchzustehen galt. Bei der Wiederanknüpfung der Kontakte zu den Vertretern der ehemaligen Feindmächte besaß die Anbahnung erster Wirtschaftsbeziehungen zu Sowjet-Rußland, die im Hinblick auf die politischen Möglichkeiten einer Wiederaufnahme der unterbrochenen deutsch-russischen Beziehungen eine gewisse Signalwirkung hatte, besonderes Gewicht[30].

Als Nadolny 1924 für neun Jahre die Leitung der deutschen Botschaft in der Türkei übernahm, nutzte er die Chance, die seit Kriegsende abgerissenen bilateralen Verbindungen neu zu knüpfen. Er begnügte sich hierbei nicht mit Einzelprojekten wie der Gründung oder Wiedereröffnung von deutschsprachigen Clubs, einer entsprechenden Schule, einer Kirche, eines Krankenhauses und einer Zeitung. Vielmehr förderte er, unter Verzicht auf eine direkte politische Einflußnahme, die kulturelle und vor allem wirtschaftliche Position Deutschlands in der nunmehr nationalstaatlich umstrukturierten Türkei in solchem Maße, daß es für das Reich hier alsbald wieder möglich schien, eine Sonderrolle zu spielen. Dies sollte die Voraussetzung dafür bilden, daß zu einem späteren Zeitpunkt eine politische Allianz der im Weltkrieg besiegten, geschwächten oder mit seinem Ausgang unzufriedenen Mächte – Rußland, Deutschland, Italien, Ungarn, Türkei – hergestellt werden konnte[31].

So erfolgreich Nadolny in der Türkei auch arbeitete, so hoffnungslos festgefahren waren, vor allem unter Außenminister Stresemann[32], dessen Politik stärker auf einen Ausbau der Beziehungen zu den Westmächten hin orientiert war, alle Bemühungen, sein Bündniskonzept voranzutreiben. Um so nachdrücklicher bemühte er sich daher, von seinem Posten in Ankara abberufen zu werden und den politischen Schaltstellen in Deutschland wieder näher zu kommen[33]. Da er auch mit Stresemanns Nachfolgern Curtius[34] und Neurath[35] nicht auf gutem Fuße stand, erschien sein langes Verbleiben in der Türkei in der Tat als politische Kaltstellung. Dies sollte sich ändern, als er zusätzlich zu seinem Posten in der Türkei mit der Leitung der deutschen Delegation

---

30 Mein Beitrag, S. 81ff.

31 Ebenda, S. 91ff. Siehe auch Rudolf Nadolny, Die türkische Innenpolitik, in: Süddeutsche Monatshefte, 33 (1935/36), S. 537ff., und ders., Die deutsch-türkischen Beziehungen, XIV/1147.

32 Eine bibliographische Zusammenfassung der durch Michael-Olaf Maxelon, W. Weidenfeld und Karl Dietrich Erdmann in Bewegung gekommenen Stresemann-Forschung bei Erdmann, Die Zeit der Weltkriege, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 4, 1. Teilbd., 9. Aufl., Stuttgart 1973, S. 247.

33 Siehe hierzu auch S. 57.

34 Am sprechendsten über Curtius' Politik und Konzept sind dessen Memoiren, Sechs Jahre Minister der deutschen Republik, Heidelberg 1948.

35 Zu Neurath siehe die unveröffentlichte Dissertation von J. L. Heineman, Constantin Freiherr von Neurath and the Conservative Influence on German Foreign Policy, Cornell University 1964.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auf der Genfer Abrüstungskonferenz, die im Februar 1932 zusammentrat, beauftragt wurde, da hier, wie noch zu zeigen sein wird, für die von den Versailler Bestimmungen wegstrebende deutsche Politik ein Kernpunkt zur Diskussion stand.

Die Genfer Abrüstungskonferenz erhielt durch den Zeitpunkt, zu dem sie tagte, eine besondere Bedeutung[36]. Sie fand in einer Phase statt, als, forciert durch die Weltwirtschaftskrise, binnen kurzem die Dämme der Versailler Friedensordnung barsten und die Trasse zum Zweiten Weltkrieg gelegt wurde. Zeitlich parallel zur faktischen Aufhebung der Reparationen im Lausanner Abkommen vom 9. Juli 1932, das Deutschland von der einschneidendsten Fessel nach dem verlorenen Weltkrieg befreite, wurde in Genf um die Gleichberechtigung Deutschlands bei internationalen Verhandlungen und Vereinbarungen sowie – damit gekoppelt – um das Ende seiner einseitigen Rüstungsbeschränkungen gerungen. Diese Verbindung von Gleichberechtigungs- und Rüstungsforderungen, insbesondere das Rekurrieren auf den Artikel 8 der Völkerbundsatzung, der die deutsche Entwaffnung als Vorstufe einer allgemeinen Abrüstung kennzeichnete, brachte es mit sich, daß es für den Beobachter kaum möglich war, zwischen taktischer Marschroute und realer Zielsetzung der deutschen Seite zu unterscheiden. In der Regel war es in der deutschen Führung jedoch unumstritten, daß die Gleichberechtigungsforderung primär als Vehikel diente, um die Rüstungsfrage in Bewegung zu bringen. Auf dem militärpolitischen Sektor gab es dann allerdings sehr unterschiedliche Ansätze, die sich keineswegs auf die differierenden Zeitvorstellungen beschränkten, die eine Konsequenz des angestrebten Umfangs und Tempos der Aufrüstung waren. Das Spektrum reichte vielmehr von Überlegungen, die tatsächlich auf internationale Abrüstungsvereinbarungen zielten, bis zu Bestrebungen nach einer ersatzlosen Beendigung der bestehenden Entwaffnungsbestimmungen für Deutschland, unter Ausnutzung der Haltung anderer Staaten, die sich ihrerseits effektiven Abrüstungsmaßnahmen verschlossen.

Nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung" stellte sich die Lage noch komplizierter dar. Hitler war, trotz seiner im Vergleich zur traditionellen deutschen Führungsschicht viel weiterreichenden Zielvorstellungen, zur Abschirmung der „Wiederwehrhaftmachung" Deutschlands und seines radikalen innenpolitischen Neuansatzes, beides Vorstufen seiner späteren Expansionspolitik, 1933 bereit, in Genf erhebliche Zurückhaltung an den Tag zu legen. Als Außenminister Neurath zwei Konzessionen der Westmächte, nämlich das im Dezember 1932 in der Genfer Fünf-Mächte-Erklärung ausgedrückte Zugeständnis der theoretischen Gleichberechtigung Deutschlands sowie einen nach dem britischen Premier MacDonald benannten Plan für eine allgemeine Abrüstung vom März 1933, im Frühjahr 1933 zum Aufhänger nehmen wollte, um die Abrüstungskonferenz platzen zu lassen, verhinderte Hitler dieses Vorhaben. Im Herbst 1933 drängte jedoch die Reichswehrführung in die glei-

[36] Hierzu und zum folgenden neben meiner Studie, Vom Weimarer Revisionismus zu Hitler, vor allem auch Sten Nadolny, Abrüstungsdiplomatie 1932/33. Deutschland auf der Genfer Konferenz im Übergang von Weimar zu Hitler, München 1978. Siehe auch die Rede Rudolf Nadolnys vor der Abrüstungskonferenz vom 18. 2. 1932 (Zeitschrift für Politik, Bd. 21 [1931/32], S. 769ff.) und seinen Aufruf „Nun aber auch wirklich Abrüstung!" (siehe Anm. 54).

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

che Richtung, als die Westmächte auf Grund der innenpolitischen Veränderungen in Deutschland einen halbherzigen Rückzieher vom MacDonald-Plan einzuleiten suchten und damit eine Gefährdung der angelaufenen deutschen Aufrüstungsmaßnahmen drohte[37]. Diesmal nahm Hitler die Chance wahr, auf die er ja auch wartete, auf deren Eintreten zu einem so frühen Zeitpunkt er aber nicht zu hoffen gewagt hatte; allzu deutlich hatten sich die anderen Mächte formal ins Unrecht gesetzt, und außerdem besaß die Reichswehr als innenpolitischer Bündnispartner für Hitler ein ungleich größeres Gewicht als die Führungsspitze des Auswärtigen Amtes: Am 14. Oktober 1933 trat Deutschland aus der Abrüstungskonferenz und zugleich aus dem Völkerbund aus.

Nadolny konnte diese Vorgänge insgesamt nicht überschauen, da er von seiner Regierung stets unzureichend unterrichtet wurde[38]. Jedoch stellte sich hier frühzeitig heraus, daß nach der nationalsozialistischen Machtergreifung für einen Diplomaten wie Nadolny, der das Heil Deutschlands nicht vorrangig in einem rüstungs- oder machtpolitischen Kraftakt sah, in der Reichspolitik kein Platz mehr war. Die Hoffnung Nadolnys, durch seine Tätigkeit in Genf wieder Einfluß auf die politischen Schaltstellen des Deutschen Reiches gewinnen zu können, war zur Illusion geworden. Interesse verdient aber sein Wirken in der dem Austritt aus der Konferenz unmittelbar vorausgegangenen Phase. In Anbetracht des noch gegebenen Verhandlungsspielraums auf der Abrüstungskonferenz, aber auch aufgrund eines schon früh faßbaren maßvollen Konzepts[39], kämpfte er verzweifelt um eine Fortsetzung der Genfer Gespräche, da die für ihn zentral wichtige, für die übrige deutsche Führung aber als Endziel bedeutungslos gewordene reale Gleichberechtigung des Deutschen Reiches zum Greifen nahe schien. Er wurde daraufhin von Hitler unter Anwendung rabiater Methoden – zunächst entfernte man ihn vom Konferenzort, in Berlin hielt man ihn mit Fehlinformationen hin – von der Entscheidung ausgeschlossen und erst nachträglich über die in Genf bereits verkündeten Maßnahmen informiert.

Nadolnys erster Versuch, in der deutschen Außenpolitik wieder eine Rolle zu spielen, hatte also mit einem Fiasko geendet. In dieser Situation erwog er, wie schon früher, als er in Stockholm seinem Land nicht wirksam genug dienen zu können glaubte oder als er sich in Ankara vor allem durch den als „Westler" bekannten Staatssekretär Carl von Schubert an der Übernahme zentraler Aufgaben gehindert fühlte, seinen Dienst zu quittieren. Doch hierfür war aus mehreren Gründen die Situation noch nicht reif. Tatsächlich hatte ja Nadolny dem Völkerbund keinen besonderen Stellenwert beigemessen. Er glaubte stets an den Vorrang einer von den Großmächten getragenen Gleichgewichtspolitik; in Anlehnung an das traditionelle „Konzert" der Mächte hielt er sie für den besten Garanten des Friedens[40]. Sodann

---

[37] Siehe Wollstein, Vom Weimarer Revisionismus zu Hitler, S. 91ff. u. 190ff.

[38] Zu seiner Fehleinschätzung der Zuspitzung der außenpolitischen Lage Deutschlands im Mai und Oktober 1933 siehe Mein Beitrag, S. 133f., und Meine amtliche Laufbahn, S. 18.

[39] Siehe Sten Nadolny, Abrüstungsdiplomatie 1932/33, S. 108.

[40] Das Europäische Gleichgewicht, I, 1.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gelang es Hitler, den Austritt aus dem Völkerbund innenpolitisch so auszunutzen, daß er seine im Herbst 1933 durch Röhms Forderung nach einer „Zweiten Revolution" innerhalb der NSDAP nicht unumstrittene Position grundlegend verbessern konnte und daß auch die mit ihm kooperierenden Teile der traditionellen deutschen Führungsschicht, insbesondere die Reichswehrführung und das Auswärtige Amt, sich noch stärker an ihn banden. In dieser Situation hätte Nadolny mit seinem Rücktritt keinerlei Zeichen setzen können, sich vielmehr lediglich ins Abseits gestellt. Schließlich war er im August 1933 mit Hilfe der im Auswärtigen Amt verbliebenen Kräfte, die in Fortsetzung der Rapallo-Linie auf eine gute Zusammenarbeit mit der Sowjetunion Wert legten, endlich zum Botschafter in Moskau ernannt worden.

Diese langerhoffte Möglichkeit wollte der Botschafter sich nicht entgehen lassen, zumal es ihm trotz der vorangegangenen rapiden Verschlechterung der deutsch-sowjetischen Beziehungen, eine Folge fortgesetzter antisowjetischer Aktionen der Nationalsozialisten, gelang, eine formal optimale Basis für sein Wirken in Moskau zu erlangen. Um sich davor zu schützen, daß er bei der Verfolgung seiner Ziele in Rußland in ähnlicher Weise wie in der Abrüstungsfrage behindert würde, aber auch seinem umsichtigen Lebensstil entsprechend[41], bemühte er sich erfolgreich um eine Absicherung seiner Tätigkeit durch eine schriftliche Instruktion. Dieses Dokument vom 11. November 1933 besagte, daß die Beziehungen zur Sowjetunion zu verbessern seien, daß ihnen große Bedeutung beigemessen werde und daß man von einem „staatspolitischen" Modell ausgehe, d. h. eine interessenbezogene Politik von Staatsführung zu Staatsführung betreiben wolle, die auf ideologische Differenzen und die konträre innere Struktur der beiden Länder keinerlei Rücksicht nehmen sollte[42].

In Moskau suchte Nadolny zunächst mit besonderer Gründlichkeit das politische Terrain zu erkunden, zumal er mit Schrecken feststellen mußte, daß hier nach nur wenigen Monaten nationalsozialistischer Herrschaft in Deutschland eine tiefwurzelnde Besorgnis den politischen Kurs zu bestimmen drohte. Vor allem Außenminister Litwinow rechnete – im Gegensatz zu Stalin, der sich nicht auf eine prinzipielle Gegnerschaft zum nationalsozialistischen Deutschen Reich festlegen wollte – mit einer konsequent antisowjetischen Politik Deutschlands; die Erwartung leitete er unmittelbar aus den Überlegungen in Hitlers „Mein Kampf" und Rosenbergs Schriften ab. Am 9. Januar 1934 legte der Botschafter dann einen Plan vor, der – auf umfassende Leitvorstellungen für die deutsche Außenpolitik gegründet – konkrete Ansatzpunkte für die ihm als Aufgabe übertragene deutsch-sowjetische Annäherung diskutierte[43]. Seine Gedankengänge stießen jedoch in der deutschen Führung auf Ablehnung. Es war Außenminister Neurath, der sich der dynamischen und scheinbar so nationalen

[41] Hierzu seine Äußerung zu Wipert von Blücher, daß man sich „stets erst ein richtiges Bett" vor dem Hinlegen machen müsse (Brief vom 30. 1. 1922).

[42] Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945 (ADAP), Serie C, Bd. II, Göttingen 1971, Dok. 66. Zu „Nadolny und Rußland" siehe auch den gleichnamigen Aufsatz von Klaus Meyer in: Alexander Fischer u. a. (Hrsg.), Rußland – Deutschland – Amerika. Festschrift für Fritz T. Epstein zum 80. Geburtstag, Wiesbaden 1978, S. 267 ff.

[43] ADAP, Serie C, Bd. II, Dok. 171.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Politik Hitlers nicht mehr widersetzte und aus freien Stücken Nadolnys Initiative abblockte, indem er die früher geäußerte These des Reichskanzlers von einem „naturgemäßen" Gegensatz zwischen Deutschland und Rußland sinngemäß übernahm und eine Politik der „kühlen Reserve" gegenüber der Sowjetunion für angemessen hielt[44].

Nach dieser internen Klärung der Positionen spitzte sich die Lage für Nadolny zu, als die sowjetische Regierung Ende März ihrerseits mit einem konkreten Plan für eine Sanierung der Beziehungen hervortrat. Zum sowjetischen Vorschlag gehörte auch eine deutsch-sowjetische Garantieerklärung gegenüber den baltischen Staaten. Damit wurde die Frage angeschnitten, ob Interessenabsprachen zwischen dem bolschewistischen Rußland und dem nationalsozialistischen Deutschland im ostmitteleuropäischen Raum denkbar oder ob die Befürchtungen hinsichtlich der Ziele des nationalsozialistischen Deutschland wohlbegründet seien[45].

Nadolny, der den Vorschlag an sich für nicht besonders glücklich hielt, weil eine aktuelle Bedrohung der baltischen Staaten durch Deutschland nicht zur Debatte stand, sah eine positive Reaktion der Reichsregierung für unumgänglich an, wenn seine Instruktion zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen nicht in den Wind geschrieben sein sollte. Er beteuerte wiederholt: die Besorgnis der sowjetischen Führung hinsichtlich der außenpolitischen Fernziele des Reichs seien sehr ernst zu nehmen. Andererseits sei es sicher, daß man in Moskau nur auf ein klares Zeichen der Kooperationsbereitschaft auch des nationalsozialistischen Deutschland warte, um die eigene Politik auf der Verbindung mit Berlin aufzubauen. Der Plan eines Paktes über das Baltikum ziele auf ein solches Zeichen ab, da mit seiner Verwirklichung ein „staatspolitischer" Akt statt der bislang schon reichlich langen Kette folgenloser Lippenbekenntnisse zur „Staatspolitik" vorliegen würde und da in der Sowjetunion im Zusammenhang mit den befürchteten aggressiven antisowjetischen Zielen Deutschlands außer der Ukraine auch die baltischen Staaten eine Rolle spielten. Abgesehen von der konkreten sowjetischen Initiative, die nicht zurückgewiesen werden könne, bestehe auch grundsätzlich die Notwendigkeit, das vertragliche Verhältnis zwischen beiden Staaten auszubauen, da der Rapallo-Vertrag von 1922 und der Berliner Vertrag von 1926 aus einer Zeit stammten, in der die Partnerländer, auf die Stufe von nur potentiellen Großmächten herabgedrückt, sich lediglich aus einer Position der Schwäche heraus hätten wechselseitig stützen können. Nadolny legte beeindruckend dar, über welche politischen Möglichkeiten die Sowjetunion alsbald verfügen werde und wie eine Anpassung an die sich abzeichnenden neuen Entwicklungen im Mächtegefüge erfolgen müsse. Einem solchen Schritt stünden keine grundlegenden Interessengegensätze zwischen Deutschland und der Sowjetunion entgegen.

Nadolny erhielt auf seine Vorschläge eine klar abschlägige Antwort. Ihr Zustandekommen ist auch für die Struktur der deutschen Führung in dieser Zeit aufschlußreich. So versteckte sich Außenminister Neurath, nachdem Nadolny im Mai 1934 zu

---

[44] Wollstein, Vom Weimarer Revisionismus zu Hitler, S. 221 u. 266f.

[45] Hierzu und zum folgenden vor allem ADAP, C, Bd. II, Dok. 362, 364 und 375.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Rücksprachen nach Berlin gekommen war, hinter den Absichten des Reichskanzlers, als er dem Botschafter erklärte, seine Vorschläge könnten kaum realisiert werden. Als es Nadolny kurz darauf – Neurath war gerade nicht in der Reichshauptstadt – durch die Vermittlung von Reichwehrminister Blomberg gelang, mit Hitler selbst zu sprechen, widersetzte sich der Reichskanzler zwar der Flut der ihm vorgetragenen Argumente, wies sie aber nicht endgültig zurück. Er zeigte sich von der Geistesgegenwart und von dem sonst im Umgang mit dem „Führer" nicht mehr zu beobachtenden mutig-selbstbewußten Auftreten Nadolnys sichtlich beeindruckt, der – wie der am Gespräch beteiligte Staatssekretär Meißner seinem Sohn überliefert hat – durch Hitlers Starrköpfigkeit derart in Zorn geriet, daß er es in singulärer Weise wagte, mit beiden Fäusten auf den Tisch zu schlagen und seinerseits zu brüllen, was dem „Führer" wiederum durchaus imponierte. Als Hitler, der Nadolny zunächst offenbar als Musterbeispiel für die von ihm mißachtete „Spezies" Diplomat einstufte, die Anrede „Herr von Nadolny" gebrauchte, fiel der Botschafter ihm sogleich mit der Korrektur „Ich bin bürgerlich" ins Wort. Als Hitler beim Formulieren seiner Gedanken eilig um seinen runden Arbeitstisch marschierte, hielt Nadolny mit der Überlegung Schritt, daß in dieser Situation nicht zu entscheiden sei, wer vorangehe. Schließlich reagierte er auf Hitlers Äußerung, daß er mit den Russen, diesen „Schweinen", nicht verhandle, mit der Bemerkung, er stamme aus der Landwirtschaft, in der man keine Aversionen gegen diese nützlichen Tiere kenne. Am Ende des Gesprächs vom Mai 1934 beauftragte Hitler Nadolny, seine Vorschläge schriftlich zu fixieren[46].

Als es wenige Tage später zu einer weiteren Begegnung Hitler-Nadolny, diesmal im Beisein des Außenministers, kam, übernahm es zu Nadolnys Überraschung Neurath, im Sinne des politischen Konzepts Hitlers die Einlassungen des Botschafters zurückzuweisen[47]. Das war ein wichtiger Schritt auf dem Wege zu dem Versuch, das Kernstück von Hitlers Programm, die Zerschlagung der Sowjetunion, zu realisieren. In diesem Programm, das auch in der Folgezeit und selbst in der als taktisch motivierter Umweg zu verstehenden Phase des Hitler-Stalin-Paktes bestimmend blieb, sah aber Nadolny eine solche Gefährdung des deutschen Nationalstaates, daß er seinen Abschied anbot. Nadolny, der keinen Verbündeten in seinem Ringen um einen deutsch-sowjetischen Ausgleich fand, mußte also, nachdem er nur acht Monate in Moskau tätig gewesen war, den Ort verlassen, wo er Entscheidendes für sein Vaterland leisten zu können gehofft hatte. Die Risiken der von ihm als verfehlt eingeschätzten Politik kannten oder ahnten auch andere Persönlichkeiten der deutschen Führung, so daß er hoffen konnte, mit seiner Demission eine Signalwirkung zu erzielen. Indes blieb er bei seinem Schritt, der zugleich ein kaum zu ermessendes persönliches Opfer darstellte, auf sich allein gestellt.

Um Nadolnys Rücktritt und politische Vereinsamung wie auch seine Tätigkeit nach dem Zweiten Weltkrieg voll würdigen zu können – in der Zwischenzeit versuchte sich

[46] Zu den nicht im Protokoll erhaltenen Einzelheiten die Aussagen von A. Wollenweber und den Brief von Dr. Hans-Otto Meißner vom 13. 12. 1978 an den Verf.

[47] Neben den gedruckten Quellen vor allem V/170, XVII/1449 u. XVII/1454f.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der zur Disposition gestellte Botschafter zunächst als bisweilen auch schriftstellernder[48] Landwirt –, ist zunächst ein Blick auf das Weltbild des Diplomaten zu werfen, das er in seinen publizistischen Versuchen niederlegte. An erster Stelle ist hier sein Buch „Germanisierung oder Slawisierung?" zu nennen, das eine Antwort auf Masaryks Studie „Das neue Europa" darstellte[49]. Hier sprach er, wie später in seinen Memoiren im Zusammenhang mit seiner Heimat und Abstammung, ausführlich von einer deutsch-slawischen Mischzone zwischen Weichsel-Karpaten und Elbe-Böhmerwald, in der alles darauf ankomme, „die Gestaltung der völkischen Verhältnisse ihres Kampfcharakters zu entkleiden"[50]. Da in diesem Raum eine Deckungsgleichheit von Staat und Nation nun einmal nicht zu erreichen sei und da die an sich wünschenswerten und möglichen „geringen Korrekturen" bestehender Grenzen keine grundlegende Veränderung der Verhältnisse bewirken könnten, müsse auf den Versuch verzichtet werden, die jeweils andere Nation zu „verdrängen oder aufzusaugen"[51]. Statt dessen sei von der Grundüberlegung auszugehen, daß die Nationalitäten „auf ein Zusammenleben miteinander angewiesen sind"[52]. „Auf dem Weg imperialistischer Herrschaftspolitik der einen oder anderen Nationalität kann die völkische Konsolidierung der deutsch-slawischen Mischzone nicht erreicht werden." Im Gegenteil, es müsse zu einer „Schaffung eines neuen deutsch-slawischen Volkstypus, des ostelbischen völkischen Sondertypus", kommen, dem auch im zwischenstaatlichen Bereich eine ausgleichende Funktion zufalle[53].

Solche Überlegungen stießen fast allenthalben auf heftige Kritik und schufen Aversionen, die selbst nach dem Zweiten Weltkrieg nicht abzubauen waren[54]. Nadolnys These, daß nur kleine Grenzkorrekturen möglich und erstrebenswert seien, kollidierte andererseits mit seinen nachdrücklich vorgetragenen Versuchen, ein aus der frühesten Besiedlung abgeleitetes historisches Recht Deutschlands auf die gesamte Mischzone nachzuweisen, in der den Slawen „nur das Heimatrecht von Einwanderern" zustehe[55]. In einigen Aufsätzen, die seinem Buch aus dem Jahre 1928 folgten, aber auch in nicht-öffentlichen Bekundungen, äußerte er sich indes etwas deutlicher.

---

[48] Seine nicht veröffentlichten Romane trugen die Titel: Im diplomatischen Auftrag (Pseudonym Rolf Lodan) sowie Politischer Auftrag; ein Drehbuch hieß Galinda und handelte von Preußens Anfang.

[49] Erschienen 1925 in Berlin.

[50] Germanisierung oder Slawisierung?, S. 188.

[51] Ebenda, S. 193 u. 197.

[52] Ebenda, S. 195.

[53] Ebenda, S. 198.

[54] So zielte vor allem der Spiegel auf antislawische Affekte ab und sprach selbst in einem Artikel (24. 1. 1951), der nach einer Klage Nadolnys als eine Art Wiedergutmachung gedacht war, von dessen „knittrigem Slawengesicht". Erwähnenswert ist in diesem Kontext, daß Nadolny Pseudonyme verwandte, die auf sein Mischzonenkonzept verwiesen: Rudolf Oestling, Das peinliche Halsgericht in Versailles, in: Europäische Staats- u. Wirtschafts-Zeitung, IV. Jg. (1919), Nr. 17/18, S. 429; Ostmann: Nun aber auch wirklich Abrüstung!, in: Der Vorstoß, 1. Jg. (1931), S. 260ff. u. a.

[55] Germanisierung oder Slawisierung?, S. 186.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zunächst ist dem Briefwechsel mit seinem wohl engsten politischen Freund, dem aus Mecklenburg stammenden Diplomaten Wipert von Blücher, zu entnehmen, daß Nadolnys politische Konzeption eine zeitliche Staffelung zeigte. Er hatte erkannt, daß der Versailler Vertrag die Etappen des Wegs deutscher revisionistischer Forderungen gleichsam mitgeliefert hatte[56]. Erst mußten Reparationen und Rüstungsbeschränkungen als Hemmnisse souveräner deutscher Großmachtpolitik beseitigt werden. Nach diesem Zeitpunkt, dem der Botschafter entgegenfieberte, konnte wieder „große" deutsche Politik gemacht werden, bei der Nadolny fraglos eine Schlüsselfunktion innezuhaben hoffte. Hierbei mußte in seinen Augen dem Verhältnis mit Rußland – Nadolny vertraute übrigens bis nach dem Vertragsabschluß von Rapallo im Jahre 1922 auf ein baldiges Ende des sowjetischen Regimes – maßgebliche Bedeutung zufallen. So schrieb er 1922 an Blücher: „... ich (würde) versuchen, ein politisches Hand-in-Hand-Gehen ohne feste Bindung ... zu erreichen. Das politische Einvernehmen wird sogar ziemlich groß sein müssen, denn schließlich können wir ... sowohl Versailles als auch den Völkerbund nur mit den Russen zusammen umwerfen, und über den zwischen Berlin und Moskau liegenden Balkan müssen wir uns wohl auch allmählich mit Moskau zusammen klar werden"[57].

In seinen späteren Publikationen ließ Nadolny erkennen, daß er für die einst wieder zu führende große Politik ebenfalls mehrere Abschnitte vorsah. So beharrte er auf seiner Forderung nach lediglich geringen Grenzrevisionen, ergänzte dies jedoch durch die Bemerkung, daß eine „grundsätzliche Synthese von deutschem Staat und deutscher Nation" und eine „Vollendung der deutschen Einheit" erst durch einen „Wiederanschluß" Österreichs möglich sein werde[58]. Damit war aber wieder nur ein Nahziel umrissen, nach dessen Erreichen auf friedlichem Wege die bestehende staatliche Struktur Europas, insbesondere in seiner Mitte, erneut grundlegend verwandelt werden sollte. Eine „Endlösung"[59] war seiner Auffassung nach erst dann in Sicht, wenn „der seit hundert Jahren erwachsene überspannte Nationalitätenfetischismus"[60] in Deutschland, in Polen und in der Tschechoslowakei überwunden sei, ja wenn sich ein letztlich nicht aufzuhaltender Mischungsprozeß so weit vollzogen habe, daß er allenthalben sichtbar sei und als Imperativ zum nationalen Ausgleich verstanden werde. Dann würde die jetzige Staatenordnung – Nadolny bezog sich ausdrücklich auf die Existenz der Tschechoslowakei[61] – hinfällig. Ein neues Mächtegefüge würde sich herausbilden und zu einer „wertvollen Bereicherung und Ergänzung des Deutschtums" durch die Ostelbier, andererseits zu einem friedlichen Nebeneinander der deutschen Mitte, des slawischen Ostens und eines als „Bindeglied" bezeichneten Mischbereichs führen[62].

---

[56] Zur wissenschaftlichen Aufbereitung dieser These siehe Andreas Hillgruber, Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, S. 23 ff.

[57] Brief an Wipert von Blücher vom 30. 1. 1922.

[58] Rudolf Nadolny, Staat und Nation im neuen Deutschland, in: Zeitschrift für Politik, 19 (1929/30), S. 310.

[59] Rudolf Nadolny, Die ostelbische Bestimmung, in: Zeitschrift für Politik 20 (1931), S. 579.

[60] Ebenda. [61] Ebenda, S. 588. [62] Ebenda, S. 579 f.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mit diesem Modell korrespondierten später präzisierte Überlegungen zur Position Deutschlands im Westen, wo Nadolny aufgrund der ethnischen Gegebenheiten eine Einigung mit Frankreich als ungleich leichter ansah und an die Möglichkeit einer engen wirtschaftlichen Verflechtung Deutschlands mit Frankreich dachte[63]. Noch 1949 diskutierte er den damals wie früher natürlich irrealen Gedanken, das Elsaß, den deutschsprachigen Teil Lothringens und das Saarland „zu einem unabhängigen Pufferstaat" zusammenzuschließen. „Das wäre die Festlegung eines Flankierbaumes zwischen den beiden Staaten und zugleich Frankreichs Verzicht auf die Rheinpolitik."[64]

Nadolnys politische Nahziele wie auch seine Vision von einem künftigen Europa – dessen Zwischenzonen ein seltsames Spannungsverhältnis aufwiesen, da sie einerseits zu Deutschland gehören, andererseits aber auch Bindeglieder zu den Nachbarmächten darstellen sollten – sind als Weiterentwicklung seiner politischen Überzeugungen zu verstehen, die er im Königsberger Verein Deutscher Studenten gewonnen und die er später in Naumanns Mitteleuropa-Buch in aktueller und magnetisch wirkender Formulierung gefunden hatte. Nadolny glaubte zu sehen, daß sich insbesondere im Ersten Weltkrieg, aber auch in der Republik „der Gedanke des deutschen Nationalstaates, fast begraben unter den Mauern dynastischer Spaltung und fast vergessen über der Zwangsvorstellung weltpolitischer Pflichten, ... mit elementarer Kraft wieder Bahn (brach). Die enge Beziehung der Begriffe Staat und Nation, mit deren Trennung man sich im Vorkriegsdeutschland bereits abgefunden hatte, erhielt im neuen, aus den Stürmen des Weltkrieges hervorgegangenen Deutschland wieder wie anderwärts ihre natürliche Selbstverständlichkeit ... Ein Jubelton von Hoffnung und Erwartung, von Wollen und Schaffen, von Wiederfinden und Wiedervereinen rauscht heute in uns auf, denken wir an die Beziehung von Staat und Nation im neuen Deutschland"[65].

Spätestens an dieser Stelle ist die Frage nach dem Realitätsbezug von Nadolnys Überlegungen aufzuwerfen. Übereinstimmung mit den entscheidenden politischen Kräften in Deutschland ist hinsichtlich der Nahziele zu erkennen, und diese Punkte wurden ja auch 1932/33 durch das Lausanner Abkommen sowie durch die Hinnahme der deutschen Abkehr von den Rüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages verwirklicht. Mit dem parallelen Zusammenbruch der Weimarer Republik wurde aber zugleich jenen Kräften ein entscheidender Schlag versetzt, deren Zielvorstellungen mit denen Nadolnys gleichsam koalieren konnten. Hierbei ist trotz ihrer tendenziell größeren Westorientierung vor allem an die von Stresemann repräsentierte Gruppierung zu denken.

Nach dem Übergang von der Republik zum nationalsozialistischen „Führerstaat" gab es nur noch zwei konzeptionelle Ansätze. Neben der auf Weltherrschaft ausgerichteten Rassenideologie Hitlerscher Prägung[66] gab es vorübergehend den Irrglau-

---

[63] Zum deutsch-französischen Problem XIV/1163 und Gerechtigkeit für Deutschland, S. 8f.

[64] Siehe den Brief an Vizekanzler Franz Blücher vom 14. 11. 1949, XIV/1165.

[65] Staat und Nation, S. 299.

[66] Hierzu überzeugend die auf Forschungsergebnissen Hillgrubers aufbauende Studie von Jochen Thies, Architekt der Weltherrschaft. Die „Endziele" Hitlers, Düsseldorf 1976.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ben der Führungsspitze des Auswärtigen Amtes, es stehe nun, nach einer vollständigen Revision des Versailler Vertrages, neben der Wiederherstellung des territorialen Status von 1914 auch ein nahtloses Wiederanknüpfen an die Weltmachtpolitik wilhelminischer Prägung unmittelbar bevor[67]. Bei allen fundamentalen Differenzen herrschte zwischen der nationalsozialistischen und der traditionalistischen Gruppe Einigkeit darüber, daß die nationalen beziehungsweise pseudonationalen Ziele mit einem Kraftakt, d. h. durch militante und exzessive Mittel durchzusetzen seien.

Nadolny erkannte mit großer Klarheit diese Entwicklung als verfehlt und schlug einen entgegengesetzten Weg für die deutsche Politik vor. Für ihn hatte der deutsche Nationalstaat nur dann eine Chance, wenn beim Aufbrechen des Versailler Mächtesystems – und diesem Aufbrechen sollte das erwähnte publizistische Hauptwerk „Germanisierung oder Slawisierung" ausdrücklich dienen[68] – das Handeln auf Ausgleich und Versöhnung, nicht auf Beherrschen ausgerichtet war, wenn Deutschland es also nicht auf einen Kampf ankommen ließ, sondern ein Miteinander der Völker durchsetzte. Mit Bedacht dürfte der Botschafter seinen Memoiren den Titel „Mein Beitrag" gegeben und dadurch einen Gegensatz zu Hitlers „Mein Kampf" ausgedrückt haben, zu einem Kampf, von dem er sich am 11. Juni 1934 als isolierter Einzelgänger absetzte.

Angesichts des gewaltigen nationalen Erwartungsstaus in Deutschland waren die in ihren Zielen und bei der Wahl ihrer Mittel gemäßigten Kräfte im Reich nicht nur praktisch ausgeschaltet; Nadolny wirkte im nationalsozialistischen Staat gleichsam wie ein Relikt. Bei den gewaltigen Widerständen, die selbst der Realisierung eines friedlichen und deutlich begrenzten konzeptionellen Ansatzes entgegenstanden, hatten nur die Strategen der Macht unter der skrupellosen Führung Hitlers eine Durchsetzungschance. Gelang es aber diesen Politikern, die immensen Schwierigkeiten in der Außenpolitik beim Neuzeichnen der europäischen Landkarte wie in der Innenpolitik bei der Schaffung einer machtpolitisch ausnutzbaren Homogenität der sozialen Kräfte im Reich zu überwinden, dann würden sie unweigerlich auch den Versuch zur Realisierung der letztlich uferlosen Endziele des Nationalsozialismus, ohnehin die eigentlich treibende Kraft, unternehmen.

In den „großpolitischen Ereignissen" bis 1945 spielte Nadolny kaum noch eine Rolle[69]. Beim Röhmschlag vom 30. Juni 1934 entging der Botschafter – eine Tochter sollte mit dem Hinweis, ihr Vater sei ohnehin schon tot, zu Aussagen über eine angebliche Konspiration mit General v. Schleicher verlockt werden – nur durch großes Glück Hitlers Schergen[70]. Später kam ihm wiederholt seine freundschaftliche Beziehung zu Staatssekretär Meißner zugute. Nadolny war von Meißners Leistung im

---

[67] Hierzu Günter Wollstein (Hrsg.), Eine Denkschrift des Staatssekretärs Bernhard von Bülow vom März 1933. Wilhelminische Konzeption der Außenpolitik zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, Jg. 1973, S. 77ff.

[68] Brief an Wipert von Blücher vom 24. 2. 1929.

[69] Mein Beitrag, S. 172.

[70] Nadolny hatte es nicht publik gemacht, daß er in Bad Homburg den Führerschein erwarb. Einzelheiten dieser Passage stützen sich wesentlich auf Mitteilungen von Frau Wollenweber.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Weltkrieg – als deutscher Geschäftsträger in Kiew hatte Meißner Personal, Akten und Vermögen der deutschen Vertretung in einem unglaublichen Husarenstück vor der Roten Armee gerettet[71] – stark beeindruckt und hatte den späteren langjährigen Staatssekretär in die Reichskanzlei vermittelt. Die guten Beziehungen zahlten sich besonders aus, als 1937, nach einer Denunziation in Tilsit, seine Tätigkeit als Vortragsreisender bekannt wurde; Nadolny hatte sich in geschlossenen Gesellschaften zumeist theoretisierend mit der „Kunst" oder mit der „Bedeutung" der Außenpolitik befaßt und seine persönlichen Intentionen und seine Hinweise auf aktuelle politische Notwendigkeiten durch Aussagen zur Politik Friedrichs des Großen umschrieben. Nach dem Referat in Tilsit wurde er dank Meißners Hilfe nur zur Rechenschaftslegung zu Hitler zitiert und anschließend auf sein Gut konfiniert. An diese Verfügung hat er sich im übrigen nicht gehalten.

Handelnd trat Nadolny 1939 für einen Moment wieder in Erscheinung, als er, wie seine Familie zu berichten weiß[72], in der Vorbereitungsphase des Hitler-Stalin-Paktes von einem Besucher aus dem Auswärtigen Amt unter vielen Bitten um Verständnis – zu erinnern ist an die Art des Ausscheidens aus dem Auswärtigen Amt und die noch ausstehende Rehabilitierung – gefragt wurde, ob er bereit sei, für den mit der Sowjetunion angestrebten Vertrag einen Entwurf zu liefern. Nadolny, der die Hoffnung auf einen Ausgleich mit der Sowjetunion nicht aufgegeben hatte, ließ sich in gutem Glauben zur Hilfeleistung bei dem von vornherein jedoch nur für eine Übergangsphase geschlossenen Pakt verleiten.

Im Zweiten Weltkrieg stellte er sich vornehmlich aus familiären Gründen abermals vorübergehend zur Verfügung. Er diente als Hauptmann und Major im Stab von Canaris im OKW, wobei er in dessen Auftrag, getarnt durch wirtschaftspolitische Aufgaben, zumindest bei drei Reisen (Oktober 1940, Oktober 1941 und April 1942) in das rückwärtige östliche Frontgebiet die grauenvollen Zustände in Lagern und die Tätigkeit der deutschen Einsatzkommandos erkundete. In die Attentatspläne des 20. Juli 1944 wurde er durch eine Anfrage von Canaris, ob er im „anderen Deutschland" zur Übernahme des Außenministeriums bereit sei, eingeweiht, doch lehnte er das Angebot, aus Furcht, Landesverrat zu begehen, ab. Einige Bittgänge in Begleitung Meißners zu Himmler verbesserten allem Anschein nach später das Los ihm befreundeter, im Zusammenhang mit dem Attentat verhafteter Widerstandskämpfer nicht.

Sein Hauptaugenmerk hatte der frühere Botschafter alsbald wieder auf Pläne und Entwürfe für die künftige Politik gerichtet. Ein sprechendes Zeugnis legen hier seine Briefe an Blücher ab. So schrieb er 1944: „Was soll nur werden ...? Eine Vergeltung folgt auf die andere, und jede steigert ... den Zerstörungs- und Vernichtungseffekt. Und was soll erst der nächste Krieg erbringen, wenn dieser nicht mit einem weisen

---

[71] Hierzu ein Brief des Sohnes des Staatssekretärs, Dr. Hans-Otto Meißner, vom 13. 12. 1978 an den Verf.

[72] Der fragliche Beamte, der Nadolny aufsuchte, Karl Schnurre, hat in einem Brief an den Verf. vom 11. 11. 1978 bestritten, daß Nadolny etwas mit der Formulierung des Hitler-Stalin-Paktes zu tun gehabt habe. Siehe auch ADAP, Serie D, Bd. VI, Dok. 614.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Frieden endet, sondern wieder – so oder so – Zustände erbringt, die auf die Dauer unhaltbar sind ... Der Gedanke an einen Frieden, der nach Möglichkeit den natürlichen Gegebenheiten Rechnung trägt, bewegt mich daher bei meiner jetzigen Arbeit am meisten. ... ich (trage) mich mit dem Gedanken an eine handliche Zusammenstellung der völkischen und geopolitischen Gestaltung Europas und studiere augenblicklich das Material dazu. Ja, wenn man nicht mehr am Webstuhl selbst sitzen kann, sucht man wenigstens Garn dafür zu spinnen. Und sollte es nicht gebraucht werden, nun, so hat man seine Hoffnungsfreude beim Spinnen gehabt. Wieviel wird nicht umsonst gesponnen!"[73] In der Tat fertigte er nun erste Studien zur Nachkriegsordnung an, überlegte sogar, ob es Möglichkeiten gebe, sie im neutralen Ausland publizieren zu lassen. Vor dem Hintergrund des ihn bedrückenden Vorrückens der Roten Armee nach Mitteleuropa – das ihn zu dem Ausruf veranlaßte: „Mein Gott, wie soll das wieder in Ordnung gebracht werden?"[74] – war sein Streben darauf gerichtet, am Kriegsende mit seiner Person und mit seiner politischen Gedankenwelt bereit zu sein.

Als die Kapitulation Deutschlands den Weltkrieg auf europäischem Boden beendete, war Nadolny daher in der Lage, als einer der wenigen weder im Inland noch bei den Alliierten kompromittierten deutschen Diplomaten seine Stimme zu erheben. Vor allem in Denkschriften, später auch in einem neuen Buch mit dem Titel „Völkerrecht und deutscher Frieden"[75], nahm er zu fast allen brennenden politischen Fragen, insbesondere jedoch zur angestrebten neuen Friedensordnung Stellung. Er erlangte nie den Einfluß, den gleichfalls unbelastete parteipolitische Sprecher, an ihrer Spitze Kurt Schumacher[76], in dieser frühen Nachkriegsphase gewannen, doch ermöglichte ihm gerade seine parteipolitische Ungebundenheit große Flexibilität. Seine Sprache gegenüber den Alliierten war zu keiner Zeit devot, zielte vielmehr darauf ab, das Recht Deutschlands auf Rückkehr in den Kreis der Mächte, und zwar als gleichberechtigtes Glied, zu demonstrieren. Jedoch wurde seine Politik zunehmend angefeindet, ja er geriet, wie schon erwähnt, in den Verdacht, als einziger bürgerlicher Politiker eine Anlehnung Deutschlands an die Sowjetunion zu befürworten. Diese Vermutung, die aufgrund der Karriere und Grundkonzeption des Botschafters bereits damals als fragwürdig erscheinen mußte, läßt sich widerlegen, wenn man Nadolnys Gedanken nach dem Zweiten Weltkrieg und seine deutlich in drei Etappen zu teilende Tätigkeit nach 1945 genauer untersucht: die Jahre nach der Potsdamer Konferenz (1945/46), die Jahre der Weichenstellung für die staatlichen Neugründungen auf deutschem Boden (1947/48) und die Phase der Spaltung Deutschlands (ab 1949).

---

[73] Brief vom 7. 1. 1944. [74] Brief an Blücher vom 28. 10. 1944.

[75] Siehe besonders seine Memoranden vor Sitzungen des Rats der Außenminister, IV/99, V/152, XIV/1145. Bei nur geringem Erfolg suchte er vor allem mit ihm gut bekannten Diplomaten Kontakte zu knüpfen. Besonders zu nennen sind hier der Amerikaner Joseph C. Grew, der Engländer Duncan Sandys und der Russe Jakow Z. Suritz. Das Buch über „Völkerrecht und deutscher Frieden" begann Nadolny 1945 und beendete es 1947. Es erschien 1949 in Hamburg.

[76] Am deutlichsten sind dessen politische Intentionen bislang herausgearbeitet bei U. Buczylowski, Kurt Schumacher und die deutsche Frage. Sicherheitspolitik und strategische Offensivkonzeption vom August 1950 bis September 1951, Stuttgart 1973.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Eine Analyse der politischen Anschauungen Nadolnys nach dem Zweiten Weltkrieg ergibt eine gewisse Analogie zu seiner Haltung in den Jahren 1918/19, wobei der Verschlechterung der Situation Deutschlands Rechnung getragen wurde. Sein erstes Bemühen galt der Sicherung und Erhaltung der Substanz des deutschen Nationalstaates, eine weitere Sorge war die zukünftige Position dieses Staates in Mitteleuropa und generell im internationalen Mächtegefüge. Hatte Nadolny nach dem Ersten Weltkrieg, als die zu erwartenden Gebietsverluste auf der Versailler Friedenskonferenz Konturen gewannen, recht bald erkannt, daß ein lebens- und entwicklungsfähiger deutscher Staat bestehenbleiben würde, so setzte er 1945 seine Hoffnungen auf die Potsdamer Konferenz und ihre abschließende Erklärung vom 2. August. In immer neuen Verlautbarungen betonte er, daß im Potsdamer „Abkommen" zwar ein „Dokument von unerhörter Härte"[77] vorliege, zugleich aber auch eine deutliche Zusage der Alliierten, die Existenz eines einheitlichen deutschen Staates nicht infrage stellen zu wollen. In späteren Ausführungen bezeichnete er die Potsdamer Erklärung als „Magna Charta der deutschen Okkupationspolitik und der Vorbereitung auf den deutschen Friedensvertrag"[78] und bekundete mit dieser Überzeichnung, daß er Potsdam nicht nur, wie viele seiner Zeitgenossen, als Signal für eine angesichts der vorangegangenen nationalsozialistischen Politik glimpfliche Friedensregelung betrachtete, vielmehr auch frühzeitig erkannte, wie instabil die Deutschland von den drei Siegermächten eingeräumte Position war. Das Pochen auf das Potsdamer Abkommen und seine gesamtstaatlichen Elemente stellte somit den Versuch dar, eine deutsche Rechtsposition bezüglich der staatlichen Einheit aufzubauen und zu verteidigen.

Im Zusammenhang mit der künftigen internationalen Stellung Deutschlands rekurrierte Nadolny ständig auf die Atlantik-Charta vom 14. August 1941, wobei die Analogie zur Berufung auf die Vierzehn Punkte Wilsons nach dem Ersten Weltkrieg und zu der entsprechenden propagandistischen Übersteigerung ganz offenkundig ist[79]. Obwohl er wußte, daß die Atlantik-Charta, wie ja alsbald auch öffentlich verkündet wurde, Deutschland gerade nicht zugute kommen sollte, und obwohl eine Aktualisierung der Charta auch infolge der sowjetischen Aversion gegen diese angloamerikanische Deklaration mit vielen Schwierigkeiten verbunden sein mußte[80], griff

---

[77] Irrtümer der Geschichte, IV/86, S. 19.

[78] Völkerrecht und deutscher Frieden, S. 8. Vergleiche hierzu auch die in der Bibliothek des Bundestags befindliche Denkschrift Nadolnys, die dieser am 7. 10. 1947 dem Deutschen Büro für Friedensfragen überreichte, mit dem Titel „Das Kernproblem Deutschland". Eine andere Fassung dieses Aufsatzes, die hier nicht zitiert wird, findet sich in der Festschrift für Andreas Hermes 1948, S. 1ff. Zum Begriff Magna Charta in diesem Zusammenhang siehe dessen Wiederaufnahme bei R. Badstübner u. S. Thomas, Die Spaltung Deutschlands 1945–1949, Berlin (Ost) 1966, S. 62.

[79] Völkerrecht und deutscher Frieden, S. 11f. In einer Aufzeichnung vom 28. 1. 1950 hieß es geradezu: „Die Atlantik-Charta besagt ja im Grunde nichts anderes als die 14 Punkte Wilsons" (IV/112). Bisweilen berief sich Nadolny auch auf das 12-Punkte-Programm Trumans vom 27. 10. 1945.

[80] Die inhaltliche Interpretation der Atlantik-Charta folgt Andreas Hillgruber, Der Zenit des Zweiten Weltkrieges Juli 1941, Wiesbaden 1977, S. 26ff.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nadolny auf die Vereinbarung aus dem Jahre 1941 zurück, da ihm deren Wortlaut nahezu optimale Ansatzpunkte für sein Bestreben zu geben schien: Die Feststellung, weder territorialen noch sonstigen Gewinn anzustreben und nach dem Krieg territoriale Veränderungen nur mit dem frei zum Ausdruck gebrachten Willen der beteiligten Völker vorzunehmen, dazu die Betonung der Absicht, einen Frieden frei von Furcht und Not zu ermöglichen, konnte das nicht – eine entsprechende Entwicklung vorausgesetzt – zur Revision der gravierendsten Bestimmungen von Potsdam und am Ende zu einem neuen Aufschwung Deutschlands führen?

Wie auch früher, etwa als er den Artikel 8 der Völkerbundsatzung für die Abrüstungsverhandlungen ausnutzen wollte, begnügte sich Nadolny jedoch keineswegs mit einer rein völkerrechtlichen Begründung seiner Ziele. Er führte auch historische und politische Argumente an. So war er zwar bereit, die Verantwortlichkeit der Deutschen für Hitlers Aufstieg und den Zweiten Weltkrieg in Rechnung zu stellen, doch sah er stets auch eine Mitschuld insbesondere der Westalliierten[81]. In der harten Sprache eines von der nationalsozialistischen Politik Betroffenen hat er die Versailler Friedensordnung als „Karthago-Frieden Clemenceaus" bezeichnet und als „negative Lehre" verstanden wissen wollen[82]. In einer Denkschrift über „Deutschlands Zukunft" führte er aus, er hoffe, daß der Fehler, die Weimarer Republik für die Taten des Kaiserreichs zu bestrafen, sich nicht dergestalt wiederholen werde, daß man das neue Deutschland für die Vergehen des nationalsozialistischen Reiches zur Rechenschaft ziehe. In einer mit dem Titel „Irrtümer der Geschichte" versehenen Denkschrift sprach er im Hinblick auf den Versailler Vertrag von einer „Saat des Hasses", die nicht wieder ausgestreut werden dürfe; auch klagte er die Alliierten an: „Vor und während dieses Krieges spielten die heutigen Sieger das infame Spiel Hitlers gegen sein eigenes Volk mit. Sie machten in den Jahren (19)33 bis (19)39 jede Erhebung Deutschlands gegen seine Zwingherren unmöglich, da sie ... ihnen dauernd außen- und innerpolitische Erfolge ermöglichten, die sie dem demokratischen Deutschland immer vorenthalten hatten. Während dieses Krieges vermieden die Siegermächte peinlich, eine Weltordnung festzulegen, die dem deutschen Volk einen Frieden auch nur möglich erscheinen lassen konnte." Anschließend wies Nadolny auf vergebliche deutsche Friedensfühler im Kriege, auf die mangelnde Rückendeckung für die Erhebung vom 20. Juli 1944 und auf die Verluste des deutschen Volkes im Kampf gegen das nationalsozialistische Regime hin, die er mit denen des amerikanischen Heeres in Europa verglich. Dieser Vergleich führte ihn ohne Rücksicht auf Logik und Realität zu der mit Stolz vorgetragenen These: „Wir wissen ... genau, was Demokratie ist, mindestens so genau wie die Siegermächte."[83]

---

[81] Eine vergleichende Einschätzung des Hitler-Stalin-Paktes vom 23. 8. 1939 fehlt aber bei Nadolny.

[82] Völkerrecht und deutscher Frieden, S. 18, 26 u. 28. Zur hier besonders manifesten Kontinuität in Nadolnys Denken siehe die bereits erwähnte Studie „Das peinliche Halsgericht in Versailles" aus dem Jahre 1919 (Anm. 54). Die im folgenden erwähnte Denkschrift in IV/123.

[83] IV/86, S. 17ff. Ein Vergleich mit der Diktion Schumachers bietet sich hier an, der am 27. 10. 1945 in einer öffentlichen Rede formulierte: „Wir saßen im Konzentrationslager, als andere Völker noch Bündnisse mit der Hitlerregierung schlossen. Wir kommen nicht mit Bitten und Forderun-

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Vor dem Hintergrund seines Geschichtsverständnisses setzte Nadolny sich für eine Friedensordnung ein, die zwar deutliche Abstriche an der von ihm eigentlich erhofften und nicht nur geographisch verstandenen zentralen Stellung Deutschlands in Europa machte, die aber, begründet mit dem Ziel einer gerechten und alle Völker so weit wie möglich saturierenden Lösung, keineswegs bescheiden anmutete. So war der Botschafter nur in den Fragen zu größeren Konzessionen bereit, die nicht auf eine permanente Einengung Deutschlands hinausliefen. Zu nennen sind besonders seine Zustimmung zur Beseitigung des Nationalsozialismus, zur Bestrafung der Kriegsverbrecher, zur Demokratisierung und Dezentralisierung Deutschlands und nicht zuletzt zu erheblichen Reparationen, zumal er das letztgenannte Problem als entscheidenden Grund für die Spannungen zwischen den Siegermächten und als „Beginn und Urgrund der Spaltung Deutschlands" ansah[84]. In diesem Zusammenhang wies er wiederholt darauf hin, daß die weithin verwüstete Sowjetunion von einer Vorrangigkeit des Wiederaufbaus im eigenen Lande ausgehe, während den USA, die als einzige potentielle Gläubigernation eine die Sowjetunion befriedigende und Deutschland nicht ruinierende Lösung initiieren könnten, eine Verpflichtung zu besonders umsichtigem Handeln zufalle[85].

Auf der anderen Seite waren die Überlegungen Nadolnys, die zu einer langfristigen Festschreibung der Position Deutschlands führen sollten, eine Mischung von Konzessionen und Forderungen. Dies gilt insbesondere für die Äußerungen des Botschafters zu territorialen und bevölkerungspolitischen Fragen. Sein Modell eines von ethnischen Mischzonen flankierten deutschen Nationalstaats sah er zumindest in der ursprünglichen und umfassenden Form als gescheitert an. So wagte er es nicht mehr, die Notwendigkeit einer Vereinigung Österreichs mit Deutschland zu betonen. Auch bekannte er vor allem in seinen Denkschriften zur Vertreibung, daß nach den singulären Gewaltakten im Zweiten Weltkrieg eine Aussiedlung der Volks- und Reichsdeutschen aus jenen Ostgebieten, die Deutschland in Zukunft nicht angehören würden, zweckmäßig sei; als Ausnahme wollte er allerdings den Sudetenraum verstanden wissen, wo offenbar in der Tschechoslowakei eine Rest-Mischzone bestehenbleiben sollte[86]. Schließlich wollte er in einem noch näher zu erläuternden Plan für eine fundamentale Neuordnung der Verhältnisse in Osteuropa durch einen Verzicht Deutschlands auf Ostpreußen eine in seiner Sicht entscheidende deutsche Vorleistung zugestehen, die vor allem Polen, das nun erstmals einen festen Platz in seinen langfristigen Überlegungen erhielt, aber auch der Sowjetunion eine adäquate territoriale Ausdehnung ermöglichen sollte[87]. Im Westen lehnte er jedoch jeden Gebietsverlust ab. Trotz heftiger

gen, sondern wollen gerechte und objektive Prüfung der Tatsachen" (Turmwächter der Demokratie. Ein Lebensbild von Kurt Schumacher, Bd. I, Berlin 1954, S. 47).

[84] Gerechtigkeit für Deutschland, IV/108.

[85] Eine Aufforderung zu einer amerikanischen „großangelegten Initiative" besonders in „Das deutsche Problem" (IV/107).

[86] Vgl. Zum gerechten und dauerhaften Frieden (IV/94) und seinen Aufsatz „Das Recht der kleinen Staaten", in: Zeitschrift für Geopolitik, 32 (1951), S. 748ff., der zu den vor der Kapitulation verfaßten Abhandlungen gehörte.

[87] Siehe S. 76f.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Attacken auf die zunächst alle Einheitsbestrebungen blockierende Politik Frankreichs glaubte er nach wie vor, daß für einen langfristigen deutsch-französischen Ausgleich die Zeit längst reif sei.

Die somit stärker auf die Mitte Europas verwiesene deutsche Nation sollte ihren Staat in einer demokratischen Form organisieren, die weder das amerikanische noch das sowjetische Staatsmodell kopierte. In seiner Denkschrift über „Deutschlands Zukunft" schrieb er: „Wir wünschen die Einrichtung eines parlamentarisch-demokratischen, nach den historischen Stämmen und provinziellen Landsmannschaften in Länder gegliederten Bundesstaates." Die Demokratie solle eine Mischung aus den „individualistischen" Werten des Westens und den „sozialistischen" des Ostens darstellen. „Deutschland liegt nun einmal im Zentrum Europas ... Es läge sowohl in unserem wie auch im allgemeinen Interesse, daß wir eine Demokratie finden, die unserem eigenen Wesen und zugleich unserem Charakter als Brücke zwischen Ost und West Rechnung trägt."[88] An anderer Stelle führte er unter dem programmatischen Titel „Keine Schaukelpolitik" aus: „Daß wir kulturell und sozial zum Westen gehören, ist wohl selbstverständlich ..., und zwar nicht nur Westdeutschland, sondern ebenso Ostdeutschland bis hinauf nach Königsberg und Memel. Wir haben nichts mit russischer Bildung zu tun."[89]

Es war also falsch, Nadolny als Protagonisten einer prinzipiellen Anlehnung Deutschlands an die Sowjetunion zu bezeichnen, obwohl er eine solche Verbindung in einer noch darzustellenden konkreten Situation anstrebte. Insgesamt hielt der Botschafter vielmehr an seinen frühen, von Naumann beeinflußten sozialen und nationalen Grundanschauungen fest, wie sie in der veränderten Situation nach dem Zweiten Weltkrieg eine Neuformulierung auch in Jakob Kaisers Erklärungen fanden, die auf den Thesen von einem christlichen Sozialismus und von einer Brückenfunktion Deutschlands zwischen Ost und West beruhten[90]. So war es nur konsequent, daß Nadolny in engen Kontakt mit der CDUD trat.

Für den Fall, daß die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges nicht bereit waren, einem verkleinerten deutschen Nationalstaat eine Chance zur demokratischen Bewährung und zu einem allmählichen wirtschaftlichen Aufschwung zu geben, sagte er neue Unruhen in Europa und eine abermalige Gefährdung der Friedensordnung voraus. In diesem Zusammenhang verwies er wieder und wieder auf die „Lehre", die der Versailler Vertrag darstelle. In einer Erörterung über den Nutzen der Atlantik-Charta und über die Risiken einer Teilung Deutschlands verband er seine Argumente gegen eine mögliche Spaltung mit den damals üblichen düsteren Prophezeiungen: „Weiß man nicht, daß es Explosionen nach innen gibt, daß mitten in Europa ein Vakuum entstanden ist, ein politisches Vakuum, das, wenn es zur Explosion kommt, alles zusammen-

---

[88] Deutschlands Zukunft (IV/123), S. 22. Die in dieser Denkschrift, einer Kurzfassung seiner Völkerrechts-Studie, dargelegten Thesen finden sich in nuce bereits in einem Brief vom 28. 12. 1944 an Wipert von Blücher.

[89] Keine Schaukelpolitik (IV/118).

[90] Die Nachkriegspolitik Kaisers fand eine Würdigung bei Werner Conze, Jakob Kaiser. Politik zwischen Ost und West 1945 – 1949, Stuttgart u. a. 1969.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stürzen läßt, was sich um dieses Vakuum gebildet hat? ... Die Freiheit ist so unteilbar wie der Frieden."[91]

Nadolnys Wirkungsfeld war nach Kriegsende nur für kurze Zeit auf den kleinen bei Gransee in der Mark Brandenburg gelegenen Katharinenhof beschränkt, der bis zum Mai 1948 sein Hauptwohnsitz blieb. Hier konnte er zwar seine große Fähigkeit zeigen, aus punktuellen Informationen – etwa den Aussagen der in seinem Haus Station machenden Flüchtlinge und Vertriebenen, dem Anblick der oft in erschütterndem Zustand vorbeiziehenden Trecks, der Haltung sowjetischer Besatzungstruppen, den Maßnahmen sowjetischer Besatzungsorgane, den Meldungen von der großen Politik, etwa von der Potsdamer Konferenz – ein relativ klares Bild von der Situation in und um Deutschland zu gewinnen. Doch setzte er natürlich alles daran, um die Aufmerksamkeit einzelner Befehlshaber und Kommandanten in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) auf sich zu lenken, auf einen unbelasteten, sogar um das deutsch-sowjetische Verhältnis verdienten Diplomaten, und dadurch eine Chance zu politischer Betätigung an möglichst einflußreicher Stelle in Berlin zu bekommen.

Zwei Episoden, die zugleich seinen Mut und seinen bisweilen listenreichen Einfallsreichtum bezeugen, beleuchten sein Vorgehen. Als ihn der örtliche sowjetische Kommandant, wie erhofft, zu einer Aussprache bestellte und einen Lastwagen schickte, weigerte er sich, als früherer deutscher Botschafter, den Lkw zu besteigen. Er beharrte selbst dann auf seinem Anspruch auf Beförderung in einem PKW, als er mit Waffen bedroht wurde, und er setzte seinen Anspruch schließlich durch[92]. Drei Jahre später, als er seinen Wohnsitz, seinen politischen Ambitionen entsprechend, ganz in die alte Reichshauptstadt Berlin und hier wiederum in den Britischen Sektor verlegen wollte, erreichte er von dem zuständigen sowjetischen Offizier eine offizielle Umzugserlaubnis, indem er diesem vorgaukelte, daß er von höchster Stelle in der SMAD einen Auftrag als Spitzel erhalten habe[93].

Das bei den Sowjets geweckte Interesse und die Vermittlung des früheren Zentrumspolitikers und Reichsministers Andreas Hermes, der in dieser Phase bei dem Aufbau der CDUD eine maßgebliche Rolle spielte, ermöglichten ihm jedoch schon vorher, und zwar im Sommer 1945, ein erstes Fußfassen in Berlin. Dort wurde er bis zur baldigen Auflösung durch die Sowjets Präsident des Roten Kreuzes und außerdem Mitarbeiter am Institut für Völkerrecht. Seine „Basis" in Berlin festigte er alsbald dadurch, daß er im amerikanischen Sektor ein Zimmer als Zweitwohnung mietete. Versuche, für seine Ein-Mann-Politik ein regelrechtes Büro zu gründen, blieben allerdings weitgehend erfolglos. Ein ihm zu gleichen Teilen wie Ferdinand Sauerbruch gehörender alter Mercedes verschaffte ihm eine in der damaligen Zeit für einen Privatmann ungewöhnliche, wenn auch immer noch sehr beschränkte Mobilität.

Zur Realisierung seines bereits in der Schlußphase des Weltkrieges entstandenen

---

[91] Irrtümer der Geschichte, IV/86, S. 20.
[92] Manuskript von Nadolnys Memoiren, S. 385.
[93] Mitteilung von A. Wollenweber.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Programms für eine neue Friedensordnung suchte er nun das Gespräch mit deutschen Politikern und mit Vertretern der Besatzungsmächte. Seine Bemühungen, die grundsätzlich allen Personen und Kräften galten, von denen er annahm, daß sie den künftigen Status Deutschlands beeinflussen könnten, hatten unterschiedlichen Erfolg. Unter den deutschen Persönlichkeiten waren insbesondere die führenden CDUD-Vertreter – neben Hermes sind vor allem Jakob Kaiser und Ernst Lemmer zu nennen – Adressaten seiner Denkschriften und Ratschläge; zeitweilig fungierte er als eine Art außenpolitischer Berater der CDUD, ohne daß er – hier wirkte seine Auffassung vom Wesen des Beamtentums fort – einen Eintritt in die Partei erwog. Immerhin war seine Position so gewichtig, daß Adenauer frühzeitig Hermes und Kaiser aufforderte, eine mögliche Mitgliedschaft Nadolnys in der CDUD zu verhindern. Auf der anderen Seite waren die Beziehungen zur KPD beziehungsweise zur SED unerheblich, zumal er deren Führung zutiefst verachtete, weil sie in innen- wie außenpolitischer Hinsicht eine bedingungslose Anlehnung an die Sowjetunion befürwortete[94]. Immerhin hatte er für den Bedarfsfall Verbindung zu Friedrich Ebert und Wilhelm Pieck.

Im März 1947 gab er seinem Freund Blücher brieflich folgenden kurzen Lagebericht: „Mit Russen und Amerikanern läßt es sich ganz gut arbeiten. Die Engländer sind leider immer noch zu eingebildet und laufen zu konservativ auf ihrer alten französischen und antideutschen Linie. Mit Franzosen, Polen und Tschechen aber ist noch nichts zu machen. Sie wollen uns nach wie vor ans Leben, und ihrer sich mit Klugheit zu erwehren, das wird noch auf lange die Hauptaufgabe unserer Politik sein müssen."[95] Anders formuliert bedeutete dies, daß Nadolny – abgesehen von gelegentlichen Fühlungsnahmen mit Engländern – lediglich mit amerikanischen und sowjetischen Vertretern, damit aber doch mit den bald entscheidenden Besatzungsmächten, Kontakte pflegen konnte. Sie spielten sich auf zwei Ebenen ab. Da war einmal die Produktion von Denkschriften, die sich, abgesehen von den großen Zukunftsfragen, mit allen die deutsche Bevölkerung drückenden Nachkriegsproblemen befaßten; zu nennen sind besonders seine Stellungnahmen zu Ernährungs- und Versorgungsproblemen, zu den häufig barbarischen Praktiken der Vertreibung, zur ausstehenden Rückführung von Kriegsgefangenen und zu dem für die Zukunft nichts Gutes verheißenden Zusammenspiel von SMAD und SED-Führung. Ferner wurde ihm das Privileg eingeräumt, seine Ansichten zu den politischen Verhältnissen und Perspektiven dieser Jahre in mehr oder minder regelmäßigen Abständen vortragen und diskutieren zu dürfen.

Im Laufe solcher Aktivitäten ist es nun Nadolny wohl als einzigem parteipolitisch nicht gebundenen Deutschen mit eindeutig bürgerlichem Zuschnitt gelungen, bis zu einem gewissen Grade das Vertrauen der SMAD zu gewinnen. Gut zwei Jahre lang konnte er wöchentlich, später vierzehntägig in Karlshorst vorsprechen, wobei seine Gastgeber aus dem Stab von Wladimir Semjonow stammten, der als Exponent derjenigen sowjetischen Kräfte galt, die an der Wahrung der Einheit Deutschlands Interesse

[94] Siehe hierzu vor allem den undatierten Vortragsentwurf XVI/1293.
[95] Brief an Wipert von Blücher vom 4. 3. 1947.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zeigten[96]. Die sowjetischen Diplomaten wurden nicht müde zu betonen, daß Deutschland nicht sowjetisiert werden, sondern ein nach dem Modell der Weimarer Verfassung auszugestaltendes politisches System erhalten und außerdem wieder in die Völkerfamilie aufgenommen werden sollte. Sie schienen davon auszugehen, daß die Phase der Schwäche Deutschlands, die also offenbar nicht das Ziel der sowjetischen Politik darstellte, nicht anhalten werde, und befürworteten ein mit der Sowjetunion befreundetes starkes Deutschland[97]. Erst diese Aussprachen in Karlshorst eröffneten Nadolnys eigenen politischen Plänen eine gewisse Perspektive, zumal er gleichzeitig Verbindung zum amerikanischen Hauptquartier halten konnte, ebenso zur CDUD als der vermutlich wichtigsten innenpolitischen Kraft eines bürgerlich-parlamentarisch strukturierten neuen Einheitsstaates.

Die Tätigkeit Nadolnys in Karlshorst endete abrupt im Herbst 1947, als die Sowjets ihm durch das Vorspielen eines im amerikanischen Hauptquartier abgehörten Gesprächs nachwiesen, daß er – zumindest in der Sicht der SMAD – Informationen nicht vertraulich genug behandelt, sie vielmehr an die Amerikaner weitergeleitet hatte. Doch selbst in der Zeit, in der Nadolnys Draht zu den Sowjets und den Amerikanern, bei gleichzeitiger Kooperation mit den Spitzen der CDUD, intakt war, ist seine Rolle in der Deutschland-Politik der Mächte nicht allzu groß gewesen, wenn er auch – wie aus verschiedenen Hinweisen hervorgeht – 1946 von amerikanischer, 1947 von sowjetischer Seite als Außenministerkandidat eines restituierten Deutschlands genannt wurde. Nadolny war in diesen Jahren stets nur ein potentieller politischer Faktor, eine Persönlichkeit, der dann großes Gewicht zufallen konnte, wenn es zu einer staatlichen Neugründung Deutschlands kam. Wie noch zu erläutern sein wird, gab es hierzu nie eine Chance. Der frühere Botschafter war selbstkritisch genug, seine Position im großen und ganzen realistisch einzuschätzen. Die größten Hoffnungen hegte er zweifellos zu Beginn des Jahres 1947, als er von Amerikanern und Sowjets gleichzeitig den

---

[96] Eine Kennzeichnung der Persönlichkeit Semjonows bei Ernst Lemmer, Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten, Frankfurt 1968, S. 237 u. 243. Der wichtigste Gegenspieler Semjonows war der als Vertreter der KPdSU und Chef des Informationsamtes bei der SMAD in der SBZ fungierende Sergej Tulpanow, der die ideologische, auf eine Sowjetisierung abzielende Politik stärker in den Vordergrund zu rücken suchte.

[97] Vergleiche hierzu die Serie Stalinscher Äußerungen vom Tagesbefehl an die Rote Armee vom 23. 2. 1943 („Die Erfahrungen der Geschichte besagen, daß die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt", in: Josef Stalin, Über den großen vaterländischen Krieg der Sowjetunion, Moskau 1946, S. 49f.) über seine Bemerkung zu Djilas im April 1945 („die Deutschen ... werden sich wieder erholen, und zwar sehr rasch. Sie sind eine hochentwickelte Industrienation ... Gebt ihnen zwölf oder fünfzehn Jahre Zeit, und sie werden wieder auf den Beinen stehen", in: Milovan Djilas, Gespräche mit Stalin, Frankfurt 1962, S. 147) bis hin zum hintergründigen Glückwunschtelegramm an die DDR-Führung vom 13. 10. 1949 anläßlich der Gründung der DDR („Die Bildung der friedliebenden DDR ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas ... Die Erfahrung hat gezeigt, daß das deutsche und das sowjetische Volk in diesem Kriege die größten Opfer gebracht haben, daß diese beiden Völker in Europa die größten Potenzen zur Vollbringung großer Aktionen von Weltbedeutung haben", in: Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. 1, Berlin (Ost) 1957, S. 238f. Ein Brief des Verf. an Botschafter Semjonow vom 2. 12. 1978 mit der Bitte um ein Gespräch über Nadolny blieb ohne Antwort.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auftrag erhielt, „einen Organisationsplan und eine Personenliste für eine deutsche Stelle zur Wiederanbahnung der deutschen auswärtigen – einstweilen der konsularischen – Beziehungen" anzufertigen[98]. Im übrigen war er glücklich, wenn es ihm, wie etwa in der Vorbereitungsphase der Moskauer Außenministerkonferenz vom Frühjahr 1947, gelang, „eine ganze Menge von Material ... zu liefern", und wenn er sicher sein durfte, daß sein Material bei den Hauptsiegermächten „an die richtigen Stellen gelangt ist und dort mit allem Ernst geprüft wird"[99]. Seinem Freund Blücher erläuterte er, seine Arbeit gehe „mühselig und in aller Stille weiter. Immerhin bedeutete es doch schon etwas, daß man mit gewissen Stellen in Verbindung steht und dort offen reden und Vorschläge machen kann"[100].

In den Jahren 1945/46 befand sich nach Meinung Nadolnys die Deutschland-Frage in einem Schwebezustand, ohne daß Anlaß zu neuen extremen Befürchtungen oder Hoffnungen bestand. Bemühungen um den Aufbau deutscher Zentralinstanzen, um eine Lockerung oder Aufhebung der Zonengrenzen und um einen Interessenausgleich zwischen den Siegermächten waren einerseits chancenlos, besaßen andererseits aber noch eine Zukunftsperspektive. Diese Lage änderte sich in den Jahren 1947/48. Vor dem Hintergrund der Sowjetisierungspolitik Moskaus in Ost- und Ostmitteleuropa gaben die USA ihre durch Roosevelt geprägte entgegenkommende Haltung gegenüber der Politik Stalins endgültig auf. George F. Kennan formulierte die für diese Jahre charakteristische Eindämmungstheorie, und der Marshall-Plan gab der amerikanischen Europa- und Deutschland-Politik eine neue Richtung. Verlauf und Ergebnis der Moskauer Außenministerkonferenz vom März/April 1947, als sich andeutete, daß es zumindest vorläufig kein Zurück mehr zu den gesamtdeutschen Ansätzen von Potsdam gab, und das Resultat der folgenden Sitzung des Rats der Außenminister in London vom Dezember 1947, als sich der Bruch der vormaligen Anti-Hitler-Koalition als irreparabel zeigte, durchschaute Nadolny nicht ganz und nahm daher die Mißerfolge der Konferenzen zu leicht. Er glaubte, es lägen reparable politische Pannen vor. Er änderte seine Auffassung nach der zweiten Verlautbarung der Londoner Sechsmächtekonferenz der westlichen Staaten vom 7. Juni 1948[101], die auf eine Kombination von Plänen für einen europäischen Wiederaufbau und eine westliche Teilstaatsgründung in Deutschland schließen ließ. Die Befürchtung, daß die Einheit Deutschlands jetzt, drei Jahre nach Kriegsende, offenbar gefährdeter war als vor Jahresfrist, erregte ihn in ungewöhnlichem Maße und ließ ihn sogleich nach Auswegen suchen.

Nadolny analysierte die Situation mit äußerster Bitterkeit. In einem Schreiben an Otto Suhr führte er aus: „... trotz allen uns verkündeten Verheißungen sind wir noch immer in Besatzungs- und Verwaltungszonen aufgeteilt, willenloses Objekt einer weltanschaulich verschiedenartigen und sich gegenseitig befehdenden Okkupationspolitik und wirtschaftlich in existenzgefährdender Notlage. Und nun droht uns noch das

[98] Brief an Wipert von Blücher vom 4. 3. 1947.
[99] Ebenda.
[100] Brief an Wipert von Blücher vom 27. 5. 1947.
[101] Europa-Archiv, 1948, S. 1437ff. Die Erklärung ist im Zusammenhang mit der ersten vom 6. 3. (ebenda S. 1349) zu sehen.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schlimmste, die staatliche Zerstückelung." Er zog daraus den Schluß: „Unter diesen Umständen ist es eine notwendige Pflicht von uns Deutschen, unsererseits die Initiative zu ergreifen, um die allenthalben gewünschte deutsche Einheit wieder herzustellen, und den Bestand unseres in Jahrhunderten endlich erreichten deutschen Staates zu retten".[102] Durch die Deklaration des geplanten Weststaates als Provisorium oder Durchgangsstadium zur später doch noch zu realisierenden Einheit ließ er sich nicht irre machen. Die Deutung eines Weststaates als Provisorium, so konstatierte er, „halte ich für mindestens sehr gewagt. Derartige Zustände dauern erfahrungsgemäß länger als man denkt"[103]. Nicht minder klar war die von ihm gesehene Perspektive für die SBZ: Verbitterung, allmähliche Gewöhnung an die Teilung und Einbeziehung in den sowjetischen Machtbereich. Nadolny suchte vor allem auf die Sowjetunion einzuwirken, doch richtete er auch einen Appell an die USA, und er bemühte sich ferner um eine politische Sammlung der Deutschen. Die USA forderte er auf, ihre großen Möglichkeiten ganz auf eine Kooperation mit der Sowjetunion auszurichten und auf diese Weise eine allseits annehmbare Friedensordnung zu ermöglichen. Im innerdeutschen Bereich sondierte er, parallel zu Kaisers Engagement für eine nationale Repräsentanz[104], die Chancen für die Bildung eines Auswärtigen Amtes[105] und darüber hinaus einer provisorischen Regierung durch führende Vertreter der Parteien, wobei bereits die Namen möglicher Kabinettsmitglieder genannt wurden[106]. Noch im Februar des Jahres 1948 sah er Grund zu der Annahme, daß die sowjetische Führung eine Regierung Hermes akzeptieren würde[107]. Nach dem Scheitern der Pläne für eine Regierungsbildung schlug er vor, man solle zu den Sitzungen des Parlamentarischen Rats, an denen er als Beobachter teilnahm, Vertreter der SBZ hinzuziehen und ihn dadurch zu einem gesamtdeutschen Gremium umgestalten[108].

Die sowjetische Führung wollte Nadolny mit einer Folge von Briefen an den sowjetischen Außenminister Molotow beeinflussen. Vor allem in einem Schreiben vom 30. April 1947 suchte Nadolny die sowjetische Führung, die ja erklärt hatte, daß sie

---

102 Entwurf vom 8. 6. 1948 (XVI/1416).

103 Brief an v. Prittwitz und Gaffron vom 5. 10. 1948 (XIII/974). Durch ihn ist auch die im folgenden geschilderte Perspektive belegt.

104 Das Projekt einer „nationalen Repräsentanz" Deutschlands, von den Sowjets im Vorfeld der Pariser Sitzung des Rats der Außenminister (Beginn 25. 4., Ende 12. 7. 1946) betrieben, von Kaiser nach den Landtagswahlen vom 20. 10. 1946 ventiliert, rückte vor allen in den Monaten Januar/Februar 1947 in den Mittelpunkt von dessen Bestrebungen, siehe Conze, Jakob Kaiser, S. 133 ff.; vgl. auch Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, S. 331 ff.

105 Siehe auch den Brief an Semjonow vom 31. 7. 1947 (Varia VIII/1699).

106 Siehe hierzu neben einem Briefentwurf an Friedrich Ebert (V/140) den Bericht von seiner Westreise vom 14. 8. bis 9. 9. 1947, als in seinen Gesprächen mit Westpolitikern sicherlich nicht ohne Berücksichtigung der sowjetischen Forderungen folgende Kabinettsliste vorgelegt wurde (XIII/980): Hermes (CDU) Min. Präsident, Blücher (Dem.) Finanzen, Zinn (SPD) Justiz, Schreiber (CDU) H(an)d(e)l und Gew(erbe), Geschke (SED) oder Jendritzki Sozialmin., Fritz Ebert (SED) Verkehr, Wessehöft (SPD) Landwirtsch., Außenminister ein Parteiloser.

107 Brief an Grew vom 19. 2. 1948 (XII/951).

108 Brief an Hermes vom 19. 8. 1948 (XVI/1294).

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Fortbestand eines starken und mit der Sowjetunion freundschaftlich verbundenen Deutschlands anstrebe, zu einer Politik zu bewegen, die gleichsam eine Fortsetzung des durch die Gründung des Nationalkomitees Freies Deutschland und des Bundes Deutscher Offiziere im Sommer 1943 bezeichneten Kurses dargestellt hätte[109]. Er ging davon aus, daß die Sowjetunion an einem starken Deutschland interessiert sein müsse, da die östliche Hegemonialmacht in der angebahnten Ost-West-Auseinandersetzung nicht auf Westeuropa zählen könne und von den kleineren und mittleren Staaten in Ost- und Südosteuropa keine bedeutende Unterstützung erwarten dürfe. Ein unabhängiger und aufgrund seines Potentials stets einflußreicher deutscher Staat, der eine gesellschaftspolitische Mittelstellung zwischen Ost und West einnehme und in der Tradition guter preußisch-russischer und deutsch-russischer Beziehungen stehe, sei für die Sowjetunion mithin ein optimaler Bestandteil der neuen Friedensordnung. Anschließend erörterte Nadolny die Chancen für ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland und der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg. Hierbei kam er zu dem Ergebnis, daß es gute Möglichkeiten für ein entsprechendes Arrangement gebe, wenn der vorhandene, allerdings nicht mehr große Handlungsspielraum genutzt werde, wenn also die Sowjetunion rasch und vollständig die bislang praktizierte Doppelgleisigkeit ihrer Deutschlandpolitik beende und so den angelaufenen, aber noch längst nicht abgeschlossenen Prozeß der Westorientierung Deutschlands stoppe. Bislang sei nämlich die Wirkung sowjetischer Bekundungen, die Einheit Deutschlands anzustreben, stets durch die sowjetische Haltung in der Frage der deutschen Ostgrenze, durch die Vertreibungsmaßnahmen, durch das Kriegsgefangenenproblem und durch die fehlende Rechtssicherheit wie die Bevorzugung der SED in der SBZ neutralisiert worden.

In seinem Vorschlag für eine partielle Umorientierung der sowjetischen Politik als Vorstufe für eine deutsch-sowjetische Kooperation bezog Nadolny auch seine vielfach vorgetragenen Überlegungen über eine Neugestaltung der Grenzen in Osteuropa ein[110]. Hauptsächlich mit geopolitischen, den strategischen Gesichtspunkten der Sowjetunion korrelierenden, daneben auch mit nationalen Faktoren begründete er folgende Regelung: Deutschland verzichtet auf Ostpreußen und macht damit den Weg frei für einen „Weichselstaat" Polen, dessen Ostgrenze zwischen Pregel und Memel und dessen Westgrenze entlang bzw. nördlich des Warthe-Zuflusses Prosna, der vom Wiener Kongreß bis zum Ende des Ersten Weltkrieges Grenzfluß gewesen war, zu ziehen sei.

Nach diesem Plan, der auch einen Vorschlag zur bilateralen Regelung der Reparationsfrage enthielt[111], sollte die Sowjetunion auf den größten Teil des von ihr bean-

---

109 Ein erstes Schreiben an Molotow vom 7. 2. 1947 in V/152, das entscheidende zweite vom 30. 4. in V/151 a.

110 Zur Verdeutlichung von Nadolnys Position sind hier zusätzlich zu dem Molotow-Brief die Denkschriften „Das Problem der deutschen Ostgrenze" (VIII/488) und „Deutschlands Zukunft" (IV/123) heranzuziehen.

111 In der Reparationsfrage lehnte Nadolny die sowjetische Praxis, sich aus der laufenden Produktion zu „bedienen", strikt ab, befürwortete aber eine Beteiligung der Sowjetunion an einer internatio-

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

spruchten Gebiets in Ostpreußen, insbesondere auf Königsberg, das neben Danzig als der zentrale Ostseezugang Polens vorgesehen war, verzichten. Ferner sollte die Sowjetunion davon Abstand nehmen, Polen bei gleichzeitiger Frontstellung gegen Deutschland eng und dauerhaft an sich zu binden, indem die polnische Grenze weit nach Westen bis hin zur Oder und Neiße vorgeschoben wurde. Noch einschneidender hätte das Nadolnysche Projekt die Polen getroffen, die neben ihren an die Sowjetunion abgetretenen Ostgebieten nicht unerhebliche Teile Posens und Westpreußens – dieser Aspekt wurde von Nadolny nur einmal, in einer 1946 verfaßten und unveröffentlichten Denkschrift, direkt ausgesprochen[112] – verloren und dafür nur den größten Teil Ostpreußens eingetauscht hätten.

Um seinen Vorschlag akzeptabel erscheinen zu lassen, versicherte der Botschafter wiederholt, daß Polen im Osten, wo nur etwa drei Millionen Polen gelebt hatten, überdehnt gewesen sei und daß es für die hier erlittenen Verluste durch Ostpreußen mehr als hinreichend entschädigt werde. Zudem erhalte Polen erstmals einen gesicherten Raum mit unbestreitbar guten Ostseezugängen. In der Endabrechnung könnten alle Beteiligten zufrieden sein: Deutschland, das nicht auf ein zu enges und Revisionsansprüche förderndes Territorium eingezwängt werde, Polen, zwar auf einen der Größe der Nation entsprechenden Raum reduziert, aber zu einem gut konturierten Mittelstaat geformt, und die Sowjetunion, die seit langem geäußerte nationale Wünsche durch den Erwerb des in erheblichem Maße von Ukrainern und Weißrussen besiedelten Ostpolen erfüllt sehe.

Nadolny hatte oft empfunden, daß das weit nach Osten vorgeschobene Ostpreußen durch seine Geschichte – er selbst nannte es die „Keimzelle der deutschen Einheit"[113] – und ethnische Struktur im Zeitalter der Nationalstaaten eine schwere Herausforderung für alle diejenigen war, die eine dauerhafte Friedensregelung wünschten. Nicht zuletzt deshalb hatte er sein Mischzonenkonzept entwickelt und verfochten. Jetzt sprach er wiederholt von einer neuen und schmerzhaften Mission der Deutschen in und aus Ostpreußen, die in einem für alle beteiligten Völker segenbringenden Verzicht auf die Heimat liege. Preußentum, so sagte er, bedeute vor allem die Bereitschaft zu Taten und Opfern für als angemessen erkannte Aufgaben. Die preußische Tradition habe außerdem neben einer brandenburgischen, auf einen Gegensatz zu den Slawen hinweisenden Wurzel eine im engeren Sinne preußische Grundlage, die durch den konstitutiven Akt der Hilfe für die Slawen geprägt sei. Dem nach wie vor gegebenen Imperativ zu einer für beide Seiten gerechten Lösung könne nur durch einen – den heimatverbundenen Ostpreußen Nadolny hart treffenden – Verzicht gehorcht werden[114].

---

nalen, gegebenenfalls von der UNO geleiteten Ruhrregelung, sofern diese den Sowjets nicht als Brückenkopf für eine neue Westexpansion dienen konnte; siehe besonders „Vorschläge für London" (XIV/1145).

112 Deutschlands Zukunft, S. 38.

113 Das Problem der deutschen Ostgrenze, VIII/488, S. 16.

114 Sinn und Tragik Preußens, I/1, S. 1ff. Vgl. auch die Kurzfassung dieser Studie in: Außenpolitik, 2 (1951), S. 418ff.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Da die sowjetische Führung auf dieses unmittelbar nach der Moskauer Außenministerkonferenz verfaßte Schreiben verständlicherweise nicht umgehend reagierte, entschloß sich Nadolny zu einer Reise in die Westzonen, die vom 14. August bis zum 9. September 1947 dauerte und auf der er durch Gespräche mit führenden deutschen Politikern feststellen wollte, wie weit der dort einsetzende Prozeß der Westorientierung fortgeschritten sei. Die Reise, in dem halb Sauerbruch, halb Nadolny gehörenden Auto unternommen, spiegelte die Zeitumstände wider. Nadolny hatte von den Amerikanern Benzin, von den Sowjets Reifen bekommen und sich durch den Verkauf von vier silbernen Schüsseln Bargeld beschafft. Dennoch war die Sorge um Reifen, Benzin oder Gepäckbefestigung ein ständiger Begleiter. An den jeweiligen Zielorten waren die erwarteten Gesprächspartner oft gerade abwesend. Trotz allem gibt aber selbst ein sehr knappes erhaltenes Protokoll noch ein eindrucksvolles Zeugnis von den lebhaften Unterredungen, die schließlich zustande kamen. Beherrschend war damals noch das Kaisersche Modell eines Deutschlands der Mitte, während demgegenüber der traditionslose Versuch einer einseitigen Westbindung noch chancenlos erschien. Der Vorschlag einer taktisch-temporären Ostorientierung zur Erhaltung der Einheit Deutschlands – Nadolnys Plan einer deutsch-russischen Partnerschaft auf Kosten Polens – fand zumeist eine positive Resonanz. Jedoch war nicht zu übersehen, daß die Basis für eine spätere Westorientierung, nämlich ein „allgemeines Mißtrauen gegenüber Russen und (die) Befürchtung, daß sie auch den Westen ebenso wie die russische Zone ausschlachten und sowjetisieren wollen", bereits gelegt war[115].

Besonders bemerkenswert waren das Verweigern einer Aussprache mit Adenauer und der Dialog mit Schumacher. Schon am dritten Reisetag in Bremen bot sich die Chance zu einem Treffen mit Adenauer. Aus gekränktem Stolz wegen Adenauers Warnung vor einer möglichen Parteizugehörigkeit Nadolnys nahm der ehemalige Botschafter zu seinem späteren größten Bedauern die Möglichkeit eines Meinungsaustausches nicht wahr. Er sollte den nachmaligen Bundeskanzler, der neben anderen für die Westorientierung der Bundesrepublik verantwortlich zeichnete[116], nie persönlich kennenlernen. Als er schließlich am 6. September in Hannover Kurt Schumacher traf, entwickelte sich ein in der Form durchaus freundschaftliches Gespräch. Nadolnys Werben für sein Konzept stieß jedoch auf eine Wand aus Granit. Der SPD-Politiker lehnte grundsätzlich jedes Paktieren mit den Alliierten ab. Er benutzte die Metapher: „Wer von einem der Alliierten frißt, stirbt daran." Hinzu kam ein grenzenloses Mißtrauen gegenüber den Sowjets, „solange sie die Politik der SED machen, nur auf diese hören und die anderen Parteien nur zum Schein bestehen lassen, um (eine) Demokratie vorzutäuschen"[117]. Durch diese im Hinblick auf die Sowjets nicht zu dem geringsten Risiko bereite Haltung, die zudem alle von der SBZ ausgehenden gesamtdeutschen Initiativen aufgrund realer oder fiktiver Verdachtsmomente, die auf eine Ab-

[115] Zum Protokoll siehe Anm. 106.

[116] Zur Kennzeichnung der Position Adenauers ist, abgesehen von seinen überaus sprechenden Memoiren, jetzt insbesondere hinzuweisen auf Dieter Blumenwitz u. a. (Hrsg.), Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers, 2 Bde., Stuttgart 1976².

[117] Protokoll der Reise, a. a. O.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hängigkeit von der Sowjetunion schließen ließen, a priori abblockte, wirkte Schumacher ganz gegen seine auf eine unabhängige Stellung Deutschlands abzielende Intention letztlich zugunsten einer Westorientierung der Westzonen[118]. Nadolnys Reise hatte, soviel Zustimmung im einzelnen er auch gefunden hatte, bei den beiden wichtigsten westlichen Politikern im Nachkriegsdeutschland mit einem Mißerfolg geendet.

Kurz vor der Londoner Außenministerkonferenz faßte Nadolny am 14. November 1947 in einem abermaligen Schreiben an Molotow sein Brückenkonzept und seine Vorstellungen von der wünschenswerten sowjetischen Politik nochmals zusammen. Er beteuerte, daß Deutschland weder ein nach Osten noch ein nach Westen gerichteter Brückenkopf sein wolle, vielmehr, „wozu es durch seine naturbedingte Lage als das Zentrum Europas bestimmt ist, die Brücke zwischen Ost und West, das Zwischenland, das die Spannung zwischen den beiden Gegensätzen nach Möglichkeit ausgleicht und damit wieder wie einst vor den Dummheiten der wilhelminischen Politik und der Idiotie Hitlers zum Hüter des europäischen Friedens wird". Bei seiner Westreise habe er niemanden gefunden, der ein Wiederanknüpfen des Drahtes zwischen Deutschland und der Sowjetunion ablehne. Die Hoffnung auf die Tradition guter bilateraler Beziehungen und auf ein neues Rapallo sei vorherrschend. Zwar gebe es große Schwierigkeiten auszuräumen – hier spielte er auf die von ihm geforderte „Begradigung" der sowjetischen Deutschlandpolitik und auf notwendige deutsche Opfer an –, doch solle man den Versuch eines Ausgleichs wagen, da die Stimmung im Westen nicht zu den Westmächten tendiere: „... wer immer Deutschland dazu verhilft, daß es wieder ein seiner Bevölkerung und seinen Fähigkeiten entsprechender Bundesstaat wird, seine natürliche Mittelstellung im Herzen Europas erhält und in Frieden bestehen kann", werde die dauerhafte Freundschaft des deutschen Volkes erwerben[119].

Die Reaktion der sowjetischen Führung fiel, drückt man es in einem Wortspiel aus, eindeutig zweideutig aus und setzte damit die bereits während des Zweiten Weltkrieges zu beobachtende Ambivalenz der sowjetischen Politik fort[120]. Nadolnys Gesprächspartner in Karlshorst erklärten, seine Vorstellungen seien in Moskau gut aufgenommen worden, doch möge er sich vorerst Zurückhaltung auferlegen[121]. Offenbar wurden ihm insbesondere hinsichtlich einer Korrektur der Oder-Neiße-Grenze gewisse Hoffnungen gemacht[122]. Eine weitere Teilantwort fiel im Zusammenhang mit

---

118 Zu Schumacher siehe Anm. 76.

119 Siehe V/153.

120 Zur Kontinuität dieser Doppelgleisigkeit, die sich in verschiedenen, nach Deutschland ausgerichteten Friedensfühlern sowie der Gründung des Nationalkomitees Freies Deutschland und des Bundes Deutscher Offiziere niederschlug, siehe Andreas Hillgruber, Der Zweite Weltkrieg, 1939–1945, in: Dietrich Geyer (Hrsg.), Osteuropa-Handbuch, Bd. Sowjetunion, Teil Außenpolitik I, Köln/Wien 1972, S. 308.

121 Nadolnys wiederkehrende Bemerkungen über die sowjetische Reaktion u. a. in: Mein Beitrag, S. 181.

122 Brief an Grew vom 19. 2. 1948 (XII/951). Trotz umfangreicher Literatur zur Problematik der Oder-Neiße-Grenze bleiben die sowjetischen Intentionen in der unmittelbaren Nachkriegsphase bezüglich der deutschen Ostgrenze im dunkeln. Auf der einen Seite steht fest, daß die Oder-Neiße-

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem Ersten Deutschen Volkskongreß, der am 6./7. Dezember 1947 in Berlin tagte und im Gegensatz zu den folgenden beiden Kongressen, die primär auf die Errichtung eines östlichen Teilstaates ausgerichtet waren, auch und nicht zuletzt die Funktion hatte, die Möglichkeiten einer Mobilisierung deutscher und mit der Sowjetunion kooperierender Gegenkräfte gegen einen westdeutschen Teilstaat auszuloten[123]. Die an Nadolny gerichtete Aufforderung, an diesem Volkskongreß nicht nur teilzunehmen, sondern auch dessen Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten zu leiten[124], konnte er als bemerkenswertes Zeichen auf die inhaltlichen Ausführungen seiner Briefe hin verstehen.

Ferner fiel ins Gewicht, daß das im Frühjahr 1948 in der SBZ diskutierte „Volksbegehren für Einheit und gerechten Frieden" sich ausdrücklich auf die Atlantik-Charta sowie die Konferenzergebnisse von Jalta und Potsdam berief[125]. Auf der Londoner Außenministerkonferenz schließlich verband Molotow die Forderung nach Errichtung einer provisorischen deutschen Regierung – an anderer Stelle sprach er von einem deutschen Konsultativrat – mit einem Reparationsplan und einer in Aussicht gestellten Aufhebung der Wirtschaftsschranken zwischen den Zonengrenzen zu einem Angebot, das primär an deutsche Politiker gerichtet war; außerdem schlug er vor, in London eine Delegation des Ersten Deutschen Volkskongresses anzuhören[126].

Solche sowjetischen Bekundungen stellten Nadolny vor schwerste Probleme, denn auf der anderen Seite blieb die Doppelgleisigkeit der sowjetischen Politik bestehen, deren Aufhebung er als conditio sine qua non für eine Kooperation mit der östlichen Macht bezeichnet hatte. Zwar wurde 1947/48 – analog zu den Stalinschen Wiedervereinigungsangeboten 1952 oder zu entsprechenden Signalen nach Stalins Tod 1953 – die Absicht zur deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit stark in den Mittelpunkt gerückt und damit das Interesse bekundet, die amerikanischen Weststaatspläne zu

---

Linie, die zugleich eine für Rußland in strategischer Hinsicht optimale, bereits in den Befreiungskriegen 1813/15 erörterte Grenzziehung darstellte, den sowjetischen Sicherheitsvorstellungen sehr entgegenkam und Polen fest an die Sowjetunion binden mußte, nie offen infrage gestellt wurde. Doch bleibt es auf der anderen Seite unumstritten, daß die sowjetische Führung wiederholt die Möglichkeit einer Neufestlegung ins Gespräch zu bringen suchte; das gilt insbesondere für die Geheimgespräche der SED-Führung in Moskau nach Bekanntwerden des Marshall-Plans im Sommer 1947, als die sowjetische Seite ihre deutschen Gesprächspartner gleichsam zu einer betont nationalen Haltung in der Grenzfrage aufforderte (E. W. Gniffke, Jahre mit Ulbricht, Köln 1966, S. 249ff.). Selbst bei solchen Gesprächen wurde es nicht deutlich, ob analog zu Stalins Äußerungen auf der Potsdamer Konferenz eine kleine, etwa auf das Gebiet zwischen den beiden Neiße-Flüssen ausgerichtete Korrektur oder aber ein mit Blick auf Deutschland und Polen grundlegender Kurswechsel ins Spiel gebracht werden sollte (zu letzterem siehe Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, S. 226).

[123] Hierzu das Protokoll des 1. Deutschen Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden, Berlin (Ost) 1948.

[124] Mein Beitrag, S. 181. Auch die Gründung eines deutsch-slawischen Instituts wurde ihm angetragen, siehe den Brief an Wipert von Blücher vom 4. 3. 1947.

[125] Zu diesem Zusammenhang Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 304.

[126] Europa-Archiv, 1948, S. 1078 u. 1083f.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vereiteln, doch zeigte sich, daß die sowjetische Führung trotz ihrer diktatorischen Struktur nicht in der Lage, vermutlich aber auch nicht willens war, das Erlebnis und die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges vollständig beiseite zu schieben. Die Furcht vor einem wiedererstarkten Deutschland war als eine der Determinanten der sowjetischen Politik und darüber hinaus der Haltung aller Mächte der Anti-Hitler-Koalition nicht auszuschalten. Die Zweifel über die Zweckmäßigkeit einer Wiedererrichtung Deutschlands sollten sich trotz verschiedener „Latenzphasen"[127] dieser Bedenken und ungeachtet des Kalten Krieges als konstitutive Faktoren der Deutschlandpolitik in Ost und West erweisen; die günstigen Potsdamer Perspektiven wurden zu einer Episode, zu der es kein Zurück gab.

Nadolny sah, daß die sowjetische Antwort auf seine Initiative unbefriedigend ausgefallen war, obwohl sie werbenden Charakter besaß. Er gestand sich das Scheitern seiner Vorstellungen jedoch zunächst nicht ein. Obschon ihm die im Dezember 1947 erfolgende Ausschaltung der CDUD-Spitze unter Kaiser und Lemmer zu denken gab, die eine Folge des Scheiterns der Londoner Konferenz war und die Beseitigung des letzten von der SMAD unabhängigen Faktors in der SBZ bedeutete, suchte er zunächst weiter eine Front gegen die nun zügig vorangetriebenen Weststaatspläne zusammenzufügen. Es ist sogar festzustellen, daß Nadolny, der nicht zuletzt zur Verfolgung seiner an gesamtdeutschen Interessen orientierten politischen Aktivitäten soeben seinen Wohnsitz ganz in den Britischen Sektor Berlins verlegt hatte, in den Monaten Juli/September 1948, als das Bevorstehen einer Westlösung in der Öffentlichkeit Gewißheit wurde, in eine Art Katastrophenstimmung verfiel und die amerikanische Führungsmacht, die den Kurs der Westalliierten zu verantworten hatte, vehement attackierte. In diesem Zusammenhang ist ein Brief an seinen Freund Blücher aufschlußreich, der nach Kriegsende durch eine zweimalige Internierung schwer getroffen worden war und sich nun – auch schon im Pensionärsalter – erfolgreich als politisch-historischer Schriftsteller versuchte; unter anderem schrieb er eine 1951 erschienene und vielbeachtete Studie „Deutschlands Weg nach Rapallo", mit der er Nadolnys Appelle, die Ostpolitik nicht zu vernachlässigen, unterstützen wollte. Am 3. Juli forderte Nadolny, der jetzt die Lage für sehr ernst ansah, mit folgenden Worten ein direktes politisches Engagement Blüchers: „... nun müssen auch Sie, lieber Freund, in die Front. Das Werk von 1871 ist in höchster Gefahr. Die den Westen beherrschende ... Politik ist im Begriff, ihren höchsten Triumph zu erreichen. Da müssen alle Mann an Deck. Die Spaltung, die Gründung des deutschen Weststaates, darf nicht vollendete Tatsache werden ... Es ist ein Jammer, daß die Deutschen im Westen sich durch die Angst vor den Russen derart kopfscheu machen lassen. Sie ... sind bereit, ihm (d. i. dem Bolschewismus, G. W.) um ihrer Ruhe willen den Osten zu überlassen und die Einheit und damit unser ganzes, mühsam errungenes Deutschland zu opfern." In einem im September desselben Jahres verfaßten Sammelbrief beschuldigte er sodann die Vereinigten Staaten, sie hätten aus einseitigen Wirtschaftsinteressen heraus ihre machtpolitischen Möglichkeiten in Westeuropa und Westdeutschland skrupellos zur

[127] Der Begriff stammt aus Noltes Buch Deutschland und der Kalte Krieg.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Teilung des Kontinents ausgenutzt. Er bezichtigte sie in gesellschaftspolitischer Hinsicht primitiver restaurativer Ansätze und sprach von einer „naßforschen, dummen Politik" der „Imperialisten", an anderer Stelle sogar in Anlehnung an das marxistische Geschichtsbild von einem „verzweifelten Todeskampf der überlebten Ordnung"[128].

Doch solche Äußerungen waren Heftigkeiten in einem dramatischen Prozeß der Anpassung und Neuorientierung an einer Macht, für die sein Herz nie geschlagen hatte und die er dafür verantwortlich machte, daß Europa seine dominierende Position in der Welt verloren hatte[129]. Auf der Suche nach einem Ausweg aus dem Dilemma, in das er nach der Fortsetzung des ambivalenten sowjetischen Kurses geraten war, aber auch unter dem Eindruck der Zielstrebigkeit, mit der die USA ihre auf Westeuropa gerichteten Pläne vorantrieben, und angesichts des Durchhaltens in der Berliner Blockade[130], folgte der ebenfalls bereits im September 1948 in einer Notiz sich abzeichnende Entschluß, nunmehr eine temporäre Anlehnung an die gerade noch attackierten Vereinigten Staaten zu unterstützen: „Die Verfolgung unserer heutigen politischen Ziele, bestehend in dem Abschluß eines erträglichen Friedens und der Wiederherstellung einer unserer Volkszahl und Leistungsfähigkeit entsprechenden staatlichen Machtstellung, macht es zweckmäßig, um nicht zu sagen notwendig, daß wir nach Möglichkeit bei diesem oder jenem der für unseren Friedensschluß und das Weltgeschehen maßgebenden Staat ein Interesse für uns wecken, das ihn auf die Erreichung der genannten Ziele durch uns Wert legen und uns dabei unterstützen läßt. Nach Lage der Dinge wird dieser Staat Amerika, und das Gebiet, auf dem sein Interesse an uns sich zu äußern und zu betätigen haben wird, das wirtschaftliche sein"[131].

Nadolnys Befürwortung einer Annäherung an die USA war somit ebenso als taktisch und zeitlich begrenzt zu verstehen wie zuvor sein Eintreten für eine Anlehnung an die Sowjetunion. Ein Jahr später schrieb er einen Brief an Moritz Schlesinger, in dem seine Distanz klar zum Ausdruck kam: „Die Russen wollen heute unter dem Einfluß unserer Kommunisten und infolge der nicht sehr zweckmäßigen Politik der Westmächte vor allem ihren bolschewistischen Weizen blühen sehen; und die Westmächte England und besonders Frankreich hängen noch an der Geschichtsauffassung (von) der deutschen Aggressivität und wissen nicht, ob sie uns wieder hochkommen lassen sollen oder nicht. Da bleibt uns nichts anderes übrig, als an die Amerikaner zu glauben"[132]. Auch verließ Nadolny nie die Sorge, daß es beim Auftauchen schwerwiegender internationaler Verwicklungen zu einem langfristigen Arrangement zwischen den Supermächten Amerika und Sowjetunion auf der Basis der Teilung Deutschlands

---

128 Brief an „Meine Freunde" vom September 1948 (IV/109).

129 Aufzeichnung ohne Jahr vom 17. 11. (VIII/500).

130 Zur Aufhebung der Blockade, Notiz vom 7. 5. 1949 (Varia XIV/1752).

131 Notiz vom 24. 9. 1948 (Varia V/1687).

132 Das Schreiben trägt das Datum 28. 7. 1949 (IX/662). Ein erstes Konzept für eine den USA zugewandte Politik findet sich in: Die Aufgaben Amerikas (XII/948).

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kommen könnte, wobei die deutschen Teilstaaten jeweils als Glacis der westlichen und östlichen Führungsmacht dienen würden[133].

Für Nadolny bedeutete diese von der weltpolitischen Entwicklung erzwungene Wende das Eingeständnis, daß sein Ringen um die Erhaltung der Einheit Deutschlands zumindest vorläufig gescheitert war. Während er sich in Berlin ohne Pension bald nur noch kümmerlich durch den Verkauf von Wertgegenständen am Leben hielt, vertraute er, der zeit seines Lebens nie lamentiert, sondern als Optimist stets den Blick auf neue Möglichkeiten gerichtet hatte, Briefen an Freunde und Verwandte ganz ungewöhnlich resigniert klingende Sätze an. Im Oktober 1948 überlegte er, „ob es nicht richtiger ist, daß ich mich auf meine Memoiren zurückziehe". Einen Monat später schrieb er seinem in der Britischen Besatzungszone lebenden Schwiegersohn, daß in Berlin derzeit nichts getan werden könne, „um eine Besserung herbeizuführen". Das persönliche Büro, von dem er sich eine Steigerung der Effektivität seines Wirkens versprochen hatte, müsse er „wegen des allgemeinen Geldmangels aufgeben oder jedenfalls auf ein Minimum reduzieren ... Die eigentliche Arbeit muß jetzt ... im Westen erfolgen, gegen die Weststaatler Adenauer und Konsorten ... Ich bin auch gern bereit, nach dem Westen zu kommen und in diesem Sinne zu wirken. Aber ich muß mir hier erst Geld zu beschaffen suchen (durch den Verkauf von Wertgegenständen, G. W.) ... Manchmal denke ich auch, ob es überhaupt noch lohnt, in der bisherigen Weise weiterzuarbeiten und ob es nicht besser wäre, wenn wir (d. h. neben ihm seine Frau, G. W.) ganz in den Westen kämen". Nadolny sprach für diesen Fall von der Annehmlichkeit, mit der übrigen Familie zusammenzuleben, hoffte auf den Erhalt einer Pension, dachte daran, sich schriftstellerisch zu betätigen, und wollte sich für den Bedarfsfall als Politiker bereithalten[134]. Nachdem ein weiterer längerer Westaufenthalt vorausgegangen war, erfolgte dann im Juli 1949 in der Tat der Umzug in den Westen, pikanterweise nach Rhöndorf, das auch Wohnsitz Adenauers war. Hier war es Nadolnys Familie gelungen, für das völlig ausgezehrte alte Ehepaar Nadolny eine Drei-Zimmer-Wohnung zu finden. Der Umzug selbst wurde durch die Britische Besatzungsmacht auf dem Luftweg abgewickelt, da nach dem dramatischen Ende seiner Tätigkeit in Karlshorst die Sicherheit des früheren Botschafters akut gefährdet schien. Im Januar 1953 zog Nadolny ein letztes Mal um, und zwar nach Düsseldorf.

Nadolny schöpfte jedoch bald wieder Mut und stellte sich auf die neue Situation ein. War die Einheit Deutschlands momentan nicht zu retten, so sollten wenigstens die Voraussetzungen für eine Wiedervereinigung verbessert werden. In dieser Haltung wurde er auch dadurch bestärkt, daß ihm zu Beginn des Jahres 1948 der befreundete

---

133 Siehe seine Äußerungen in einem Begleitschreiben zu „Gedanken zum Bonner Verfassungsentwurf" (Varia VIII/1705): „Ich kann die große Sorge nicht loswerden, daß eines Tages ein Kompromiß eingegangen wird, der die Spaltung verewigt, indem Westdeutschland der Atlantikgruppe angehängt wird, als Glacis mit amerikanischer Besatzung vielleicht oder mit eigener Armee als Kanonenfutter, während die Ostzone den Russen mit der gleichen Aufgabe überlassen wird. Dies gilt es auf jeden Fall zu vermeiden."

134 Die Zitate aus den Briefen an Wipert von Blücher vom 22. 10. 1948 und an seinen Schwiegersohn Hellmut Eilsberger vom 19. 9. 1948 (Privatbesitz der Familie Nadolny).

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

amerikanische Diplomat Joseph C. Grew in aller Klarheit die Gründe der Abkehr von der vormals von Roosevelt bestimmten Politik mitgeteilt und betont hatte, daß seit dem Potsdamer Abkommen fundamentale Divergenzen der Hauptsiegermächte nur notdürftig überdeckt worden seien. Die sowjetische Regierung habe die gesamte östliche Grenzregelung ihren eigenen Interessen entsprechend durchgesetzt, Interessen, die nicht allein durch ein defensives Sicherheitsdenken und den Wiederaufbauwillen der Sowjetunion zu erklären seien. Es gebe auch die Realität des sowjetischen Expansionsdranges, der die USA verpflichte, sich trotz des Bedauerns über die Teilung Deutschlands auf die Verwaltung Westdeutschlands und auf dessen sowie Westeuropas Gesundung zu konzentrieren. Man wolle nicht die Teilung der Welt, könne aber die Auflösung der westlichen Hemisphäre nicht tatenlos hinnehmen[135].

Vor dem Hintergrund dieser Absage an eine Politik der Erhaltung der Einheit Deutschlands um jeden Preis blieb Nadolnys Wirken in jener Phase, die 1949 einsetzte und bis zu seinem Lebensende andauerte, durchgängig von der Wende zu Amerika bestimmt. Gegenüber den USA versuchte er zu propagieren, daß die Sowjetunion mit ihrer Nachkriegspolitik, insbesondere dem Vorschieben ihrer direkten Herrschaft bis Mitteleuropa und der Sowjetisierung der beherrschten Länder, eine permanente Gefährdung der wirtschaftlichen und politischen Interessen Amerikas heraufbeschworen habe, zumal das Risiko eines weiteren Vordringens des Kommunismus, der bei einem Triumph in Europa auch auf Amerika übergreifen würde[136], manifest sei. Nadolny behauptete, zur Abwendung der sowjetischen Bedrohung komme nur eine Zusammenarbeit der Amerikaner mit den Deutschen infrage, wobei er erwartete, daß sich im Laufe der Zeit das Bewußtsein durchsetzen werde, zur Absicherung des amerikanischen Engagements in Europa sei letztlich nur ein partnerschaftliches Verhältnis zu Gesamtdeutschland tauglich.

In der Bundesrepublik stand für ihn anfangs seine Tätigkeit für die „Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands" im Vordergrund, die er in Zusammenarbeit mit Hermes, und zwar nach Plänen, die bis in das Spätjahr 1947 zurückzuverfolgen sind, am 21. Januar 1950 in Bad Homburg gründete[137]. Auf Einflußnahme auf die öffentliche Meinung in Deutschland ausgerichtet, war dieser Verein jedoch im Grunde schon vor seiner Konstituierung gescheitert. Nadolnys ambitiöses persönliches Konzept einer breiten Massenbewegung zur Rettung der Einheit Deutschlands kam erst gar nicht zum Tragen[138], sondern wurde durch die Gründung eines elitären Vereins ersetzt, dessen publizistisches Organ obendrein kaum in Erscheinung trat[139]. Zur Zeit der vorbereitenden Gespräche, die am 21. März und 28. August 1949 in Bad Godesberg

---

135 Brief vom 5. 1. 1948 (Privatbesitz der Familie Nadolny).

136 Brief an H. Ekstrand vom 10. 11. 1952 (XIII/959).

137 Zu den frühen Plänen siehe die Anlage II zur Niederschrift über die Mitgliederversammlung der Gesellschaft vom 3. 2. 1952 (XVI/1302), zur Gründung das Protokoll: Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands, Gründungstagung Bad Homburg 21. Januar 1950, o. O. u. J.

138 Siehe Nadolnys nicht zum Zuge gekommenes „Arbeitsprogramm der Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands" (XVI/1292).

139 Die „Deutsche Politik" erschien seit dem 14. 10. 1950.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stattfanden, war ja der politische Umschwung in der öffentlichen Meinung der Westzonen – im Vergleich zu Nadolnys Westreise des Jahres 1947 – praktisch bereits vollzogen.

Schon das erste Treffen, an dem führende Persönlichkeiten des Frankfurter Wirtschaftsrates, nämlich Hermann Pünder und Ludwig Erhard, teilnahmen, ferner die renommierten Politiker Walter Schreiber, Franz Blücher und Theodor Steltzer sowie v. Prittwitz und Gaffron, bezeichnenderweise aber nicht die gleichfalls geladenen Bankiers Robert Pferdmenges und Hermann Josef Abs, die mit Adenauer kooperierten, deutete die fortschreitende Ausrichtung der Öffentlichkeit auf die Weststaatsgründung und die mit ihr verbundene Westorientierung an. Vor allem von der sozialdemokratischen Presse getragen – der einzige geladene SPD-Politiker, der Bremer Bürgermeister Wilhelm Kaisen, hatte an der Tagung nicht teilgenommen –, setzte eine Welle von Vorwürfen und Verdächtigungen ein, die dazu führte, daß die politische Prominenz mit Ausnahme von Hermes zum zweiten Treffen nicht mehr erschien. Die bei der ersten Zusammenkunft verfochtene These von einer notwendigen Zusammenarbeit zwischen der östlichen und den westlichen Besatzungszonen schien suspekt, obwohl sie an die Voraussetzung geknüpft war, daß in der SBZ die politischen Grundrechte wieder Gültigkeit erhielten. Besonders Nadolny war das Ziel von Angriffen. Es zeigte sich jetzt, daß der frühere Botschafter in der Gründungsphase der deutschen Teilstaaten vielfach mit distanzierter Skepsis und bisweilen mit offener Feindschaft betrachtet wurde. Das lag einmal am Mißtrauen Schumachers gegen Politiker, die im Einflußbereich der Sowjets gewirkt hatten, ebenso an der Frontstellung Adenauers gegen alle Versuche, zum damaligen Zeitpunkt Deutschland als Staat der Mitte zu restituieren, und auch das Dunkel, in das Nadolnys vormalige Tätigkeit in Karlshorst gehüllt war, spielte eine Rolle. Nadolnys lange Zeit verfochtene These, die Sowjetunion strebe ein selbständiges bürgerliches Deutschland an, war in der Zeit des beginnenden Kalten Krieges nur allzu leicht Anlaß zu dem Verdacht, er werde nolens volens von den Sowjets als trojanisches Pferd benutzt. So war es nicht verwunderlich, daß er wiederholt als Graue Eminenz des Kreml, als Sphinx und als Agent für Karlshorst diffamiert wurde, daß von einer „Wolkenkuckuckspolitik", einer „Romantik mit doppeltem Boden", ja von einem „Halbdunkel der Konspiration" die Rede war[140].

Beim zweiten Treffen, das zwischen der Wahl zum ersten Deutschen Bundestag und

---

[140] Und setzet ihr nicht das Leben ein. Andreas Hermes – Leben und Wirken. Nach Briefen, Tagebuchaufzeichnungen und Erinnerungen, Stuttgart 1971, S. 259 ff. Relativ maßvoll berichten die Welt (15. 3. u. 29. 7. 1949) und die Neue Zürcher Zeitung (17. 3. 1949). Als Beispiel für die sozialdemokratische Presse kann der Telegraph der Woche (1949, 13. Woche) zitiert werden, in dem es hieß: „Es kann den westdeutschen Politikern natürlich nicht verwehrt werden, ihre Sorgen über den zerrissenen deutschen Staat auszutauschen. Aber wenn sie sich um Herrn Nadolny wie um einen wärmenden Ofen versammeln, atmen sie die von ihm ausströmenden giftigen Gase ein und wissen nicht, daß hinter den Rauchschwaden die Fratze der Sowjets und Kommunisten versteckt werden soll." Zu verweisen ist in diesem Zusammenhang auf das 92 Seiten starke, allerdings überarbeitungsbedürftige Manuskript von Ellen Reuter-Cleinow, Rudolf Nadolny im Spiegel der Presse (Nachlaß Bd. III).

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Regierungsbildung lag, hatte die Terminwahl zur Folge, daß die meisten angesprochenen Politiker aus Furcht vor möglichen Anfeindungen nicht erschienen. Schließlich stellte es keine Überraschung mehr dar, daß die Gründungsurkunde der Gesellschaft nur fünfundsechzig Namen enthielt, unter denen sich immerhin die von Heinrich Lübke, Ernst Lemmer und Ferdinand Friedensburg befanden.

Schon bald, am 20. April 1951, trat Nadolny aus der Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands wegen ihrer Erfolglosigkeit, nicht zuletzt aber auch wegen persönlicher Differenzen, wieder aus[141]. Nach einem zweiten gescheiterten Anlauf, eine Massenbewegung zu organisieren, den „Deutschen Einheitsbund", bei dem er besonders auf Unterstützung durch die Jugend sowie Vertriebene und Flüchtlinge rechnete und vergeblich auf Hilfe durch den Bundestagspräsidenten Hermann Ehlers, seinen „Bundesbruder", hoffte[142], konzentrierte er sich erneut auf eine Tätigkeit als politischer Einzelkämpfer, manövrierte sich damit aber zunehmend aus dem politischen Blickfeld, zumal sich jetzt nochmals die Kontinuität seiner Vorstellungen zeigte.

Die durchgängigen und der seit 1949 veränderten politischen Lage nur angepaßten Ziele Nadolnys kamen vor allem in einer Aufzeichnung und zwei großen Denkschriften – „Das europäische Gleichgewicht" bzw. „Sinn und Tragik Preußens" – zum Ausdruck, die er 1951 zusammen mit einer Studie über die „Ostvertriebenen" und einer „Gerechtigkeit für Deutschland" betitelten Abhandlung vergeblich als Buch zu veröffentlichen suchte[143]. Offen sprach er seine tiefe Skepsis aus, daß es je zu einer dauerhaften und gleichberechtigten Partnerschaft zwischen den USA und Westeuropa kommen werde. Die Amerikaner, so lautete seine These, strebten letztlich einen von ihnen abhängigen atlantischen Bund an, in den sich jedoch weder die Engländer, die ihren eigenen Traditionen und Commonwealth-Verpflichtungen verhaftet blieben, noch die Franzosen, die weiterhin europäischen Hegemonialträumen verfallen seien, einfügen ließen. Die Konsequenz sei, daß „vorerst und auf absehbare Zeit ... nur ein veruneinigtes Europa (bestehe)"[144]. Die damals in den Vordergrund gerückte Vorstellung von einem europäischen Abendland mit ihren ideologischen Aspekten war ihm zutiefst suspekt.

Als Ausweg schlug er eine „neue" Sinngebung für die Kooperation mit dem Westen vor. Die Politik der Westmächte müsse auf die Schaffung der Großräume USA, Westeuropa und Mitteleuropa ausgerichtet werden[145], wobei er nach einer erfolgreichen Wiedervereinigung – ohne daß dies ausgeführt wurde – erwartete, daß dem dann von

---

141 Im Februar 1952 trat auch Hermes aus der Gesellschaft aus, die damit ihren angesehensten Repräsentanten verlor und sich alsbald auflöste. Ihre Funktionen übernahm nach verschiedenen Zwischenstufen das Kuratorium Unteilbares Deutschland.

142 Siehe die Briefe an Wilhelm Hassenstein vom 14. 7. 1951 (XVI/1314) und Emil Bardey vom 29. 10. 1952 (XVI/1399).

143 Zur Aufzeichnung vom 17. 11. siehe Anm. 129, die Denkschriften in I/1. Das Buch sollte den Titel „Vier brennende Fragen der deutschen Gegenwart" tragen, siehe Brief an Wipert von Blücher vom 18. 9. 1951.

144 Siehe VIII/500.

145 Sinn und Tragik Preußens, S. 25.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Deutschland geführten Mitteleuropa über kurz oder lang wieder eine Brückenfunktion zum Osten zufallen werde. Auch der in der Anfangsphase der Bundesrepublik oft zu hörende Plan, zwischen den Supermächten USA und Sowjetunion eine „Dritte Kraft"[146] zu etablieren, fand sich bei Nadolny wieder, allerdings erneut in der für ihn charakteristischen Ausprägung, daß die Dritte Kraft sich gerade nicht mit der Rolle eines Juniorpartners des Westens begnügen dürfe[147].

Indes hat Nadolny in der letzten Phase seines politischen Wirkens doch die vor allem von Adenauer vertretene Position geteilt, daß zum damaligen Zeitpunkt eine Zusammenfassung der Kräfte Amerikas und West- sowie Mitteleuropas erfolgen müsse, um die Sowjetunion zur Preisgabe der von ihr nach dem Zweiten Weltkrieg in Mitteleuropa eingenommenen Positionen zu bewegen[148]. Zunächst ging er dabei von der Annahme aus, daß die sowjetische Führung angesichts der Einigkeit des Westens und der Schwierigkeiten im eigenen Lager selbst einsehen werde, daß sie sich mit ihrem Vordringen nach Mitteleuropa machtpolitisch übernommen habe und daß ihr politisches System, das „dem Osten zur Überwindung seiner Rückständigkeit frommen mag, für den Westen nicht mehr zeitgemäß ist"[149]. Als Folge davon rechnete er sich Chancen für den Abschluß eines „universellen Rapallos"[150] der Sowjetunion mit den Westmächten aus.

Nachdem sich jedoch abzeichnete, daß das von dem DDR-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl am 30. November 1950 unterbreitete Wiedervereinigungsangebot[151] keine isolierte Aktion war, daß es vielmehr davon zeugte, wie wichtig der Sowjetunion und mit ihr der DDR-Führung die Abwendung der EVG-Pläne und der Einbeziehung der Bundesrepublik in ein westliches Militärbündnis war und welche – scheinbaren oder realen – Konzessionen in Aussicht standen, wurden Nadolnys Äußerungen schärfer und fordernder. Rußland, so äußerte er, sei jetzt „davon überzeugt, daß es die letzte Schlacht verliert, daß es Amerika und dem Westen unterliegt und daß sein Regime dann zu Ende ist"[152]. Diese Situation müsse der Westen dazu nutzen, die Sowjetunion stufenweise, und zwar zunächst aus der DDR, dann aus den deutschen Ostprovinzen und schließlich aus den baltischen Ländern wie aus den ost- und südosteuropäischen Staaten zu drängen. Das Ziel stelle die Linie Narwa-Odessa dar. Das sei

---

146 Zum mangelnden Realitätsgehalt der Überlegungen über eine „Dritte Kraft" in dieser Phase siehe die scharf ablehnenden Worte des amerikanischen Hohen Kommissars John J. McCloy im Sonntagsblatt vom 28. 5. 1950 (Aussage gegenüber Hans Zehrer). McCloy verlangte eine umgehende Entscheidung zur Unterordnung unter die USA, damit es später keine Möglichkeit zu einer grundsätzlichen politischen Neuorientierung, etwa hin zu einem neutralen Kurs, gebe. Zur Fülle der vielfach divergierenden Überlegungen über eine „Dritte Kraft" siehe Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, S. 565 ff.

147 Siehe VIII/500.

148 Am sprechendsten Nadolnys Brief an Duncan Sandys vom 29. 10. 1951 (IX/582a).

149 Gerechtigkeit für Deutschland, IV/108, S. 18.

150 Sinn und Tragik Preußens, S. 25.

151 Schon unmittelbar nach Grotewohls Schreiben frohlockte Nadolny, daß sich die Waage dem Westen zuneige und der Osten einzulenken beginne (XVI/1296).

152 Siehe XI/933 (Fragment).

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

um so realistischer, als alle von der Sowjetunion „beherrschten Staaten westlich dieser Linie ... bereits die westliche Demokratie kennengelernt (haben)"[153].

Während er von der Möglichkeit einer massiven Pressionspolitik gegenüber der Sowjetunion sprach, belebten sich auch seine stets gehegten Hoffnungen auf die Atlantik-Charta; durch sie könne, so meinte er, nach einer Restitution Deutschlands das deutsch-amerikanische Verhältnis in der von ihm befürworteten Form transformiert und aufgewertet werden[154]. Um die Wiedererrichtung Gesamtdeutschlands zu erreichen, setzte er sich jetzt für die Einberufung eines internationalen Kongresses ein, wobei er in bewußter Abkehr von der vielgeschmähten Versailler Konferenz den Wiener Kongreß von 1814/15 ins Gespräch zu bringen suchte[155], da bei der damaligen Neuordnung Frankreich als besiegte Macht schonend behandelt und damit die Dauer des Friedens entscheidend gefördert worden sei.

Als am 10. März 1952 Stalin seine Wiedervereinigungsnote präsentierte und damit abermals den Anschein sowjetischer Konzessionsbereitschaft erweckte, glaubte Nadolny letztmals an eine Chance, als deutscher Außenminister oder deutscher Botschafter in Moskau aktiv werden zu können[156]. Er ventilierte den Plan einer Reise in die Sowjetunion im Einverständnis mit der Bundesregierung[157]. Seine Hoffnungen auf eine Rettung der Einheit Deutschlands stiegen in seinem letzten Lebensjahr noch einmal ganz erheblich, zumal er schon vorher geäußert hatte, daß man der Sowjetunion gegenüber nur hart genug auftreten müsse. Bei entsprechenden Forderungen werde sie *alles* konzedieren; ein Friedensdiktat sei möglich[158]. Zur Zeit des amerikanischen Wahlkampfes 1952 begrüßte er die republikanische Abkehr vom Eindämmungs- und die Hinwendung zum Roll-back-Konzept[159]. Als er am 18. Mai 1953 starb, stand allerdings der 17. Juni 1953 und mit ihm der Offenbarungseid der Roll-back-Politiker unter Eisenhower unmittelbar bevor, die ja keineswegs bereit waren, zur Änderung des Status quo in Europa ein Risiko einzugehen.

Überblickt man den letzten Abschnitt von Nadolnys Wirken in der Nachkriegszeit, so ist festzuhalten, daß er in diesem Zeitraum nicht mehr offen auf seinen Fernzielen beharrte, sondern eine als unvermeidbar und als taktische Wendung interpretierte Anlehnung an die USA befürwortete. Da aber die USA in Adenauer einen Anwalt

---

153 Ebenda.

154 Hierzu vor allem die Schlußüberlegungen in „Das europäische Gleichgewicht".

155 Siehe IV/96 (Heraus aus dem Chaos), IX/582a (vgl. Anm. 148) u. passim.

156 Brief an W. Burmeister vom 10. 2. 1952 (IX/549).

157 Zur Haltung der Bundesregierung, insbesondere der „Antwort" Adenauers auf Stalins Wiedervereinigungsangebot vom 10. 3. in seiner Siegener Rede vom 16. 3. 1952 siehe Andreas Hillgruber, Adenauer und die Stalin-Note vom 10. März 1952, in: Blumenwitz u. a. (Hrsg.), Adenauer, Bd. 2, S. 111 ff., besonders S. 113 f.

158 Hierzu der Brief an Sandys vom 29. 10. 1951 (vgl. Anm. 148).

159 In einem Brief an den mit ihm eng befreundeten schwedischen Diplomaten H. Ekstrand vom 6. 12. 1952 gab Nadolny seiner Hoffnung Ausdruck, daß Eisenhower als Präsident zunächst den Koreakrieg beenden und sich dann mit voller Kraft für eine Neuordnung der Verhältnisse in Europa einsetzen werde. Besonders begrüßenswert wäre dann eine Berufung von George F. Kennan zum amerikanischen Botschafter in Bonn; siehe XIII/965. Vgl. auch IV/96.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einer dauerhaften Westbindung fanden, der zudem als in der Bundesrepublik maßgeblicher Gesprächspartner fungierte, ist festzustellen, daß Nadolny nunmehr den letzten politischen Einfluß außerhalb Deutschlands verlor. Da auch kein Ersatz für die Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands zu schaffen war, hatte er außen- und innenpolitisch kaum noch Möglichkeiten, mahnend, drängend oder organisierend im Sinne seiner Neuordnungspläne für Mitteleuropa aktiv zu werden. Die 1949 von ihm vollzogene Wende stellte für ihn also weit mehr als ein temporäres Zurückstellen seiner nationalstaatlichen Ziele dar. Sie war gleichzeitig das Ende seiner originären und selbständigen Politik. Die von ihm schon beim ersten Auftauchen entsprechender Pläne geäußerte Prophezeiung, daß es sich bei einem Weststaat nicht um ein Provisorium handeln werde, bewahrheitete sich auch hinsichtlich der von ihm nachvollzogenen Kehre: Es gab keine Alternative und kein Zurück mehr von dem nun auch von ihm befürworteten Kurs in der Bundesrepublik Deutschland. So war es nicht verwunderlich, daß in Nadolnys letzten Lebensjahren vermehrt Anzeichen von Resignation, wie sie erstmals 1948 festzustellen gewesen waren, auftraten. Er schrieb jetzt auch seine Memoiren nieder, wie er es früher für den Fall angekündigt hatte, daß sein aktives politisches Schaffen beendet sei.

Bei einer zusammenfassenden Würdigung Nadolnys ist nochmals die Frage nach dem Realitätsbezug seines Denkens und Handelns zu stellen. Analog zu der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg ist für die Jahre nach 1945 zu konstatieren, daß es Nadolny aufgrund seiner persönlichen Veranlagung, aber auch weil die Erwartung trog, daß in Deutschland ein Grundkonsens in den ihn berührenden nationalen Fragen bestehe, wiederum nicht gelang, eine innenpolitische Basis für eine Realisierung seiner politischen Ziele, etwa innerhalb der CDU, zu gewinnen. Dabei ist jedoch differenzierend anzumerken, daß die Isolierung des früheren Botschafters nicht gleichmäßig war, daß es vielmehr in den Jahren 1945/46 gewisse Ansatzpunkte für eine Integration Nadolnys in das in Berlin sich herausbildende Kräftefeld deutscher Politik gab. Mit Nadolnys Plänen, das Weststaatsmodell abzuwenden, setzte dann jedoch ein Prozeß ein, der dazu führte, daß Nadolny beim Aufbau der deutschen Teilstaaten ausgeschaltet war und einer politischen Vereinsamung verfiel, die nahezu mit der in den Jahren nach 1934 zu vergleichen war und die sich auch nicht lockerte, als er sich 1949 der neuen deutschlandpolitischen Situation anpaßte.

Bei einer Reflexion der Chancen für Nadolnys Konzept ist ferner auf die Frage einzugehen, inwieweit seine Ziele für die Nachbarstaaten Deutschlands und die übrigen Mächte akzeptabel gewesen sind. Tatsächlich war es nach dem Ersten Weltkrieg nicht gerade wahrscheinlich, daß Deutschland nach der erlittenen Niederlage langfristig im Sinne der nationalpolitischen Ziele Nadolnys zu einer Position in Europa aufsteigen würde, welche die des Bismarckschen Reiches noch erheblich übertroffen hätte. Auch die innere Ambivalenz des Mischzonenprojekts konnte angesichts des hohen Stellenwertes, den in dieser Zeit der Nationalstaatsgedanke in Europa allenthalben besaß, trotz des von Nadolny deutlich ausgesprochenen Verzichts auf direkte deutsche Herrschaftsausübung, keine Werbewirksamkeit entfalten.

Der im Zweiten Weltkrieg entwickelte Leitgedanke, durch die Vorleistung eines –

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ihn persönlich unendlich schmerzenden – Verzichts auf Ostpreußen einen dauerhaften Interessenausgleich zwischen Deutschland, Polen und der Sowjetunion zu bewirken, war vor dem Hintergrund der vorangegangenen deutschen Kriegs- und Okkupationspolitik in Osteuropa, aber auch aufgrund des überspannten Sicherheitsdenkens der Sowjetunion, die auf einem weit vorgeschobenen Glacis bestand[160], ebenfalls überaus problematisch. Ähnliches gilt für seinen zur Zeit der Potsdamer Konferenz gewiß nicht unfundierten, bald aber zunehmend ungesicherten Glauben, daß die Basis für die Rückgewinnung einer deutschen Großmachtstellung noch bestehe. Immerhin wurde dieser Glaube von zahlreichen deutschen Politikern geteilt und auch noch nach der Weststaatsgründung, als man für seine Realisierung auf die Hilfe der USA hoffte, nicht sogleich preisgegeben[161]. Schließlich muß die bei Nadolny seit 1949 immer wieder anzutreffende Erwartung als unrealistisch bezeichnet werden, die Westmächte, insbesondere die USA, würden die deutsche Einheit als Angelpunkt ihrer eigenen Politik ansehen[162]. Man wird sagen können, daß das – im Rahmen des politischen Kräftefelds in Deutschland – relativ große Maß an Konzessionsbereitschaft, das Nadolny 1918 zeigte, eher der Periode vor dem Ersten Weltkrieg, die Bescheidung nach 1945 eher der Zwischenkriegsphase zu Gesicht gestanden hätte. Allerdings sei hier daran erinnert, daß das bislang noch längst nicht hinreichend erforschte deutschlandpolitische Konzept der sowjetischen Führung unter Stalin im und nach dem Zweiten Weltkrieg vielleicht doch nicht bloß zum Schein oder aus Propagandagründen von der Restitution eines „großen" Deutschland sprach[163]. Freilich haben weder die USA, die im Zuge ihrer Eindämmungspolitik jeder „ausgreifenden" Sicherheitspolitik der Sowjets einen Riegel vorschieben wollten und auch deshalb die Träger der Weststaatspolitik waren, noch die Sowjetunion, die in der SBZ trotz mancher Schwankungen den Weg zur Volksdemokratie mit erheblicher Konsequenz beschritt, es zu irgendeinem Zeitpunkt nach Kriegsende riskiert, ihre zahlreichen Absichtserklärungen, die Wiedervereinigung Deutschlands anzustreben, so zu formulieren und zu präsentieren, daß dies als eindeutiges Signal für eine praktikable gemeinsame Deutschlandpolitik der ehemaligen Alliierten verstanden werden konnte. Die mittlerweile verfeindeten Mächte teilten vielmehr den Zweifel, ob ein einheitliches Deutschland den jeweils eigenen Interessen entspreche. Vor diesem Hintergrund waren Nadolnys Bestrebungen nach 1945 je länger desto mehr mit illusionären Aspekten behaftet.

Ein letzter Punkt in diesem Zusammenhang: Trotz der Dominanz der Interessen der westlichen und der östlichen Führungsmacht hat auch die Politik Schumachers und Adenauers dem von Nadolny verfochtenen Brückenplan den Boden entzogen. Vor der Gründung der Bundesrepublik Deutschland hätte zwar Schumachers Streben nach

---

160 Zur Kontinuität der sowjetischen Kriegsziele siehe Hillgruber, Der Zweite Weltkrieg, S. 295ff.

161 Hillgruber, Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, S. 36.

162 Zur amerikanischen, durch erhebliche Wenden gekennzeichneten Politik siehe Hans Herzfeld, Berlin in der Weltpolitik 1945–1970, Berlin/New York 1973, S. 134ff. und passim.

163 Vgl. Anm. 97.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einem souveränen, von einem demokratischen Sozialismus geprägten Deutschland theoretisch hinreichende Möglichkeiten für eine Kooperation mit Nadolny bieten können. Der kämpferische Antikommunismus des sozialdemokratischen Parteiführers, seine Bedenken, sich auch nur temporär oder partiell der Sowjetunion zu verpflichten, und seine Sorge vor deutschen Agenten der Sowjets bewirkten jedoch eine faktische Anlehnung an den Westen und eine insgesamt feindliche Haltung der SPD gegenüber Nadolny.

Adenauer trat demgegenüber als offener Verfechter einer Westintegration der Bundesrepublik und darüber hinaus ganz Deutschlands auf. Vor allem der letztgenannte Aspekt war für den stets auf die Unabhängigkeit Deutschlands abzielenden Nadolny eine abwegige Haltung. Er wurde nicht müde zu betonen, daß Adenauers Politik falsch sei, weil sie nur nach dem Westen schaue; man müsse sich an den Westen anlehnen *und* dem Osten ins Gesicht sehen. Auch Adenauers Neigung, mit „Völkerrechtlern" Außenpolitik zu betreiben, wurde von dem früheren Botschafter, der an Adenauers außenpolitischen Fähigkeiten zweifelte, heftig kritisiert[164]. Doch gerade der außenpolitische Kurs und Stil des ersten Bundeskanzlers gaben diesem durch die Kooperationsmöglichkeit mit den USA ein Gewicht, das wiederum erheblich dazu beitrug, die Intentionen und das Wirken Nadolnys als zunehmend realitätsfremd erscheinen zu lassen.

Wichtiger als solche, die Schwächen Nadolnys kennzeichnenden oder relativierenden Reflexionen ist jedoch die gerechte Würdigung seiner besonderen Leistungen. Nadolny hat zumindest an zwei Wegscheiden der deutschen Geschichte, 1933/34 und 1947/48, sich nicht von einer allgemeinen Verblendung anstecken lassen. Selbständig denkend und an historischen Kategorien orientiert, hat er den unwiderruflichen Schaden erkannt, welcher der deutschen Nation – und nicht nur ihr – zugefügt werden sollte. 1933/34 wurden die Weichen gestellt, um in konsequenter Verfolgung der nationalsozialistischen Programmatik den Nationalstaatsgedanken zu einem rassistischen Nationalismus von bislang unbekanntem Ausmaß zu pervertieren und eine neuartige Kraftentfaltung mit dem Ziel einer barbarisch-endgültigen „Lösung" der ethnischen und nationalen Probleme in Ost-Mittel-Europa vorzubereiten. Nadolny blieb in dieser Situation bei seiner zuvor entwickelten Auffassung, daß eine Eskalation nationaler Rivalitäten und ein Nationalitätenfetischismus keiner Seite Nutzen und vor allem für das durch seine Lage in der Mitte Europas exponierte Deutschland existenzgefährdende Risiken bringen werde. Vor dem ihn hart treffenden Rücktritt als Botschafter wurde ein erfolgversprechender Widerstand jedoch allein schon dadurch unmöglich, daß sein auf einen Ausgleich ausgerichtetes Konzept ohne entscheidendes Zutun des nationalsozialistischen Regierungschefs Hitler durch die mit Repräsentanten der traditionellen deutschen Führungsschicht besetzte Spitze des Auswärtigen Amtes zu Fall kam; die Faszination des von Hitler eingeleiteten machtpolitischen Aufschwungs war auf Neurath und sein Ministerium übergesprungen.

---

[164] Am deutlichsten ist diese Auffassung in dem Brief an Johannes Posth vom 30. 7. 1952 (IX/536) anzutreffen.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In den Jahren 1947/48, als die Entscheidungen für die Gründung der Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik fielen, mußte Nadolny hingegen in erster Linie vor den von deutscher Seite kaum zu beeinflussenden Interessen der Supermächte USA und Sowjetunion kapitulieren. Vor diesem Hintergrund ist Nadolnys zweite Einsicht zu beurteilen, nämlich die Feststellung, daß die zunächst als Provisorien gedachten Teilstaatsgründungen mit großer Wahrscheinlichkeit von langer Lebensdauer sein würden und daß ein Appell an die Sowjetunion die Teilung Deutschlands noch am ehesten verhindern könnte. Seinen Kampf gegen die Umorientierung in den Jahren 1947/48 führte er auf ähnlich verlorenem Posten wie 1933/34. Seine Niederlage war ebenso vollständig und zusätzlich von der Befürchtung überschattet, daß vor allem die deutsche Jugend einer schweren Orientierungskrise anheimfallen würde, wenn das traditionelle Ziel eines einheitlichen Deutschland sich als unrealistisch erweisen sollte[165].

Was die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg betrifft, ist Nadolny einer Reihe von Persönlichkeiten zuzuordnen, die nacheinander und aus recht unterschiedlichen Motiven sich einer einseitigen Bindung Deutschlands oder eines deutschen Teilstaates an den Westen oder an den Osten zu widersetzen suchten und mehr oder minder deutlich ein Brückenkonzept anstrebten. Den von christlich-sozialen Grundpositionen ausgehenden Bemühungen des Vorsitzenden der CDUD, Jakob Kaiser, folgte der stark durch historische Kategorien bestimmte Versuch Nadolnys. Danach konzentrierte sich der Würzburger Historiker Ulrich Noack in starkem Maße auf geopolitische Überlegungen[166]. Schließlich war Gustav Heinemanns Politik als Vorsitzender der GVP grundlegend von ethischen, vor allem aus der Problematik einer Wiederaufrüstung herrührenden Reflexionen bestimmt[167]. Die Unterschiede im geistigen Ansatz dieser in ihrer Zielsetzung eng verwandten Konzeptionen sollten ein zusätzlicher Anlaß sein, die in Persönlichkeit und Wirken Nadolnys sichtbar gewordenen Alternativen zum faktischen Geschichtsablauf trotz ihres Scheiterns zu würdigen.

Käme eine solche Würdigung aufgrund der bisweilen erheblichen Realitätsferne seines Denkens und Handelns zu dem Schluß, daß Nadolnys Politik stets utopisch

---

165 Seine Prognose lautete: „Die deutsche Einheit ist ... das einzige Gut, das Deutschland ... im Potsdamer Abkommen erhalten geblieben ist. Allein ein einheitliches Deutschland bietet die Voraussetzung, daß Deutschland zu irgendeinem Zeitpunkt im Rahmen eines geeinten Europas eine Aufgabe erfüllen kann. Ein einheitliches Deutschland allein wird der deutschen Jugend den Ansporn bieten, an eine erstrebenswerte bessere Zukunft zu glauben." (Begleitschreiben, siehe Anm. 133).

166 Zu ihm die biographische Einleitung von H. Euler in: Ein Leben aus freier Mitte. Beiträge zur Geschichtsforschung, Festschrift für Ulrich Noack von seinen Kollegen, Schülern und Freunden zum 60. Geburtstag, Berlin u. a. 1961, sowie W. Cornides, Die Neutralitätslehre des Nauheimer Kreises und der geistige Hintergrund des West-Ost-Gesprächs in Deutschland, in: Europa-Archiv, 1950, S. 3069ff., 3103ff. und 3879ff.

167 Hierzu neben Dieter Koch, Heinemann und die Deutschlandfrage, München 1972², Heinemanns eigene Zeugnisse in: H. Lindemann (Hrsg.), Gustav W. Heinemann. Es gibt schwierige Vaterländer. Reden und Schriften, Bd. III, Frankfurt 1977, S. 95ff. Zur Spannweite der Ideen und der Problematik der Blockfreiheit siehe Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, S. 297ff.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gewesen ist, dann wäre auch die These von der Lebensunfähigkeit und Chancenlosigkeit des deutschen Nationalstaats erhärtet. Nadolny, der sich, ausgehend von Prämissen der traditionellen deutschen Führungsschicht, als lernfähig erwiesen und der Konzepte formuliert hatte, die den Bestand Deutschlands gewährleisten sollten, wäre dann in dem langen Zeitraum von 1919 bis 1947, in dem er immer wieder Kandidat für den Posten des deutschen Außenministers gewesen ist, aus innerer Sachlogik und Zwangsläufigkeit immer ein Außenminister ohne Verwendung geblieben.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Miszelle

UDO WENGST

DER REICHSVERBAND DER DEUTSCHEN INDUSTRIE IN DEN ERSTEN MONATEN DES DRITTEN REICHES

Ein Beitrag zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus

Das Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus ist besonders in den letzten Jahren immer wieder von Historikern aufgegriffen worden und unter Heranziehung neuen Quellenmaterials vor allem aus den Industriearchiven Gegenstand eingehender Untersuchungen gewesen[1]. Wenn auch die Bewertung der Vorgänge höchst kontroverse Ausprägungen gefunden hat, so sind sich die vorliegenden Abhandlungen doch darin sehr ähnlich, daß sie in aller Regel mit dem 30. Januar 1933 abbrechen und den Beginn des nationalsozialistischen Regimes nicht mehr einbeziehen. Die Vernachlässigung dieses Zeitraumes erscheint von der Sache her nicht gerechtfertigt[2], da zum einen die Ereignisse nach dem 30. Januar auch Aufschlüsse über die Beziehungen von Industrie und Nationalsozialismus vor diesem Datum geben können, zum anderen unser Wissen über die Beziehungen von Großindustrie und nationalsozialistischer Regierung und Partei gerade in den Anfangsmonaten des Dritten Reiches noch durchaus lückenhaft ist und im wesentlichen auf Arbeiten beruht, die schon in den sechziger Jahren erschienen sind und nur über eine relativ schmale Quellenbasis verfügen[3]. Die teilweise Öffnung der Industriearchive stellt der historischen Forschung auch für den hier interessierenden Zeitraum neues Material zur Verfügung und eröffnet somit die Chance, detailliertere und damit zuverlässigere Aussagen zu machen. Dies soll im folgenden gleichsam paradigmatisch durch die Behandlung des Reichsverbandes der

---

[1] Vgl. vor allem Henry Ashby Turner jr., Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen 1972; ders., Großunternehmertum und Nationalsozialismus 1930–1933. Kritisches und Ergänzendes zu zwei neuen Forschungsbeiträgen, in: HZ 221 (1975), S. 18 ff.; Dirk Stegmann, Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930–1933. Ein Beitrag zur Geschichte der sog. Machtergreifung, in: Archiv für Sozialgeschichte 13 (1973), S. 399 ff.; Volker Hentschel, Weimars letzte Monate. Hitler und der Untergang der Republik, Düsseldorf 1978.

[2] So bereits die Kritik von Dietmar Petzina, Hitler und die deutsche Industrie. Ein kommentierter Literatur- und Forschungsbericht, in: GWU 17 (1966), S. 483.

[3] Hier sind insbesondere zu nennen: Gerhard Schulz, Die Anfänge des totalitären Maßnahmenstaates, Teil II von Bracher/Sauer/Schulz: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Köln-Opladen 1962², Neudruck Frankfurt/M-Berlin-Wien 1974; Arthur Schweitzer, Big Business and the Third Reich, Bloomington 1964.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Deutschen Industrie (RDI)[4], des mächtigen, von der Großindustrie beherrschten industriellen Spitzenverbandes, versucht werden, wobei sich der Autor darüber im klaren ist, daß seine Folgerungen nur vorläufiger Art sein können und weiterer Fundierung bedürfen.

Das Geschäftsführende Präsidialmitglied des RDI, Ludwig Kastl, traf am 31. Januar 1933, einen Tag nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, mit seinen Kollegen vom Reichsverband des Deutschen Groß- und Überseehandels und der Vereinigung der Arbeitgeberverbände des Deutschen Großhandels, Otto Keinath, vom Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT), Eduard Hamm, vom Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, Bernstein, und von der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, Tiburtius, zusammen, um die durch den Regierungswechsel gegebene Lage zu erörtern[5]. Die Gesprächsteilnehmer erzielten Übereinstimmung, vorläufig auf eine Kontaktaufnahme mit der Reichsregierung zu verzichten, „damit nicht der Eindruck entsteht, als ob wir uns in irgend einer Form anwerfen wollten". Diese Zurückhaltung bedeutete jedoch nicht den Verzicht auf jedwede Einwirkungsversuche auf die Regierungsmaßnahmen, wie der weitere Verlauf der Besprechung deutlich macht. Verhindern wollten die anwesenden Industrievertreter auf jeden Fall die in der Diskussion befindliche Zusammenlegung des Ernährungs-, Wirtschafts- und Arbeitsministeriums sowie das Ausscheiden von Ministerialdirektor Posse, Leiter der Abteilung II: Handels- und Zollpolitik im Reichswirtschaftsministerium.

Der Verlauf der Besprechung erhellt bereits einen wesentlichen Aspekt, der das Verhältnis einer starken Gruppe von Großindustriellen unter Führung des RDI zur Reichsregierung zu Beginn des Dritten Reiches bestimmt: die Sorge um die Wahrung der Exportinteressen der Industrie gegen den massiven Anspruch der Landwirtschaft auf einen weitgehenden Zollschutz, ein Problem, das bereits die Beziehungen zwischen Industrie und Landwirtschaft seit Beginn der Weltwirtschaftskrise enorm belastet hatte[6]. Daß die Befürchtungen in diesem Punkt nicht unberechtigt waren, erwies sich bereits am 8. Februar 1933, als die Reichsregierung eine Verordnung über Zolländerungen erließ, in der eine Erhöhung der Zölle für Vieh, Fleisch und Schmalz ausgesprochen wurde[7].

In dieser Verordnung ist der Grund dafür zu sehen, daß ein Teil der an der Besprechung vom 31. Januar beteiligten Verbände es nun doch für notwendig erachtete,

---

[4] Über die Geschichte des RDI die gewiß einseitige, aber trotzdem in vieler Hinsicht informative Skizze von Fritz Gunther und Manfred Ohlsen in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, Leipzig 1970, S. 580ff.

[5] Kastl an Krupp von Bohlen vom 31. 1. 1933, Familienarchiv Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, Krupp-Archiv Essen-Hügel (FAH), IV E 203.

[6] Vgl. die einschlägigen Dokumente in: Politik und Wirtschaft in der Krise 1930–1932. Quellen zur Ära Brüning, bearbeitet von Ilse Maurer und Udo Wengst unter Mitwirkung von Jürgen Heideking, eingeleitet von Gerhard Schulz (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, dritte Reihe: Die Weimarer Republik, Bd. 4), Düsseldorf 1980.

[7] RGBl. 1933 I S. 55.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Reichswirtschaftsminister Hugenberg zu einer Aussprache aufzusuchen. Am 9. Februar brachten Vertreter des RDI, des DIHT, der Internationalen Handelskammer und des Reichsverbandes des Deutschen Groß- und Überseehandels gegenüber Hugenberg und dessen Staatssekretär Bang ihre Bedenken gegen die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung zum Ausdruck[8]. Die Industriellen sahen in den bereits vollzogenen und noch geplanten Zollerhöhungen für landwirtschaftliche Produkte Maßnahmen, die nicht ohne negative Auswirkungen auf den deutschen Export in die Länder bleiben konnten, die „nun einmal auf die Ausfuhr gewisser landwirtschaftlicher Erzeugnisse nach Deutschland angewiesen" seien. Hugenberg zeigte zwar Verständnis für die ihm vorgetragenen Sorgen, wies aber nachdrücklich auf die Notwendigkeit eines interessenpolitischen Ausgleichs zwischen Industrie und Landwirtschaft hin, den er durch eine weitgehende Kontingentierung, Reglementierung und Schematisierung bilateraler Wirtschaftsbeziehungen unter Aufgabe der Meistbegünstigungsklausel zu erreichen hoffte. Den hiergegen erhobenen Bedenken der Industriellen verschloß sich der Minister zwar nicht; er betonte aber zum Abschluß, daß sein Bestreben sich in Zukunft vor allem darauf richten müsse, „die Radikalisierung der Landwirtschaft hintanzuhalten".

Diese Auffassung, der sich die Reichsregierung am 18. Februar mit der Verabschiedung einer weiteren Verordnung über Zolländerungen anschloß[9], war für den RDI Veranlassung, im Anschluß an die Beratungen seines Präsidiums am 16. und 17. Februar öffentlich zu erklären, daß seine Haltung zur Reichsregierung von ihren „wirtschaftlichen Maßregeln" abhängig bleiben müsse[10]. Die hierin zum Ausdruck kommenden Vorbehalte gegenüber der Reichsregierung hatten aber auch noch andere Ursachen, die sich – wie der weitere Text der öffentlichen Erklärung ergibt – auf die „Störungen der inneren Ruhe und des sozialen Friedens" bezogen. Das spielte auf die Übergriffe von SA- und NSBO-Mitgliedern in einer größeren Anzahl von Industriebetrieben an, denen die Industrie auch in den folgenden Wochen, nach dem Reichstagsbrand noch in erhöhtem Maße, ausgesetzt war und die – als ein zweiter wesentlicher Aspekt – die Haltung des Reichsverbandes zur Reichsregierung beeinflußten. Dies geht u. a. aus einem Schreiben des Vorsitzenden des Reichsverbandes, Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, und des Vorsitzenden der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (VDA), Carl Köttgen, an Innenminister Frick vom 10. März 1933 hervor, in dem sie die Stellungnahme des RDI vom 17. Februar in eindringlicher Weise wiederholten. Krupp von Bohlen und Köttgen wiesen darauf hin, daß die Wahlergebnisse vom 5. März eine „sichere Grundlage für eine stabile Regierung geschaffen" hätten und damit eine „entscheidende Voraussetzung für die Rückkehr des Vertrauens" gegeben sei; sie fuhren dann fort: „Zahlreiche Berichte lassen indessen erkennen, daß infolge der Ereignisse der letzten Tage in vielen Betrieben eine wach-

[8] Aktenvermerk über eine Besprechung bei Minister Hugenberg am 9. 2. 1933, Anlage zu einem Schreiben Kastls an Silverberg vom 9. 2. 1933, Bundesarchiv Koblenz (BA), Nachlaß Silverberg 235.

[9] RGBl. 1933 I S. 72.

[10] Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, hrsg. von Ulrich Thürauf, Bd. 74 (1933), S. 48.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sende Unruhe entstanden ist. Wir haben das Vertrauen, daß bei der großen Mehrheit der Arbeiter und Angestellten der gute Wille zu aufbauender Arbeit für Volk und Staat vorhanden ist. Um so verhängnisvoller wäre es, wenn sich aus einer Fortdauer der Beunruhigung Handlungen entwickeln würden, die jeder Gesundung unserer wirtschaftlichen Lage entgegenwirken müßten."[11]

Die Hoffnung, daß die Reichsregierung – auf die Forderungen der Industrie Rücksicht nehmend – Abhilfe schaffen und zu einer Beruhigung der Lage beitragen würde, war nicht aus der Luft gegriffen. Denn zum einen hatte die Reichsregierung, d. h. insbesondere die NSDAP ihren Wahlkampf im Winter 1933 im wesentlichen mit Mitteln der Industrie bestritten[12], zum anderen hatte Hitler selbst in seinem vielzitierten Treffen mit einflußreichen Industriellen am 20. Februar 1933 in einer in vielen Passagen an seine Ausführungen im Januar 1932 vor dem Industrieclub in Düsseldorf[13] erinnernden Rede „seine grundsätzliche Einstellung zu den politischen Geschehnissen sowie zur Wirtschaft, Einzelpersönlichkeit und zum Privateigentum in einer Weise dargelegt", die nach Auffassung des Generaldirektors der Hoeschwerke, Fritz Springorum, die „restlose Zustimmung" aller anwesenden Industriellen gefunden hatte[14]. Außerdem veröffentlichte Hitler am gleichen Tag, an dem sich Krupp von Bohlen und Köttgen an Frick wandten, einen Aufruf, in dem er SA und SS zur Disziplin aufforderte und u. a. Störungen des Geschäftslebens untersagte[15].

Trotz der Haltung Hitlers, der es stets bei grundsätzlichen und damit zwangsläufig auslegungsfähigen Äußerungen zu Wirtschaftsfragen beließ, blieb die Lage unübersichtlich und die weitere Entwicklung kaum abzuschätzen. Es ist auf diese Unsicherheit, aber ebenso auf das Selbstbewußtsein des RDI gegenüber der Reichsregierung zurückzuführen, daß innerhalb des Reichsverbandes die Diskussion über eine Wiederbelebung der Arbeitsgemeinschaft mit den Gewerkschaften wieder auflebte, die bereits im Jahr 1930 geplant, schließlich aber doch gescheitert war[16].

Hinweise auf diesen weiteren Versuch einer Erneuerung der Zentralarbeitsgemeinschaft von 1918 enthalten bereits die 1948 und 1952 erschienenen Bücher von August Heinrichsbauer[17] und Louis P. Lochner[18]. Ihre Aussagen finden Bestätigung durch

---

[11] Krupp von Bohlen/Köttgen an Frick vom 10. 3. 1933, BA, R 43 II/362.

[12] Zur Finanzierung ihres Wahlkampfes hatte die Regierung von der Industrie insgesamt 3000000 RM gefordert; von dieser Summe sollten 75% der NSDAP und 25% dem schwarz-weiß-roten Block zur Verfügung gestellt werden. Springorum an Reusch vom 21. 2. 1933, Historisches Archiv der Gutehoffnungshütte Oberhausen (HA/GHH) 400101293/36.

[13] Rede abgedruckt bei Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945, kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Würzburg 1962, Bd. I, S. 68ff.

[14] So in dem in Anm. 12 genannten Schriftstück. Eine andere und die bisher meist herangezogene Quelle für diese Zusammenkunft in: IMT Bd. XXXV, Dok. D 203, S. 42ff.

[15] Schulthess 1933, S. 52.

[16] Vgl. Udo Wengst, Unternehmerverbände und Gewerkschaften in Deutschland im Jahre 1930, in: VfZ 25 (1977), S. 99ff.

[17] Schwerindustrie und Politik, Essen 1948, S. 64.

[18] Die Mächtigen und der Tyrann. Die deutsche Industrie von Hitler bis Adenauer, Darmstadt 1952², S. 157.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zeitgenössische Quellen. Nach den hierin enthaltenen spärlichen Angaben trafen einige Mitglieder aus der Führung des Reichsverbandes – darunter Krupp von Bohlen – im März 1933 mit Gewerkschaftsvertretern zusammen, um über „die Aussichten einer künftigen Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern" zu sprechen[19]. Einem Brief des Vorstands- und Präsidialmitglieds des RDI und ehemaligen Reichstagsabgeordneten der Zentrumspartei, Clemens Lammers, an Krupp von Bohlen vom 20. März 1933 ist zu entnehmen, daß die ins Auge gefaßte Zusammenarbeit u. a. dazu dienen sollte, „die Pläne abzubiegen, welche bei den Nationalsozialisten hinsichtlich Umformung der Verbände und Gewerkschaften nach italienischem Muster bestehen"[20]. Die Parallelität zur Situation im Herbst 1930 springt ins Auge. Genau wie damals suchte eine einflußreiche Gruppierung innerhalb der Großindustrie in einer Zeit verschärfter Interessenkollision mit der Landwirtschaft ein Arrangement mit den Gewerkschaften herbeizuführen, dessen Stoßrichtung gegen die NSDAP zielte. In einem Punkt unterschied sich allerdings die Lage von 1930 grundlegend von 1933. Während die NSDAP im Herbst 1930 trotz ihres Erfolges in den Septemberwahlen keinen nennenswerten politischen Einfluß besaß, war sie 1933 der ausschlaggebende politische Faktor und nicht gewillt, auf die Durchsetzung ihres Machtanspruchs gegenüber den Verbänden zu verzichten, eine Tatsache, mit der der Reichsverband erstmals am 23. März 1933 konfrontiert wurde.

An diesem Tag, der durch die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes durch den Reichstag in die Geschichte eingegangen ist, trat das Präsidium des Reichsverbandes zu einer Sitzung zusammen. An ihr nahm auch der Aufsichtsratsvorsitzende der Vereinigten Stahlwerke, Fritz Thyssen, teil. Thyssen war bereits zu Beginn der zwanziger Jahre mit Hitler in Kontakt gekommen und hatte dessen Bewegung finanziell unterstützt. Seit Dezember 1931 war er Mitglied der NSDAP. Im Laufe des Jahres 1932 hatte er sich mehrfach bei anderen führenden Industriellen des Reviers für die Unterstützung Hitlers eingesetzt, ohne allerdings damit den erhofften Erfolg zu erzielen[21]. In der Präsidialsitzung am 23. März 1933 ergriff Thyssen gleich zu Beginn das Wort und trat für eine Umbildung sämtlicher Gremien des Reichsverbandes „entsprechend den geänderten politischen Verhältnissen" ein. Diese Forderung begründete Thyssen damit, daß in den Reichsverband „auch ein neuer Geist einziehen" müsse, „nachdem der Liberalismus nunmehr endgültig überwunden sei". Sodann warf Thyssen dem Reichsverband vor, „immer und zu jeder Zeit ‚Schleppenträger' des bisherigen Systems" gewesen zu sein und stets eine ablehnende Haltung gegenüber Hitler und der NSDAP eingenommen zu haben. Als Belege nannte Thyssen Äußerungen Kastls, in denen von einer Gleichsetzung des Nationalsozialismus mit dem Kommunismus die Rede gewesen sei, eine angebliche Intervention Krupp von Bohlens gegen die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler beim Reichspräsidenten am 29. Januar 1933, den Versuch „einer Fronde mit den Gewerkschaften" gegen die Regierung

[19] Aufzeichnung über die Präsidialsitzung des RDI am 23. 3. 1933, FAH, IV E 885.
[20] Lammers an Krupp von Bohlen vom 20. 3. 1933, FAH, IV E 1024.
[21] Vgl. Fritz Thyssen, I paid Hitler, New York-London 1941, S. 111f., 128, 132f., 142.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hitler und schließlich die Weigerung der Geschäftsführung des RDI am 21. März 1933, dem Tag von Potsdam, neben der schwarz-weiß-roten Flagge auch die Hakenkreuzflagge zu setzen. Krupp von Bohlen wies die Vorwürfe Thyssens zurück und ging dabei namentlich auf die Verhandlungen mit den Gewerkschaften ein, deren Existenz er nicht leugnete. Gegenüber Thyssen betonte er jedoch, von einer Fronde könne nicht die Rede sein, vielmehr hätten er und die übrigen beteiligten Unternehmer die Absicht gehabt, den Reichskanzler über die Verhandlungen zu informieren und ihn mit der Frage zu konfrontieren, ob eine Zusammenarbeit von Unternehmerverbänden und Gewerkschaften auf freiwilliger Basis nicht einem behördlichen Eingriff vorzuziehen sei. Allein aus Termingründen habe diese Frage dem Reichskanzler bisher nicht vorgelegt werden können. Auf diese Ausführungen hin nahm Thyssen seinen Vorwurf zurück, daß sich RDI und Gewerkschaften zu einer Fronde zusammengetan hätten, fuhr dann aber fort: „Allein die Tatsache, daß hier ernstlich mit den Gewerkschaften verhandelt worden sei, sei sehr bezeichnend. Der Herr Vorsitzende wisse, daß die heutige Form der Gewerkschaften für die nationale Bewegung untragbar sei, und es sei deshalb durchaus ungeschickt, wenn man den Gewerkschaften jetzt wieder zu einer Machtstellung verhelfen wolle. Es sei unverständlich, wie man im Reichsverband an die Situation im November 1918 anknüpfen wolle." Thyssen hatte hiermit, aber auch mit einem Teil seiner übrigen Vorwürfe ins Schwarze getroffen, und die Erregung und die Heftigkeit, mit der Krupp von Bohlen und Kastl auf Thyssens Erklärungen reagierten und sie zurückwiesen, machten deutlich, daß sie nicht jeder Grundlage entbehrten und der RDI der Gefahr ausgesetzt war, ins politische Abseits zu geraten. Auch wenn das Protokoll über die Sitzung an mehreren Stellen Unmutsäußerungen über die Angriffe Thyssens enthält und es gegen Ende der Aussprache auf Antrag des Generaldirektors der Gutehoffnungshütte, Paul Reusch, gelang, daß Krupp von Bohlen einstimmig das Vertrauen ausgesprochen wurde, so gab es doch daran nichts zu rütteln, daß die Führung des RDI in die Verteidigung gedrängt und gezwungen war, ihre bisherige Haltung zur politischen Lage einer Überprüfung und Korrektur zu unterziehen. Auf diese Notwendigkeit wies Thyssen abschließend noch einmal nachdrücklich hin, indem er feststellte, es sei erforderlich, „daß der Vorstand des Reichsverbandes sich mit der Frage beschäftige, ob es richtig sei, die alten abgewirtschafteten Grundsätze einer liberalistischen Wirtschaftpolitik noch weiter zu betonen. Je schneller der Reichsverband sich von diesen Grundsätzen abwende, um so besser sei es für die Wirtschaft. Es müßten möglichst Herren in das Präsidium gewählt werden, die auf dem Standpunkt ständen, daß den neuen Ideen Rechnung getragen werden müsse"[22].

Die Beschlüsse, die das Präsidium abschließend faßte, kamen den Forderungen Thyssens entgegen. Zum einen wurde der Wahlausschuß des Reichsverbandes beauftragt, neue Richtlinien über die Zuwahlen zum Präsidium und zum Vorstand auszuarbeiten, in denen die besondere Berücksichtigung der mittleren und kleineren Industrie sowie der geänderten politischen Verhältnisse gewährleistet sein sollte. Zum anderen

[22] Siehe Anm. 19.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stimmte das Präsidium der Bildung eines kleinen Ausschusses zu, der sich mit den allgemeinen Fragen der geistigen Grundlage der Staats- und Wirtschaftspolitik im Hinblick auf die eingetretenen politischen Veränderungen zu beschäftigen hatte[23]. Die in diesen Beschlüssen bereits angedeutete Wendung des RDI zum nationalsozialistischen Staat wurde einen Tag später offiziell vollzogen, als das Präsidium in Briefen an den Reichskanzler, den Vizekanzler, den Wirtschafts-, Innen- und Arbeitsminister sowie den Reichsbankpräsidenten seine bisherigen Vorbehalte gegen die Reichsregierung fallenließ, indem es feststellte: „Durch die Wahlen ist die Grundlage für ein stabiles Regierungsfundament geschaffen, und es sind damit die Störungen beseitigt, die sich aus den ständigen politischen Schwankungen der Vergangenheit ergeben und die wirtschaftliche Initiative stark gelähmt haben. Für den notwendigen tatkräftigen Wiederaufbau kommt es darauf an, die Sammlung und Mitwirkung aller aufbauwilligen Kräfte herbeizuführen. Die deutsche Industrie, die sich als einen wichtigen und unentbehrlichen Faktor für den nationalen Aufbau betrachtet, ist bereit, an dieser Aufgabe tatkräftig mitzuwirken, und der Reichsverband der Deutschen Industrie – als ihre wirtschaftliche Vertretung – wird alles tun, um der Reichsregierung bei ihrem schweren Werke zu helfen."[24]

Auf dieses Angebot zur Mitarbeit reagierte die Reichsregierung zunächst nicht. Sie setzte zu dieser Zeit auf eine andere Gruppierung im Unternehmerlager, die schon vorher den Weg zur Unterstützung des Nationalsozialismus gefunden hatte. Dies waren Industrielle aus dem Führungskreis der VDA (Köttgen, Raabe, Brauweiler) sowie die entscheidenden Männer der Vereinigten Stahlwerke, neben Fritz Thyssen Albert Vögler und Ernst Poensgen. Die genannten Personen nahmen zusammen mit dem Generaldirektor der Essener Steinkohlenbergwerke, Ernst Tengelmann, und Hans Reupke, einem Mitarbeiter in der Geschäftsleitung des RDI, der schon frühzeitig mit Schriften über die wirtschaftlichen Vorstellungen des Faschismus und Nationalsozialismus hervorgetreten war[25], am 28. März 1933 an einer Besprechung im Reichstagspräsidentenpalais teil, zu der Reichstagspräsident Göring eingeladen hatte, um die Frage zu diskutieren, welche Haltung in Zukunft zu den Gewerkschaften einzunehmen sei[26]. Für die Regierung beteiligten sich an der Aussprache Innenminister Frick, Arbeitsminister Seldte, die Staatssekretäre von Rohr und Krohn sowie Ministerialdirektor Grauert aus dem preußischen Innenministerium. NSDAP und NSBO waren durch Klein, Börger, Schuhmann, Muchow, Brucker, Florian und Wagener vertreten. In ihrer Eigenschaft als Wissenschaftler wurden der Spann-Schüler Heinrich, der besonders engen Kontakt zu Thyssen besaß, und Vorwerck herangezo-

---

23 Beschlüsse des Präsidiums des RDI vom 23. 3. 1933, FAH, IV E 193.

24 Geschäftliche Mitteilungen des RDI, 15. Jg. (1933), S. 45.

25 Hans Reupke, Das Wirtschaftssystem des Faschismus, Berlin 1930; ders., Der Nationalsozialismus und die Wirtschaft. Erläuterung der wirtschaftlichen Programmpunkte und Ideenlehre der nationalsozialistischen Bewegung, Berlin 1931.

26 Aktenvermerk über eine Sitzung im Palais des Reichstagspräsidenten am 28. 3. 1933 betreffend die Gewerkschaftsfrage, HA/GHH, 400101290/20.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen. Nach einleitenden Worten von Göring, Seldte und von Rohr wies Grauert darauf hin, daß „die Besetzung der Gewerkschaftshäuser von der politischen Seite her die Dinge vorwärts treibe" und daher die Regierung mit der Frage konfrontiert sei, wie sie mit den Gewerkschaften zu verfahren gedenke. Grauert ließ keinen Zweifel daran, daß die Regierung davon ausgehe, daß die alten Gewerkschaften zu verschwinden hätten und an ihre Stelle nach einer Übergangszeit eine neue Arbeitnehmerorganisation treten müsse.

Dies entsprach durchaus der Auffassung im Führungskreis der VDA, wie eine Aufzeichnung ihres Geschäftsführenden Präsidialmitglieds Brauweiler aus dieser Zeit beweist. Hieraus geht hervor, daß die VDA „schon dahin geschaltet" war, „neue Verhandlungen und Tarifabschlüsse mit den alten Gewerkschaften" zu vermeiden. Da aber nach Brauweiler die Notwendigkeit „laufender Fühlungnahme zwischen Arbeitgeberverbänden und Arbeitnehmerverbänden über Durchführung bestehender Bindungen" bestand, hielt er die „möglichst baldige Schaffung eines der heutigen Lage entsprechenden Partners für die Arbeitgeberverbände" für erforderlich. Dieser Partner sollte nach Brauweilers Auffassung durch die Bildung einer „innerlich zuverlässigen Gewerkschaft nur aus den hinter der Regierung stehenden Gruppen und deren Privilegierung für den Abschluß von Kollektivvereinbarungen" geschaffen werden. Brauweiler erkannte jedoch, daß die Neuordnung des Gewerkschaftswesens auch die Frage einer Neuordnung auf Arbeitgeberseite aufwerfen könnte. Er schloß daher die Aufzeichnung mit der Feststellung: „Auf Arbeitgeberseite ist eine politisch einheitliche Vertretung da. Hier käme zunächst nur eine Anpassung des Organismus an die fachliche und regionale Gliederung der neuen Gewerkschaft in Frage."[27]

Ähnlich äußerte sich auch Grauert in der Besprechung am 28. März. Andere Vorstellungen hatte indessen Thyssen, der im Verlauf dieser Aussprache für eine Auflösung der Unternehmerverbände eintrat, da „mit allen Organisationen gebrochen werden [müsse], die den Gemeinschaftsgedanken zerstörten". Zur Lösung des Problems schlug er die Bildung einer Studienkommission vor, die sich mit der Neuordnung im Bereich der Industrie befassen sollte, ein Vorschlag, der auch die Zustimmung Vöglers fand.

Maßgebend für die weitere Entwicklung auf diesem Gebiet war jedoch nicht die von Thyssen vorgeschlagene Studienkommission. Wie in der Gewerkschaftsfrage übernahmen nun „Aktivisten der nationalsozialistischen Bewegung" die Initiative[28]. Am 1. April 1933 erschienen Otto Wagener, bis September 1932 Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung (WPA) in der Reichsorganisationsleitung II der NSDAP in München, nun Mitarbeiter im Stabe des Führers z. b. V. in Berlin[29], Hans von

---

[27] BA, R 53/15.

[28] Vgl. Timothy W. Mason, Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen 1977, S. 81f.

[29] Zu Otto Wagener neuerdings Henry Ashby Turner jr. (Hrsg.), Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten 1929–1932, Frankfurt/M-Berlin-Wien 1978. Vorher schon Gerhard Schulz, a. a. O. (Anm. 3), Neudruck S. 44f., 327ff.; ders., Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland, Frankfurt/M-Berlin-Wien 1975, S. 623ff., 717f., 872ff.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Lucke, bis September 1932 Mitarbeiter Wageners in der WPA, und Alfred Möllers, deutschnationaler Vorsitzender des Bundes für Nationalwirtschaft und Werkgemeinschaft, in der Geschäftsstelle des RDI in Berlin und stellten Kastl folgende Forderungen: 1. Sofortige Beurlaubung der jüdischen Mitglieder der Geschäftsführung. 2. Ersetzung Kastls durch seinen bisherigen Stellvertreter Jacob Herle. 3. Einstweilige Einsetzung v. Luckes und Möllers' als ‚Vertrauensleute' seitens des RDI, damit „eine Übereinstimmung zwischen der Wirtschaftspolitik des Reichsverbandes mit der Weltanschauung und der Wirtschaftspolitik der nationalsozialistischen Bewegung" sichergestellt sei. 4. Ausscheiden aller jüdischen Mitglieder aus dem Präsidium des Reichsverbandes. Genannt wurden die Namen Silverberg, Kraemer, Piatscheck, Pietrkowski, von Simson und Sobernheim. Wagener begründete die Forderungen damit, daß der RDI es bisher vermieden habe, „irgendwelche Notiz von der Revolution zu nehmen", und so tue, „als ob alles beim alten geblieben sei". Dies habe zu einer Mißstimmung in den Kreisen der Industrie geführt, die der NSDAP nahestünden. Angesichts der bisherigen Haltung des Reichsverbandes sei man in Regierungskreisen „unter Umständen entschlossen, bei der Bildung des neuen Reichswirtschaftsrates den Reichsverband völlig zu übergehen und ihm auch nicht die Rolle in dem kommenden berufsständischen Aufbau, die die Industrie haben müsse, zuzuweisen"[30]. Auf die Frage, mit welchen Befugnissen und in wessen Auftrag Wagener, Lucke und Möllers ihre Forderungen erhoben, erhielt Kastl die Antwort, daß sie „keine amtlichen Befugnisse hätten, daß sie aber im Auftrag der Bewegung kämen und daß mit einer gewissen Absicht der 1. April, nämlich der Tag des Judenboykotts, gewählt worden sei. Ebenso wie dieser Boykott nicht eine Aktion der Regierung sei, sondern eine der nationalen Bewegung, so sei ihr Vorgehen gegenüber dem Reichsverband [...] getragen von dem Sinn und Zweck dieser Bewegung". Darüber hinaus, so erklärten sie, handelten sie im Auftrag der Kreise der Industrie, die auf dem Boden des Nationalsozialismus stünden[31]. Damit war offensichtlich die Gruppierung gemeint, die an der Besprechung am 28. März im Reichtagspräsidentenpalais vertreten war. Diese Vermutung stützt sich vor allem auf eine Äußerung Wageners in einer Aussprache in der Geschäftsstelle des Reichsverbandes am 4. April, derzufolge Tengelmann, der an dem oben erwähnten Treffen teilgenommen hatte, die Forderungen Wageners im Namen mehrerer Industrieller Krupp von Bohlen gegenüber noch persönlich wiederholen werde[32]. Zunächst allerdings sahen Wagener und seine Begleiter keine Möglichkeit, ihr Verlangen sofort in die Tat umzusetzen. Nach der Feststellung Kastls, er nähme die vorgebrachten Forderungen zur Kenntnis und werde sich mit der Regierung und Krupp von Bohlen in Verbindung setzen, verließen sie die Geschäftsstelle[33].

---

30 Aktennotiz Kastls über eine Besprechung im RDI am 1. 4. 1933 um 10.30 Uhr, FAH, IV E 193.

31 Aufzeichnung Kastls vom 20. 5. 1933 über die am 1. 4. 1933 und den folgenden Tagen aus Anlaß der von den Herren Wagener, von Lucke und Möllers geführten Besprechungen und Unterhaltungen, FAH, IV E 210.

32 Niederschrift von Brackels über eine Besprechung in der Geschäftsstelle des RDI am 4. 4. 1933, FAH, IV E 193.

33 Siehe Anm. 31. Hierauf beruhen auch die folgenden Ausführungen.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Um die Mittagszeit des 1. April traf Kastl mit Reichswirtschaftsminister Hugenberg zu einem schon seit längerer Zeit geplanten Frühstück zusammen und machte ihn auf die Vorgänge im Reichsverband aufmerksam. Hugenberg zeigte sich bestürzt, sah sich jedoch außerstande zu helfen, da „eben zur Zeit im Staat zwei Gewalten bestünden und [...] es unmöglich sei, im Augenblick dagegen wirksame Aktionen zu unternehmen". Der Vorstoß Wageners lasse sich auch deshalb nur schwer rückgängig machen, da „der Reichskanzler nur außerordentlich ungern seine eigenen Leute desavouiere und es deshalb sehr schwer sei, von dieser Seite eine Remedur zu erreichen". Hugenberg entließ Kastl mit dem Rat, „vorläufig auszuweichen, um Schlimmeres gegenüber dem Reichsverband zu verhüten".

Der Empfehlung Hugenbergs kamen Kastl und Krupp von Bohlen, den Kastl am Nachmittag über die Vorgänge orientierte, sogleich nach, indem sie den jüdischen Mitgliedern der Geschäftsführung des Reichsverbandes nahelegten, sofort in Urlaub zu gehen, um gewaltsame Aktionen gegen sie zu verhindern. Nach anfänglichem Zögern entschloß sich auch Kastl, vorläufig von der Wahrnehmung seiner Dienstgeschäfte abzusehen. Davon unabhängig sollte jedoch am darauffolgenden Montag, dem 3. April 1933, eine Klärung der Vorgänge seitens des Reichsverbandes bei der Regierung erfolgen.

Diesen Versuch unternahm Kastl selbst, indem er Hitlers Wirtschaftsberater Keppler und Funk sowie die Staatssekretäre Meissner, Bang und Lammers aufsuchte und die Aktion Wageners zur Sprache brachte. Dabei erfuhr er von Bang, daß Wagener und v. Lucke vor ihrer Aktion gegen den RDI bei ihm gewesen seien und er versucht habe, sie abzuhalten. Als dies mißlungen sei, habe er Möllers hinzugeschickt, um Schlimmeres zu verhüten. Bang, Funk und Keppler ließen Kastl gegenüber an ihrer Mißbilligung der Vorgänge keinen Zweifel, erachteten aber – wie schon Hugenberg zwei Tage zuvor – die Chance als gering, daß Hitler Wagener desavouieren würde. Obwohl sich selbst Reichspräsident von Hindenburg zugunsten Kastls und des Reichsverbandes einschaltete, stellte sich die Vermutung über die Weigerung Hitlers, die Aktion rückgängig zu machen, als richtig heraus, wie Kastl am Nachmittag von Staatssekretär Lammers erfuhr.

Bereits vor Abschluß von Kastls Erkundigungen hatten Lucke und Möllers ihre Tätigkeit als ‚Vertrauensleute' beim RDI aufgenommen, ohne daß sich hiergegen noch Widerstand erhoben hätte. Krupp von Bohlen steuerte von nun an, durch die Erfahrungen des 23. März und des 1. April davon überzeugt, daß gegen die nationalsozialistische Bewegung und ihren Führer nichts durchzusetzen sei, einen Kurs der Anpassung, um den Reichsverband als Organisation zu erhalten und ihm den gebührenden Platz im Wirtschaftsaufbau des Dritten Reiches zu sichern.

Noch ehe sich das Präsidium des Reichsverbandes mit den durch die Ereignisse vom 1. April geschaffenen Fakten beschäftigen und seine Haltung hierzu festlegen konnte, traf Krupp von Bohlen mit Wagener erste Vereinbarungen. Am 5. April besprachen beide mit mehreren Mitarbeitern die anstehenden wirtschaftlichen und organisatorischen Probleme. Hierbei erzielten sie Übereinstimmung über die Schaffung eines Übergangsdirektoriums und die Bildung von Arbeitsausschüssen, deren Aufgabe

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

darin bestehen sollte, Vorschläge für die Umbildung des Reichsverbandes auszuarbeiten[34]. Als Zielvorgabe für diese Arbeiten nannte Krupp von Bohlen, „die Organisation in Übereinstimmung mit den politischen Zielen der Reichsregierung zu bringen und sie zugleich so rationell und schlagkräftig zu machen, daß sie [...] ein wirksames Instrument des industriellen Unternehmertums sein kann"[35].

Mit der neuen Lage befaßte sich einen Tag später das Präsidium des Reichsverbandes in einer außerordentlichen Sitzung. Obwohl über den Verlauf dieser Sitzung nur bruchstückhafte Überlieferungen vorliegen, läßt sich doch feststellen, daß das Vorgehen Krupp von Bohlens auf so heftigen Widerstand stieß, daß es seiner Rücktrittsdrohung vom Vorsitz des RDI bedurfte, um das Präsidium zum Einlenken zu bewegen[36]. Krupp von Bohlen erhielt schließlich die Ermächtigung, „namens des Reichsverbandes die notwendige Fühlung mit dem Reichskanzler, der Reichsregierung und deren Beauftragten zu halten" und „alle organisatorischen Maßnahmen des Reichsverbandes und der industriellen Verbände überhaupt im Rahmen dieser Zusammenarbeit mit der Regierung" zu treffen. Das Präsidium erkannte an, „daß alle satzungsmäßigen Organe nicht nur des Reichsverbandes, sondern auch der übrigen industriellen Organisationen entsprechend den Ergebnissen des Gedankenaustausches mit der Regierung auszugestalten sind", und lehnte schließlich alle „Sonderaktionen" ab[37].

Das war eindeutig gegen eine weitere Zusammenarbeit mit den ‚Vertrauensleuten' gerichtet, solange nicht feststand, ob sie die Rückendeckung der Reichsregierung besaßen. Diese Angelegenheit hatte Krupp von Bohlen bereits am 4. April zu klären versucht, indem er in einem Brief an Reichskanzler Hitler unter Verweis auf die Ereignisse am 1. April die Frage stellte, an wen er sich „in allen das Problem des Reichsverbandes der Deutschen Industrie berührenden Fragen" als Beauftragten Hitlers wenden solle[38]. Wie dem in den Akten der Reichskanzlei überlieferten Original dieses Schreibens zu entnehmen ist, sollte Keppler die Aufgabe des Beauftragten Hitlers übernehmen. Entweder ist diese Entscheidung wieder revidiert oder dem Reichsverband nicht mitgeteilt worden, denn eine Fühlungnahme zwischen Krupp von Bohlen und Keppler läßt sich in der Folgezeit nicht nachweisen. Dagegen setzte Krupp von Bohlen seine Zusammenarbeit mit Wagener, Lucke und Möllers fort.

Da Krupp von Bohlen die Entscheidung des Präsidiums vom 6. April in der Weise interpretierte, daß ihm alle Macht gegeben und alle Gremien des Reichsverbandes stillgelegt seien[39], ging er daran, gemäß der Absprache mit Wagener vom 5. April ein Übergangsgremium zu bilden, das ihn beim organisatorischen Umbau beraten sollte. Hierbei stieß er allerdings auf den Widerstand Thyssens, der Krupp von Bohlens

---

[34] Niederschrift von Brackels über eine Besprechung mit Krupp von Bohlen am 5. 4. 1933, FAH, IV E 193.

[35] Aufzeichnung Krupp von Bohlens vom 21. 4. 1933, FAH, IV E 193.

[36] Herle an Krupp von Bohlen vom 7. 4. 1933, FAH, IV E 209.

[37] Schulthess 1933, S. 89. Vgl. auch Gunther/Ohlsen, a. a. O. (Anm. 4), S. 612.

[38] BA, R 43 II/362.

[39] Aufzeichnung Krupp von Bohlens vom 21. 4. 1933, FAH, IV E 193.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aufforderung, in das Gremium einzutreten[40], zurückwies und ihn dringend ersuchte abzuwarten, „bis die Ansichten der Regierung über die Neubildung des Präsidiums bekannt sind". Soweit es „mit der Auffassung des Führers der nationalsozialistischen Bewegung zu vereinbaren ist", sei er in Zukunft natürlich zur Mitarbeit bereit[41].

Damit war Krupp von Bohlen durch Thyssen, dessen Rat angesichts seiner guten Beziehungen zu Hitler Gewicht hatte, an den Reichskanzler verwiesen, den er auch sogleich um eine Aussprache bat, um dessen Zustimmung zu seinen Vorstellungen zu erlangen. Zur Vorbereitung dieser Besprechung verfaßte er in Abstimmung mit Wagener in den Tagen um den 20. April herum eine längere Ausarbeitung, in der er seine Absichten und Zielsetzungen ausführlich darstellte und die er am 25. April dem Reichskanzler zusandte[42]. Die angestrebte Unterredung mit Hitler kam jedoch aus Terminschwierigkeiten vorerst nicht zustande, und Krupp von Bohlens Initiativen waren damit zunächst einmal blockiert.

Dies eröffnete Reichswirtschaftsminister Hugenberg die Chance, in die Entwicklung beim Reichsverband einzugreifen. Anlaß bot ihm der Anfang April vom Reichsarbeitsminister bekundete entschlossene Wille der Reichsregierung, „die deutsche Arbeits- und Wirtschaftsverfassung grundlegend neu zu ordnen mit dem Ziele, alle an der nationalen Wirtschaft Beteiligten zu wahrer Wirtschaftsgemeinschaft zusammenzufassen"[43], und die hierauf mit dem 10. April einsetzenden Ressortbesprechungen über die wirtschaftliche Neuordnung, für deren Fortgang der Reichsarbeitsminister am 19. April einen neuen Vorschlag unterbreitete. Danach beabsichtigte Seldte, alle mit der Wirtschaftsneuordnung zusammenhängenden Probleme durch einen besonderen Ausschuß behandeln zu lassen. Diesem Ausschuß sollten Vertreter der NSBO, der Stahlhelmselbsthilfe, des Reichslandarbeiterbundes, des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, der VDA, des Reichsverbandes der Deutschen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände, der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks und die Wissenschaftler Professor Gerhard Albrecht aus Jena und Professor Brauer aus Bad Honnef angehören[44].

Hierauf reagierte Hugenberg damit, nun seinerseits einen Antrag zur Einrichtung eines Sonderausschusses zu stellen, der sich mit der Frage des zukünftigen Aufbaus der deutschen Wirtschaft zu befassen hätte. Die Zusammensetzung des von Hugenberg vorgeschlagenen Ausschusses unterschied sich von den Vorstellungen Seldtes besonders dadurch, daß er überwiegend mit Vertretern aus der Industrie besetzt werden sollte. Der Vorsitz war dem Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium zugedacht, die Liste der vorgeschlagenen Mitglieder enthielt neben Thyssen, Möllers,

---

[40] Krupp von Bohlen an Thyssen vom 12. 4. 1933, FAH, IV E 1129.

[41] Thyssen an Krupp von Bohlen vom 14. 4. 1933, FAH, IV E 1129.

[42] FAH, IV E 193.

[43] Rundbrief des Reichsarbeitsministers an die Sozialminister der Länder, Justizminister der Länder und die Reichsminister vom 6. 4. 1933, BA, R 53/15.

[44] Rundbrief des Reichsarbeitsministers an alle Reichsminister vom 19. 4. 1933, BA, R 53/15.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

v. Lucke, Wagener und Keppler, von denen bereits mehrfach die Rede war, noch die Namen des Jenaer Professors Albrecht, der auch auf der Liste des Reichsarbeitsministers stand, des Leipziger Oberbürgermeisters Carl Goerdeler, des Direktors des Reichslandbundes Arno Kriegsheim, des Staatssekretärs z. D. Schwarzkopf, des Gaupropagandaleiters der NSDAP in Hamburg, Erich Schmidt, und des Amtsleiters der NSBO, Walter Schuhmann[45].

Mit diesem Antrag legte Hugenberg nicht nur eine Gegenmine gegen das Reichsarbeitsministerium, zugleich versuchte er, durch die Einbeziehung Wageners, v. Luckes und Möllers' Einfluß auf die organisatorischen Umbildungen im industriellen Verbandswesen und dabei besonders im RDI zu gewinnen und die Einwirkungsmöglichkeiten der nationalsozialistischen Bewegung herabzusetzen, deren Aktionen gegen Wirtschaftsverbände Hugenberg am gleichen Tag in einer öffentlichen Erklärung geißelte[46]. Der gleichen Absicht sollte eine Verfügung des Reichswirtschaftsministers dienen, mit der Hugenberg am 24. April Wagener und Möllers ermächtigte, „als Kommissare des Reiches für den Reichsverband der Deutschen Industrie und für die übrige Wirtschaft mit Ausnahme der Landwirtschaft diejenigen Maßregeln zu ergreifen, die zur Aufrechterhaltung eines ruhigen Ganges der Wirtschaft erforderlich sind, insbesondere die dazu nötigen personellen Anordnungen in den Verbänden zu treffen"[47].

Erfolgreich waren die Einwirkungsversuche auf die Dauer allerdings nicht. Der von Hugenberg vorgeschlagene Sonderausschuß trat nie ins Leben, und die Ernennung Wageners und Möllers' zu Reichskommissaren führte lediglich zu Konflikten über die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Reichswirtschaftsminister einerseits und Reichskommissaren andererseits[48]. Auch hielten sie Wagener nicht davon ab, gemeinsam mit dem Führer der Deutschen Arbeitsfront, Robert Ley, am 16. Mai ohne Absprache mit dem Reichswirtschaftsminister unter Berufung auf das „absolute Einverständnis des Führers" eine Verfügung zum Frieden der deutschen Arbeit zu erlassen, mit der für das ganze Reichsgebiet Bezirksleiter ernannt wurden, die in den ihnen zugewiesenen Gebieten „allein verantwortlich für den Wirtschaftsfrieden und für den Aufbau" sein sollten[49]. Diese Verfügung setzte zwar das Kabinett durch die Verabschiedung des Gesetzes über die Treuhänder der Arbeit am 19. Mai außer Kraft[50]; am Affront Wageners gegen Hugenberg und an dessen abnehmendem Einfluß änderte dies jedoch nichts.

Wesentlich glücklicher wirkte sich die Ernennung Wageners und Möllers' zu

---

[45] Hugenberg an den Staatssekretär in der Reichskanzlei vom 21. 4. 1933, BA, R 43 II/348.

[46] Schulthess 1933, S. 99f.

[47] Verfügung Hugenbergs vom 24. 4. 1933, BA, R 43 II/362.

[48] So z. B. Mitte Mai, als Wagener und Möllers personelle Veränderungen in Vorstand und Präsidium des DIHT vorgenommen hatten, deren Rücknahme Hugenberg verlangte, da sie eine Kompetenzüberschreitung der Reichskommissare darstellten. Hugenberg an Wagener/Möllers vom 15. 5. 1933, BA, R 43 II/362.

[49] Mitteilung des WTB vom 17. 5. 1933, BA, R 43 II/5276.

[50] RGBl. 1933 I S. 285.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Reichskommissaren für Krupp von Bohlen aus. Die bisherigen ‚Vertrauensleute' fungierten nun als regierungsamtliche Vertreter, und die vom Präsidium des Reichsverbandes am 6. April gegen eine Zusammenarbeit mit ihnen erhobenen Einwände waren damit hinfällig. Dies begrüßte Krupp von Bohlen vor allem auch deshalb, weil sich die Zusammenarbeit mit Wagener immer besser anließ, der bereits am 23. April, einen Tag vor seiner Ernennung zum Reichskommissar durch Hugenberg, eine parteiinterne Verfügung erlassen hatte, die es Parteistellen verbot, in Wirtschaftsbetriebe ohne die Genehmigung Wageners einzugreifen[51]. Es wird deshalb vor allem Krupp von Bohlens Eintreten für Wagener zu verdanken gewesen sein, daß Hitler den Erlaß Hugenbergs vom 24. Mai nach einer Besprechung mit Krupp von Bohlen am 3. Mai – wenn auch widerwillig[52] – billigte und damit Wagener, der sogleich v. Lucke als seinen Stellvertreter für den Bereich des RDI ernannte, und Möllers endgültig als Regierungsvertreter legitimierte. Darüber hinaus nahm Hitler zustimmend von der Ermächtigung Krupp von Bohlens Kenntnis, die notwendigen „Maßnahmen zur Vereinfachung und Umgestaltung der industriellen Verbände" vorzunehmen und zur praktischen Durchführung der Umorganisation Beratende Sonderausschüsse einzusetzen, in denen Krupp von Bohlen „in Anerkennung des Führerprinzips [...] den Vorsitz unter dem Vorbehalt der Ernennung von Stellvertretern und die Verantwortung für die Entscheidung" zu übernehmen gedachte[53].

Diese Formulierungen besagten nichts über die Mitwirkungsrechte der Reichskommissare und enthielten somit die Gefahr von Kompetenzstreitigkeiten, die jedoch allem Anschein nach nur einmal drohten, als Möllers und Lucke kraft der ihnen „übertragenen Vollmacht in eigenem Namen" am 6. Mai Anordnungen personeller Art in der Organisation des Reichsverbandes ankündigten. Diese betrafen die Entlassung Kastls und der bereits am 1. April beurlaubten jüdischen Mitglieder der Geschäftsführung sowie den Ausschluß der Präsidiums- bzw. Senatsmitglieder Lammers, Kraemer, Frowein und Sobernheim[54]. Da diese Maßnahmen zum einen lediglich die endgültige Durchsetzung der bereits am 1. April erhobenen Forderungen betrafen, zum anderen Lammers bereits am 4. Mai mit bitteren Worten seinen Austritt aus dem Präsidium erklärt hatte[55] und auch Kastl am 7. Mai auf eine Rückkehr in sein Amt verzichtete[56], reduzierte sich der Konfliktstoff zwischen den Reichskommissaren und

---

[51] FAH, IV E 193.

[52] Avraham Barkai, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Der historische und ideologische Hintergrund 1933–1936, Köln 1977, S. 88.

[53] Schulthess 1933, S.118.

[54] Möllers und von Lucke an Krupp von Bohlen vom 6. 5. 1933, FAH, IV E 193.

[55] Lammers an Krupp von Bohlen vom 4. 5. 1933, FAH, IV E 1024. Hierin schrieb Lammers, daß er seit Jahren für die Erneuerung der Wirtschaft gekämpft habe, „aber die führenden Kreise der Industrie sahen und hörten nicht. Als jedoch der Zwang drohte, zeigte sich eine Willigkeit, die ich verachten muß. Der gestern von Ihnen herbeigeführte Abschluß entspricht nicht dem Ihnen vom Präsidium erteilten Mandat. Er bedeutet das Ende der Spitzenorganisation jenes deutschen Unternehmertums, das einst auf seine geistige Freiheit stolz war, ein Ende, über das ich tiefe Scham empfinde".

[56] Kastl an Krupp von Bohlen vom 7. 5. 1933, FAH, IV E 210.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Krupp von Bohlen in dieser Angelegenheit gleichsam von selbst, und Krupp von Bohlen war der Aufgabe enthoben, seinen Führungsanspruch in einer grundsätzlichen Auseinandersetzung durchzusetzen, zumal ansonsten die Zusammenarbeit zu keinen Klagen Anlaß bot und die Reorganisation des Reichsverbandes zügig voranging.

Am 11. Mai schnitt Krupp von Bohlen in einem Rundschreiben das Thema des Rücktritts sämtlicher Gremien des RDI an, „um für den durch die Entwicklung gebotenen Neuaufbau der Organisation des Reichsverbandes freie Bahn zu schaffen"[57]. Trotz einzelner Einwände[58] folgte am 22. Mai bereits die Aufforderung Krupp von Bohlens an alle Gremienmitglieder, ihre Ämter zur Verfügung zu stellen[59], eine Aufforderung, der die große Mehrheit der Gremienmitglieder in den folgenden Tagen nachkam[60]. Am 1. Juni kündigte Krupp von Bohlen bereits den bevorstehenden Abschluß der Reorganisation der Wirtschaftsverbände an[61], der dann jedoch noch mehr als zwei Wochen auf sich warten ließ. Am 16. Juni schlossen sich RDI und VDA zum Reichsstand der Deutschen Industrie zusammen[62]. Die Präsidentschaft übernahm Krupp von Bohlen, Vizepräsident wurde der bisherige Vorsitzende der VDA, Köttgen, und die Geschäftsführung ging an den bisherigen Stellvertreter Kastls, Jacob Herle, der die Reorganisationsarbeiten in enger Zusammenarbeit mit Möllers und Lucke vorangetrieben hatte[63]. Dem Reichsstand der Deutschen Industrie waren ca. 1500 Fachverbände angeschlossen, die in 29 Fachgruppen zusammengefaßt waren. Daneben existierten noch 23 regionale und 28 örtliche und allgemeine Verbände[64].

Die Gründung des Reichsstandes der Deutschen Industrie schloß nicht nur die erste hektische Phase des Umformungsprozesses des industriellen Verbandswesens ab, sondern bildete darüber hinaus gewissermaßen den Anfangspunkt für eine ruhigere politische Entwicklung, für die Hitler am 6. Juli 1933 die Parole ausgab, als er vor den

---

57 HA/GHH, 400101220/14.

58 So z. B. vom stellvertretenden Vorsitzenden des RDI, Müller-Oerlinghausen, der Krupp von Bohlen in einem Brief vom 17. 5. 1933 vorwarf, daß die Frage des Gesamtrücktritts aller Gremien des Reichsverbandes einen starken Wechsel gegenüber den Beschlüssen in der letzten Präsidialsitzung (6. 4. 1933) bedeutete. FAH, IV E 1026.

59 HA/GHH, 400101220/14.

60 FAH, IV E 193.

61 Rundschreiben des RDI vom 1. 6. 1933, HA/GHH, 400101220/14.

62 Die Fusion wurde mit folgender Erklärung der Öffentlichkeit bekanntgegeben: „Der Reichsverband der Deutschen Industrie und die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände haben sich zum Reichsstand der Deutschen Industrie zusammengeschlossen und dem Herrn Reichskanzler durch die beiden bisherigen Vorsitzenden eine entsprechende Erklärung übermittelt. Der weitere Ausbau des so geschaffenen industriellen Reichsstandes und seine Einfügung in die berufsständische Gesamtordnung der deutschen Wirtschaft wird nach den Grundsätzen des in der Entwicklung begriffenen berufsständischen Aufbaus erfolgen. Im Sinne der von dem Herrn Reichskanzler wiederholt dargelegten Anschauungen über den Neuaufbau der deutschen Wirtschaft, die diesem Schritt der deutschen Industrie zugrunde liegen, wird die Arbeit des neuen Reichsstandes der Deutschen Industrie auf der Grundlage und Anerkennung des Gedankens positiver und vertrauensvoller Gemeinschaftsarbeit aller in der Produktion tätigen Menschen beruhen." FAH, IV E 193.

63 Siehe Anm. 61.

64 Vgl. Gunther/Ohlsen, a. a. O. (Anm. 4), S. 612.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Reichsstatthaltern das Ende der revolutionären Umwälzung und den Übergang zum evolutionären Ausbau des bisher Erreichten verkündete. Dies war vor allem auf den Bereich der Wirtschaft gemünzt, die nicht länger durch „Wirtschaftskommissionen, Organisationen, Konstruktionen und Theorien" behindert werden und in deren Verbände hinfort keine Parteistellen mehr eingreifen sollten[65]. Dies bedeutete jedoch keinen Verzicht des Staates auf Eingriffe in die Wirtschaft. Die Regierung zog zwar am 14. Juli 1933 die Reichskommissare für den Bereich der Wirtschaft zurück[66], doch Reichswirtschaftsminister Schmitt, der Hugenberg Ende Juni abgelöst hatte, ließ in einer Rede am 20. Juli 1933 keinen Zweifel daran, daß er sich die Möglichkeit eines Eingriffs in einzelne Wirtschaftszweige offenhalten müsse, „da der nationalsozialistische Staat für sich in Anspruch nehme, daß er den Dingen in der Wirtschaft nicht freien Lauf lasse"[67]. Schmitt beschrieb damit den kardinalen Unterschied zwischen dem liberalen Weimarer und dem nationalsozialistischen Staat, dessen Machtansprüche auch in Zukunft vor dem Reichsstand der Deutschen Industrie nicht haltmachten.

Als Fazit unserer Ausführungen scheinen folgende Schlußfolgerungen möglich zu sein, die in mancher Beziehung auch auf einen Teil der übrigen industriellen Verbände, insbesondere den DIHT[68], zutreffen.

1. Der RDI als bedeutendster Verband der deutschen Großindustrie bezog nach dem 30. Januar 1933 zunächst eine abwartende und gemäßigt kritische Position gegenüber dem Kabinett Hitler, die durch die Maßnahmen der Regierung zugunsten der Landwirtschaft (Zollverordnungen) und die häufigen Eingriffe von Anhängern der nationalsozialistischen Bewegung in Wirtschaftsbetriebe bestimmt wurde.

2. Noch im März 1933 erwog die Führung des RDI in Verhandlungen mit den Gewerkschaften eine Wiederbelebung der Zentralarbeitsgemeinschaft von 1918, um Eingriffe der nationalsozialistischen Bewegung und Regierung in das Verbandswesen abzubiegen. Dies war eine letzte Demonstration der Unabhängigkeit des RDI zu einer Zeit, als die VDA und die führenden Männer der Vereinigten Stahlwerke mit Regierungsvertretern schon die Frage berieten, welche Maßnahmen gegen die Gewerkschaften zu ergreifen waren.

3. Die Wendung des RDI zum nationalsozialistischen Staat erfolgte Ende März/Anfang April 1933 auf Grund des Drucks aus den eigenen Reihen (Thyssen) und der nationalsozialistischen Bewegung. Hierfür war von entscheidender Bedeutung, daß sich die konservativen Koalitionspartner in der Regierung Hitler als machtlos gegenüber den nationalsozialistischen Übergriffen in die Wirtschaft erwiesen.

---

[65] Deutscher Geschichtskalender, begründet von Karl Wippermann, hrsg. von Friedrich Purlitz, Deutschland 1933, S. 220.

[66] Vgl. Raimund Rämisch, Der berufsständische Gedanke als Episode in der nationalsozialistischen Politik, in: ZfP NF 4 (1957), S. 271.

[67] Soziale Praxis 42. Jg. (1933), S. 878.

[68] Zum DIHT Michael Wolffsohn, Industrie und Handwerk im Konflikt mit staatlicher Wirtschaftspolitik? Studien zur Politik der Arbeitsbeschaffung in Deutschland 1930–1934 (= Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 30), Berlin 1977, S. 225 ff.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

4. Die vom Vorsitzenden des RDI, Krupp von Bohlen, seit Anfang April verfolgte Zusammenarbeit mit Hitler und der NSDAP, die gegen vereinzelten Widerstand aus den eigenen Reihen durchgesetzt wurde, erfolgte in der Absicht, eine Neuorganisation des unübersichtlichen und zersplitterten industriellen Verbandswesens[69] herbeizuführen und damit der Industrie ein Instrument zu schaffen, das ihren Einfluß auch unter den veränderten Bedingungen seit dem 30. Januar 1933 wahrte, ein Vorgehen, das vorübergehend gewisse Erfolge zeitigte.

5. Die Geschichte der Beziehungen zwischen Großindustrie und Nationalsozialismus ist als „langer Prozeß wechselseitiger Anpassungen" beschreiben worden[70]. Dieser Feststellung kann im Hinblick auf den RDI für den hier behandelten Zeitraum mit der Einschränkung zugestimmt werden, daß die Anpassung weitestgehend die Sache des RDI war und ihre Richtung im wesentlichen von der nationalsozialistischen Bewegung und ihrem Führer bestimmt wurde.

6. Das hierin zum Ausdruck kommende Verhältnis einer Über- und Unterordnung kann auch für die Folgezeit festgestellt werden. Denn obwohl der Industrie manches Zugeständnis im nationalsozialistischen Staat gemacht wurde, ist doch festzuhalten, daß es der nationalsozialistischen Regierung zusehends gelang, sich Eingriffsmöglichkeiten in die Wirtschaft zu schaffen und sie weitgehend ihrem Willen zu unterwerfen[71], eine Entwicklung, die sich bereits in den ersten Monaten des Dritten Reiches andeutete und durch die von Krupp von Bohlen mit Nachdruck betriebene Reorganisation des industriellen Verbandswesens erleichtert wurde.

---

[69] Vgl. Dieter Swattek, Unternehmenskonzentration als Ergebnis und Mittel nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik (=Volkswirtschaftliche Schriften 181), Berlin 1972, S. 133 ff.

[70] Joachim Radkau, Von der nationalsozialistischen Machtergreifung bis zur Gegenwart, in: George W. F. Hallgarten/Joachim Radkau, Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute, Frankfurt/M-Köln 1974, S. 237.

[71] Vgl. Wolfram Fischer, Deutsche Wirtschaftspolitik 1918–1945, Opladen 1968, S. 77 ff.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

PAUL EGON HÜBINGER

THOMAS MANN UND REINHARD HEYDRICH IN DEN AKTEN DES REICHSSTATTHALTERS v. EPP

Walter Bußmann
in freundschaftlicher Verbundenheit
zum 14. Januar 1979

Durch einen zunächst nicht weiter nachprüfbaren Hinweis des unmittelbar an den Geschehnissen beteiligten Münchner Anwalts von Thomas Mann war bisher bekannt, daß bei dem Bestreben, die dem Dichter schon in der zweiten Jahreshälfte 1933 drohende Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit zu verhindern, auch der Reichsstatthalter in Bayern Ritter v. Epp durch den Rechtsbeistand des Dichters bemüht worden sei[1]. Ein Aktenfund im Bayerischen Geheimen Staatsarchiv gibt jetzt näheren Aufschluß hierüber und rückt die etwas anders verlaufenen Vorgänge in neues Licht[2]. Es zeigt sich, daß Thomas Mann selbst es gewesen ist, der den alles Weitere nach sich ziehenden ersten Schritt getan und schon geraume Zeit, bevor seine Ausbürgerung beantragt worden ist, ein Schreiben an Epp gerichtet hat, das völlig andere Ziele verfolgte. Nicht wenig enttäuschend ist die Tatsache, daß die Akten diesen Brief des Dichters nicht mehr enthalten. Die Umstände, die dazu geführt haben, lassen sich klären, und im Zusammenhang damit ergibt sich auch wenigstens annähernd eine Vorstellung über Inhalt und Tendenz des verlorenen Schreibens. Schließlich geben die Akten Aufschluß über bisher unbekannte Einzelheiten der Auseinandersetzung zwischen Münchner staatlichen Instanzen über Thomas Mann in den ersten beiden Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft und das dabei durch den Vertreter des Dichters absichtsvoll von dessen Person und Haltung entworfene Bild. Gleichzeitig tritt das – auch anderweitig hinreichend belegte – ungewöhnlich robuste Verhalten der von dem 29jährigen SS-Oberführer Heydrich geleiteten Bayerischen Politischen Polizei gegenüber dem formell mit der höchsten Vollzugsgewalt betrauten Reichsstatthalter in Bayern ebenso hervor wie dessen faktische Schwäche.

[1] P. E. Hübinger, Thomas Mann, die Universität Bonn und die Zeitgeschichte, München-Wien 1974, W. 137. Der als Mittelsmann fungierende Frhr. v. Stengel ist dort Anm. 104 irrig als Adjutant Epps bezeichnet worden. Zu seiner wirklichen Funktion vgl. unten Anm. 29.

[2] Bayerisches Hauptstaatsarchiv Abt. II. Geheimes Staatsarchiv, Reichsstatthalter Nr. 38 (Unterakt 6). Ganz summarisch verzeichnet in: Widerstand und Verfolgung in Bayern 1933–1945 (Hilfsmittel ... hrsg. von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns. Archivinventare Bd. 5), München 1976, S. 130, Nr. 507. – Herrn Archivdirektor Dr. H.-J. Busley (München) dankt der Verf. herzlich für den Hinweis auf diesen Bestand, die Übermittlung von Ablichtungen und zahlreiche, mit großer Bereitwilligkeit erteilte Auskünfte behörden- und personengeschichtlicher Art, die im Folgenden nicht jeweils vermerkt sind.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zum Verständnis der nachstehend veröffentlichten Dokumente aus den Jahren 1933 und 1934 sind einige vorauszuschickende Darlegungen erforderlich. Hierzu enthalten die erst seit kurzem publizierten Tagebücher, die Thomas Mann in der gleichen Zeit geführt hat, wertvolle Angaben[3]. Diese Aufzeichnungen setzen am 15. März 1933 ein. Sie bilden ein erschütterndes „document humain". Ganz abgesehen hiervon, bieten sie als historische Quelle neben vielen anderen Informationen genauen Aufschluß über die Nachrichten aus der Heimat, die den von einer Vortrags- und Erholungsreise vorerst nicht nach Deutschland zurückgekehrten Dichter in der Schweiz und in Südfrankreich erreichten. Von Tag zu Tag fortschreitend werden die psychischen und physischen Reaktionen, die solche Meldungen bei Thomas Mann hervorriefen, verzeichnet. Wir verfolgen so unmittelbar die zumeist beängstigende, tief schmerzliche, Ekel und Abscheu ebenso wie das Gefühl der Unsicherheit und Ausweglosigkeit seiner persönlichen Lage weckende Wirkung dieser ihm auf vielerlei Wegen zuströmenden Neuigkeiten und gewinnen damit Einblick in die Voraussetzungen seines Verhaltens, seiner Entscheidungen, deren eine zu dem Brief an Epp geführt hat.

Widerspruchsvoll waren nicht bloß die eigenen Gedanken des Dichters, die ständig um die Frage kreisten, ob es möglich und ratsam sei, unter den obwaltenden Umständen nach München zurückzukehren, sondern auch die Ratschläge, die ihm deswegen zuteil wurden. Am 18. März, dem Tag, an dem Thomas Mann seinen Austritt aus der Sektion für Dichtkunst der Preußischen Akademie der Künste erklärt hatte, empfahl Alfred Döblin telefonisch aus Zürich ihm „vierwöchiges Fernbleiben noch von München"[4]. Tags darauf trafen zwei Briefe der befreundeten italienischen Germanistin Lavinia Mazzucchetti aus Mailand und Innsbruck ein, „der erste noch meiner baldigen Rückkehr nach München günstig, der zweite, nach Gesprächen mit Deutschen in Innsbruck ängstlich dringend davon abratend"[5]. Von Freunden veranlaßte Äußerungen der in der bayerischen Hauptstadt lebenden Schwiegermutter des Dichters, Frau Hedwig Pringsheim, die ihn „dringend vor baldiger Rückkehr warnen", treffen am 21. März zeitlich zusammen mit der durch einen vertrauten Besucher aus dem gleichen München überbrachten Nachricht ein, dort habe man „spontan angeregt", Thomas Mann möge einen „Gedanken, mit dem ich auch schon spielte", verwirklichen, „nämlich eines Tages an den bayer. Reichskommissar einen ernsten, meine Verbundenheit mit Deutschland aussprechenden Brief zu richten und um Garantieen für meine Sicherheit vor Chikanen zu ersuchen"[6]. Zürcher Zeitungsmeldungen entnimmt Thomas Mann gleichzeitig, daß es ein „Konzentrationslager in München für Kommunisten und Sozialisten" gibt, macht sich jedoch anscheinend dabei keine Gedanken darüber, ob nicht auch er dort eingeliefert werden könnte[7]. Schon eine Woche danach

[3] Th. Mann, Tagebücher 1933–1934, hrsg. von P. de Mendelssohn, Frankfurt a. M. 1977. Im Folgenden zitiert Tgb.; falls die Daten der Eintragungen im Text genannt sind, werden bei den Belegen nur die Seitenzahlen aufgeführt.

[4] Tgb. S. 10.

[5] Ebenda, S. 13.

[6] Ebenda, S. 16.

[7] Ebenda, S. 15, 21. März 1933.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

aber las er in der „Basler Nationalzeitung" einen Artikel über deutsche Zustände „mit der Versicherung, daß ich heute im Konzentrationslager Dachau säße, wenn ich in Deutschland wäre"[8]. Die bald auch ihm selbst bewußte Gewißheit, im Fall einer Rückkehr „schon am zweiten Tag in Haft zu sitzen", verbindet sich am 2. April für ihn doch mit der auf Gerüchten aus der Heimat basierenden Hoffnung, in München würde sich die NSDAP „mit der Bayerischen Volkspartei ... arrangieren und mit ihr, etwa unter Epp, eine Regierung ... bilden". „Man werde, so sagt man in M., unter einem solchen Regime die Rückkehr von meinesgleichen wünschen."[9] So rasch sich dies als Illusion erwies, so brutal wurde Thomas Mann nun zum Bewußtsein gebracht, daß Persönlichkeiten und Gruppen in München, mit denen in guten, ja freundschaftlichen Beziehungen zu stehen er hatte glauben dürfen, ihn jetzt verstießen und diffamierten. Dem ihn schmerzlich treffenden Ausschluß aus dem Rotary-Club in den ersten Apriltagen[10] folgte zu Ostern der gegen ihn vorgeblich aus künstlerischen Motiven, jedoch durch den Hinweis auf seine anstelle früherer nationaler Gesinnung getretene kosmopolitisch-demokratische Auffassung mit unverhüllt anklagender politischer Tendenz gerichtete „Protest der Richard-Wagner-Stadt München"[11]. Er war von 45 Männern des öffentlichen Lebens, darunter aber nur verschwindend wenigen, allerdings jetzt mächtigen Nationalsozialisten, unterzeichnet und wurde in Presse und Rundfunk amtlich verbreitet. Thomas Mann bezeichnete „das hundsföttische Dokument"[12] vollkommen zutreffend als „einen Akt mörderischer Denunziation" „im heutigen Deutschland"[13]. Als Doppelreaktion auf diesen Schlag verbuchte er: „Heftiger Choc von Ekel und Grauen, durch den der Tag sein Gepräge erhielt. Entschiedene Befestigung des Entschlusses, nicht nach München zurückzukehren." Erstaunlicherweise meinte er aber im gleichen Augenblick auch, die außenpolitische Lage sei für die Machthaber in Deutschland so „desaströs", daß der „Protest", „die Münchener kulturelle Ermunterung", sie „wohl nicht zu sehr anstößigen Akten gegen mich bewegen wird"[14]. Auch dies erwies sich als Illusion. Noch ehe der Monat April endete, hielt die Politische Polizei im Münchner Heim Thomas Manns Haussuchung „nach Waffen"[15]. Dabei wurden seine beiden Kraftwagen und das Kleinauto Golo Manns be-

---

[8] Ebenda, S. 26, 29. März 1933.

[9] Ebenda, S. 34. – Am 3. April hat der von den Nationalsozialisten aus dem Amt vertriebene bayerische Ministerpräsidenten Held, der sich, „von München zurück", in Lugano aufhielt, Thomas Mann gesagt, er glaube „an eine bevorstehende Coalition" solcher Art; ebenda, S. 35.

[10] Tgb. S. 41, 8. April 1933. Der von Thomas Mann nicht erwartete Ausschluß kam seinem Austritt zuvor, den er am 6. April beschlossen hatte, als er erfuhr, daß Bruno Frank aus der Mitgliederliste gestrichen worden war, „wie wohl auch die anderen Juden"; Tgb. S. 39.

[11] Vgl. dazu Hübinger, S. 127ff. Druck des „Protestes" ebenda, S. 381ff., Nr. 21. Thomas Mann erfuhr davon durch seine Frau, der eine Bekannte von der Sendung des „Protests" im Münchner Rundfunk berichtet hatte; Tgb. S. 51, 16. April 1933.

[12] Tgb. S. 52, 19. April 1933.

[13] Ebenda, S. 51, 17. April 1933.

[14] Ebenda, S. 52, 19. April 1933.

[15] Ebenda, S. 65, 30. April 1933, aufgrund von Erzählungen Golo Manns, der auf Umwegen von München in die Schweiz gekommen war.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schlagnahmt und weggeführt[16]. Der Umstand, daß ein Handkoffer mit den älteren Tagebüchern Thomas Manns verschwunden und – wie sich herausstellte – durch den mit dem Transport beauftragten ungetreuen Chauffeur der Familie dem „Braunen Haus" übergeben worden war, steigerte die Sorge des Dichters bis zu der tief begründeten Angst, „Furchtbares, ja Tödliches" könne bei diesem „Anschlage gegen die Geheimnisse" seines „Lebens" geschehen[17]. Eine Begegnung mit dem kurz zuvor zum Sachwalter von Thomas Manns Interessen in München bestellten Rechtsanwalt Valentin Heins, die wegen anderer bedrückender, vor allem Vermögensangelegenheiten betreffender Fragen bereits als notwendig erkannt worden war, erschien jetzt um so dringlicher[18]. Sie fand auf Schweizer Boden am 29./30. April 1933 in Rorschach am Bodensee statt[19]. „Diskursives Hin- und Hergrübeln über unsere Rückkehr, unser Außenbleiben" führte schließlich „zu einem leidlichen vorläufigen Ergebnis." Weder die Rückkehr nach München noch eine von Thomas Mann wegen der psychischen Belastung entschieden abgelehnte offene Trennung von Deutschland sollte in Betracht gezogen, sondern ein Mittelweg eingeschlagen werden. Thomas und Katia Mann würden in der Schweiz bleiben, wo vielleicht eine beschleunigte Einbürgerung die von dem Dichter erhoffte kampflose Lösung von Deutschland ermöglichen könne. Das lief auf die Realisierung von Plänen hinaus, die schon früher, z. B. am 30. März in einem Gespräch mit Katia und Erika Mann, Ausdruck gefunden hatten: „Die vorläufige Verlegung unseres Wohnsitzes dorthin [Zürich] ohne Aufsehen zu vollziehen."[20] In München aber sollte – so war mit Heins in Rorschach vereinbart worden – „die Fiktion unserer baldigen Rückkehr ... aufrecht erhalten" werden[21].

Dies war die äußere Situation und innere Seelenlage Thomas Manns, als er nunmehr die sieben Wochen zuvor erwogene Absicht verwirklichte und ein Schreiben an Epp richtete. Der Brief – „von allen Seiten", d. h. wohl vor allem von Katia und Erika Mann, „befürwortet" – sollte „geschrieben werden, um möglicherweise ein Arrangement wegen Vermögen und Mobiliar" zu erzielen[22]. Vorgesehen und mit Heins erör-

---

[16] Die Nachricht hiervon hatte Golo Mann am Abend des 26. April seinen Eltern telefonisch nach Lugano übermittelt; Tgb. S. 61. Sie gaben ihm darauf den dringenden Rat, München zu verlassen, da mit seiner „Sicherstellung" ebenfalls zu rechnen sei; ebenda, 27. April 1933.

[17] Ebenda, S. 66, 30. April 1933. Vgl. hierzu die Einleitung zu der Ausgabe, S. X ff.

[18] Heins war von Thomas Mann am 18. April 1933 – dem Tag, an dem ihm in der Osterausgabe der „Münchner Neuesten Nachrichten" der Wortlaut des „Protests der Richard-Wagner-Stadt München" vor Augen kam – brieflich mit der Wahrnehmung seiner Interessen beauftragt worden; Einleitung zu der Ausgabe der Tagebücher, S. XI. Über Heins vgl. Hübinger, S. 18 f., Anm. 41, sowie den Kommentar zu Tgb. S. 59, Anm. 2. – Thomas Mann vermerkte am 25. April „Begegnung mit Rechtsanw. Heins an einem Grenzort notwendig". Hierzu war Bregenz vorgesehen. Die Beschlagnahme der Kraftwagen zwang sowohl zur Änderung des Treffpunkts wie zu größerer Eile. Die Zusammenkunft wurde telefonisch am 27. April vereinbart; Tgb. S. 62, wo erwähnt ist, daß Heins bei diesem Gespräch gesagt hat, er halte Golo Mann an, sich in Sicherheit zu bringen. Als dies geschehen war, notierte Thomas Mann: „Durch Golos Entkommen hat sich auch Heins als vertrauenswürdig bewährt"; Tgb. S. 63, 28. April 1933.

[19] Hierzu Tgb. S. 65 f.

[20] Ebenda, S. 28. [21] Ebenda, S. 66. [22] Ebenda, S. 77, 8. Mai 1933.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tert war, den Grundbesitz in München durch hypothekarische „Belehnung" und ggfls. Schenkung für die Kinder zu sichern sowie Mobiliar, Bücher usw. aus dem Hause entnehmen zu können. Wie auch sonst mehrfach im Fall vergleichbar wichtiger Schriftstücke bezeugt, entwarf Thomas Mann den Text des Briefes an den Reichsstatthalter gemeinsam mit seiner Gattin, die ihn sodann Erika Mann in die Maschine diktierte[23]. Die noch am gleichen Abend hergestellte Reinschrift wurde sodann im Familienkreis verlesen. Am folgenden Tag, dem 9. Mai 1933, las Thomas Mann den Brief nochmals durch und vermerkte darüber: „Er befriedigt mich als Klärung meiner persönlichen Situation und Haltung, obgleich ich nie und nimmer glauben kann, daß er ein Entgegenkommen zur Folge haben wird. Die Antwort kann vielmehr in der sofortigen Beschlagnahme aller meiner Habe bestehen, etwa auch in feindseligem Schweigen oder kühler Abweisung meiner Auffassung."[24] Doch ging dem Dichter auch jetzt „der Gedanke, zum Herbst nach München zurückzukehren, im Anschluß an den Brief an Epp wieder durch den Sinn"; er fügte allerdings gleich hinzu: „... obgleich ich ihn bei ernster Prüfung nicht für möglich halten kann."[25] Der Abgang des Briefes ist im Tagebuch nicht vermerkt, wohl jedoch, daß Katia Mann am 10. Mai in Bandol (Var), wo die Familie unweit Toulon für längere Zeit ein Domizil gefunden und an diesem Tage bezogen hatte, „den Durchschlag des Schreibens an Epp nebst Begleitbrief zur Post brachte" – zweifellos die für Rechtsanwalt Heins bestimmte Sendung[26].

Der Münchner Sachwalter Thomas Manns reagierte postwendend und in kaum erwarteter Weise. Am 17. Mai notiert der Dichter: „Dr. Heins mißbilligt den Brief an Epp, da er an der Fiktion unserer Rückkehr festgehalten hat."[27] Es ist in unserem Zusammenhang eine mehr als nur sprachliche Frage, ob das grammatisch nicht eindeutige Subjekt des Nebensatzes („er") auf den Rechtsanwalt oder auf den Brief an Epp zu beziehen ist. Sie kann mit Hilfe der nachstehend publizierten Akten klar entschieden werden. Heins hat nämlich am 13. Mai 1933, einem Samstag, also unverzüglich nach Eingang der ihm übersandten Durchschrift des an Epp gerichteten Schreibens und unter Bezugnahme auf diesen Brief, den Reichsstatthalter um Gelegenheit zu einer Unterredung gebeten – es ist das erste in den einschlägigen Akten erhaltene Stück (Dok. Nr. 1). Als Zweck der Besprechung bezeichnet der Anwalt, Epp über „verschiedene Umstände, Tatsachen, Meinungen und Ansichten" zu unterrichten, die er kürzlich von Thomas Mann bei längerem persönlichem Zusammensein selbst erfahren habe, die aber in dem Schreiben des Dichters „nicht oder nur andeutungsweise" enthalten seien, so daß die Information hierüber eine notwendige Ergänzung zu dessen Inhalt bilde. Ein derartiger mündlicher Vortrag werde den Tatbestand so umfassend darlegen, daß eine „erschöpfende sachliche Würdigung" durch Epp möglich werde und etwa auftretende Zweifel zu beheben seien. Die mit der Bitte um

[23] Ebenda, S. 78.
[24] Ebenda, S. 79.
[25] Ebenda, S. 80.
[26] Ebenda, S. 82.
[27] Ebenda, S. 87.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Audienz verknüpfte Berichtigung eines relativ geringfügigen Irrtums von Thomas Mann in bezug auf die Schwierigkeit, von der Polizeidirektion die Gründe für die Beschlagnahme der Kraftwagen zu erfahren, läßt das Gewicht der selbst andeutungsweise nicht näher gekennzeichneten Informationen um so größer erscheinen, die Heins für die von Epp zu treffende Entscheidung als unerläßlich erachtet.

Es kann nicht zweifelhaft sein, daß die, von Heins übrigens möglichst kurzfristig erhoffte Unterrichtung des Reichsstatthalters der Korrektur eben der Wendungen oder Angaben in Thomas Manns Schreiben dienen sollte, die dem Anwalt Anlaß zur Mißbilligung gaben. In einer späteren Eingabe, dem nach Umfang und Inhalt herausragenden Dokument vom 19. Juni 1933 (Dok. Nr. 3), hat Heins mit Nachdruck erklärt, es bestehe „nicht nur keine Vermutung, daß Herr Dr. Thomas Mann seinen Wohnsitz in das Ausland verlegt hat noch verlegen will, sondern Dr. Thomas Mann hat gerade im Gegenteil immer wieder betont, daß sein Aufenthalt im Ausland nur vorübergehend sei"[28]. Hier soll ganz unzweideutig „aufrecht erhalten" werden, daß mit der Heimkehr des Dichters sicher zu rechnen sei. Es ist also nicht Thomas Manns Brief an Epp, sondern Heins, auf den sich die unklare Wendung in der Tagebuchnotiz vom 17. Mai bezieht. Er war es, der daran „festgehalten" hatte, Thomas Mann werde in die Heimat zurückkehren. Wenn jener Brief für den Anwalt Anlaß gab, mit so großem Eifer um die Möglichkeit zu mündlicher Ergänzung, d. h. also Berichtigung, zu bitten, so muß die in Thomas Manns Schreiben zum Ausdruck kommende Abweichung von der Fiktion baldiger Rückkehr des Dichters und seiner Gattin nach München recht erheblich gewesen sein. Heins hat sogar befürchtet, daß das Schriftstück in der Registratur des Reichsstatthalters die ihm aufgetragenen Bemühungen mindestens stören, wenn nicht gar wirkungslos machen könnte. Er hat daher den ranghöchsten Beamten, der damals in Epps Behörde als offenbar vertrauter Helfer des Generals Dienst tat, Ministerialrat Frhr. v. Stengel[29], bei einer Besprechung gebeten, ihm das ordnungsgemäß im Eingangsjournal verzeichnete und damit zu den amtlichen Akten

[28] Unten, S. 129.

[29] Paul Frhr. v. Stengel (1877–1943) gehörte seit 1910 dem bayerischen Außenministerium an und wurde bei Errichtung der Staatskanzlei im Frühjahr 1933 dieser zugewiesen. Seit 1919 Ministerialrat, war ihm 1927 der Titel Geheimer Rat mit dem Rang eines Ministerialdirektors verliehen worden. Seit Errichtung des Reichsstatthalteramtes erscheint er häufig in dessen Akten, jedoch nicht in dessen Stellenplänen, obwohl er unzweifelhaft in den Geschäftsbetrieb des Reichsstatthalters eingebunden war und sein Büro in dessen Dienstsitz, dem Prinz-Karl-Palais, hatte. Zu Ritter v. Epp stand er in einem besonderen Vertrauensverhältnis, das sich z. B. darin kundgab, daß er den Reichsstatthalter häufig auf Reisen außerhalb Münchens und Bayerns begleitete. Seine Doppeltätigkeit stellt ein beamtenrechtliches Kuriosum dar, das sachlich in der engen Verzahnung der von ihm in der Staatskanzlei und im Reichsstatthalteramt zu bearbeitenden Aufgaben, persönlich vielleicht darin begründet war, daß Stengel nicht – wie die Beamten des Außenministeriums und der Staatskanzlei, die Epp in die Reichsstatthalterei übernommen hat – aus dem bayerischen Staatsdienst in den des Reiches übertreten wollte. O. Domröse, Der NS-Staat in Bayern von der Machtergreifung bis zum Röhm-Putsch (Miscellanea Bavarica Monacensia 47), München 1974, S. 45, bezeichnet ihn als „Repräsentanten der Monarchiebewegung". Vgl. über Stengel W. Schärl, Die Zusammensetzung der bayerischen Beamtenschaft von 1806–1918, Kallmünz 1955, S. 340, Nr. 659.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gehörende Schreiben Thomas Manns auszuhändigen. Es ist ein behördengeschichtlich und aktenkundlich ganz ungewöhnlicher Vorgang, daß dieser Bitte – wie Stengels Vermerk auf dem Schreiben des Anwalts vom 13. Mai 1933 besagt[30] – willfahrt worden ist. Vermutlich hat die nähere persönliche Beziehung, die zwischen Heins und Baron Stengel bestand, dabei eine Rolle gespielt.

Wir besitzen damit genügend Anhaltspunkte, um Inhalt und Tenor des nicht mehr erhaltenen Thomas-Mann-Briefs an den Reichsstatthalter in großen Zügen zu rekonstruieren. Das Schreiben sollte in erster Linie ein Entgegenkommen amtlicher Stellen zu gewinnen versuchen, um die mit Heins besprochenen vermögensrechtlichen Pläne und die Absicht verwirklichen zu können, mindestens Teile des Hausinventars aus München in die Schweiz zu verbringen. Hierzu bedurfte es natürlich einer Darlegung darüber, daß Thomas Mann vorerst dort bleiben und nicht nach München zurückkehren wollte. Hatte der Dichter am 21. März erwogen, um „Garantieen für" seine „Sicherheit vor Chikanen" zu ersuchen, so war hierzu am 9. Mai nun kein Anlaß mehr. Die inzwischen vorgefallenen Ereignisse, besonders die öffentliche „Ausstoßung"[31] durch den Richard-Wagner-Protest und die Maßnahmen der Bayerischen Politischen Polizei, gaben aber ausgiebig Grund zur Beschwerde wegen derartiger „Chikanen". Die einzige direkte Angabe über den Inhalt des Briefes, die Korrektur des auf die Polizeidirektion bezüglichen Irrtums, bestätigt, daß Thomas Mann tatsächlich solche Beschwerden dem Reichsstatthalter unterbreitet hat. In dessen Amt stand dieser Aspekt auch im Vordergrund. Daher wurden die Vorgänge unter dem Aktentitel „Zwangsmaßnahmen gegen Privatpersonen anläßlich der Durchführung der nationalen Revolution" geführt[32]. Seine Beschwerden hat Thomas Mann wohl angeführt, um glaubhaft zu machen, daß für ihn unter solchen Umständen ein Leben in München nicht denkbar sei. Damit war begründet, warum er im Ausland verharrte. Diese Annahme wird dadurch gestützt, daß Thomas Mann wenig später tatsächlich auf entsprechende Weise in einer Erklärung argumentiert hat, die er für den befürchteten Fall vorbereitete, amtlich zur Rückkehr aufgefordert und bei ihrer Verweigerung mit Vermögenskonfiskation bedroht zu werden. Erika Mann hat ihm damals geraten, dann das „Außenbleiben" doch „durchaus moralisch-freiwillig" zu begründen und „das Persönliche zurücktreten" zu lassen[33]. Nicht zuletzt sprechen zwei weitere Umstände dafür, daß das Schreiben an Epp bei aller gewiß auch zum Ausdruck gebrach-

---

30 Vgl. Dok. Nr. 1.

31 Dieser Ausdruck findet sich in Tgb. S. 149, 13. August 1933. An anderen Stellen spricht Thomas Mann von „Ausfluchung", immer mit Bezug auf den „Protest der Richard-Wagner-Stadt".

32 Vgl. den handschriftlichen Vermerk auf Dok. Nr. 2. Das Registraturzeichen für diese Vorgänge war Jr 4.

33 Tgb. S. 149, 13. August 1933. Thomas Mann bemerkt dazu: „Klug und beherzigenswert". Am 20. August kritisiert er, daß angesichts der ihm drohenden Gefahr der Verhaftung von seinem Beauftragten in München „immer noch weiter geforscht und verhandelt werde", und wünscht, daß dies unterbleibt, „weil es die ganz falsche Auffassung hervorruft, als bemühte ich mich um Rückkehr, während nicht Furcht vor Verhaftung mich zurückhält, sondern Abscheu"; ebenda, S. 155.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten Verbundenheit mit Deutschland durch eine in ihm enthaltene klare Distanzierung Thomas Manns von Zuständen und Machthabern in der Heimat mit der Fiktion baldiger Rückkehr in Widerspruch stand: der Dichter empfand es als eine ihn befriedigende Klärung seiner persönlichen Situation und Haltung – zum ersten Mal spricht er sich in seinem Tagebuch so aus; er befürchtete zugleich, sein Schritt könne die sofortige Beschlagnahme aller seiner Habe oder wenigstens „kühle Abweisung" seiner „Auffassung" zur Folge haben. Als Ende Mai die Münchener Bankkonten Thomas Manns auf Weisung Himmlers – den er irrig als bayerischen Finanzminister betrachtete[34] – beschlagnahmt wurden, vermutete er, dies sei darauf zurückzuführen, daß „die Nachricht von meinem Brief an Epp sich in Münchener herrschenden Kreisen verbreitet und Anlaß zum räuberischen Zugriff gegeben" habe[35]. Wenn dies dem Dichter denkbar schien, so zweifellos deshalb, weil seine „Auffassung" einen Vorklang derjenigen öffentlichen Erklärungen enthielt, die – später als viele Gegner des nationalsozialistischen Deutschland erwartet hatten – in künftigen Jahren Thomas Manns Haltung gegenüber dem nationalsozialistischen Regime dokumentiert haben.

Im Licht dieser Erkenntnisse ist nun auch der Hinweis von Heins auf die schweren seelischen Kämpfe Thomas Manns während der letzten Wochen und auf die entscheidende Bedeutung, die Epps Reaktion auf das Schreiben für den Dichter „in menschlicher sowie geistig-seelischer Hinsicht haben" werde, in seiner vollen Bedeutung zu erkennen. Im Bereich der realen Faktizität ohne die geringste Einschränkung vollkommen zutreffend, hat dieser Satz keineswegs nur die Absicht der bloßen Information, sondern dient einem darüber hinausgehenden Zweck. Der Reichsstatthalter sollte davon überzeugt werden, daß die Darlegungen des Dichters als Produkt einer außerordentlichen psychischen Zwangs- und Krisensituation zu beurteilen, also nicht nach gewöhnlichem Maßstab zu bewerten seien; Epps Antwort sollte auch der Tatsache Rechnung tragen, daß Thomas Mann – wie dieser mehrfach seinem Tagebuch anvertraute – nicht in offene Feindschaft mit Deutschland treten wollte, sondern „gern in Frieden von dem Lande geschieden ... wäre", weil dies ihm „gemäßer" wäre.

Die Akten lassen nicht erkennen, ob das Hauptanliegen, dessentwegen Thomas Mann sein Schreiben an Epp gerichtet hat, beim Reichtsstatthalter weiterverfolgt worden ist. Andere Fragen traten in den Vordergrund. Heins berichtete im Lauf des Mai verschiedentlich darüber, zuletzt am 24. Mai, daß seine „Unternehmungen noch in der Schwebe" seien[36]. Dies bezog sich u. a. auf die Affäre der beschlagnahmten Kraftwagen. Keiner der leitenden Herren der Bayerischen Politischen Polizei, bei der der Anwalt am 4. Mai die Rückgabe der Wagen beantragt oder um Mitteilung der Gründe für die Beschlagnahme gebeten hatte, war für ihn zu sprechen.

Nachdem die Politische Polizei Ende des Monats auch das Bankkonto Thomas

---

[34] Tgb. S. 99, 1. Juni 1933. Der Kommentar zu dieser Stelle, S. 643, meint, Thomas Mann habe „wohl ... Himmler ... mit dem bayerischen Finanzminister Ludwig Siebert verwechselt". Es dürfte umgekehrt liegen: die Beschlagnahme wurde durch Himmler als „Politischer Polizeikommandeur Bayerns" verfügt, und da Thomas Mann vermutlich Name und Amtsstellung unbekannt waren, hielt er Himmler für den von ihm als zuständig betrachteten Finanzminister.

[35] Tgb. S. 97, 31. Mai 1933. [36] Ebenda, S. 91, 24. Mai 1933.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Manns beschlagnahmt hatte, wandte Heins sich erneut an Epp (Dok. Nr. 2). Er hoffte, durch dessen Vermittlung „eine Audienz bei dem Chef, Herrn Himmler, oder ... Regierungsrat Beck oder ... Oberführer Heytrich" zu erlangen[37]. Heydrichs Name war bezeichnenderweise dem Anwalt und seiner Kanzlei noch nicht geläufig; er erscheint in charakteristisch lautverschobener Form. Der Reichsstatthalter hat offenbar Frhr. v. Stengel beauftragt, die Angelegenheit mit Heins mündlich zu erörtern. Diese Besprechung fand am 2. Juni statt. Wir wissen nicht sicher, welches Ergebnis dabei erzielt wurde.

Als die Bemühungen um Freigabe des Bankkontos für Zahlungen im Inland am 10. Juni durch den Widerstand der Politischen Polizei zum Scheitern gebracht worden waren, richtete Heins ein drittes Schreiben an Epp, eine umfangreiche Eingabe (Dok. Nr. 3). Er gab zu, daß er einsehe, z. Zt. mit den leitenden Herren der Politischen Polizei nicht sprechen zu können. Falls der Statthalter es nicht für zweckmäßig hielte, ihm eine Besprechung mit Beck oder Heydrich zu vermitteln, so möge er selbst die Gründe, die zu den Beschlagnahmen geführt hätten, sich bekanntgeben lassen und dann Heins zu einer Besprechung laden. Der Anwalt erklärte sich zu jeder Auskunft bereit und fügte hinzu, er „möchte nur eines: einmal die Gelegenheit haben, diesen Fall Dr. Thomas Mann in entscheidender Weise in mündlicher Rede und Gegenrede behandeln zu dürfen". Der Text dieser Eingabe braucht nicht im einzelnen behandelt zu werden; er ist bemerkenswert als Zeugnis dafür, wie um des angestrebten Zieles willen ein in sich schlüssiges, jedoch mit der Wirklichkeit durchaus nicht kongruentes Bild von Thomas Manns Reaktion auf die Ereignisse in Deutschland, die uns heute verläßlich in seinen Briefen und Tagebüchern entgegentritt, entworfen wird. Geschickt argumentiert der Anwalt dabei auch in einer Weise, die auf die Psyche eines Truppenführers im Ersten Weltkrieg berechnet war[38], und er setzt den Verunglimpfungen und Verdächtigungen Thomas Manns eine soeben erst, am 16. Mai 1933, in der „Frankfurter Zeitung" erschienene äußerst positive Würdigung des Dichters entgegen, bei der das Kunststück vollbracht ist, Thomas Mann als hervorragenden Repräsentanten eines zu Weltgeltung gelangten Deutschtums im Sinn einer Rede von – Goebbels zu preisen[39]. Thomas Mann vermerkt dazu am 23. Juni 1933: „Heins schickt sein langes Schreiben an Epp, das durch Paul Stengel vermittelt und unter-

---

[37] Über Himmlers und Heydrichs Rolle und Stellung in der bayerischen Polizei zu dieser Zeit vgl. S. Aronson, Reinhard Heydrich und die Frühgeschichte von Gestapo und SD, Stuttgart 1971, bes. S. 98ff., sowie J. Klenner, Verhältnis von Partei und Staat 1933–1945. Dargestellt am Beispiel Bayerns, München 1974, S. 58f. Über Beck vgl. Hübinger, S. 413, Anm. 2.

[38] Vgl. dazu den Passus in Dok. Nr. 3: „Lagen wir bei einem Großkampf in der Reserve, so erregte das Trommelfeuer in uns viel grausigere und entsetzlichere Vorstellungen als später, wenn wir dann tatsächlich in den Trichter in vorderster Linie einzogen" usw.

[39] B. Diebold, Olympia des Geistes (Frankfurter Zeitung, 16. Mai 1933). Dem zitierten Passus unmittelbar voran geht ein Abschnitt, der sich mit der „Neuordnung" der Sektion für Dichtkunst der Preußischen Akademie der Künste befaßt. Dort heißt es, man werde die Liste der ausgeschiedenen Mitglieder „mit Trauer ... betrachten, wenn man mit einigen anderen den Namen Thomas Manns liest, der einer (sic!) der nationalsten und deutschesten Faktoren nicht nur unserer, sondern der Weltliteratur bedeutet". Diebold wendet sich ferner dem Verhältnis Thomas Manns zu Richard

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stützt werden soll. Wohin soll es führen?"[40] Mag sein, daß die Lektüre der auf sein Dasein und seine Leistung so ausführlich eingehenden, eher als Denkschrift denn als Anwaltsschreiben zu bezeichnenden Ausführungen von Heins den Dichter am Abend dieses Tages dazu angeregt hat, „in der Stille" über sein Leben nachzudenken, „seine Pein und Schwere von frühan und seine Gunst vermöge gewisser glücklicher Seiten meines Charakters". Tiefe Resignation erfüllte ihn dabei: „Ich glaube doch, zuletzt werde ich seiner recht müde sein – und nicht nur seiner, sondern damit auch, im Gegensatz zu den metaphysischen Hoffungen und Sehnsüchten meiner Jugend, des Lebens überhaupt. Genug, genug! Wenn man das am Ende sagt, so meint man nicht nur die eigene Individuation, man meint das Ganze – aus der wahrscheinlich zutreffenden Erkenntnis wohl: Viel anders ist es nie. Der Sinn des Wortes ‚lebensmüde' ist nicht persönlich, er ist umfassend."[41]

Zwei Tage nach Eingang der weitausgreifenden Darlegung von Heins, am 23. Juni 1933, ließ der Staatssekretär des Reichsstatthalters sie kommentarlos mit dem Ersuchen um Mitteilung über den Sachverhalt dem Staatsministerium des Innern zuleiten (Dok. Nr. 4). Es entbehrt nicht der Pikanterie, daß dieser hohe Amtsträger kein anderer als – der Stabschef der SA Ernst Röhm war. Er ist allerdings nicht nur bei der Angelegenheit Thomas Mann, sondern überhaupt niemals in dieser Funktion wirklich tätig gewesen. Statt seiner war der uns bereits bekannte Frhr. v. Stengel zur I. V.-Zeichnung der Vorgänge ermächtigt, und er hat denn auch die wie ein Routineakt der Kanzlei anmutende „Randnote" an das Innenministerium unterschrieben. Daß es sich dabei um mehr als rein geschäftsmäßigen Ablauf, nämlich einen wohlbedachten, mit Heins – vermutlich bei der Besprechung vom 2. Juni – vereinbarten politischen Vorgang gehandelt hat, ist der schon erwähnten Notiz im Tagebuch Thomas Manns zu entnehmen, wo es heißt, das lange Schreiben sollte durch Stengel „vermittelt und unterstützt werden". Offenbar ist die große Eingabe vom 19. Juni 1933 von vornherein weniger für den Reichsstatthalter als für die leitenden Herren der Bayerischen

---

Wagner zu und kritisiert scharf den Protest der Richard-Wagner-Stadt München. „Es ist tief zu beklagen, wenn in München eine öffentliche Erklärung gegen Thomas Manns Gedenkrede auf Richard Wagner erschien, die von Männern wie Pfitzner, Richard Strauß und Gulbransson unterschrieben wurde . . . Hat nicht einer der Unterzeichner bedacht, daß mit Thomas Mann einer der seltensten Jasager zum Werke Wagners aus ihren Reihen gestoßen wurde? Oder sollten Thomas Manns Äußerungen zum ‚Sozialismus' – der ja nicht ohne weiteres ‚Marxismus' der extremen Form zu bedeuten hat – zu diesem Vorstoß gereizt haben? Erkennt man nicht in der Ganzheit der Persönlichkeit den bedeutenden Deutschen in Thomas Mann?" Thomas Mann notierte am 18. Mai 1933 das Erscheinen dieses Artikels „zu meinen Ehren, im Zusammenhang mit der Akademie und dem Wagner-Aufsatz" (Tgb. S. 87f.) sowie am 21. Mai aus der gleichen Zeitung (20. Mai 1933) eine „Replik ‚aus Akademiekreisen'" auf Diebolds Äußerungen. Das Bedauern des Ministeriums über den „‚schweren Verlust', den mein Ausscheiden bedeute, stark affichiert. Fast sieht es aus, als wolle man mir eine Brücke zurück bauen"; Tgb. S. 90.

[40] Tgb. S. 119. – Die Form, in der hier Stengel erwähnt ist, deutet auf das Bestehen der erwähnten näheren persönlichen Beziehungen zwischen ihm und Heins, vielleicht auch auf Bekanntschaft Thomas Manns mit ihm hin.

[41] Tgb. S. 121. Die geäußerte Vermutung wird dadurch nahegelegt, daß Reflexionen solcher Art in den Tagebuchaufzeichnungen dieser Zeit äußerst selten sind.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Politischen Polizei bestimmt gewesen, die sich einer Besprechung des Falles Thomas Mann mit Heins so beharrlich entzogen. Ihnen sollte das von höchster staatlicher Stelle zugeleitete Dokument zur Kenntnis bringen, was der Anwalt ihnen mündlich nicht vortragen konnte. Die Unterschrift des Barons sollte ebenso wie die – formal auch zutreffende – Wendung, dieser handle „auftragsgemäß", also ausdrücklich auf Geheiß von Epp, die eigentlichen Adressaten erkennen lassen, daß der Fall Thomas Mann bei der politischen Führungsspitze des Reichsstatthalteramts aufmerksam verfolgt und der denkschriftartigen Eingabe des Rechtsanwalts entsprechendes Gewicht beigemessen wurde. Ob derartige Feinheiten von den neuen, mit dem traditionellen Verwaltungs- und Regierungsstil nicht vertrauten Herren in Ministerium und Polizei bemerkt wurden, kann nach dem weiteren Verlauf der Sache bezweifelt werden.

Das Staatsministerium des Innern war gemäß Regierungsstruktur und Geschäftsordnung die für den Schriftwechsel des Reichsstatthalters mit bayerischen Polizeibehörden und deren Korrespondenz mit ihm zuständige Stelle[42]. Innenminister war seit der nationalsozialistischen Machtergreifung in Bayern der Gauleiter von Oberbayern, Adolf Wagner. Er hatte den gleichzeitig zum kommissarischen Polizeipräsidenten der Polizeidirektion München bestellten Himmler Mitte März zunächst zum „Politischen Referenten beim Staatsministerium des Innern" und schon am 1. April zum „Politischen Polizeikommandeur Bayerns" ernannt. In dieser Eigenschaft war Himmler unter Ausscheiden aus der Polizeidirektion dem Innenminister direkt unterstellt. Mit ihm war die nunmehr auch amtlich als „Bayerische Politische Polizei" bezeichnete bisherige Abteilung VI aus der Polizeidirektion ausgeschieden und dem „Politischen Polizeikommandeur Bayerns" unterstellt worden. Die meisten dort tätigen Beamten, darunter auch der schon erwähnte Regierungsrat Beck, blieben unter der neuen Führung im Amt. Diese hatte seit der Machtübernahme, zunächst ebenfalls kommissarisch, Heydrich inne, nicht in beamteter Funktion, sondern – wie auch später noch – als SS-Standartenführer, seit dem 21. März als SS-Oberführer z. b. V. im Stabe Himmlers. Die derart neu organisierte Behörde arbeitete wie mit den früheren, noch auf Planstellen der Polizeidirektion geführten Beamten auch unter den dort benutzten, die ältere Organisation bezeugenden Geschäftszeichen weiter.

So erfolgte die Antwort an den Reichsstatthalter und Rücksendung der Eingabe von Heins durch die Bayerische Politische Polizei am 12. Juli unter einem Aktenzeichen der früheren Polizeidirektion (Dok. Nr. 5). War dies ein durch die Verhältnisse der noch andauernden Übergangszeit erklärlicher Umstand, so wies eine andere Tatsache auf zukunftsträchtige Tendenzen und den Willen des Herrn der neuen Behörde hin, sich nicht an Zuständigkeitsgrenzen zu halten, sondern der Politischen Polizei die gleiche Immediatstellung wie einem Ministerialressort zu sichern. Die Bayerische Politische Polizei richtete nämlich ihr Antwortschreiben, von Heydrich als Chef unterzeichnet, unmittelbar, unter Übergehung des Innenministeriums, an den Reichsstatthalter. Der Inhalt der Anwort zeigt nicht weniger Ruppigkeit im Umgang mit diesem.

---

[42] Vgl. Domröse, S. 147f.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mit keinem Wort wird auf das Schreiben von Heins, auf die verschiedenen darin dargelegten Beschwerdepunkte, geschweige denn die Ausführungen über Thomas Mann eingegangen. Vielmehr setzt Heydrich sogleich mit dem lapidaren Satz ein: „Thomas Mann ist Gegner der nationalen Bewegung und Anhänger der marxistischen Idee." Es waren genau die Eigenschaften, die dem Betroffenen die Verhängung der Schutzhaft und Verbringung nach Dachau eintrugen. Folgerichtig schließt das Schreiben: „Diese undeutsche, der nationalen Bewegung feindliche, marxistische und judenfreundliche Einstellung gab Veranlassung, gegen Thomas Mann Schutzhaftbefehl zu erlassen, der aber durch die Abwesenheit desselben nicht vollzogen werden konnte. Nach den Weisungen der Ministerien wurden jedoch sämtliche Vermögenswerte beschlagnahmt." Zum Beweis für diese Behauptungen über Thomas Manns politische Ansichten führte Heydrich neun Punkte an. Bis 1927 zurückreichend, sind sie einem offenbar bei der Münchener Polizeidirektion mindestens seit jenem Jahr sorgfältig geführten Dossier entnommen, in dem Presseäußerungen über den Dichter gesammelt wurden. Einige der berichteten Tatsachen – Thomas Manns Reise nach Warschau als Gast des „Polnisch-Literarischen Clubs" (in Wirklichkeit der polnischen Sektion des PEN-Klubs), seine 1928 gemachten Bemerkungen über die Ozeanflieger Köhl und Hünefeld und deren Empfang in München, die Unterschrift zugunsten der „Roten Hilfe", die Forderung nach Amnestie für Beteiligte an den revolutionären Ereignissen von 1918/19, Thomas Manns Wiener Rede vor sozialdemokratischen Arbeitern – sowie, wegen eines Abschnitts über die Schächtung, die Qualifizierung des „Zauberberg" als Dokument judenfreundlicher Gesinnung tauchen zusammen mit anderen derartigen Belegen wenig später in dem von der Bayerischen Politischen Polizei sichtlich mit Hilfe des gleichen Dossiers ausgearbeiteten Antrag auf, Thomas Mann die deutsche Staatsangehörigkeit abzuerkennen[43]. Es ist bereits vermutet worden, das dazu benutzte Material und die damit verbundenen Werturteile entstammten „der Sphäre der subalternen Angehörigen der Münchener Polizeidirektion . . ., die teilweise in die Bayerische Politische Polizei übernommen worden waren und von denen einige später in hohen Diensträngen des Reichssicherheitshauptamtes zu makabrer Berühmtheit gelangen sollten"[44]. Dies wird durch unsere Akten bestätigt. Als Sachbearbeiter des Antwortschreibens an den Reichsstatthalter, das Heydrich als Berichterstatter nennt, ist nämlich durch eigenhändigen Namenszug in der Reinschrift der damalige Polizeisekretär Joseph Schreieder aus der Polizeidirektion ausgewiesen[45]. Er gehörte zu den Beamten, die am 9. November 1933 zur Bayerischen Politischen Polizei versetzt wurden, stieg später bei der Gestapo bis zum Kriminaldirektor und SS-Sturmbannführer auf und war während des Krieges in entsprechender Funktion im Stabe des Höheren SS- und Polizeiführers Rauter in den besetzten Niederlanden tätig. Bisher war von ihm schon bekannt, daß für ihn der Thomas Mann betreffende Personalakt in der Polizeidirektion seit dem 23. Juli 1933 „vorgemerkt" war, also unmittelbar

---

[43] Vgl. Hübinger, S. 139f. Abdruck des Antrags ebenda, S. 398ff., Nr. 33.
[44] Hübinger, S. 140.
[45] Über Schreieder vgl. Hübinger, S. 412, Anm. 1 zu Nr. 41a.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nach Abgang des Schreibens von Heydrich und höchstwahrscheinlich im Zusammenhang mit der vorbereitenden Arbeit an dem gegen den Dichter gerichteten Ausbürgerungsantrag, für den das Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsanhörigkeit vom 14. Juli 1933 soeben die Grundlage geschaffen hatte.

Es muß nachdenklich stimmen, daß es einem nationalsozialistischen Funktionär wie Heydrich alsbald nach seinem Machtantritt in München möglich war, die Verfolgung Thomas Manns durch das neue Regime auf eine derart strukturierte, teilweise peinlich absurde Sammlung von Informationen und Werturteilen zu stützen, die bei der Polizeidirektion bereits in den zwanziger Jahren zum Zweck politischer Überwachung des Dichters angelegt worden war. Wir erkennen eine nicht nur in individueller Voraussetzung einzelner Personen begründete Kontinuität, so wie der gleiche Hanns Johst Thomas Mann 1922 beschuldigte, er habe sein Deutschtum „an die Zeit" verraten, und im Herbst 1933 bei Himmler anregte, den Dichter ins Konzentrationslager bringen zu lassen[46].

Erst spät, am 20. August, und durch einen Brief, den Heins vorsichtshalber nicht in Deutschland, sondern in Frankreich aufgegeben hatte, erfuhr Thomas Mann, welchen Effekt der mit so viel Hingabe und der Unterstützung Stengels von seinem Anwalt unternommene Vorstoß erzielt hatte[47]. Er entnahm dem langen „Bericht über Verhandlungsergebnisse mit der ‚Statthalterschaft', dem Innenministerium und der Politischen Polizei", daß „Baron Stengel und Heins" ihm „endlich ... die Rückkehr nicht mehr empfehlen" konnten, „da mit einer, wenn auch nur vorübergehenden Verhaftung wegen meiner politischen Äußerungen seit dem Jahre 25, über die man offenbar eine genaue Kartothek geführt hat, zu rechnen wäre". Schon genau vier Wochen vorher aber hatte Thomas Mann nach der von ihm erfüllten Zumutung, sich öffentlich von einer durch Klaus Mann gegründeten Zeitschrift der deutschen Emigration zu distanzieren, und nach mehrfachen Gesprächen mit Erika Mann über seine „Lage und Haltung, deren Schiefheit und Unklarheit" er zugab, dem Tagebuch anvertraut: „Die Rückkehr ist ausgeschlossen, unmöglich, absurd, unsinnig und voll wüster Gefahren für Freiheit und Leben – das ist meiner Vernunft klar."[48] Fünf Tage nach Empfang des Briefes von Heins erfuhr Thomas Mann, daß sein Münchner Haus beschlagnahmt und von SA besetzt sei. Das gab ihm den Anstoß, tags darauf seine Abmeldung aus der Stadt zu beschließen. Ehe er am 28. August 1933 den dazu bestimmten Brief an das Finanzamt ausfertigte, war die erste Liste derjenigen Persönlichkeiten zu seinen Händen gekommen, denen die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt worden war. Unter ihnen befand sich Heinrich Mann.

---

[46] Zu der Äußerung aus dem Jahr 1922 vgl. Hübinger, S. 87, wo in Anm. 213 auch die Wiederholung des Satzes bei einer durch einen anderen Autor im Jahr 1928 geführten Polemik gegen Thomas Mann nachgewiesen ist. Zu Johsts Schritt bei Himmler vgl. das an diesen gerichtete Schreiben vom 10. 10. 1933, das K. Pätzold, Zur politischen Biographie Thomas Manns (1933), Weimarer Beiträge 9, 1975, S. 181, veröffentlicht hat.

[47] Tgb., S. 155. Zu dieser Eintragung gehören die in Anm. 33 zitierten Worte.

[48] Tgb., S. 130, 132, 20. Juli 1933.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Welchen Eindruck Heydrichs ungewöhnliche „Mitteilung über den Sachstand", zu der er aufgrund der aus Beschwerde und Memorandum gemischten Eingabe von Heins im Juni 1933 aufgefordert worden war, im Amt des Reichsstatthalters bewirkt hat, zeigen dessen Akten nicht. Der Pauschalhinweis des SS-Oberführers auf „Weisungen der Ministerien" als Grundlage für die Beschlagnahme von Thomas Manns Vermögen erregte allerdings die verwunderte Aufmerksamkeit des Frhrn. v. Stengel. Sie spiegelt sich unübersehbar in dem von diesem am 1. August gezeichneten lakonischen Ersuchen an die Politische Polizei – nicht mehr an das Staatsministerium des Innern – „um Mitteilung, um welche Ministerien es sich handelt" (Dok. Nr. 6). War durch den direkten Verkehr des Reichsstatthalters mit der Politischen Polizei deren Tendenz zur Immediatstellung in auffälliger Weise willfahrt worden, so wird die gestärkte Selbstherrlichkeit Heydrichs und seiner Behörde durch nichts besser illustriert als durch die dürren Aktenvermerke und knappen Schreiben, denen der nunmehr folgende Verlauf zu entnehmen ist. Der Reichsstatthalter ist niemals einer Antwort auf seine Rückfrage gewürdigt worden. Seine Mitarbeiter verloren zwar die Sache nicht aus dem Auge, beschränkten sich aber auf interne Wiedervorlageverfügungen und einige Mahnschreiben[49]. Wiedervorlagen des Ausgangs vom 1. August 1933 erfolgten zunächst am 20. August und 1. September. Das erste Mahnschreiben erging am 7. September. Nach erneuter Wiedervorlage zum 1. Oktober folgte schon am 4. Oktober das zweite Mahnschreiben. Auf Wiedervorlagen am 18. und 26. Oktober ging am 3. November das dritte Mahnschreiben ab (Dok. Nr. 7). Die Kette der Wiedervorlagen verlängerte sich weiter am 10. und 21. November sowie am 1. Dezember.

Ehe dann weitere Verfügung getroffen worden ist, erfuhr das Reichsstatthalteramt auf grotesk bezeichnende Weise, daß das Gesetz des Handelns nicht bei ihm, sondern bei der Bayerischen Politischen Polizei lag. Diese nämlich stellte nun den Antrag, Thomas Mann die deutsche Staatsangehörigkeit abzuerkennen. Er sei „in den letzten Tagen ausgelaufen" – so sagte am 7. Dezember ein Oberinspektor bei der Politischen Polizei dem beim Statthalter mit Registratur und Rechnungswesen befaßten Obersekretär (Dok. Nr. 8)[50]. Rechtsanwalt Heins hatte davon, daß ein solcher Antrag vorbereitet werde, schon etwas früher gehört. Bereits am 21. November versuchte er den mit ihm im gleichen Hause wohnenden Kultusminister Schemm – der übrigens zu den Unterzeichnern des Protests der Richard-Wagner-Stadt München zählte – zu einer Besprechung darüber zu bewegen[51]. Möglicherweise ist dieser Schritt Heins auch durch die Enttäuschung nahegelegt worden, die er bei der Bemühung des Reichsstatthalters erlebt hatte. Der Weg über Epp war nicht nur erfolglos geblieben, sondern hatte zu einem üblen Ende geführt. Mit dem beschwörenden Appell bei Schemm hatte Heins ebenso wenig Glück; der Minister schwieg sich aus.

Auch von seiten des Reichsstatthalters erfolgte auf die Information über den neuen Schlag der Politischen Polizei gegen Thomas Mann nichts. Selbst als deren Rapport

[49] Zum Folgenden vgl. die Dok. Nr. 6 und 7.

[50] Vgl. den Aktenvermerk des Regierungsobersekretärs Keith vom 7. Dezember 1933 (Dok. Nr. 8).

[51] Vgl. Hübinger, S. 136ff.; ebenda, S. 391, Nr. 29, Text des Schreibens an Schemm.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

am 9. Januar die inoffizielle Mitteilung aus dem Inspektoren- und Sekretärbereich bestätigte, fand sich der – in unserem Zusammenhang zuerst durch die Unterfertigung des Mahnschreibens vom 3. November bezeugte – Ministerialrat Schachinger erst nach mehreren Wochen, am 23. Februar 1934, bewogen, bei der Politischen Polizei nach dem „Stand der Angelegenheit" zu fragen[52]. Es geschah erstaunlicherweise unter Bezugnahme nicht bloß auf den erwähnten Rapport, sondern den „dortigen Bericht vom 12. 7. 1933" – also Heydrichs „Mitteilung" – und die verschiedenen darauf ergangenen, nach wie vor unbeantworteten Schreiben des Reichsstatthalters. Die Büroroutine funktionierte, wenn auch schleppend, weiter. Aber nicht mehr die Bayerische Politische Polizei, sondern die ihr vorgesetzte Zentralverwaltung im Innenministerium, „Der Politische Polizeikommandeur Bayerns", die Dienststelle Himmlers also, der zäh seinen Anspruch auf Immediatstellung verfolgte, ließ durch Regierungsrat Beck, von dem empfangen zu werden sich Heins im Vorjahr vergebens bemüht hatte, sofort höflich antworten, am 18. Januar sei „ein ausführlich begründeter Antrag auf Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit" Thomas Manns beim Reichsminister des Innern gestellt worden (Dok. Nr. 10). Diese Auskunft wurde im Reichsstatthalteramt zunächst einmal auf Wiedervorlage nach zwei Monaten gelegt. Eine erneute Anfrage nach dem Sachstand vom 2. Mai (Dok. Nr. 11) wurde, wiederum von Beck, sofort und sachlich damit beantwortet, eine Entscheidung über den Ausbürgerungsantrag sei bisher nicht eingegangen (Dok. Nr. 12). Stengel, dessen Hand in diesen Akten jetzt erst wieder und zum letzten Male erscheint, verfügte Wiedervorlage dieses Eingangs „in 3 Wochen". Nachdem sie zum 2. Juni erfolgt war, wurde sie mehrfach, zuletzt am 6. August und immer rein formal, erledigt. Einige Vermerke zeigen, daß sich das zuständige Referat im Reichsstatthalteramt mindestens zweimal mit dem Vorgang beschäftigt hat. Ein dabei entstandener stenographischer Vermerk, der nicht ganz zweifelsfrei als „Keine Annahme" zu entziffern ist, bleibt unerklärbar. Er und die Notiz „Vortrag P[olitische] P[olizei]" deuten darauf hin, daß sich diese Beschäftigung des Amtes nicht wie in den letzten Monaten des Vorjahrs ohne Handlungsinitiativen in reiner Büroroutine erschöpfte. Doch scheint sich nichts Bedeutungsvolles mehr ereignet zu haben. Das Dossier Thomas Mann endet damit, daß das letzte Stück am 2. November 1934 ohne nähere Begründung zu den Akten geschrieben worden ist. Der Schauplatz der Auseinandersetzung hatte sich verschoben. Er lag, seitdem der Antrag auf Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit Thomas Manns beim Reichsminister des Innern eingegangen war, in Berlin[53]. Heins erscheint in den Akten der damit befaßten Reichsministerien als unverdrossener Anwalt des Dichters. Heydrich, der als engster Mitarbeiter Himmlers mit diesem am 20. April 1934 das Kommando über die Preußische Geheime Staatspolizei übernommen hatte und sie zur Befehlszentrale des künftigen SS-Staates ausbaute, sollte bald,

[52] Dok. Nr. 9. Ministerialrat Schachinger war anstelle Stengels seit 10. Juli 1933 als Vertreter des Staatssekretärs zur I. V.-Zeichnung im Reichsstatthalteramt berechtigt.

[53] Zum Folgenden Hübinger, S. 141ff., 153ff., 173ff. Heydrichs Anträge auf Ausbürgerung Thomas Manns vom 19. Juli 1935 und 25. März 1936 sind ebenda, S. 470f., Nr. 96, und 504ff., Nr. 147, gedruckt.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zuletzt im März 1936, Gelegenheit haben, die Ausbürgerung des verhaßten Dichters erneut zu beantragen und schließlich zu erreichen.

Wie gering die Macht des Reichsstatthalters in Bayern speziell in Bezug auf die Angelegenheiten gewesen ist, für die Himmler als „Politischer Polizeikommandeur Bayerns" und Heydrich als dessen rechte Hand sich schnell eine praktisch unbegrenzte Zuständigkeit zu sichern wußten, ist durch die zeitgeschichtliche Forschung geklärt worden[53a]. Der „Windmühlenkampf" Epps, bei dem es vorerst besonders um den Widerstand gegen Himmlers Schutzhaft-Domäne und damit um das Schicksal vieler Tausende von Menschen, die Prinzipien des Rechtsstaats und das problematische Verhältnis zwischen Staatsgewalt und Parteimacht ging, spielte eben in der Zeit sich ab, als die Thomas Mann betreffenden Akten im Amt des Reichsstatthalters entstanden sind. Ein Zusammenhang innerer Art zwischen dem Verlauf dieser ersten Phase des Ringens, an dessen Ende „Epp in völlige Bedeutungslosigkeit" „versank"[53b], und der Behandlung des Falles Thomas Mann durch sein Amt und dessen Mitarbeiter ist unverkennbar. So wie die Rückfrage des Ministerialdirektors Frhr. v. Stengel vom 1. August 1933, die Rechenschaft über eine zweifelhafte Behauptung Heydrichs forderte, nie beantwortet worden und schließlich ergebnislos im Geschäftsgang versackt ist, blieb auch Epps Forderung, ihm ein Verzeichnis der nach dem 15. April 1934 noch in Schutzhaft befindlichen Personen vorzulegen, unerfüllt, bis eine von Himmler erwirkte Weisung Hitlers im Februar 1935 die Nachprüfung der in Bayern anhängigen Schutzhaftfälle verhinderte.

Dokument 1

Rechtsanwalt Heins, München, An Reichsstatthalter Ritter v. Epp, München

13. Mai 1933.

Eingangsstempel: 01177 15. Mai 1933.
Neben dem ersten Absatz ist links handschriftlich vermerkt 1138, *offenbar die Tagebuchnummer, die das in den ersten Zeilen erwähnte Schreiben Thomas Manns als Eingang im Büro des Reichsstatthalters erhalten hat. Rechts ist vermerkt:* Herrn R. A. Heins auf dessen Vortrag zurückgegeben. St[engel][54].

Ew. Excellenz!
Sehr geehrter Herr Reichsstatthalter!

Ich vertrete Herrn Dr. Thomas Mann, welcher Ew. Excellenz vor einigen Tagen ein Schreiben gesandt hat, dessen Abschrift er mir zugeleitet hat, mit dem Ersuchen, ich möge auch hier als sein ständiger Vertreter seine Interessen wahren.
Ich hatte vor kurzer Zeit Gelegenheit, einen Tag mit Herrn Thomas Mann zusammen zu

---

[53a] Vgl. hierzu Klenner, S. 129ff. Die dort, S. 146, als Überschrift des Kap. V, 3 gewählte Wendung „Windmühlenkampf" geht zurück auf L. Volk, Der Bayerische Episkopat und der Nationalsozialismus 1930–1934, Mainz 1965; vgl. Klenner, S. 149, Anm. 76.

[53b] Klenner S. 286. Der Zeitpunkt, für den dies festgestellt wird, lag im November 1936.

[54] Zu Stengel vgl. Anm. 29.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sein und habe dort von ihm selbst verschiedene Umstände, Tatsachen, Meinungen und Ansichten vernommen, welche in seinem Schreiben an Ew. Excellenz nicht oder nur andeutungsweise enthalten sind, welche aber eine notwendige Ergänzung zu dem Inhalt dieses Briefes mir zu bilden scheinen.

Ich bitte daher Ew. Excellenz höflich, mir eine Unterredung[55] gewähren zu wollen, in der ich die Ergänzung des Tatbestandes so vortragen kann, daß damit das gesamte Material vorliegt, welches für eine erschöpfende sachliche Würdigung durch Sie erforderlich ist.

Die Bedeutung der Persönlichkeit eines Thomas Mann läßt es wohl als gerechtfertigt erscheinen, daß der hiesige Vertreter persönlich Ew. Exc. die gesamte Angelegenheit unterbreitet und etwa auftretende Zweifel zu beseitigen versucht sowie Rede und Antwort steht.

Ich weiß aus eigener, unmittelbarer Anschauung, in welch' schweren seelischen Kämpfen Herr Thomas Mann während der letzten Wochen gelegen hat und noch liegt; ich weiß daher auch, welche weittragende, ja entscheidende Bedeutung Ihr Schritt mag er ausfallen wie auch immer, für Herrn Thomas Mann in menschlicher sowie geistig-seelischer Hinsicht haben wird. Und das Verantwortungsbewußtsein, welches aus einem solchen Wissen fließt, läßt mich immer wieder Ihnen die ergebene Bitte um Gewährung einer Audienz vortragen.

Es sei schon heute ein Irrtum des Herrn Thomas Mann richtig gestellt: es wurde mir nicht etwa die Bekanntgabe derjenigen Gründe verweigert, welche zur Beschlagnahme der drei Kraftwagen führte, sondern die Polizeidirektion hat meinem Kanzlei-Kollegen auf seine mündlich gestellte Frage nach den Gründen der Beschlagnahme anheim gestellt, dieses Ersuchen schriftlich zu machen, was auch inzwischen geschehen ist.

Da ich Montag und Dienstag wegen unaufschiebbarer anderer beruflicher Dinge in Berlin bin, bitte ich höflich, die Besprechung nicht vor Mittwoch[56] anberaumen zu wollen. Vielleicht ist es möglich, Stunde und Ort gegebenenfalls durch Ihr Büro telefonisch meiner Kanzlei mitteilen zu lassen.

Ich habe die Ehre, in der aufrichtigsten Hochachtung zu sein
Ew. Excellenz ganz ergebener
[gez.] Heins

Dokument 2

Rechtsanwalt Heins, München, an Reichsstatthalter Ritter v. Epp, München

29. Mai 1933

Eingangsstempel: 01788 30. Mai 1933 x Beilagen.
Handschriftl. Vermerk: Nach persönlicher Rücksprache mit Rechtsanwalt Heinz [!] Nr. 1177, 1788 zum Akt. M. 2. 6. 33 Stengel.
Von anderer Hand: Zwangsmaßn[ahmen] geg[en] Private

[55] Mit Rotstift unterstrichen.
[56] 17. Mai 1933.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ex. Excellenz!
Sehr geehrter Herr Reichsstatthalter!

Ich nehme Bezug auf die Besprechung, welche ich heute morgen mit Ihrem Herrn Adjutanten Schweighart[57] haben konnte und unterbreite noch einmal kurz meine schon mündlich vorgetragene Bitte:
Ich vertrete den Schriftsteller Dr. Thomas Mann. Die Bayerische politische Polizei hat etwa vor einem Monat die beiden Personenkraftwagen meiner Partei und vor einigen Tagen das Konto beim Bankhaus Feuchtwanger beschlagnahmt. Wegen der Beschlagnahme der Autos hate ich schon mehreremale[58] versucht, auf Grund eines schriftlichen Gesuches Rücksprache mit einem der leitenden Herren zu pflegen[59], doch ist es mir infolge Überlastung dieser Herren nicht gelungen, vorzudringen[60].
Die Bedeutung eines Thomas Mann rechtfertigt es wohl, daß ich diese ganze Angelegenheit persönlich und mündlich vertreten darf und ich bitte Ew. Excellenz höflich darum, daß Sie Ihren Einfluß dahin geltend machen, daß mir eine Audienz bei dem Chef, Herrn Himmler, oder Herrn Regierungsrat Beck[61] oder Herrn Oberführer Heytrich[62] gewährt wird.

Ich danke Ew. Excellenz für die Bemühungen verbindlichst im voraus und habe die Ehre zu sein in

aufrichtigster Hochachtung
Ew. Excellenz
ganz ergebener
[gez.] Heins

Dokument 3

Rechtsanwalt Heins, München, an Reichsstatthalter Ritter v. Epp, München

19. Juni 1933

Eingangsstempel: 2660 21. Juni 1930 x Beilagen
Handschriftlicher Vermerk am Kopf: Vg 1788 u. 1177
Zu einer weiteren handschriftlichen Eintragung auf dem Dokument vgl. die Vorbemerkung zu Nr. 4.

---

[57] Hans Schweighart, geb. 1894, SA-Standartenführer, war vom 10. April bis 15. Dezember 1933 neben dem gleichzeitig beim Reichsstatthalter eingesetzten „Adjutanten der SS" Karl Wolff als „Adjutant der SA" bei Epp tätig, danach in gleicher Eigenschaft bei Stabschef Röhm, in dessen Untergang er mit hineingezogen wurde. Mit anderen SA-Angehörigen wurde er aus dem Strafgefängnis Stadelheim ins Konzentrationslager Dachau geschafft und dort am 1. oder 2. Juli 1934 erschossen; vgl. G. Kimmel, Das Konzentrationslager Dachau, in: M. Broszat u. E. Fröhlich (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit II, München-Wien 1979, S. 364f. Im Bestand Reichsstatthalter 820 finden sich private Papiere von ihm, die von der Gestapo beschlagnahmt und am 25. Oktober 1934 von der Obersten SA-Führung an den Reichsstatthalter zurückgegeben worden sind; knapp verzeichnet in „Widerstand und Verfolgung in Bayern" (vgl. Anm. 2), S. 212, Nr. 774.

[58] Mit Rotstift unterstrichen.

[59] Mit Rotstift unterstrichen.

[60] Mit Rotstift unterstrichen. [61] Siehe Anm. 37. [62] Sic!

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ew. Excellenz!
Sehr geehrter Herr Reichsstatthalter!

Ich vertrete Herrn Dr. Thomas Mann. Ich erlaube mir, Ew. Excellenz in seinem Namen die folgenden Zeilen zu unterbreiten:

A.

I. Mein Mandant, welcher sich aus später zu erörternden Gründen außerhalb der deutschen Reichsgrenze aufhält, wollte Ende April 1933 einen seiner beiden Kraftwagen zu sich nehmen und zwar unter Beobachtung aller gesetzlichen Vorschriften. Anscheinend hatte die Polizeidirektion München, Abt. für Kraftwagen, den Antrag auf Ausstellung der erforderlichen Papiere an die politische Polizei weitergegeben. Denn einige Tage später wurden die beiden Kraftwagen beschlagnahmt und in den Besitz der politischen Polizei genommen, wo sie sich noch heute befinden. Daß auch ein dritter Wagen, ein kleiner D.K.W.-Wagen, welcher dem zweiten Sohn meines Mandanten, Herrn Dr. Gottfried Mann, gehört, gleichzeitig beschlagnahmt wurde, soll hier nur zur Ergänzung des Tatbestandes mitangeführt werden.
II. Als Vertreter des Herrn Dr. Thomas Mann hatte ich verschiedene Rechnungen und auch Steuern zu bezahlen. Ich gab den Auftrag hierzu an das Bankgeschäft J. L. Feuchtwanger in München, wo mein Mandant ein Bankkonto unterhält, das Bankgeschäft trug Bedenken, diese Überweisungen auszuführen; es berief sich auf die in die Form einer Bitte gekleideten [sic] Anweisung des Reichswirtschaftsministeriums vom 11. IV. 1933, Dev. I 14295.33
Der Inhalt dieser Anweisung ist kurz folgender:

> „Personen, welche ihren Wohnsitz in das Ausland verlegt hätten, wären mehrfach bestrebt gewesen, durch dritte Personen ihr inländisches Bankkonto abzuheben, um es ohne Genehmigung der Devisenbewirtschaftungsstelle in das Ausland zu verbringen. Deshalb sollten alle Banken, welche einen derartigen Verdacht hätten, solche Konten als Ausländerkonten behandeln und Abhebungen nur mit Genehmigung der Devisenbewirtschaftungsstelle vornehmen."

Das Bankgeschäft Feuchtwanger schloß sich zwar meinem Standpunkt an, daß die Voraussetzungen dieses Erlasses des RWM nicht gegeben seien; denn
1. es besteht nicht nur keine Vermutung, daß Herr Dr. Thomas Mann seinen Wohnsitz in das Ausland verlegt hat noch verlegen will, sondern Dr. Thomas Mann hat gerade im Gegenteil immer wieder betont, daß sein Aufenthalt im Ausland nur vorübergehend sei.
2. Ich wollte ja nicht die Gelder abheben, um sie in das Ausland zu verbringen, sondern um damit im Inland Zahlungen zu leisten.
Jedoch das Bankgeschäft Feuchtwanger wollte aus sehr begreiflichen Gründen alles vermeiden, was man ihm als einen Verstoß gegen behördliche Vorschriften auslegen könnte. Ich habe dann auch sofort davon Abstand genommen, weiter in den Bankier zu drängen, weil ich einerseits wußte, daß Herr Dr. Thomas Mann jeden, aber auch

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

jeden, wenn auch nur scheinbar illegalen Schritt ablehnt und andererseits ich als Anwalt hierzu auch nicht die Hand bieten kann noch will.
Ich habe dann am 18. Mai 1933 einen diesbezüglichen Antrag an die Devisenbewirtschaftungsstelle gerichtet, welcher mir mit Schreiben dieser Behörde vom 10. Juni 1933 O1739/B34136 ohne Begründung abgelehnt wurde. Durch persönliche Rücksprache mit dem Vorstand der Devisenbewirtschaftungsstelle erfuhr ich nun, daß gemäß einer Verwaltungsanweisung die Devisenbewirtschaftungsstelle vor der Entscheidung an die politische Polizei das Gesuch zur Stellungnahme weitergegeben hat und daß die politische Polizei sich ablehnend verhalten habe.
Inzwischen, Ende Mai 1933, wurde das Bankkonto meiner Partei beim Bankgeschäft Feuchtwanger beschlagnahmt, so daß mir jede Zahlung, auch diejenige von Steuern, unmöglich gemacht wurde.
III. Ich habe am 4. V. 1933 einen Antrag an die politische Polizei gerichtet, in dem ich um Rückgabe der beiden Kraftwagen und gleichzeitig darum bat, mir die Gründe der Beschlagnahme mitzuteilen, falls der Rückgabe der Wagen irgend welche Hindernisse im Wege stünden. Ich habe ferner des öfteren versucht, durch persönliche Rücksprache auf der politischen Polizei diese Gründe zu erfahren und habe mich immer wieder erboten, in jeder Weise Rede und Antwort zu stehen. Ich habe dort jedoch immer nur einen mittleren Beamten angetroffen, welcher stets in der zuvorkommendsten Weise mir eine Besprechung mit einem der maßgebenden Herren der politischen Polizei ermöglichen wollte. Ich hatte dann mehreremale versucht, auf dem Sekretariat des Herrn Regierungsrat Beck und des Herrn Oberführer Heitrich[63] eine solche Besprechung zustande zu bringen. Ein jeder Versuch ist aber mißlungen. Ich bin um keinen Schritt vorwärts gekommen.
IV. Maßnahmen, wie die einer Beschlagnahme von Bankkonten und Besitzergreifung von Kraftwagen, sind so eingreifender Art, daß man davon überzeugt sein muß, die politische Polizei hatte ganz besonders schwerwiegende Gründe, welche sie dazu zwingen, sich in dieser Weise mit Herrn Dr. Thomas Mann zu beschäftigen. Mein Mandant kennt diese Gründe nicht. Er ist aber tief beunruhigt darüber, kann er doch in keiner Weise sich vorstellen, welcher Art diese Gründe sind. Es ist nun doch sehr verständlich, wenn sein Bestreben darauf gerichtet sein muß, Klarheit in diese Angelegenheit zu bringen. Denn ein jeder Staatsbürger, gegen welchen eine so bedeutsame Behörde wie die politische Polizei solche Maßnahmen ergreift, wird sich doch immer wieder die Frage vorlegen: „Warum ist das alles geschehen? Was könnte gegen mich vorliegen."?
Ich bin fest davon überzeugt, daß die Gründe, welche der Beschlagnahme zugrunde gelegt wurden, entweder auf einem, wenn auch unverschuldeten Irrtum oder aber auf mißverständlicher Beurteilung von Tatsachen beruhen. Diesen Irrtum oder diese mißverständliche Beurteilung aufzuklären, habe ich mich seit Wochen bemüht. Es soll nicht verkannt werden, daß die leitenden Herren der politischen Polizei nun stark in ihrer Arbeit überlastet sind und gerade in politisch bewegten Zeiten übermäßig in

[63] Sic!

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Anspruch genommen werden. Jedoch schließt diese Überlegung auf der anderen Seite nicht aus, daß mein Mandant das sein jetziges Leben beherrschende Bedürfnis hat, auf Klarstellung zu bestehen. Gerade weil er sich der Reinheit seines Gewissens, seines Fühlens als deutscher Staatsbürger und seiner Zugehörigkeit zu allem, was deutsch ist, so sehr bewußt ist, kann er erst wieder ruhig werden, wenn er weiß, was man glaubt gegen ihn vorbringen zu können.

Ich habe eingesehen, daß ich persönlich zur Zeit mit den leitenden Herren von der politischen Polizei nicht sprechen kann. Ich bitte nun Ew. Excellenz ganz ergebenst, mir bei der Aufklärung dieses Falles behilflich zu sein. Sollte Ew. Exellenz es nicht für zweckmäßig erachten, mir eine Besprechung mit Herrn Regierungsrat Beck oder Herrn Oberführer Heitrich zu vermitteln, so bitte ich Ew. Excellenz darum, daß Sie selbst die Gründe, welche zur Beschlagnahme führten, sich bekanntgeben lassen und dann mich zu einer Besprechung zu fordern. Ich erkläre schon jetzt in aller Form, daß ich jederzeit zu jeder Auskunft bereit bin, daß ich mich in keiner Weise Ihren Fragen entziehen werde. Nur eines möchte ich, sehr geehrter Herr Reichsstatthalter: Einmal die Gelegenheit haben, diesen Fall Dr. Thomas Mann in entscheidender Weise in mündlicher Rede und Gegenrede behandeln zu dürfen.

B.

Nun könnte sich, bevor überhaupt an die Bearbeitung dieser Angelegenheit gegangen würde, die Frage aufdrängen: Warum hält sich denn Dr. Thomas Mann überhaupt im Ausland auf? Soweit es möglich ist, werde ich schon in diesem Schreiben dazu Stellung nehmen:

I. Herr Dr. Thomas Mann trat am 10. II. 1933 eine schon lange vorher festgelegte Reise an mit dem Zweck, Vorträge in Holland, Brüssel und Paris zu halten. Es schloß sich daran ein Aufenthalt in Arosa, ein Aufenthalt, welchen Herr Dr. Thomas Mann mit seiner Gattin wegen ihres Gesundheitszustandes dort jedes Jahr zu nehmen pflegte. Er wollte nach Deutschland zurückkehren; da gelangten die ersten Nachrichten von der innerpolitischen Umwälzung in Deutschland zu ihm. Wir alle haben die Umwälzung in unmittelbarster Nähe miterlebt. Wir alle wissen, daß sie die unblutigste und disziplinierteste Revolution war, welche je ein Volk durchmachte. Demgegenüber fallen die vereinzelten Übergriffe, welche hie und da vorgekommen sind, welche aber gar nicht in der Absicht der Regierung lagen oder gar von ihr begünstigt worden sind, nicht in's Gewicht. Es waren das Übergriffe, wie sie jede politische Umwälzung mit sich zu bringen pflegt und welche ihr wesensnotwendig zu sein scheinen. Daß nun diese Einzelfälle stark übertrieben und noch dazu verallgemeinert in das Ausland gelangt und dort von einer deutschfeindlich gesinnten Presse verbreitet wurden, ist leider eine Tatsache, gegen welche wir uns dann aber mit Erfolg durch Aufklärung haben wehren können. (Auch hier spielte die Aufklärung im allgemeinen die entscheidende Rolle, wie ich sie im Einzelfalle für Dr. Thomas Mann anstrebe.)

Alle diese Nachrichten drangen nun auch zu Herrn Dr. Thomas Mann und wie sehr er sich auch dagegen sträubte, sie für richtig und wahr zu halten, sondern vielmehr

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

davon überzeugt war, daß hier die übliche Gerüchtemacherei ihr verderbnis-bringendes Spiel trieb[64], so wird man es ihm trotzdem nicht verargen können, daß er zunächst beschloß, ein gewisses Abklingen der ersten stürmischen Bewegung abzuwarten.

Diese Auffassung ist psychologisch nur allzu verständlich. Alle Gefahrenherde haben für den von außen Betrachtenden viel Schrecken-und Furcht-Erregenderes als für den unmittelbar Beteiligten. Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an die Zeiten des Weltkrieges: Lagen wir bei einem Großkampf in der Reserve, so erregte das Trommelfeuer in uns viel grausigere und entsetzlichere Vorstellungen als später, wenn wir dann tatsächlich in den Trichter in vorderster Linie einzogen. Denn hinten, in einer Entfernung von einigen km hörten wir die sämtlichen Granateneinschläge entweder auf einmal als einen einzigen Schlag oder aber wir hörten das rollende Donnergetöse von vielen tausenden der berstenden Granaten auf einer Frontbreite von mehreren km. Der Soldat in der vordersten Linie hingegen nahm nur die einzelnen in seine unmittelbare Nähe einschlagenden Granaten wahr.

Dr. Thomas Mann las jeden Tag die Nachrichten vom gesamten deutschen Reich. Für ihn waren die, im einzelnen ja bedeutungslosen Übergriffe, Verhaftungen usw. nicht etwa die Summe von vielen kleinen Begebenheiten, sondern eindrucksmäßig wandelten sich diese über alle Teile des deutschen Reiches in das Ausland gelangenden Einzelheiten zu einem großen Bild von der Umwälzung, welches in seiner für ihn als Außenbetrachter sich darbietenden Unübersehbarkeit in ihm völlig falsche Vorstellungen von den Formen der Umwälzung erregte und ihn deshalb zu einem gewissen Abwarten gemahnte.

Bedeutsames, ja vielleicht sogar entscheidendes Gewicht ist jedoch auf den Umstand zu legen, daß Dr. Thomas Mann nicht etwa während der Umwälzung Deutschland verließ und sich in das Ausland begab, sondern daß er gerade umgekehrt sich aus Gründen, welche mit dem Zusammenbruch des bisherigen Regierungssystems nicht das geringste zu tun hatten, im Ausland aufhielt und nun dort *abwartend* eine kurze Zeit verweilen wollte.

Noch ein weiteres Moment allgemeiner Art war für das vorläufige Verbleiben im Ausland ausschlaggebend:

Diese innerpolitische Umwälzung überragt Revolutionen anderer Zeiten und Völker ganz besonders in einer Hinsicht:

Sie ergriff die Totalität des gesamten staatlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Geschehens; nicht das geringste Teilgebiet des sozialen Organismus blieb von ihr unberührt.

---

[64] Die Eintragungen in Thomas Manns Tagebuch aus dieser Zeit stützen diese offenkundig zweckbestimmte Behauptung nicht. Das Urteil des Dichters war weniger durch die ihm bekannt werdenden „Narreteien und Atrozitäten, Verhaftungen, Mißhandlungen etc." (Tgb. S. 4, 15. März 1933) bestimmt. Vielmehr schreibt er am 20. April 1933 (ebenda, S. 54): „Diese Revolution rühmt sich ihrer Unblutigkeit, ist aber die haßerfüllteste und mordlustigste, die je da war. Ihr ganzes Wesen ist, was man sich auch einbilden möge, nicht ‚Erhebung', Freude, Hochherzigkeit, Liebe, die immer mit vielen dem Glauben und der Menschenzukunft dargebrachten Blutopfern sich vertragen können, sondern Haß, Ressentiment, Rache, Gemeinheit."

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dr. Thomas Mann hat niemals einer politischen Partei angehört; er hat niemals in den politischen Tageskampf eingegriffen; er hat jedoch gerade in den letzten Jahren in dem leidenschaftlichen Bemühen, aus seiner Liebe zum deutschen Volk und zur deutschen Kultur das Deutschtum, wie er als einer unserer führendster [sic] Geister es auffaßte, mit der Republik auszusöhnen, Ansichten und Meinungen vertreten, welche die Männer der jetzigen Regierung nicht als die ihrigen ohne weiteres anerkannt haben würden. In politisch bewegten Zeiten werden die geistigen Kämpfer, auch wenn sie lediglich auf geistig-kulturellem und damit unpolitischem Felde tätig werden, nur allzu leicht von der Masse zu Politikern gestempelt und es wird ihnen nur allzu schnell die Zugehörigkeit zu irgend einer politischen Partei nachgesagt. Und so hatte der Name von Dr. Thomas Mann, obgleich im Grunde nur der eines Dichters, eine gewisse politische Färbung angenommen.
Dr. Thomas Mann ersah aus den Nachrichten in den Tageszeitungen, daß hie und da erregte Stellung genommen wurde gegen Gelehrte, Künstler, Schriftsteller, welche ebenfalls kultur-politisch, wenn auch nicht im Sinne Dr. Thomas Mann's sich betätigt hatten, und hier war für ihn eine weitere Veranlassung gegeben, den ersten Sturm etwas abflauen zu lassen, bevor er seinen gewohnten Aufenthalt wieder in München nahm.

C.[64a]

Das waren die Gründe allgemeiner Art, welche Dr. Thomas Mann wohl niemals gezwungen hätten, Deutschland nach dem 7. III. 1933 zu verlassen, welche aber es ratsam erscheinen ließen, für kurze Zeit draußen zu verbleiben.
Inzwischen ereignete sich in München mehreres, was Dr. Thomas Mann als Zeichen dafür nehmen mußte, daß seine Anwesenheit in München nicht mehr erwünscht sei, in jener Stadt, in welcher er als einer von dessen angesehensten, ja geehrtesten Bürger Jahrzehnte bislang gelebt hatte:
1. Dr. Thomas Mann wurde ohne jede Begründung und ohne erkennbaren Anlaß oder Grund – er ist nicht Jude – aus dem Rotaryclub ausgeschlossen, noch dazu in einer höchst befremdeten und äußerst unüblichen Weise, welche Wesen, Sinn und geistig-sozialem Niveau des Rotary-Clubs geradezu widerspricht.
2. Dr. Thomas Mann hatte im April-Heft der Neuen Rundschau einen Aufsatz über „Leiden und Größe Richard Wagner's" erscheinen lassen, welche die Ew. Excellenz wohl bekannte Presse- und Radio-Aktion „Protest der Wagnerstadt München" auslöste. Gerade diese Aktion, welche nur aus einem schweren Mißverständnis der Absichten des Dichters und aus völliger Unkenntnis seines intimen und leidenschaftlichen Verhältnisses zu dem Kunstwerk Richard Wagner's hat entstehen können, hat Dr. Thomas Mann auf das tiefste getroffen.
Ich erlaube mir besonders auf folgende Tatsachen hinzuweisen:
Der Inhalt dieser umfangreichen Studie war vorher Gegenstand eines Vortrages gewesen, welchen Dr. Thomas Mann im Auditorium maximum unserer Universität in

[64a] Im Original irrtümlich III.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

München halten durfte, ohne daß er Anlaß zu irgend einem Protest gegeben hätte. Ferner: Sehr gewichtige Stimmen, denen anti-nationale Gesinnung oder Nichtkenntnis des Wagnerischen Werkes vorzuwerfen vermessen wäre, haben diese Studie als den beträchtlichsten geistigen Beitrag zum Wagnerjahr gewürdigt. Und nun mußte dieser begeisterte Verehrer des Wagnerischen Werkes, dieser kongeniale Ausleger der Wagnerischen Ideenwelt es erleben, daß man öffentlich, noch dazu am Radio, also unmittelbar vor aller Welt, insbes. aber vor der deutschen Bevölkerung, ihn als einen Menschen hinstellte, welcher durch Wort und Schrift im In- und Ausland anti-deutsche Kultur-Propaganda getrieben und den deutschen Meister Richard Wagner verunglimpft haben sollte! – Mußte denn da nicht Dr. Thomas Mann zu der für ihn so schmerzlichen Erkenntnis kommen, daß München, seine Wahlheimat, ihn nicht mehr bei sich sehen wollte? Mußte er nicht angesichts der heutigen Empfindlichkeit der Massen für seine persönliche – und seiner Familie – Sicherheit fürchten, falls er nun in diesem Zeitpunkt zurückkäme? – Es sei mir erlaubt, meinen persönlichen Eindruck wiederzugeben:

Ich habe diese Arbeit über Richard Wagner gelesen; ich kann verstehen, daß man in diesem oder jenem Punkt einen anderen geistigen Standpunkt einnehmen kann, je nachdem, aus welcher Weltanschauung heraus der Betrachtende in die Ideenwelt Richard Wagners einzudringen versucht. Das ist dann eine Frage der verschiedenen Geistes- oder Seelenhaltung. Aber eines konnte dem unbefangenen und vorurteilslosen Leser dieser Studie nicht verborgen bleiben: diese glühende, aus umfassendster Kenntnis des Wagnerischen Werkes fließende, aus hingebungsvollstem Herzen kommende Verehrung gegenüber dem Schaffen Richard Wagner's. Und gerade das, was niemals zum Gegenstand einer Diskussion hätte gemacht werden können, nämlich Dr. Thomas Mann's reine Gesinnung gegenüber Richard Wagner, gerade das machte man ihm zum schweren Vorwurf.

Als ich Dr. Thomas Mann Anfang Mai persönlich sprechen konnte, sah ich, wie tief und schwer ihn gerade dieser Vorwurf verwundet hatte, wie sehr er darunter litt, daß man ihm, dem deutschen Dichter, Anti-Wagner-Propaganda, ja Anti-deutsche-Propaganda hatte unterstellen können. Einen unserer größten deutschen Schriftsteller um der deutschen Gesinnung willen so schwer leiden zu sehen, bedeutete für mich ein Erlebnis, unter dessen großem Eindruck und Erschütterung ich heute noch stehe.

3. Heute, nachdem das gewaltige Werk Thomas Mann's seit Jahren vor uns liegt, nachdem der Dichter selbst sich der allergrößten Verehrung im In- und Ausland rühmen durfte, nachdem er erst vor einigen Jahren mit dem höchsten äußeren Preise, dem Nobelpreis für Dichtkunst, ausgezeichnet wurde, heute für seine Bedeutung innerhalb des deutschen Geisteslebens noch ein Wort zu sagen, würde ich mir nicht getrauen, weiß ich doch nur zu genau, daß ich damit nur Bekanntes Ew. Excellenz wiederholen würde. Aber hören wir noch eine Stimme, welche nicht früher, sondern jetzt Mitte Mai 1933 in einer großen deutschen Tageszeitung erklang:

> „... Wenn Minister Goebbels – in seinen Worten über die Olympiade und neuerdings in seiner ausgezeichneten Rede über die Aufgaben des Theaters – die nationale Bedeutung eines Werkes gerade als Ursache seiner Weltbedeutung unter den

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

anderen Nationen betont und etwa die „Meistersinger" ob ihres deutschen Eigencharakters als Beispiel für ihre Weltgeltung aufführt, so müßte von Thomas Manns „Buddenbrooks" bis zum „Zauberberg" das gleiche gesagt werden. Wo ist der Roman der deutschen Familie und des deutschen Bürgertums seit Gustav Freytags „Soll und Haben" geschrieben worden, wenn nicht im Epos der „Buddenbrooks" aus Lübeck? Vier Generationen des 19. Jahrhunderts werden hier zu Trägern deutscher Innengeschichte. Deutsch ist die Problematik der ungleichen Brüder Thomas und Christian. Deutsch ist der Humor, mit dem der kleine Mann, der Pfarrer, der Kaufherr und der Makler wohlwollend kritisiert werden. Deutsch ist die Atmosphäre der Schopenhauer-Zeit und die Kritik aus der Generation des neuen Unternehmer-Deutschland. Und in welchem anderen Land als in Deutschland könnte in zehnjähriger Arbeit ein „Zauberberg" geschrieben werden als Nachfahr der Erziehungsepen, wie sie es „Wilhelm Meister" und der „Grüne Heinrich" waren. Wer hat wie Thomas Mann in „Tonio Kröger" und immer wieder die naive Kraft des „blonden Menschen" gegenüber der reflektierenden des dunklen Typus so meisterhaft und herrlich dargestellt? Wer hat die Atmosphäre einer deutschen und nichts als deutschen Residenz zum Märchen der „Königlichen Hoheit" gestaltet? Wer hat wie er den „Zivilisationsliteraten" kritisch gezeichnet? und wer hat ein schöneres Denkmal des ethischen Preußentums errichtet als Thomas Mann? (in „Friedrich und die große Koalition.")[65]

Diese Stimme schließt mit der bangen Aufforderung „wir haben nicht viele Thomas Mann's zu verlieren." Wir alle haben heute die große ernste Aufgabe, deutsche Gesinnung und deutsche Art mit ganzer Hingebung und aller Kraft zu pflegen; dann aber haben wir auch insbes. die Aufgabe, die vornehmsten und geistig bedeutendsten Förderer unserer deutschen Kultur und Geistigkeit zu unterstützen, ihnen den Weg frei zu machen, für ein weiteres, gedeihliches ruhiges, von allen äußeren Widrigkeiten, freies Schaffen!

Ich hätte nie gewagt, Ew. Excellenz von wichtigen Staatsgeschäften sehr belastete Zeit solange in Anspruch zu nehmen, trüge ich nicht in mir die feste Überzeugung: Ew. Excellenz' ritterliche Gesinnung wird sich dafür einsetzen, daß der Fall Thomas Mann nun restlos aufgeklärt und damit jene Voraussetzungen geschaffen werden, welche erforderlich sind, um das so schwer diskredierte [sic] Ansehen eines unserer edelsten deutschen Geister wieder herzustellen und diesem wahrhaft deutschen Manne, dem Schöpfer des deutschen Romanes unserer Zeit, die Weiterarbeit zu gewährleisten, zum Besten unserer Stadt München und unseres deutschen Volkes!

Es wird für mich die allergrößte Genugtuung bedeuten, von Ew. Excellenz die Nachricht zu erhalten, daß ich als Vertreter des Dr. Thomas Mann zu einer Besprechung aufgefordert werde.

Ich habe die Ehre, in der aufrichtigsten Hochachtung zu sein
Ew. Excellenz
ganz ergebenster
[gez.] Heins

[65] Zur Herkunft des Zitats siehe Anm. 39.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 4

Reichsstatthalter in Bayern – Der Staatssekretär, an Staatsministerium des Innern
23. Juni 1933

Nr. 2660

Eingangsstempel: Bayer. Staatsministerium des Innern
Empfangen 26. Jun. 1933
Nr. 2176 b 468.
Diese Nummer ist von der gleichen Hand auf Dok. Nr. 3 oben rechts eingetragen worden, das damit eindeutig als die mit Dok. Nr. 4 übersandte und nicht näher bezeichnete Anlage gekennzeichnet ist.
Eingangsstempel: Bayerische Politische Polizei. Empfangen 28. Jun. 1933 Nr. 4329. Weitergeleitet an 1.
Von dritter Hand vermerkt: 6515/33

übersendet u[nter] R[ückerbittung] auftragsgemäß ergebenst *Dok. Nr. 3*
mit dem ergebensten Ersuchen um gefällige Mitteilung über den Sachverhalt.

I. V.
[gez.] v. Stengel

Dokument 5

Bayerische Politische Polizei an Reichsstatthalter in Bayern
12. Juli 1933

Eingangsstempel: 03743 19. Jul. 1933
1 Beilage
1 Randnote

VI 1 6515/33

Betreff:
Maßnahmen gegen Thomas Mann.
Zur Entschl. vom 23. 6. 33 Nr. 2660
Beilage:
1 Beschwerde des RA Heins
Berichterstatter: Oberführer Heydrich

Der Schriftsteller Thomas Mann, geboren 6. Juni 1875 in Lübeck, welcher sich zuletzt in München aufgehalten hat und nunmehr sich im Ausland befindet, ist Gegner der nationalen Bewegung und Anhänger der marxistischen Idee. Dies hat er zu wiederholten Malen in Wort und Schrift kundgegeben.
So hat er u. a. 1927 einen Aufruf des Kuratoriums für die Kinderheime der Roten Hilfe als dessen Mitglied mitunterzeichnet[66].

[66] Über die Beziehungen zwischen Thomas Mann und der „Roten Hilfe" im Zusammenhang mit der Errichtung von Heimen für „die Kinder proletarisch politischer Gefangener oder in den Klassenkämpfen gefallener Arbeiter" vgl. Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung IV, Berlin 1966, S. 147; G. Wenzel, Thomas Manns Briefwechsel. Bibliographie gedruckter Briefe aus den Jahren 1889–1955, Berlin 1969, Nr. 966, S. 51 und 183.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im gleichen Jahre folgte er einer Einladung des Polnisch-Literarischen Clubs in Warschau[67], trat auch für die Amnestie der an der Revolution 1918/19 Beteiligten ein[68]. Der Empfang der Ozeanflieger Köhl und Hünefeld in München im Jahre 1928 wurde von Mann als „nationaler Kopfstand" und die beiden Flieger als „Fliegertröpfe" bezeichnet[69]. In einem Vortragsabend im Jahre 1930 sprach Mann von einem „orgiastisch-naturkultischen, radikal-humanitätsfeindlichen, rauschhaft-dynamistischen, unbedingt ausgelassenen Charakter" der nationalen Bewegung und schrieb ihr „eine gewisse Philologen-Ideologie, Germanistenromantik und Nordgläubigkeit aus akademisch-professoraler Sphäre zu, die in einem Idiom von mystischem Bildersinn und verstiegener Abgeschmacktheit mit Vokabeln wie rassisch, völkisch, bündisch, heldisch auf die Deutschen von 1930 einredet und der Bewegung das Ingredienz von verschwärmter Bildungsbarbarei hinzufügt"[70]. Im Jahre 1931 wurde Mann als Beisitzer des „Vereins zur Abwehr des Antisemitismus" gewählt[71]. Seine judenfreundliche Einstellung bewies er auch durch seinen Roman „Der Zauberberg", in dem er das Schächten geradezu verherrlicht[72].

---

[67] Zu Thomas Manns Reise vom 8. bis 15. März 1927 nach Warschau als Gast der polnischen Sektion des PEN-Clubs vgl. H. Bürgin u. H. O. Mayer, Thomas Mann. Eine Chronik seines Lebens, Frankfurt/Main 1965, S. 78f., sowie die bei Hübinger, S. 400, Anm. 5, ergänzend zu H. Matter, Die Literatur über Thomas Mann, Berlin 1972, Nr. 1802ff., 11021ff., angeführten Presseäußerungen.

[68] In einem zuerst am 31. Juli 1927 im „Berliner Tageblatt" veröffentlichten Brief an Ernst Toller (Th. Mann, Gesammelte Werke XI, S. 762; Das essayistische Werk, Taschenbuchausgabe 120, S. 132f.) hatte sich Thomas Mann mit größtem Nachdruck für die Amnestierung der wegen 1919 begangenen Hochverrats zu langjährigen Zuchthausstrafen Verurteilten ausgesprochen. Vgl. jetzt W. Frühwald u. J. M. Spalek, Der Fall Toller. Kommentar und Materialien, o. O. u. J. (München – Wien 1979), S. 179f.

[69] Die zitierten Wendungen – allerdings nicht „nationaler", sondern „nationalistischer Kopfstand" – stehen in einem Brief Thomas Manns an den Publizisten Arthur Hübscher vom 27. Juni 1928 (Th. Mann, Briefe 1889–1936, 1962, S. 280), der bei einer Polemik seines Empfängers gegen Thomas Mann wegen der „Betrachtungen eines Unpolitischen" unautorisiert veröffentlicht worden war. Sie wurden seitdem in der konservativen und nationalsozialistischen Presse häufig gegen Thomas Mann ins Feld geführt; dazu Hübinger, S. 90f., Anm. 223, S. 403, Anm. 14.

[70] Die Zitate sind dem Vortrag entnommen, den Thomas Mann am 17. Oktober 1930, knapp fünf Wochen nach dem nationalsozialistischen Erfolg bei den Reichstagswahlen, in Berlin unter tumultuarischen Umständen gehalten hat und mit dem er das Bürgertum aufrief, sich angesichts der bedrohlichen Lage auf die Seite der Sozialdemokratie zu stellen. Statt „Bildersinn" und „Ingredienz" heißt es dort richtig „Biedersinn" und „Ingrediens". Die Rede erschien noch im gleichen Jahr als Einzelveröffentlichung unter dem Titel „Deutsche Ansprache. Ein Appell an die Vernunft" (Das essayistische Werk, Taschenbuchausgabe 117, S. 190). Erstaunlicherweise fehlt ein Hinweis auf diese Rede Thomas Manns unter den Belegen seiner „offenkundigen marxistischen Einstellung", die der bayerische Antrag auf Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit des Dichters vom 16. Januar 1934 (Hübinger, S. 398ff., Nr. 33) aufführt, während die Rede „Von deutscher Republik" aus dem Oktober 1922, die „den marxistischen Zeitgeist verherrlicht" habe, dort mit besonderem Nachdruck erwähnt ist.

[71] Zu dieser, bisher der Thomas-Mann-Forschung unbekannt gebliebenen biographischen Einzelheit ließ sich folgendes ermitteln: Die in München ansässigen Mitglieder des mit Sitz in Berlin 1890 gegründeten Vereins zur Abwehr des Antisemitismus hatten sich bei dessen Generalversammlung vom 3. Juni 1930, die anläßlich des vierzigjährigen Bestehens des Vereins und im Hinblick auf die gesteigerte nationalsozialistische Agitation in die bayerische Hauptstadt einberufen worden war, als eigene Ortsgruppe konstituiert. Von deren erster Mitgliederversammlung wurde am 28. Januar

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1932 wurde in der kommunistischen Presse durch das Münchner Antikriegskomitee ein Antikriegsaufruf veröffentlicht, der auch von Thomas Mann unterzeichnet war[73].
Im Oktober 1932 wurde von ihm in einer Rede im großen Saal des Wiener sozialdemokratischen Volkshauses vor sozialdemokratischen Arbeitern erklärt, daß es zum erstenmal geschehe, daß er, „der bürgerlich geborene Schriftsteller, vor einem sozialdemokratischen Arbeiterpublikum spreche". Weiterhin führte er aus „ich empfinde das als epochemachend für mein ganzes Leben[74]. Meine Ausführungen sollen nichts anderes sein, als ein Bekenntnis der Sympathie für Ihre sozialistische Sache. Sozialismus ist nichts anderes als der pflichtgemäße Entschluß, den Kopf nicht mehr vor den dringendsten Bedürfnissen und Forderungen zu verstecken, sondern sich auf die Seite derer zu schlagen, die der Erde einen

---

1931 „in erfreulicher Einstimmigkeit" der neunköpfige Vorstand gewählt, dem u. a. neben „Schriftsteller Dr. Bruno Frank" auch „Professor Dr. Thomas Mann" angehörte; vgl. den Bericht in: Abwehrblätter. Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus, 40. Jg., Ergänzungsnummer (Februar 1931), S. 174f. Eine Meldung über diese Versammlung und die Wahl in einer der damaligen Münchner Zeitungen hat sich bisher nicht nachweisen lassen. Sie ist deshalb zu vermuten, weil das Polizeidossier über Thomas Mann, auf das Heydrichs Schreiben sich stützte, aus Presseausschnitten zusammengestellt war. Eine diesbezügliche Auswertung der „Abwehrblätter" ist unwahrscheinlich, weil sonst unverständlich bleibt, daß die Unterschrift Thomas Manns zu dem in dieser Zeitschrift (Jg. 40, S. 53) im Mai 1930 veröffentlichten, von zahlreichen Persönlichkeiten des öffentlichen und kulturellen Lebens in Bayern unterzeichneten „Mahnwort" gegen Judenhaß und „falsche Propheten, die einen Kampf gegen das Judentum als ‚Befreiungskampf' organisierten", bei den Anschuldigungen des Dichters unberücksichtigt gelassen worden ist.

72 Der Vorwurf bezieht sich auf den einleitenden Abschnitt in dem „Operationes spirituales" überschriebenen Teil des sechsten Kapitels im „Zauberberg" (Ges. Werke, S. 608). Die Anschuldigung basiert auf einem ungezeichneten Artikel „Thomas Manns Verherrlichung des Schächtens", der im „Völkischen Beobachter" vom 28. April 1927 erschienen ist.

73 Ein von Thomas Mann mitunterzeichneter Aufruf zu dem am 27./28. April 1932 in Amsterdam veranstalteten Antikriegskongreß ist in der Berliner Zeitung „Welt am Abend" vom 19. August 1932 unter der Überschrift „Das Gewissen wachrütteln! Den Willen stählen!" veröffentlicht worden. Der „Angriff", das Blatt von Goebbels, reagierte darauf am 22. August mit dem Artikel „Thomas Manns Landesverrat" (vgl. Matter, Nr. 12157f.). – Eine Veröffentlichung des Münchner Antikriegskomitees hat sich nicht nachweisen lassen.

74 Die am 22. Oktober 1932 im Arbeiterheim in Wien-Ottakring von Thomas Mann gehaltene Rede – erstmals gedruckt Ges. Werke XI, S. 890ff.; Das essayistische Werk, Taschenbuchausgabe 117, S. 233ff. – enthält die hier zunächst angeführten Wendungen in ihren einleitenden Sätzen. Der weiter zitierte Satz „Sozialismus ist nichts anderes ... Menschensinn geben wollen" findet sich jedoch nicht in dieser Rede, sondern entstammt, unwesentlich verändert, einem von Thomas Mann am 12. Januar 1933 an den im Jahr zuvor von der Regierung v. Papen aus dem Amt verjagten preußischen Kultusminister Adolf Grimme gerichteten Brief, der bei einer vom Sozialistischen Kulturbund zum 19. Februar in Berlin einberufenen, durch die nationalsozialistische Regierung verbotenen Kundgebung verlesen werden sollte. Er erschien noch im gleichen Monat, teilweise fragmentarisch, an verschiedenen Stellen, darunter am 21. Februar 1933 in der sozialdemokratischen „Münchner Post", aus der vermutlich die Bayerische Politische Polizei ihre Kenntnis geschöpft hat. Der Vergessenheit entrissen wurde Thomas Manns für lange Jahre letzte politische Kundgebung durch den Abdruck nach einer von Grimme zur Verfügung gestellten Fotokopie des Originals in den VfZ 6 (1958), S. 172ff. Jetzt wiedergegeben in Politische Schriften und Reden II. Das essayistische Gesamtwerk, Taschenbuchausgabe 117, S. 249ff. Zu dem amtlichen Echo in der Bayerischen Staatszeitung Nr. 44 vom 22. Februar 1933 vgl. Hübinger, S. 126f.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Menschensinn geben wollen." Nach Presseberichten wurde „das erste Bekenntnis des großen deutschen Dichters zur Sozialdemokratie von den Wiener Arbeitern mit jubelndem Beifall aufgenommen".
Diese undeutsche, der nationalen Bewegung feindliche, marxistische und judenfreundliche Einstellung gab Veranlassung, gegen Thomas Mann Schutzhaftbefehl zu erlassen, der aber durch die Abwesenheit desselben nicht vollzogen werden kann.
Nach den Weisungen der Ministerien wurden jedoch sämtliche Vermögenswerte beschlagnahmt.

[gez.] Heydrich
[gez.] Schreieder[75]

Dokument 6

Reichsstatthalter in Bayern – Der Staatssekretär, an Bayerische Politische Polizei
1. August 1933

Nr. 3743

Unter Bezug auf den letzten Satz des Berichts vom 12. 7. 33 Nr. VI 6515/33 ersuche ich um Mitteilung, um welche Weisungen der Ministerien es sich handelt.

I. V.
[gez.] St[engel]

II. Wiedervorlage 20. 8. T[euchert][76]; 1. 9.

Handschriftlicher Vermerk: Mahnen
Erinnerungsschreiben ab 7. 9. 1933
ab 4. 10. 33

Wiedervorlagedaten am rechten Blattrand:
1. 10., 18. 10., 26. 10

Stenographische Notiz (Grünstift):
Im Auftrag des Herrn Reichsstatthalters ersuche ich um baldige Erledigung meines Schreibens vom 1. 8. 33.
Es handelt sich offenbar um die Vorlage für alle Erinnerungsschreiben.
Die dabei vermerkte Geschäftsnummer 3743 III/3. 11. *bezieht sich auf Dokument Nr. 7.*

---

[75] Vgl. Anm. 45.

[76] Friedrich Frhr. v. Teuchert (geb. 1902) hatte am 1. Juli 1933 seinen Dienst als Regierungsrat beim Reichsstatthalter angetreten. Nach dem ältesten erhaltenen Geschäftsverteilungsplan bearbeitete sein Referat R 2 insbesondere Beamtenangelegenheiten, Gesuche, Protokollführung und Zeremoniell. In späteren Jahren nacheinander Regierungsvizepräsident von Oberfranken und Oberbayern, wurde er 1956 Generaldirektor des Wittelsbacher Ausgleichfonds.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 7

Reichsstatthalter in Bayern – Der Staatssekretär, an Bayerische Politische Polizei.

Nr. 3743/III. 3. November 1933

Betreff:
Maßnahmen gegen den Schriftsteller Thomas Mann.
(Dort. Bericht vom 12. 7. 1933 Nr. VI/1 6515/33)

Auf mein Schreiben vom 1. 8. 1933 Nr. 3743, an das ich mit Schreiben vom 7. 9. 1933 erinnert habe, ist mir bis jetzt keine Antwort zugegangen.
Ich ersuche um baldige Erledigung.

I. V.
gez. Schachinger[77]

Wiedervorlage *verfügt* mit Einlauf oder am 10. 11.
Weitere Termine vermerkt: 21. 11. T[euchert]
1. 12. T[euchert]
Stenographischer Vermerk
oberhalb des Vollzugsstempels: Ausbürgerung feststellen.
rechts vom Vollzugsstempel: R 2 ersuche um Rücksprache

Dokument 8

Aktenvermerk des Reichsstatthalteramtes

Zu Nr. 3743 III.

I. Feststellung

Nach Auskunft von Regierungsrat Dr. Köppel – Staatsministerium des Innern[78] – treffen von den bis jetzt ausgesprochenen Verlustig-Erklärungen nach § 2 des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit v. 14. 7. 33 nur 2 auf Bayern: Lion Feuchtwanger und Gumpel[79].
Von der Politischen Polizei (Oberinspektor Schmäling) erfuhr ich, daß dort in den letzten Tagen ein Bericht ausgelaufen sei, in dem für Thomas Mann die Verlustigerklärung beantragt wird.

7. 12. 33
[gez.] Keith[80]

---

[77] Vgl. Anm. 52.

[78] Dr. Kurt Köppel, geb. 1906, war seit 1. Februar 1933 im Staatsministerium des Innern tätig und zum 1. Dezember 1933 als Regierungsrat an das Bezirksamt Donauwörth versetzt worden, hat aber anscheinend vorerst weiter im Ministerium Dienst getan.

[79] Der Schriftsteller Lion Feuchtwanger (1884–1958) und der als Pazifist hervorgetretene, besonders wegen einer Rede, in der er sagte, die Weltkriegstoten seien auf dem Felde der Unehre gefallen, heftig angegriffene Heidelberger Professor Emil Gumbel (1891–1966) gehörten zu den 33 Personen, die aufgrund des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom 14. Juli 1933 am 25. August 1933 als erste ausgebürgert worden sind.

[80] Franz Keith, geb. 1900, seit 1923 im bayerischen Außenministerium als Registrator und Verwaltungsinspektor tätig, war am 24. April 1933 als Regierungssekretär zum Reichsstatthalter versetzt

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

II. Ins Referat

Späterer Zusatz von der Hand des Regierungsobersekretärs Keith: S. d. Rapport d. Pol. Polizei v. 9. I. 1934.

Dokument 9

Reichsstatthalter in Bayern – Der Staatssekretär, an Bayerische Politische Polizei
23. Februar 1934

Jr 4/23. 2.
Betreff: Maßnahmen gegen
den Schriftsteller Thomas
Mann.
Dort. Bericht v. 12. 7. 1933
Nr. VI/$_1$ 6515/33
Unter Bezug auf meine Schreiben vom 1. 8., 7. 9., 3. 11. 1933 Nr. 3743 und den Rapport der Politischen Polizei vom 9. I. 34 ersuche ich um Mitteilung über den Stand der Angelegenheit.

I. V.
[gez.] Schachinger

Wiedervorlagevermerk: 10. 3. *abgehakt unter Beifügung der Registraturnummer* Jr 4/5. 3. (s. Dok. Nr. 10)

Dem von Regierungsobersekretär Keith gefertigten handschriftlichen Entwurf vorangestellt ist der folgende Auszug aus dem Rapport der Bayerischen Politischen Polizei vom 9. I. 34:
„2) Aberkennung der Deutschen Staatsangehörigkeit.
Beim Reichsministerium wurde die Aberkennung der Deutschen Staatsangehörigkeit für den Schriftsteller Thomas Mann und die Lehrerin Marie Zehetmaier wegen staatsfeindlichen Verhaltens im Ausland beantragt."

Dokument 10

Staatsministerium des Innern – Der Politische Polizeikommandeur Bayerns, an Reichsstatthalter in Bayern
2. März 1934

Nr. 7386 II/2 B *Eingangsstempel:* Jr 4/5. März 1934

Betrifft: Maßnahmen gegen den
Schriftsteller Thomas Mann.

Zur Entschließung vom 23./26. v. Mts. Nr. Jr 4/23. 2. wird berichtet, daß am 18. I. 34

---

worden, wo er sich vor allem dem systematischen Aufbau der neu einzurichtenden Aktenverwaltung widmete.

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

beim Herrn Reichsminister des Innern ein ausführlich begründeter Antrag auf Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit des Schriftstellers Thomas Mann gestellt wurde. Dieser Antrag ist bisher noch nicht verbeschieden.

I. A.
[gez.] Beck

Wiedervorlagevermerk: 2. 5. 34
I. V.
[gez.] Schachinger

Dokument 11

Reichsstatthalter in Bayern an Politischen Polizeikommandeur Bayerns

2. Mai 1934

Betreff:
Maßnahmen gegen den Schriftsteller Thomas Mann.

Auftragsgemäß ersuche ich unter Bezugnahme auf das Schreiben des Herrn Politischen Polizeikommandeurs Bayerns vom 2. 3. 1934 um Mitteilung, in welcher Weise der Antrag in der Angelegenheit Thomas Mann vom Herrn Reichsminister des Innern verbeschieden worden ist.

[gez.] Schachinger
Ministerialrat.

Wiedervorlagevermerk:
20. V., *abgehakt mit handschriftl. Hinweis* s-85
auf den nächsten Eingang
(= Dokument Nr. 12)

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 12

Staatsministerium des Innern. Der Politische Polizeikommandeur Bayerns an Reichsstatthalter in Bayern

7. Mai 1934[81]

Aktenzeichen
nicht angegeben

Eingangsstempel: 8. Mai 1934

Betreff:
Maßnahmen gegen Thomas Mann.
Zum Schreiben:
v. 2. 5. 34 Jr/4/5. 3.

Jr 4/8. 5.

An
den Herrn Reichsstatthalter in Bayern
München

Auf den am 18. 1. 34 beim Herrn Reichsminister des Innern gestellten Antrag auf Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit ist hier eine Entscheidung noch nicht eingegangen.

I. A.
[gez.] Beck

Handschriftlicher Vermerk: W[ieder] V[orlage] in 3 Wochen
Stengel 11. 5.

Weitere Wiedervorlagedaten sind 2. 6., 15. 6., 10. 7., 10. 8. [1934] *Der handschriftliche Vermerk* R 2 *ist einmal – infolge Erledigung – gestrichen; einem gleichen weiteren Vermerk ist in Klammern die stenographische Notiz* Keine Annahme *beigefügt. In dem rechts unten verbleibenden Raum ist handschriftlich vermerkt:* Vortrag P[olitische] P[olizei] *sowie, hiervon durch einen längeren Querstrich getrennt:* Zu d. Akten. Mü[nchen], 2. 11. 34 i. V. *gez. [Name unleserlich]*

---

[81] Der 7. Mai 1934 fiel auf einen Sonntag! Vgl. dazu Himmlers Schreiben vom 28. Mai 1934 an den Reichsminister des Innern, wo es heißt, die Arbeitslast der Bayerischen Politischen Polizei sei so groß, daß „die Beamten" „auch an Sonn- und Feiertagen ... regelmäßig langdauernd arbeiten" müßten; Aronsohn, S. 101 f.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Prof. Pierre Guillen, Professor für Zeitgeschichte, Universität Grenoble, 77 rue des Fenouillères, F-38170 Seyssins

Prof. Dr. Paul Egon Hübinger, ord. Professor an der Universität Bonn, Historisches Seminar, Konviktstr. 11, 5300 Bonn

Dr. Heinrich Küppers, Akademischer Rat am Geschichtsseminar der Pädagogischen Hochschule Rheinland, Abt. Aachen, Ahornstraße 55, 5100 Aachen

Dr. Udo Wengst, wiss. Mitarbeiter bei der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Poppelsdorfer Allee 55, 5300 Bonn 1

Dr. Günter Wollstein, Privatdozent am Historischen Seminar der Universität zu Köln, Albertus-Magnus-Platz, 5000 Köln 41

Jahrgang 28 (1980), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte